

16. Februar 1931

RICHARD KLEINEIBST · SCHWANKUNG ODER SCHWENKUNG?

FIN Irrtum sei eingestanden: Auch die deutsche Außenpolitik hat noch Überraschungen in Reserve. Ein Umschwung hat ungefähr seit der Jahreswende begonnen. Das hohe Roß der Revisionsforderungen wurde langsam abgezäumt, der Vorrang innenpolitischer Rücksichtnahme auf nationalistisches Geschrei als ein außenpolitischer Wahnsinn erkannt. Man begann über Deutschlands Grenzen hinauszuhorchen und zu schauen und suchte sich in der Welt zu orientieren, nachdem man sich bis dahin selbst künstlich ein- und abgeschlossen hatte. Von der herben Luft, die aus dem freien Raum einströmte, wurden Illusionen schnell weggeblasen, das teutsche Bärenfell erwies sich doch als ein für die moderne Zeit ungeeignetes Kleidungsstück, und dem erstaunten Blick bot sich eine Welt dar, in der nicht Frankreich isoliert war, wie man sich eingeredet hatte, sondern Deutschland. Das war ein bitteres Erwachen. Aber so viel hatte man wenigstens von den Vettern jenseits des Kanals gelernt, daß man versuchte to make the best of it. So begann (hier energischer, dort zaghafter, des öftern auch mit Rückfall in den Nationalismus) die Loslösung von Deutschlands wahren Feinden und Verderbern, von steriler Rassenunethik und kindischem Größenwahnsinn. Die Auslandskorrespondenten der größeren Blätter begannen sich auf ihre Aufgabe zu besinnen und berichteten der sicherlich erstaunten Leserschaft, daß es dem "Erbfeind" Frankreich gelungen sei sich aus der (vorgetäuschten) Umklammerung zu lösen.

Friedrich Sieburg meldet »im Januar« unter der Überschrift Was haben wir von England zu erwarten? der Frankfurter Zeitung vom 14. Januar 1931, »daß England Frankreich den Kontinent überlassen« hat, daß »für England die Unterstützung Frankreichs mehr als eine Konjunktur« ist, und daß »Deutschland von dieser Seite keinerlei Unterstützung zu erwarten hat, und zwar schon aus dem einfachen Grunde, weil hinter dieser Minderheitenfrage unausgesprochen, aber darum nicht weniger deutlich die Frage der deutschen Ostgrenzen überhaupt steht, mit der das Foreign Office unter keinen Umständen etwas zu tun haben will«. Auch das wird dem deutschen Leser, wenn auch nicht auf der geradesten Linie, beigebracht, daß die »andere«

Revision, die des Youngplans, in England kaum auf Gegenliebe stoße, die »Solidarität der Gläubiger« als ein Faktum anzuerkennen sei. Ähnlich warnt Albrecht Graf Montgelas in der Vossischen Zeitung vom 15. Januar 1931 vor der territorialen Revisionsforderung; er meint allerdings, die finanzielle sei »Gemeingut des britischen Volks«. Und der Londoner Vertreter des Zentralorgans des Zentrums stellt elegisch in der Germania vom 14. Januar 1931 fest, daß »das Labourkabinett auf so viele seiner früher geäußerten Ansichten zur Reorganisation Europas resigniert hat«:

»So kehrt die englische Außenpolitik in die alten Bahnen des "Office" zurück, des passiven Beharrens, und der Pariser Botschafter Tyrrel vermag (in den Formen einer Goldentente) den Vorgang des englisch-französischen Sonderabkommens zu wiederholen. Als wenn es nie ein Labourkabinett gegeben hätte!«

Schließlich, um die Rechte nicht zu übergehen, auch die Kreuzzeitung kann nicht umhin in ihrer Außenpolitischen Rundschau am 14. Januar festzustellen, daß Deutschland sich in einer »isolierten Stellung« befindet. Sie hat es vermieden aus ihrer Erkenntnis den Schluß der Vernunft zu ziehen, was andere Zeitungen allgemein getan haben, auch die Staatsmänner, soweit sie sich in dieser Periode nicht einer, bisher weniger geübten, aber lobenswerten und philosophischen Schweigsamkeit befleißigten. Immerhin zeigt das Datum dieser Mahnungen, daß man zwar bis zuletzt damit gewartet hat, es schließlich aber doch nicht auf eine Katastrophe ankommen lassen wollte.

Vergleicht man allerdings diese Darstellungen der außenpolitischen Situation mit den früheren Dokumenten lichtvoller deutscher Außenpolitik und außenpolitischer Berichterstattung, wie sie hier zusammengetragen werden mußten, so erfaßt man wiederum den ganzen Jammer, die ganze Gefahr einer mißorientierten öffentlichen Meinung, die sich unmöglich in dem Gestrüpp von Phrasen, falschen Hoffnungen und mißbräuchlicher Fehlunterrichtung zurechtfinden kann. Noch am 4. Januar darf doch Hans Zehrer in der Vossischen Zeitung unter der Überschrift Briands Sieg über England schreiben, es gehe »um die Revision der Verträge«, das deutsche Volk, das »sehnsüchtig nach dem Kapitalreichtum in Paris« blicke, fordere sie:

»Der reiche Nachbar im Westen aber antwortet: Keinen Pfennig ohne die Aufgabe der Revision! Wohin das führen wird, ist heute schon zu erkennen; aber es ist wohl zwecklos es dem Auslande auszumalen. Also behalten wir es für uns selber.« Das ist sicher auch das beste. Und niemand wird besondern Eifer daran wenden Hans Zehrer sein Geheimnis zu entreißen.

Es darf in diesem Zusammenhang nicht an der Groteske vorbeigegangen werden, die um den Goldreichtum der Banque de France gespielt hat. Mit entrüstetem Eifer warf Deutschland sich zum Schützer des schwachen Englands auf, das mit silbernen Kugeln von der andern Seite des Kanals bombardiert würde; der englische Schatzkanzler Philip Snowden fand im klassischen Land der Inflation freiwillige Helfer, die seine Forderung nach Goldaufwertung der französischen Kriegsanzleihen in England unter Anrufung aller Menschenrechte unterstützten. Ja, noch am 3. Februar, nachdem man von anderer Seite schon abgeblasen hatte, bescheinigte der Pariser Korrespondent des Sozialdemokratischen Pressedienstes dem bösen Frankreich, daß es sich »in diesem Streit nicht gerade ehrenvoll geschlagen« hätte, und wenn er auch nicht umhin kann zuzugestehen, »daß der Standpunkt Frankreichs juristisch unangreifbar ist«, so nimmt er doch die Gelegenheit wahr aus dieser juristisch einwandfreien Sachlage ein Recht auf Schuldennachlaß von seiten Frankreichs für Deutschland herauszudestillieren. Man muß sich

diesen ganzen Komplex vergegenwärtigen: Was liegt im Land Richard Wagners näher als die Verbindung von Aufhörung und Nibelungenschatz, Alberich, Drachen und Siegfried? Es war beinahe eine romantische Zauberoper mit allen Requisiten dieser Gattung, ohne (dahin freilich auch nicht passende) volkswirtschaftliche Kenntnis von der Mechanik der Geld- und Goldbewegung. Die fand man erst später, zuerst im Handelsteil, dann auch im Politischen Teil der großen Zeitungen wieder, und man gestand ein:

»Die These, daß man in Frankreich aus politischen Gründen möglichst viel Gold ins Land zu ziehen gesucht hat, läßt sich heute nicht aufrechterhalten.«

Also am 24. Januar im Handelsteil der Vossischen Zeitung, des selben Blatts, in dem kurz vorher Hans Zehrer Aristide Briand seinen Sieg über England mit den silbernen Kugeln erfechten läßt.

Doch um zum Positiven zurückzukehren: Der deutsche Reichsaußenminister Julius Curtius konnte sich Mitte Januar mit etwas weniger nationalistischem Gepäck beladen nach Genf begeben. Von allen Seiten, mit Ausnahme der erklärten Katastrophenpolitiker, war die Stimmung genügend für die Erkenntnis vorbereitet, daß wenigstens um die gepanzerte Faust am besten ein Glacéhandschuh zu ziehen sei, daß es möglicherweise noch besser wäre die Panzerung ganz zu Haus zu lassen und die Frage des Minderheitenschutzes mit der Revisionsforderung lieber nicht zu verquicken. Man warnte vor Über-eilung, man warnte vor übertriebenen Hoffnungen, die man bis dato selbst genährt hatte. In dieser gedämpften Atmosphäre kam es schließlich zu dem Resultat in Genf, das bis in die Kreise der Rechten hinein als ein Erfolg des Reichsaußenministers einigermaßen widerwillig anerkannt wird. Es war sicherlich ein Erfolg der deutschen Zurückhaltung in letzter Stunde, ein Erfolg wiedergewonnener außenpolitischer Vernunft, aber noch viel mehr ein Erfolg jener Verständigungspolitik, in der Aristide Briand seine Lebensaufgabe erblickt, und die heute Gemeingut des französischen Volks ist. Das in Deutschland klar auszusprechen, nachdem man vorher die Reise August Zaleskis über Paris sehr hämisch glossiert und ein abgekartetes Spiel gegen Deutschland prophezeit hatte, scheut man sich nach wie vor freilich ebenso, wie man sich auch nicht eine Anerkennung der konzilianter (freilich auch politisch klugen) Haltung des polnischen Außenministers abzurufen vermag. Im Deutschen lügt man, wenn man höflich ist.

Dieses Versagen einer Anerkennung hat freilich wiederum seine politischen, in der Hauptsache innenpolitischen Gründe. Der Deutsche Reichstag soll sagen, ob er Verständigung mit Polen oder Fortsetzung des Handelskriegs mit Ausblick auf einen militärischen will. Und leider muß festgestellt werden, daß die »zweifelloos wirkungsvolle Geste« Zaleskis vor seiner Abreise nach Genf, nämlich die Empfehlung an den Sejm den deutsch-polnischen Handelsvertrag so rasch wie möglich zu ratifizieren, auf Deutschland keinen adäquaten Eindruck gemacht hat. Die Reichsregierung wurde mit Drohtelegrammen bombardiert. Die allzu lange geübte Duldsamkeit der Regierung den nationalsozialistischen Schlagworten gegenüber, der Versuch den Hakenkreuzlern »den Donner zu stehlen«, wie das die Times hübsch formuliert haben, macht es ihr und den hinter ihr stehenden bürgerlichen Parteien nicht leicht auf dem Weg fortzuschreiten, der sich in Genf verheißungsvoll geöffnet hat. Hielt es doch auch der Reichskanzler Heinrich Brüning, der in seinen verschiedenen Reden der letzten Zeit den Mut gefunden hat gelegentlich unbequeme Dinge auszusprechen, auf seiner Ostreise für richtig den neuen

„Revisionisten“ angenehme Worte zu machen, betonend, daß auf die Rückkehr der ehemals deutschen Gebiete in die alten Grenzen nicht verzichtet werde. Hier decken sich bestimmte Sonderinteressen mit schuldhaft hochgepäppelten nationalistischen Ansprüchen. Das erleichtert weder dem immer noch gefährdeten Reichsaußenminister den Sprung über den Schatten einer falschen Politik noch dem Kabinett Brüning die Erfüllung der Aufgabe, die Deutschland gestellt ist. Denn diese Aufgabe ist den Frieden in Europa zu sichern. Es kommt dabei in erster Linie auf Berlin an. Voraussetzung europäischer Einigung ist die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, und die schließt heute die Verständigung zwischen Deutschland und Polen ein.

Aber sind die wirtschaftlichen und politischen Vorteile einer gesamteuropäischen Verständigung in Deutschland überhaupt begriffen? Das ist die Frage. René Lauret zitiert im Temps vom 1. Februar als Zeichen beginnender Einsicht 2 Äußerungen der deutschen Rechten, die nach dem französischen Text rückübersetzt so lauten:

»Eine entscheidende Änderung der Situation kann sich nur als Folge einer Änderung des Zustandes der Grenzen ergeben, in der Weise, daß die gegenwärtigen Grenzen verschwinden, oder daß sie einfach unsichtbar gemacht werden.«

Das hätten die schwerindustriell nationalistischen Leipziger Neuesten Nachrichten geschrieben. Und Otto Hoetzsch bekenne sich, wie Lauret ganz richtig sagt, zur Politik Stresemanns, wenn er schreibe:

»Die Gesten und Appelle an die starke Hand und an eine Macht, die wir nicht haben, sind völlig unnütz. Der einzig mögliche Weg ist der einer vorausschauenden, zielbewußten und entschlossenen Verständigungspolitik.«

Vorsichtig muß man zu diesen beiden Äußerungen leider sagen: Auch 2 Schwalben machen noch keinen Sommer. Die Taktik der deutschen Delegation auf der Europakonferenz, ihre Haltung in der Frage der sogenannten Abrüstung und die dazu gegebenen Pressekommentare lassen nicht darauf schließen, daß man schon weit genug ist »vorausschauende, zielbewußte und entschlossene Verständigungspolitik« zu treiben. Die Pression zur Einladung des bolschewistischen Rußlands und der Türkei trägt klar antieuropäisches Gepräge. Eingeschlossen ist die Drohung, daß Deutschland ebensogut nach Osten wie nach Westen optieren könne. Natürlich steht im Hintergrund die Frage nach dem Kaufpreis für die Bereitwilligkeit sich in ein europäisches System einzugliedern. (Um allen Mißdeutungen zu begegnen, sei in Parenthese bemerkt, daß die Konzeption einer Einigung Europas natürlich nicht im mindesten antirussische Tendenz trägt. Das ist hier von Anfang an und immer wieder gezeigt worden.) Für die deutsche Politik der verschiedenen Eisen im Feuer oder, wenn man will, des Spiels mit verschiedenen Bällen gilt aber noch immer das Wort Ferdinand Lassalles, daß es verderblich ist in großen Dingen schlaue zu wollen. Es entbehrt, wenn man die Diskussion zwischen den Außenministern Curtius und Briand verfolgt, nicht der Pikanterie, daß bei dieser letzten Tagung die Fronten mindestens äußerlich gewechselt haben. Hatte man von deutscher Seite ursprünglich leidenschaftlich die Auffassung Briands bekämpft, daß die politische Flurbereinigung dem wirtschaftlichen Aufbau in Europa vorangehen müsse, so bekämpfte man jetzt ebenso leidenschaftlich seinen Vorschlag einen planmäßigen wirtschaftlichen Eingriff vorzunehmen, das Verhältnis der östlichen Agrarstaaten zu den Industriestaaten des Westens zu regeln.

Der eigentliche Grund für diese Abwehr ist vielleicht, daß man darin Gefahren für den jetzt hier und da liebevoll gehegten Plan eines von Deutsch-

land beherrschten Mitteleuropas sieht, in dem den Agrarstaaten des Ostens eine dienende Rolle zugewiesen wird. Im Bann dieser, allerdings ohne den Wirt gemachten Rechnung übersieht man die gewaltigen Vorteile, die sich aus dem französischen Vorschlag gleichzeitig für Deutschland und für Frankreich ergeben können. Bei der wirtschaftlichen Erschließung der zivilisatorisch rückständigen Agrargebiete ergänzen sich, wie in so vielen Dingen, Deutschland und Frankreich auf das glücklichste. Das kapitalreiche Frankreich verschafft sich ein Anlagengebiet, das industriestarke Deutschland ein Austausch- und Absatzgebiet. Denn Frankreich würde, was schon früher in Deutschland ganz richtig erkannt worden ist, nicht als Abnehmer für die Agrarprodukte des Westens in Frage kommen, es braucht also gewissermaßen eine Umschlagsstelle für sein Kapital und findet sie in Deutschland, das als eine Art Zwischenstation mit den französischen Krediten seine Industrie durch die Aufträge aus den östlichen Agrargebieten stärker beschäftigen könnte. Daß sich bei solcher Zusammenarbeit politische Konsequenzen ergeben müßten, dürfte von französischer Seite kaum übersehen worden sein, es hat vielleicht sogar die politische Erwägung bei Briand im Vordergrund gestanden, und die scheinbare Inkonsequenz ist nur die Beweglichkeit eines konsequenten Politikers. Doch es geht hier ja nicht um eine Ehrenrettung des französischen Außenministers, die er nicht nötig hat, vielmehr um die Förderung der Einsichten in die Möglichkeiten, die Deutschland geboten werden, wenn es sich entschließt seinen Standort in Europa und nicht in einem östlichen oder überseeischen Utopien zu suchen.

Auch mit bolschewistischer Hilfe, falls darauf auch von ernstzunehmender Seite spekuliert werden sollte, ist Frankreich wirtschaftlich so wenig wie politisch niederzuringen. Das "russische Geschäft" ist für die deutsche Allgemeinheit infolge der ausgedehnten Garantie von Reich, Ländern und Gemeinden bis heute ein sehr kostspieliges Unternehmen gewesen; auch von dieser, der ökonomischen Seite her, ist Frankreich nicht beizukommen. So unsinnig es war in dem Goldabfluß vom Londoner Markt nach Frankreich ein teuflisches Spiel zu sehen (wenn man nicht, was sich hören ließe, aber nicht gehört wird, den ganzen Kapitalismus als Teufelei anspricht), so wahr ist es natürlich, daß die französisch-englische Goldentente nicht ohne politische Wirkung sein kann. Man muß sich wohl damit abfinden, daß Frankreich stark genug war dem vereinigten Ansturm der angelsächsischen Seemächte wie jener "Revisionisten" standzuhalten, und ferner, daß es nicht gezwungen ist dem geldbedürftigen Deutschland nachzulaufen, um nicht das Schicksal des Königs Midas zu erleben. Die wohlunterrichtete Prager Presse teilte am 13. Januar zu der wirtschaftlich-finanziellen Verständigung zwischen England und Frankreich eine Version mit, wonach »ein großer Teil der französischen Kapitalien in der englischen Industrie Beschäftigung finden« solle. Und das der tschechoslowakischen Regierung nahestehende Organ erörtert weiter die möglichen Konsequenzen aus diesem Anfang in der Weise: »In finanzpolitischer Hinsicht würde eine Zusammenarbeit zwischen Frankreich und England heute nahezu die absolute Hegemonie auf dem europäischen Finanzmarkte darstellen, weil Amerika, das mit sich selber genug zu tun hat, und wo heute europäische Emissionen undenkbar sind, vorläufig aus der Rechnung herausfällt. Wenn diese Hegemonie, die ja nur auf einem Ausgleiche der politischen Anschauungen beruhen kann, im Sinne der politischen Beruhigung, im Sinne des wirtschaftlichen Aufbaues der europäischen Länder, im Sinne der Pazifizierung Europas benutzt würde (und das Beispiel Mussolinis zeigt, daß schließlich auch das dynamischste Regime einer solchen Richtung Rechnung tragen muß), dann wäre dies noch eine

weitere Zugabe zu den unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen einer solchen Neudistribution der Kapitalien. Denn wer wollte leugnen, daß an der Depression die politische Unsicherheit zu einem großen Teile die Schuld trägt? Jedes Tröpfchen Öl, das auf diese Wellen gegossen wird, hat auch eine wirtschaftliche Besserung zur Folge.«

So richtig dieser Ausblick als Möglichkeit ist, so zeigt doch das Verhalten Frankreichs gerade Deutschland gegenüber, daß seine Pläne nach wie vor in der Richtung einer Einigung des Kontinents gehen und nicht seiner Beherrschung im Verein mit Angelsachsen. Auf die natürlichen Gründe dafür einzugehen dürfte sich an dieser Stelle erübrigen. Jedenfalls: Noch am 3. Februar, unter der Überschrift Vor dem Wiedertzusammentritt des Reichstags, schrieb der Temps in deutlicher Mahnung:

»Man beginnt in Deutschland zu begreifen, daß die systematische Agitation gegen den Youngplan und gegen den Friedensvertrag von Versailles zu nichts führt, daß niemand draußen sich durch die Drohungen einschüchtern läßt, man habe große Mühe ihn durchzuführen, daß einzig der deutsche Kredit in der Welt schwer darunter leidet. Das Reich findet draußen die Hilfe, die es braucht, um die Katastrophe zu vermeiden, die die Fehler seiner Regierer (dirigeants) vorbereitet haben, nur unter der Bedingung, daß es ihm gelingt das internationale Vertrauen in den Friedenswillen des deutschen Volkes wieder zu stärken.«

Am 5. Februar berichtete die Vossische Zeitung über »Pariser Kreditpläne«, nämlich über den Vorschlag Wladimir d'Ormessons für die nächsten beiden Jahre Deutschland 50 % der Zahlungen, je 850 Millionen Mark zu erlassen, unter der Voraussetzung eines 50prozentigen Nachlasses der amerikanischen Forderungen. Und in der Ere Nouvelle trat, wie am gleichen Tag von dem Korrespondenten des Sozialdemokratischen Pressediensts mitgeteilt wurde, Edouard Herriot für eine finanzielle Hilfsaktion an Deutschland ein. Denn: »Der Schlüssel zur ganzen europäischen Situation liegt in der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Kommt diese Einigung zustande, so ist nichts zu fürchten, scheidet sie, so ist nichts zu hoffen.«

Man muß hinzusetzen: am wenigsten für Deutschland.

Es dient allerdings nicht der Erweckung des Friedenswillens in Deutschland noch der Mehrung des internationalen Vertrauens, wenn man, wie Leo Stahl, der Pariser Berichterstatter der Vossischen Zeitung, in dem Vorschlag d'Ormessons einen »Pferdefuß« entdeckt: die Anregung gleichzeitig die Rüstungsausgaben in beiden Ländern um $\frac{1}{12}$ herabzusetzen. Wie man, nachdem man tagaus tagein den Abrüstungsfanatiker gespielt hat, plötzlich gegen eine Abrüstungsforderung loslegen kann, bleibt das Geheimnis einer unergründlichen Linkslogik. In der Abrüstungsfrage hat in Genf die deutsche Delegation eine fragwürdige Rolle gespielt und sich dabei zwischen 2 Stühle auf den Isolierschemel gesetzt. Das kommende Jahr ist lang genug gut zu überlegen, sehr kurz, wenn es zur Aktion gegen den »Erbfeind«, zur Vorbereitung von »Waffenbrüderschaften« benutzt wird. In 2 bemerkenswerten Artikeln, die Wolf von Dewall als ein »Nachwort zu Genf« in der Frankfurter Zeitung vom 30. Januar und 1. Februar 1931 unter der bezeichnenden, von dem Reichskanzler Brüning übernommenen Überschrift Der Kampf geht um die Wahrheit veröffentlichte, wird dargetan, daß die Außenpolitik sich bisher mehr an der Straße als an staatlichen Notwendigkeiten orientiert habe. Wahre Friedenspolitik lasse sich nur »durch die Friedenswaffe« herbeiführen. Dewall nennt zwar Frankreich den »Führer der Abrüstungsunwilligen«, aber diese Konzession an den (vorgestellten) »Mann auf der Straße« hindert den Redakteur des Frankfurter Blatts immerhin nicht ein über solche Phrase hinausgehendes Verständnis für die wahre Situation zu zeigen:

»Eine neue Friedensoffensive Deutschlands als Vorbereitung für die internationale Abrüstungsarbeit wäre vonnöten. Eine Friedensoffensive, die zum Ziele hat das beiderseitige Mißtrauen und damit das französische Bedürfnis nach höheren Rüstungen und einseitigen Sicherheitsbestimmungen niederzulegen, die dem französischen Volke klar machte, daß Deutschland nicht nur nach Frankreich hin sondern auch in seinen Beziehungen zu allen anderen Nachbarn wirklich nichts anderes will als den Frieden, die einen Zustand möglichst großer politischer Intimität, wie er auf wirtschaftlichem Gebiet mit wachsendem Erfolge von beiderseitigen Wirtschaftsführern bereits erstrebt wird, herbeizuführen trachtet. Herr Curtius hat in Genf wiederholt darauf hingewiesen, daß die politische Vorarbeit für die Abrüstungskonferenz von größter Wichtigkeit sein wird. Sie nach London und nach Washington hin zu richten wird sich selbstverständlich auch dringlichst empfehlen. Aber eine Vorarbeit, die nicht im direkten Benehmen mit Paris das deutsch-französische Friedensproblem in seinem Kern anpackt, wird keinen Erfolg haben können.«

Entkleidet von konzessionellem Beiwerk, sagen diese Worte das gleiche, was Julius Becker, der Genfer Berichterstatter der Vossischen Zeitung, in der Wochenzeitung Das Andere Deutschland am 24. Januar in einem mutigen Artikel gegen die Verhetzung der Öffentlichen Meinung ausführte. Er sagt dort klipp und klar, daß das Genfer Friedensprotokoll von 1924 »den Weltfrieden nach menschlichem Ermessen endgültig hätte sichern können, wenn es nicht infolge seiner gar zu großen Starrheit und der von England für unannehmbar gehaltenen Hilfsverpflichtungen der Ablehnung verfallen wäre«. Und es wird weiter dargetan, daß »die Voraussetzungen für eine wesentliche Herabsetzung der Rüstungen nicht erfüllt« seien, die französische Sicherheitsthese wird als zu Recht bestehend anerkannt, die Haltung der deutschen Delegation einer scharfen Kritik unterzogen, und schließlich wird ein vernichtendes Urteil auch über die Berichterstattung ausgesprochen:

»Das ganze Schauspiel [einer Abrüstungskomödie, wie sie bisher war] aber wird aufgeführt, weil man nicht einmal der heute in vielen Ländern nationalistisch so verhetzten Öffentlichen Meinung eingestehen darf, daß eine fühlbare Verminderung der furchtbar auf den Völkern und auf dem Wirtschaftsleben lastenden unfruchtbareren Rüstungsausgaben zurzeit unmöglich ist! Dieser Erfolg der Öffentlichen Meinung zeigt so recht, was sie vermöchte, wenn sie es verstanden hätte sich stärker geltend zu machen.«

Das sind andere Töne, freudevollere, als man sie gewöhnlich hört. Vielleicht macht es gerade auf deutsche Sozialdemokraten Eindruck, wenn sie weiter erfahren, mit welcher Kaltblütigkeit das Organ der englischen Arbeiterpartei, der Daily Herald, die bisherigen Pakte, ähnlich wie Becker, als »ein rechtes Lichtenbergisches Messer ohne Klinge, an dem das Heft fehlt«, betrachtet. In diesem Blatt konnte man am 17. Januar lesen:

»Da gibt es den Kelloggspakt, da ist der Völkerbundsvertrag, aber da sind auch die Flotten, die Landheere und die Luftstreitkräfte, und sie verkünden der Welt, daß nicht eine einzige Regierung glaubt, daß diese Pakte und Verträge mehr sind als "Fetzen Papier", nicht eine einzige Regierung, die willens ist ihre Sicherheit diesen Verträgen anzuvertrauen.«

Danach ist die "Sicherheitspsychose" doch nicht eine ausschließlich französische Bosheit? Man wird das in Deutschland begreifen müssen, wird auch lernen müssen, daß es Existenznotwendigkeiten gibt, die kein Land ungestraft übersehen darf. Wiederum ist (zum wievielten Mal?) eine Hoffnung auf britische Hilfe fehlgeschlagen. Das ist kein Zufall, das ist die Konsequenz der Dinge. Für die ersten Jahre der Nachkriegszeit, bis 1924, stellt im wissenschaftlichen Organ der österreichischen Sozialdemokratie, im Kampf, der in Paris lebende Genosse Paul Szende in diesem Monat fest, daß die Taktik der englischen Politik darin bestand »Deutschland gegen Frankreich auszuspielen«. Man liest da unter anderm noch:

»England hatte Deutschland seine Handelsflotte und Kolonien weggenommen, auch auf seinen Reparationsansprüchen beharrte es energisch, Erleichterungen für Deutschland versuchte es nur auf Kosten Frankreichs durchzusetzen . . . Seit dem Waffenstillstand setzte England seine traditionelle Politik fort, die darin besteht die stärkste militärische Macht des Festlandes (nach der Niederlage Deutschlands nun wieder Frankreich) zu bekämpfen und ihren Einfluß zu schmälern. Nicht nur Lloyd George, der sich mit Frankreich vollständig verfeindete, sondern auch Chamberlain, der als Franzosenfreund galt, versuchten alle Widersacher Frankreichs und seiner Verbündeten zu sammeln, um diese bei jeder diplomatischen Schwierigkeit gegen Frankreich auszuspielen.«

Szende führt aus, daß England, »das Land der "ältesten Demokratie"«, so »Jahre hindurch der Schutzpatron des europäischen Fascismus« wurde. Das alles, dazu noch, wenn auch von der »fixen Idee der "sécurité"« gesprochen wird, die Anerkennung für das Genfer Protokoll als der »bisher gelungensten Lösung des Sicherheitsproblems«, die Aufforderung die französische Sicherheitsforderung »auf ihren realen Gehalt zu prüfen«, die Betonung, daß die Furcht der Franzosen vor einem Überfall sehr begründete Ursachen habe; alles das sind Bestätigungen einer Meinung, die vor kurzem noch in führenden Kreisen der Sozialistischen Internationale, auch der österreichischen Partei, als Hirngespinnste einiger Außenseiter abgetan wurde.

Alle diese Wandlungen in der Auffassung und in der praktischen Politik sind erfreuliche Anzeichen. Aber es hieße den Dingen Gewalt antun, wollte man die Gegenströmungen übersehen, die erweckt wurden, Gegenströmungen, die noch immer mächtig genug sind, um zu einer neuen Überflutung zu führen. Schon die Reichstagsrede des Reichsaußenministers am 10. Februar hat, wie man aus dem Pariser Echo erst deutlich merkte, einen Teil des Damms wieder eingerissen, den zu bauen man gerade begonnen hatte. Man hatte "drüben" mit vollem Recht erwartet, daß die deutsche Regierung die Verpflichtungen, die ihr aus dem Ergebnis von Genf erwachsen sind, in die Tat einer von nationalistischen Zerstörungskeimen gereinigten Außenpolitik umsetzen würde. Statt dessen wurde wiederum die ganze Magna Charta der deutschen Revisionsforderungen mit allen Tipfelchen zur Beruhigung der "nationalen Opposition" ausgebreitet. Verständlich, daß hinter diesem Schwanden die Konzessionen an die politische Vernunft, die sowohl die Rede des Außenministers wie die im einzelnen, besonders nach Polen hin, positivere Ergänzungsrede des Zentrumsführers Ludwig Kaas enthielten, für die Augen des Auslands verschwanden oder zum mindesten an Wert wesentlich einbüßten. Auch der Fonds von Rücksichtnahme auf die innenpolitischen Schwierigkeiten des deutschen Außenministers, die seit Gustav Stresemanns Wirken Tradition der französischen Außenpolitik ist, kann erschöpft werden. Das Presseecho aus Frankreich auf die Etatsrede Julius Curtius' ist eine Warnung, die die deutsche Regierung hoffentlich nicht überhören wird.

Man schmeichelt sich in Deutschland, mit einem Seitenblick nach dem Westen, zu den "dynamischen" Völkern zu gehören (obwohl für das angeblich so traditionsbeschwerte Frankreich doch wohl immer noch der bekannte Ausspruch Caesars über die Gallier gilt: daß sie »novarum rerum cupidi« seien; was sie schließlich in der Großen Revolution zeigten, und was man, wenn man will, auch heute noch in Paris überall bemerken kann). Nun ist Politik nach jenem Modewort gewiß eine dynamische Angelegenheit, einem Fluß vergleichbar, dessen einzelne Wellen und Strudel kommen und vergehen, dessen Lauf aber in einem natürlich bestimmten, wenn auch regu-

Man kann darauf hinweisen, daß die zweifellos vorhandene Not und ihr gegenüber das anscheinende Versagen von Verfassung und Parlament diese Erscheinung erklären. Die Jugend, die keinen Ausweg sehe, greife nach den radikalsten Mitteln. Dem ist zu antworten, daß die Not in anderen europäischen Ländern nicht geringer ist. Daß das Versagen der landläufigen parlamentarischen Methoden beispielsweise in England sehr deutlich hervortritt. Warum versagt trotzdem dort die politische Erziehung der Jugend nicht? Warum erleben wir nur in Deutschland und bei den österreichischen Studenten diese Primitivität und Verworrenheit des Denkens, die das deutsche Hakenkreuzertum ebenso auszeichnet wie den deutschen Kommunismus?

Belastung durch die Tradition, antworten manche und kommen der Wahrheit schon ein wenig näher. Es ist ganz fraglos, daß die Versuche unsere Schule zu republikanisieren im ganzen gesehen bis jetzt mißglückt sind. Und zwar verschärft sich der Mißerfolg nach der Spitze der Pyramide hin. Während die Volksschullehrer in ihrer Mehrzahl einfach politisch indifferent und nur für Standesfragen interessiert erscheinen, sind an den Höheren Schulen und in stärkerem Maß noch an den Universitäten die Lehrer zum großen Teil offen oder versteckt republikfeindlich, sie betrachten zum mindesten die Pflege der kaiserlichen Vergangenheit als nationale Pflicht und Interesse für die verfassungsmäßige Gegenwart als wenig standesgemäß. Noch stärker tritt dies Versagen hervor, wenn wir die positive Seite betrachten. An den Volksschulen besteht eine nicht unerhebliche und in sich geschlossene Reformbewegung mit politisch ausgesprochen sozialistischer Tendenz in den Freien Schulgesellschaften. An den Höheren Schulen schrumpft diese Bewegung auf einige wenige freiheitlich orientierte Schulen in großen Städten zusammen. An den Universitäten endlich finden wir nur vereinzelte Dozenten, die auf verlorenem Posten sich zu behaupten suchen. Am erstaunlichsten aber ist das Bild an den Berufsschulen, von deren Lehrerschaft man am ersten staatsbürgerliche Interessen und Verständnis erwarten könnte, da sie zum großen Teil aus der wirtschaftlichen Praxis stammt und ausschließlich mit einer Jugend zu tun hat, die bereits mitten im gesellschaftlichen Leben steht und sich unablässig mit Fragen des öffentlichen Rechts, der Sozial- und Wirtschaftspolitik auseinandersetzen muß. Hier jedoch überwiegen durchaus, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, privatwirtschaftliche Anschauungen, und es ist noch der günstigste Fall, wenn die hier gepflegte Betriebsromantik nicht aufs politische Gebiet übergreift. Was ich von staatsbürgerlichen Lehrbüchern für diese und Fachschulen gesehen habe, das war zum großen Teil derart, daß der Hitlerjüngling als natürliches Produkt dieser Erziehung erschien. Ist aber diese Erscheinung; die reaktionäre und wirklichkeitsfeindliche, nicht durch Erkenntnisse sondern durch Ressentiment bestimmte Haltung der meisten Erzieher, die mit völliger Gleichgültigkeit wechselt, nicht weit mehr Symptom eines tiefer sitzenden Übels als eigentliche Ursache? Wir haben gewiß in den letzten 10 Jahren bei der "Erziehung der Erzieher" Schiffbruch gelitten. Aber warum war das in einem solchen Ausmaß der Fall?

Mir scheint, es erklärt sich aus der Abneigung, die wir in diesem letzten Jahrzehnt durchweg entwickelt haben, umstrittene Probleme überhaupt zur Erörterung zu stellen, aus der daraus resultierenden Neigung zu oberflächlichen, rein äußerlichen Formulierungen und aus der Scheu vor positiven Arbeitsleistungen auf neuem und noch unerprobtem Gebiet.

Wer auf der Reichsschulkonferenz die Diskussion über staatsbürgerliche Erziehung mitgemacht hat und die Formulierungen erlebte, die völlig inhaltlos sich mit ein paar methodologischen Trivialitäten begnügten, der konnte nur mit äußerster Skepsis die Auswirkung dieser Stellungnahme, vielmehr dieser Flucht vor jeder Stellungnahme erwarten. Wer den Produkten unserer Schulerziehung auf der Universität begegnet, der sieht mit Schrecken, wie sie sich ausgewirkt hat. Ich möchte dabei im voraus bemerken, damit mir nicht die Einseitigkeit persönlicher Erfahrung vorgeworfen wird, daß bei den Studierenden, mit denen ich zu tun habe, zweifellos eine einseitige Auswahl vorliegt. Ein Sozialist, der keine Prüfungsbefugnisse hat, und dessen Vorlesungsthemen in der Richtung seines gesellschaftlich-wirtschaftlichen Interesses gewählt sind, hat keine Hörer, die nur auf Examensdrill eingestellt sind, und ebensowenig solche, denen das Interesse für gesellschaftlich-politische Fragen fehlt. Die Auswahl, mit der ich es seit Jahren zu tun habe, stellt also nach der Seite der staatsbürgerlichen Interessiertheit zweifellos eine Elite dar. Und dennoch: Es ist nicht etwa der Mangel an Tatsachenkenntnis, der auffällt. Wir sind ein fleißiges Volk, und unsere Schulen sind trotz allen Reformen noch immer ausgezeichnete Fabriken für Wissenskonserven. Es ist weit fundamentaler die Unfähigkeit zu gesellschaftlicher Beobachtung und gesellschaftlichem Denken. Die Unfähigkeit selbst die einfachsten Folgerungen zu ziehen, Tatsachen in Zusammenhang zu setzen, und, vielleicht das Verhängnisvollste von allem, die tiefwurzelnde Überzeugung, daß Politik überhaupt keine Angelegenheit der Erkenntnis sei sondern ein Gebiet für sich, auf das man die sonst selbstverständliche Forderung intellektueller Ehrlichkeit nicht anzuwenden brauche, ja nicht einmal anwenden könne. Es ist klar, wie diese geistige Haltung wirken muß. Man ist himmelweit davon entfernt kritische Besonnenheit als notwendige Voraussetzung politischen Handelns anzuerkennen. Man hält es nicht für notwendig das eigne Leben und die eigne Arbeit mit dem Leben der Gesamtheit in Beziehung zu setzen, behauptet vielmehr für jedes Wissens- und Arbeitsgebiet eine Eigengesetzlichkeit, nicht etwa methodischer sondern grundsätzlicher Art. Und zur Ergänzung überläßt man sich auf dem Gebiet öffentlichen Denkens und Handelns, also der Politik, hemmungslosem Ressentiment.

Es wäre ganz falsch dies alles auf eine spezifisch politische "Unbegabtheit" zu schieben. Die Veranlagung zu verantwortlichem Beobachten, Denken und Handeln ist in der öffentlichen Zone genau im selben Maß vorhanden wie in der privaten. Es handelt sich vielmehr um eine völlige Verkümmern und Verwahrlosung vorhandener Anlagen, verursacht durch eine generationenlang systematisch gezüchtete Untertanengesinnung, die den einzelnen gewöhnt hat sich selber für unbeteiligt zu halten, sobald die Zone des Privatinteresses überschritten wird, und an Stelle kritischen Verantwortungsgefühls eine Schlagetotromantik in allen öffentlichen Fragen zu entwickeln, die das Strammstehen des Subalternen wunderbar vereinigt mit der Anbetung von Welterobererallüren guter oder schlechter politischer Komödianten. Dieser unheilvollen Geistesverfassung gegenüber hat es die Praxis der staatsbürgerlichen Erziehung durchweg versucht durch formalrechtliche Gedankengänge und eine republikanische Ethik die machtromantischen Phantasieen des wilhelminischen Untertanen zu verdrängen. Das mußte ergebnislos sein. Rechtskonstruktionen besitzen keine Überzeugungskraft. Ethik gewinnt ihre Stärke nur aus lebendiger Erfahrung. Und staatsbürgerliche Gesinnung entzündet

sich daher nur am Erlebnis einer staatlichen Gemeinschaft. Die Verfassung Frankreichs gewinnt ihre zweifellos auch heute noch vorhandenen Wirkungen, ihre Fähigkeit Staatsbürger zu bilden, aus der Tatsache ihrer revolutionären Entstehung und ihrer Behauptung in schweren Kämpfen. In England wirkt die gesamte Geschichte, diese allmähliche Organisierung der öffentlichen Willensbildung und Rechtsschaffung, im gleichen Sinn. Die Verfassung der Deutschen Republik ist nicht erkämpft. Sie ist als Produkt der Not und eines Machtkompromisses entstanden. Unsere Parteien, mindestens die bürgerlichen, haben sich nicht als entscheidende Träger eines gemeinsamen Machtwillens gebildet sondern als Interessenvertretung bei einer über ihnen stehenden und von ihnen unabhängigen Staatsgewalt. Bei dieser Sachlage findet die staatsbürgerliche Erziehung keine Anhaltspunkte in der bisherigen deutschen Geschichte, zum mindesten nicht dann, wenn sie, wie das so üblich ist, nur an die verfassungsrechtliche Entwicklung anknüpft und die Weimarer Verfassung als Schluß- und Zielpunkt einer Entwicklung hinstellen sucht. Es ist ein eklatanter Widerspruch zwischen den deutschen Vorkriegsverfassungen und der Weimarer Verfassung. Und er erklärt sich nicht aus dem Kampf der politischen Machtgruppen und einem dadurch bedingten Machtumschwung. Die bürgerlichen Parteien haben niemals seit 1848 um etwas gekämpft, was der Weimarer Verfassung entspräche. Die Sozialdemokratie hat um ein sehr anderes Ziel gekämpft. Ursachen und Wirkungen erscheinen hier durchaus nicht adäquat, die Verfassung nicht als Kampfobjekt und Siegespreis sondern als eine Art Zufallsprodukt. Hinzu kommt der unglückselige Umstand, daß ihre Annahme mit der außenpolitischen Niederlage Deutschlands im Vertrag von Versailles zusammenfällt. Bei dem Geist der überwiegend meisten Lehrer besteht von vornherein die Neigung diese Tatsache in den Mittelpunkt zu rücken, und sie wird verstärkt durch die sehr verhängnisvollen Bestimmungen, wonach Aufklärung über den Vertrag von Versailles zu den Lehraufgaben der Schule gehört. Die Wirkung ist die, daß die Weimarer Verfassung sozusagen als Begleiterscheinung des Versailler Vertrags behandelt wird, und daß sich im Geist der Schüler die Auffassung festsetzt, sie sei ein Instrument dieses Vertrags, und beide, Verfassung und Vertrag, würden mit einander stehen und fallen. Das ganz Unsinnige dieser Auffassung ergibt sich dem politisch Denkenden auf den ersten Blick. Aber es handelt sich eben im Schulunterricht erst um solche, die zum politischen Denken erzogen werden sollten und durch die tatsächliche Beeinflussung statt dessen jeder Art der skrupellosesten Verhetzung widerstandslos unterliegen.

Und doch könnte es anders sein, und gerade die außergewöhnliche Schwierigkeit unserer Lage gibt uns die größten erzieherischen Möglichkeiten.

Die Weimarer Verfassung ist ihrem ganzen Wesen nach der Versuch einer neuen Machtverteilung, der notwendig wurde durch die Tatsache, daß der alte Träger der Macht, die Monarchie, samt dem sie stützenden Heer nicht von innen überwunden sondern unter dem äußern Druck tatsächlich verschwunden war, und durch den weitem Umstand, daß nicht ein siegreicher Machtpretendent vorhanden war, sondern 2 konkurrierende und gegensätzliche Machtgruppen: Bürgertum und Arbeiterklasse. So ist sie trotz der äußern Anlehnung an demokratische Vorbilder im ganzen wie in allen Einzelheiten ein Kompromiß, mit allen Vieldeutigkeiten eines solchen behaftet. Gerade dadurch ist sie Ausdruck einer bestimmten gesellschaftlichen Situation, in der vorübergehend ein Gleichgewicht der Kräfte bestand, das sich

nach kurzer Zwischenpause erneut in den Kampf um die Macht verwandeln mußte. Ihre Vieldeutigkeit wie ihre Widersprüche bieten diesem Kampf einen ungemein weiten Raum. Heute, nach 11 Jahren Dauer, ist sie daher schon etwas vollkommen anderes als sie bei ihrer Entstehung war, entsprechend den geänderten Machtverhältnissen. Sie bietet daher weit mehr als irgendeine andere Verfassung, gerade in ihrer Uneinheitlichkeit, Ausdeutbarkeit, in den vielen Möglichkeiten, die sie in sich birgt, ein unvergleichliches Beobachtungsobjekt für gesellschaftliche Voraussetzungen politischer Kämpfe. Aber freilich nur für den, der etwas von gesellschaftlichen Zusammenhängen und ihrem politischen Ausdruck weiß. Hier liegt die Schwierigkeit.

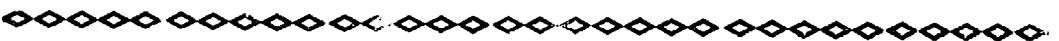
Unsere Verfassung entzieht sich der formalrechtlichen und rein politischen Betrachtungsweise, wie sie an bürgerlich-demokratischen Verfassungen geübt werden kann. Unter diesem Gesichtspunkt gesehen erscheint sie leicht als eine unerfreuliche Flickarbeit. Sie erhält ihre Bedeutung erst dann, wenn man sie sieht als das, was sie ist: als den Versuch die sehr komplizierten Machtverhältnisse eines hochkapitalistischen Landes mit gleich stark organisiertem Kapital und Proletariat auf eine Formel zu bringen, die einen weiteren wirtschaftlichen und politischen Kampf in geordneter Form möglich machte. So gesehen ist sie ein außerordentliches Material gesellschaftlicher und politischer Erkenntnis, besser als irgendeine der älteren Verfassungen geeignet die Besonderheit heutiger politischer Gruppen- und Willensbildung und ihre Auswirkung im Schaffen neuen Rechts aus gesellschaftlichen Verhältnissen zu erklären. Das aber setzt freilich die Kenntnis gesellschaftlicher Tatsachen voraus. Und in dieser Hinsicht versagt die heutige Schulerziehung deswegen fast vollständig und allgemein, weil die gesamte Lehrerbildung der Vorkriegszeit dieser Kenntnis entgegenwirkt. Es liegt also so, daß unsere staatsbürgerliche Erziehung nur dann wirksam werden könnte, wenn sie richtig unterbaut wäre von einer gesellschaftlich orientierten Gesamterziehung.

In der Forschung wie im öffentlichen Leben setzt sich dieser Gesichtspunkt immer mehr durch. Es ist hier nicht der Ort nachzuweisen, wie sehr auf allen Wissensgebieten gegen die Tradition eines humanitären Individualismus die Betrachtung vordringt, die soziale Typologie an seine Stelle setzt. Aber die Schule kommt hier sehr langsam nach. Wie sie in der Literatur jetzt allmählich bis zur Würdigung der Keller, Raabe, Storm und Mörike gelangt ist (ich spreche hier nur von dem Durchschnitt, nicht von den sich sehr stark abhebenden Ausnahmen), so ist das Deutschland, das sich der kindlichen Betrachtung bietet, überwiegend ein idyllisches Deutschland der Bauern und Handwerker, der individuellen umfriedeten Berufsarbeit und gesicherten nationalen und familienhaften Traditionen: ein romantisches und malerisches Deutschland, in das nur hier und da etwas industrielle Impressionen lyrisch sentimentaler Art hineingesetzt werden. Es ist sehr aufschlußreich sich daraufhin anzusehen, was pädagogische Reformverlage an modernem Lesestoff für Schulen in Lesebüchern oder Leseheften herausbringen. Man könnte glauben, diese modernen Bücher stammten aus der Zeit des Posthorns und der ersten Kommanditgesellschaften, und soweit sie wirtschaftliche Dinge behandeln, habe der brave Anton Wohlfahrt aus Soll und Haben bei ihnen Pate gestanden. Leider hindert ein ästhetisches Preziosentum, daß hier Wandel geschafft wird. Man hält nämlich den literarisch-künstlerischen Standpunkt ängstlich fest, will nur "anerkannte literarische Werte" in der Schule zu-

lassen und vergißt, daß das Kind und der Jugendliche zunächst erlebnis- und erfahrungshungrig sind, daß sie in jedem Schriftwerk und jeder bildlichen Darstellung zunächst die Wirklichkeit suchen und nur spät und auf Umwegen (wenn überhaupt) zum Erlebnis der künstlerischen Werte kommen. Und das ist gut so. Wir aber zäumen den Esel beim Schwanz auf und muten Kindern beispielsweise zu Schillers Glocke zu genießen, deren enorme, aber ganz abseitige Kunst sie nicht verstehen können, während ihr gesellschaftlicher Inhalt so wirklichkeitsfremd ist, daß jedes gesunde Kind daraus den Schluß zieht, die Schule habe gar nichts mit dem Leben zu tun.

Auf diesem Gebiet hat vor allem unsere sozialistische Pädagogik so gut wie alles zu leisten. Und sie allein kann diese Aufgabe erfüllen. Wir haben den ungeheuren Stoff der gesellschaftlichen Wirklichkeit vor uns. Wir haben in der marxistischen Geschichts- und Gesellschaftsbetrachtung ein Instrument, das noch größter Differenzierungen und Verfeinerungen fähig ist, aber schon heute uns die Möglichkeit der Analyse, der Ordnung und der synthetischen Folgerungen gibt. Es ist möglich mit dieser Methode unsern ganzen Unterricht umzugestalten, und es ist notwendig, daß dies geschieht, wenn die Schule ihr Ziel erreichen soll unsere Jugend lebensreif zu machen, das heißt sie zu befähigen ihre Stellung im gesellschaftlichen Geschehen zu erkennen, den Zusammenhang dieses Geschehens zu begreifen und daraus ihre eigne Aufgabe in diesem Zusammenhang zu erfassen. Nichts anderes können wir ja unter staatsbürgerlicher Erziehung verstehen. Sobald wir die Aufgabe enger fassen, schrumpft sie zu der formalrechtlichen und ethischen Unterweisung zusammen, deren Fruchtlosigkeit wir als Pädagogen ebenso voraussehen mußten wie wir sie heute schauernd an einer Jugend erleben, die von jeder staatsbürgerlichen Erkenntnis um so weiter entfernt ist, je mehr man "verfassungsmäßig" auf sie zu wirken suchte.

Vielleicht wird man einwenden, daß eine solche, auf gesellschaftliche Beobachtung und Untersuchung gerichtete Schule eine sozialistische Schule sei, daß der bürgerliche Staat sie nicht dulden könne. Es versteht sich von selbst, daß ein Sozialist durch seine Erkenntnisse zum Sozialismus geführt wird. Wir sind überzeugt, jede wahre Erziehung führe zum Sozialismus. Aber das bedeutet nicht, daß wir andere als rein wissenschaftliche Methoden anwenden werden. Es ist die gesellschaftliche Lage, die das Ergebnis unserer Untersuchungen, das Ziel unserer Erziehung bestimmt, nicht unsere Willkür. Die großen Erziehungsreformer der bürgerlichen Revolution standen mit ihren Forderungen im Gegensatz nicht nur zur pädagogischen Überlieferung ihrer Zeit sondern auch zur damals herrschenden kirchlichen und staatlichen Ordnung. Darum waren diese Forderungen nicht minder tief erkenntnismäßig fundiert. Es war die Notwendigkeit einer reif gewordenen Gesellschafts-epoche, die aus ihnen sprach. Heute, da die alten Erziehungsmethoden versagen, da die alten Unterrichtsinhalte dem Leben nicht Genüge tun, sind wir Sozialisten in der gleichen Lage wie die revolutionären Pädagogen jener Zeit. Und was wir unter gesellschaftlicher Orientierung der Erziehung verstehen, das umfaßt, wie damals die Forderungen des Humanismus, die Ziele einer neuen Erziehung, die unseren Notwendigkeiten, den Notwendigkeiten der heranreifenden neuen Zeit, gerecht wird.



PAUL KAMPFFMEYER · DIE ROLLE DES STAATS IM MARXISMUS

POLITISCHE Bildungsarbeit ist durch die Reichstagswahl vom 14. September 1930 als dringende Aufgabe unserer Bewegung klar erwiesen worden. Millionen deutscher Volksgenossen schritten zur Wahlurne, ohne den leisesten Versuch gemacht zu haben sich in die großen Schicksalsfragen der deutschen Nation hineinzuleben. Unter den schweren seelischen Erschütterungen einer sozialen Elendszeit folgten sie marktschreierischen Parolen, die das ganze uns bedrückende Weh und Ach mit dem Generalrezept bolschewistischer oder nationalsozialistischer Gewaltherrschaft kurieren zu können vorgeben.

Die von donnernden politischen Schlagworten halb betäubten Massen mochten sich in ihrer dumpfen geistigen Befangenheit die Staatsgewalt als eine über der Gesellschaft frei schwebende Macht vorstellen, die den Befehlen eines Herrschers blind gehorchen kann. In einer Zeit, in der die Zersetzung der bürgerlichen Gesellschaft in die politischen Parteien hineingetragen ist und den Staatswillen aufzulösen droht, dessen festes und tatkräftiges Auswirken gerade angesichts der Notlage von Millionen arbeitsfähiger Staatsbürger und -bürgerinnen dringend geboten ist, flüchten sich politisch unerzogene Massen leicht zu einem "Retter", der nach ihren Vorstellungen die soziale Misere schnell, mit einem Schlag, aus der Welt schaffen kann. Sie sollten darüber aufgeklärt werden, daß jeder Retter in seinem Denken und Handeln mehr oder weniger klassengebunden ist und im wesentlichen nur die Sonderwünsche und Sonderforderungen der Klassengruppen erfüllen kann, die ihn auf den Schild gehoben haben. Müssen wir hier an die rettenden Diktatoren der Vergangenheit erinnern? Lehrreich aber für alle Beweihräucherer solcher Retter ist die Erörterung der Frage, ob den Gewalthabern die Gesellschaftsrettung auch wirklich gelang. Über dem Paris der Junitage 1848 leuchtete 23 Jahre später der Feuerschein der Commune. Und 18 Jahre später erlebte das niedergeworfene Paris der Commune die Wiedergeburt der Internationale. Gewiß, der Staat führt wohl eine sich von der Gesellschaft abhebende, aber nicht von ihr losgetrennte Existenz. Die Gesellschaft ist nicht ein toter, leicht zu behandelnder Körper sondern ein urlebendiger, auf alle Eingriffe reagierender Organismus, dessen Glieder wirtschaftlich und politisch fest fundamentierte soziale Klassen sind. Nur in Rußland war es möglich (in Italien ist das durchaus nicht so der Fall), daß sich ein als reines Gewaltregime aufgebafter Parteiapparat in den Staat hineinschob und die Wirtschaft beherrschte, weil dort der numerisch größte Volksbestandteil keine wirtschaftliche und politische Klassenorganisation hatte. Das agrarische Frankreich des Jahres 1850, das den Boden für die Herrschaft Napoléons III abgab, hat Karl Marx im 18. Brumaire des Louis Bonaparte also geschildert: »Die Parzelle, der Bauer und die Familie; daneben eine andere Parzelle, ein anderer Bauer und eine andere Familie. Ein Schock davon macht ein Dorf, und ein Schock von Dörfern macht ein Departement. So wird die große Masse der französischen Nation gebildet durch einfache Addition gleichnamiger Größen, wie etwa ein Sack von Kartoffeln einen Kartoffelsack bildet. Insofern Millionen von Familien unter ökonomischen Existenzbedingungen leben, die ihre Lebensweise, ihre Interessen und ihre Bildung von denen der anderen Klassen trennen und ihnen feindlich gegenüberstellen, bilden sie eine Klasse. Insofern ein nur lokaler Zusammenhang unter den Parzellenbauern besteht, die Dieselbigkeit ihrer Interessen keine Gemeinsamkeit, keine nationale Verbindung und keine politische Organisation unter ihnen erzeugt,

bilden sie keine Klasse. Sie sind daher unfähig ihre Klasseninteressen im eigenen Namen, sei es durch ein Parlament, sei es durch einen Konvent, geltend zu machen. Sie können sich nicht vertreten, sie müssen vertreten werden. Ihr Vertreter muß zugleich als ihr Herr, als eine Autorität über ihnen erscheinen, als eine unumschränkte Regierungsgewalt, die sie vor den anderen Klassen beschützt und ihnen von oben Regen und Sonnenschein schickt. Der politische Einfluß der Parzellenbauern findet also darin seinen letzten Ausdruck, daß die Exekutivgewalt sich die Gesellschaft unterordnet.«

Diese Sätze kann man auch auf das agrarische Rußland anwenden, das November 1917 dem bolschewistischen Regime, allerdings nicht ohne Blut und Eisen, unterworfen wurde. In Deutschland aber standen wir beim Umsturz im November 1918 ganz anderen politischen und wirtschaftlich-sozialen Verhältnissen auf dem platten Land gegenüber: starken agrarischen Parteien, politischen Bauernorganisationen und wirtschaftlich umfassenden landwirtschaftlichen Genossenschaften. Und was Friedrich Engels in seiner Vorrede zu Karl Marx' Klassenkämpfen in Frankreich im Hinblick auf die Sozialdemokratie 1895 sagte, das galt auch 1918 beim Novemberumsturz für die politisch organisierte Bauernschaft Deutschlands:

»Eine Partei, die nach Millionen zählt, aus der Welt schießen, dazu reichen alle Magazingewehre von Europa und Amerika nicht hin.«

Für die politische Aufklärung unseres Volks ist es von grundlegender Bedeutung, daß die Massen historisch in die Beziehungen von Staat und Gesellschaft eingeführt werden. Man muß ihnen möglichst plastisch anschaulich zeigen, daß das staatliche Gewaltregime durchaus nicht die Verkörperung der Idee des Gemeinwohls ist, daß die Staatsgewalt wohl schwankende, aber je nach den ökonomischen und sozialen Verhältnissen doch historisch bestimmte Grenzen hat. Gerade bei der Erörterung dieses Gegenstands darf man es nicht unterlassen auf die Bedeutung auch der Staatsform hinzuweisen, über die sich junge Sozialisten vielfach mit dem gedankenlosen Wort »Republik, das ist nicht viel, Sozialismus unser Ziel« abzufinden suchen. Nur in der demokratischen Republik kann sich die köpferichste Klasse, das Proletariat, als Masse selbsttätig am wirksamsten betätigen.

Der Staat selbst ist nach Marx und Engels einer der kraftvollsten Hebel zur Aufrichtung des Sozialismus. In seiner Streitschrift gegen Dühring setzt Engels den Fall, daß sich die Staatsgewalt der ökonomischen Entwicklung entgegenstellt. Das kann sie nicht dauernd mit Erfolg tun. Der Kampf der ökonomischen Entwicklung mit der Staatsgewalt endigt nach Engels mit dem Sturz der letztgenannten, so auch in der Großen Französischen Revolution. Der Staat ist aber nicht schlechtweg ein hemmendes Moment der wirtschaftlichen Neuwerdung. Es sei hier nur an die Pflege der Manufakturen durch den Staat und an die staatlichen Eingriffe in die veralteten, die Produktion fesselnden Zunftordnungen erinnert. Im Vorübergehen sei auch auf das glänzende Kapitel in Marx' Kapital Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation verwiesen, ein Kapitel, das eingehend die Methoden der Emporzüchtung des Kapitalismus durch den Staat darstellt. In England werden Ende des 17. Jahrhunderts die verschiedenen Momente der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals »systematisch zusammengefaßt im Kolonialsystem, Staatsschuldensystem, modernen Steuersystem und Protektionssystem«:

»Diese Methoden beruhen zum Teil auf brutalster Gewalt, zum Beispiel das Kolonialsystem. Alle aber benutzen die Staatsmacht, die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft, um den Verwandlungsprozeß der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise treibhausmäßig zu fördern und die Übergänge abzukürzen.«

Der Staat ist tatsächlich in zahlreichen Fällen eine wirkliche Triebkraft der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung gewesen. Und als solche ist er auch von Marx und Engels stets anerkannt worden.

Gerade die Überleitung des Kapitalismus in den Sozialismus stellt sich Marx unter planmäßiger Hilfe des Staats vor. Und zwar bildet nicht allein der revolutionäre Akt der Besitzergreifung der Verkehrsmittel, der Banken usw. durch den Staat einen wichtigen Punkt des Marx'schen Programms, sondern auch die staatliche Regelung der Arbeitszeit. Und es ist gerade der Gegenwartsstaat, dem Marx die wichtige Aufgabe dieser Regelung zuteilt. Den in England bereits begonnenen Umwälzungsprozeß sieht Marx über den Kontinent dahinstürmen. Er schreibt 1867 im 1. Vorwort zum Kapital:

»Dort wird er sich in brutaleren oder humaneren Formen bewegen, je nach dem Entwicklungsgrad der Arbeiterklasse selbst. Von höheren Motiven abgesehen, gebietet also den jetzt herrschenden Klassen ihr eigenstes Interesse die Wegräumung aller gesetzlich kontrollierbaren Hindernisse, welche die Entwicklung der Arbeiterklasse hemmen. Ich habe deswegen unter anderm der Geschichte, dem Inhalt und den Resultaten der englischen Fabrikgesetzgebung einen so ausführlichen Platz in diesem Bande eingeräumt. Eine Nation soll und kann von der andern lernen. Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist (und es ist der letzte Endzweck dieses Werks das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen), kann sie naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern.«

Damit drückte er dem Gegenwartsstaat, der das englische Beispiel einer durchgreifenden Fabrikgesetzgebung vor Augen hat, schon ein recht umfangreiches Programm in die Hand.

Marx hat durch seine eindrucksvollen Ausführungen über die Bedeutung des Arbeiterschutzes, dessen weithin sichtbaren Erfolg: den Sieg der Zehnstundenbill, er als einen Sieg des Prinzips der Ökonomie der Arbeit über die Ökonomie der Bourgeoisie in der Inauguraladresse feierte, den Normalarbeitstag in den Mittelpunkt der internationalen Arbeiterbewegung überhaupt gestellt. Die Idee des Arbeiterschutzes beherrschte so stark die Köpfe der deutschen Sozialdemokratie, daß sie selbst unter dem Sozialistengesetz 1884 ein Arbeiterschutzgesetz einreichte. Außerordentlich bemerkenswert ist es, daß selbst Friedrich Engels in dem Briefwechsel mit Eduard Bernstein im November 1884 außerordentlich maßvolle Forderungen für einen Arbeiterschutzgesetzentwurf aufstellte. Wenige Jahre später, 1889, bei dem Wiederaufleben der Sozialistischen Internationale, wurde die Marxsche Forderung des gesetzlichen Achtstundentags zur Parole der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung. Als dann 1890 die antiparlamentarische Opposition der "Jungen" in Deutschland unter dem Banner des Marxismus die parlamentarische Reformpolitik der Fraktion leidenschaftlich befandete, holte Engels mit sehr heftigen Schlägen gegen einen »krampfhaft verzerrten Marxismus« aus. Diese Art Marxismus sei charakterisiert 1. durch »ein starkes Mißverständnis der Anschauungsweise«, die man »zu vertreten behauptete«, 2. durch eine grobe Unbekanntschaft mit den »jedesmal entscheidenden historischen Tatsachen«, 3. durch »das den deutschen Literaten so vorteilhaft auszeichnende Bewußtsein der eignen unermesslichen Überlegenheit«. Marx hätte diese Jüngerschaft vorausgesehen, »als er von dem zu Ende der siebziger Jahre unter gewissen Franzosen grassierenden "Marxismus" sagte: »Tout ce que je sais, c'est que moi, je ne suis pas marxiste.« Diese von Engels festgezogene Linie der sozialdemokratischen parlamentarischen Be-

tätigung wurde dann in seiner Vorrede zu 'Marx' Buch über die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850 verlängert und verstärkt. In dieser Vorrede legte Engels dar, daß mit dem Beispiel der deutschen Wahlrechtsbenutzung eine Revision der alten Taktik eingetreten sei, und daß die Sozialdemokratie prächtig bei den gesetzlichen Mitteln gedeihe.

Marx und Engels sind stets außerordentlich temperamentvolle Politiker gewesen, und die großen katastrophalen Ereignisse der Zeit berührten mächtig die so schnell und kräftig vibrierenden Saiten ihrer Seele. Das geschah bei dem Herannahen der Krise 1847-1848, in den Tagen der Commune, in den Zeiten der russischen Attentate, in den wirtschaftlichen Notzeiten der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Dazu gesellte sich der Einfluß der von ihnen entwickelten Theorie der sozialen Revolution. Nach dieser Theorie gerieten »auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung« die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür sei, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hätten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlugen diese Verhältnisse in deren Fesseln um. Es trete dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälze sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um. Diese Theorie hat Marx und Engels bestimmt in den großen wirtschaftlichen Krisen, in denen nach ihrer Ansicht die Produktivkräfte bereits den Produktionsverhältnissen über den Kopf gewachsen waren, Vorläufer tiefgreifender Revolutionen zu sehen. Aus ihren vielseitigen persönlichen Erfahrungen ergab sich ihnen aber die feste Überzeugung, daß Revolutionen nicht willkürlich erzeugt werden können. Wir erhielten ein vollkommen falsches Bild, wenn wir vereinzelt revolutionäre Aussprüche aus ihren flammenden Manifesten und Reden ausziehen wollten. Wir müssen klar die ganze politische Betätigung Marx' und Engels' würdigen, wenn wir in das Wesen beider Männer eindringen wollen.

Marx und Engels betreten nach der Märzrevolution des Jahres 1848 den Boden Deutschlands. Sie schließen sich an die Demokratie an und vermeiden jedes Paktieren mit geheimbündlerischen kommunistischen Sekten. Das Aktionsprogramm des Kommunistischen Manifests wird durch einen aktuellen Aufruf ersetzt, der 17 Forderungen »im Interesse des deutschen Proletariats, des kleinen Bürger- und Bauernstandes« enthält, darunter die Forderung einer einzigen und unteilbaren Deutschen Republik. Die nationale Frage, die im Kommunistischen Manifest noch in den Hintergrund tritt, wird in der Neuen Rheinischen Zeitung eingehend behandelt. Die widerspruchslose Einheit Deutschlands fordern Marx und Engels sehr eindringlich. Sie ist direkt geboten, da sie Deutschland aus der bisherigen Misere herausziehen und den Nationalreichtum erschaffen helfen soll. Nach Marx und Engels können auf einem in 39 Ländern zersplitterten Terrain die modernen sozialen Aufgaben nicht gelöst werden. Dem blanquistischen Kommunismus des Arztes Gottschalk in Köln, der lediglich durch die Kräfte der Arbeiterklasse die Bourgeoisie niederwerfen wollte, standen sie fern. Marx und Engels paßten in der Neuen Rheinischen Zeitung ihre Taktik den gegebenen politischen Situationen an, und im Hinblick auf diese differenzierten sie ihre Kämpfmittel. Im Züricher Sozialdemokraten formulierte Engels 1884 in einem Artikel Marx und die Neue Rheinische Zeitung die politische Taktik dieser Zeitung also:

»Die deutschen Arbeiter hatten vor allen Dingen die Rechte zu erkämpfen, die ihnen zu ihrer selbständigen Organisation als Klassenpartei unumgänglich waren: Freiheit der Presse, der Vereinigung und Versammlung, Rechte, die die Bourgeoisie im Interesse ihrer eigenen Herrschaft hätte erkämpfen müssen, die sie selbst aber in ihrer Angst den Arbeitern jetzt streitig machte. Die paar hundert vereinzelter Bundesmitglieder [des Kommunistenbunds] verschwanden in der ungeheuren, plötzlich in die Bewegung geschleuderten Masse. Das deutsche Proletariat erschien so zunächst auf der politischen Bühne als äußerste demokratische Partei. Damit war uns, als wir in Deutschland eine große Zeitung gründeten, die Fahne von selbst gegeben. Es konnte nur die der Demokratie sein, aber einer Demokratie, die überall den spezifisch proletarischen Charakter im einzelnen hervorhob, den sie noch nicht ein für allemal aufs Banner schreiben konnte. Wollten wir das nicht, wollten wir nicht die Bewegung an ihrem vorgefundenen, fortgeschrittensten, tatsächlich proletarischen Ende aufnehmen und weiter vorantreiben, so blieb uns nichts als Kommunismus in einem kleinen Winkelblättchen dozieren und statt einer großen Aktionspartei eine kleine Sekte stiften. Zu großen Predigern in der Wüste aber waren wir verdoeben; dazu hatten wir die Utopisten zu gut studiert.«

Die Neue Rheinische Zeitung trieb also im wesentlichen demokratische Politik und steuerte auf die demokratische Republik zu. Als dann Marx und Engels in der reaktionären Hochflut nach England ins Exil geschleudert wurden, waren sie anfänglich noch in der Idee einer unmittelbar ausbrechenden Revolution befangen. Aber sie glaubten bei den bestehenden Klassenverhältnissen nicht an den Sieg des Proletariats. Sie rechneten nur mit der Aufrichtung der kleinbürgerlichen Demokratie und wollten diese durch proletarische Organisationen in die Revolution treiben. Dann aber erkannten sie angesichts der Wiederbelebung der Wirtschaft die Aussichtslosigkeit aller revolutionären Bestrebungen. Und Marx rief den Revolutionsschürern in der Opposition des Kommunistenbunds zu, die statt der »wirklichen Verhältnisse« den »bloßen Willen« zum Triebrad der Revolution machen und gleich zur Herrschaft kommen wollten:

»Während wir speziell die deutschen Arbeiter auf die unentwickelte Gestalt des deutschen Proletariats hinweisen, schmeichelt ihr aufs plumpste dem Nationalgefühl mit dem Standesvorurteil der deutschen Handwerker, was allerdings populärer ist. Wie von den Demokraten das Wort Volk zu einem heiligen Wesen gemacht ist, so von euch das Wort Proletariat. Wie die Demokratie schiebt ihr der revolutionären Entwicklung die Phrase der Revolution unter.«

Der von Marx und Engels so fest behauptete Entwicklungsstandpunkt hält beide Theoretiker von der Überschätzung des damals noch sehr rückständigen Proletariats fern. Überall streben sie eine klare Erkenntnis des Wirklichen an. Wie bemüht sich Engels selbst der politischen Karte Deutschlands nach 1866 gerecht zu werden! Er wertet die Vorteile, die ein größeres Deutschland für die Entwicklung der Wirtschaft und des Proletariats einschließt. Wilhelm Liebknecht schleudert gegen das Bestehende die heftigsten Anklagereden, Friedrich Engels sucht es zu begreifen. Seine "dialektische" Auffassung der Dinge bewahrt ihn vor jeglicher Einseitigkeit. Die Dialektik schließt eben nach Marx »in dem positiven Verständnis des Bestehenden zugleich auch das Verständnis seiner Negation« ein.

Gerade in unseren Tagen, da dem Bestehenden selbst wahrlich nicht der Vorwurf konservativen Beharrens angeheftet werden kann, muß man sich wieder und wieder auf die dialektische Auffassung Karl Marx' und Friedrich Engels' besinnen, die mit dem Begreifen des Werdenden in den Dingen das Verständnis des Bestehenden in ihnen verbanden: des Bestehenden, das erklärt, aber nicht verklärt werden soll.

RUDOLF WISELL · ARBEITSZEITVERKÜRZUNG UND LOHNAUSGLEICH DURCH ERSPARTE AR- BEITSLSENUNTERSTÜTZUNG



LN immer höherm Maß hat die Entwicklung der Produktionskräfte die Arbeitsleistung vom lebendigen Menschen auf die Maschine verlegt. Die Erzeugungsmöglichkeit der Wirtschaft hat einen Umfang angenommen, daß die zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse erforderlichen Warenmengen in viel kürzerer Zeit hergestellt werden können, als man es noch vor wenigen Jahren für möglich gehalten hätte. Das hat in allen Ländern die durch die gegenwärtige Wirtschaftskrise bedingte Arbeitslosigkeit ganz wesentlich verschärft. Niemand wird sich der Tatsache verschließen können, daß bei der gegenwärtigen Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit eine Dauererscheinung werden muß.

Schon am 8. Juni 1930 brachte das Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung einen eingehenden Artikel über die Auswirkung der Rationalisierung. Das Ergebnis faßten gleich in der Überschrift die Worte zusammen: »Technik: mit Auszeichnung bestanden. Wirtschaft: mit Glanz durchgefallen.« Es wurde da an einigen Beispielen dargetan, wie die Technik die Industrie entvölkert hat, und wie wir nunmehr an einem Wendepunkt stehen. Die Arbeiter seien freigesetzt, sie warteten in ihren Wohnungen, drängten sich vor den Arbeitsnachweisen, fänden aber kein Unterkommen. Diese Tatsache werde nur ein Übergangsstadium sein, und gewiß würden die Produktionsmöglichkeiten allmählich durch wachsenden Bedarf absorbiert. Wenn nicht, müsse die Arbeitszeit durch Verkürzung den neuen Produktionsmethoden angepaßt werden. Der Sieben- und Sechstundentag, die Fünftagewoche, die heute noch wie die Schimäre überspannter Fordpropheten anmute, werde kommen. Tatsächlich sei sie ja heute schon in der Form unfreiwilliger Feierschichten und völliger Arbeitslosigkeit da. Aus diesem tötenden Nichtstun eine neue Arbeitsordnung zu machen sei die Zukunftsaufgabe der wirtschaftlichen Organisatoren. Die Techniker hätten das ihre getan, hätten mehr geleistet als für den Augenblick gut sei. Nun seien die Wirtschaftler an der Reihe.

Millionen von Arbeitern leben heute ohne Hoffnung in absehbarer Zeit Arbeit zu finden. Ihre Not wächst von Tag zu Tag und in gleichem Maß ihre seelische Belastung. Zugleich auch steigt die Not der Gemeinden, denen die Pflicht der Unterstützung der Ausgesteuerten obliegt. Die ungünstige Entwicklung des Arbeitsmarkts hat den für die Arbeitslosenversicherung gespannten Rahmen gesprengt, so daß sich die Unterstützung der Erwerbslosen nur noch auf den geringsten Teil der Dauer der Arbeitslosigkeit erstreckt. Die physische und moralische Gesundheit der Arbeitslosen ist durch ihre Arbeitslosigkeit in schwerster Gefahr gekommen. Die Hoffnung durch eine Lohnsenkung der Wirtschaft neue Impulse zu geben hat sich bisher nicht nur nicht verwirklicht sondern scheint in das Gegenteil auszuschlagen. Wir dürfen die Augen nicht der Tatsache gegenüber verschließen, daß wir zusätzliche Arbeit in einem Ausmaß nicht beschaffen können, daß dadurch eine größere Zahl von Arbeitslosen beschäftigt werden könnte. Woher sollten die für die Inangriffnahme solcher Arbeiten erforderlichen außerordentlich hohen Mittel genommen werden? Für uns gilt erst recht, was für das finanziell viel, viel stärkere England gilt, wo der Schlußbericht einer von der Regierung ein-

gesetzten Sachverständigenkommission zur Unterbringung von Arbeitslosen zu dem Ergebnis kommt, daß weder eine künstliche Belebung der Konjunktur noch die Unterbringung einer größeren Anzahl von Arbeitslosen durch staatliche Intervention möglich sei. Eine solche Intervention würde ein Ausmaß erreichen, das bis jetzt noch niemals von irgendeinem Land zu irgendeiner Zeit erreicht worden sei. Auch die Form der Subventionen notleidender Unternehmungen aus den Kassen der Arbeitslosen sei abwegig und ungesund. Das einzige Mittel gegen die seit Jahren auf der englischen Wirtschaft lastende Arbeitslosigkeit sei Vergrößerung von Produktion und Handel. Die Vergrößerung von Produktion und Handel ist nirgends, auch bei uns nicht, auf gesetzlichem Weg möglich. Daß eine Belebung der Wirtschaft nur durch wesentliche Preissenkung möglich ist, ist so oft erörtert worden, daß ich hier nicht darauf einzugehen brauche. Die Preissenkung ist bisher im erforderlichen Ausmaß nicht eingetreten, und es ist zu befürchten, daß aus dem Sommernachtstraum ein sich nicht verwirklichendes Wintermärchen wird.

Bei dieser Lage der Dinge taucht natürlich die Frage der Arbeitszeitverkürzung zum Zweck der Mehrbeschäftigung von Arbeitern auf. Sie wird in der Öffentlichkeit lebhaft erörtert. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat durch einen Antrag eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche gefordert, um damit die Anzahl der Arbeitslosen zu vermindern. Die Unternehmerseite lehnt eine gesetzliche Verpflichtung zur Verkürzung der Arbeitszeit ab. Eine gelegentlich durch freie Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vorgenommene Verkürzung der Arbeitszeit hat nur sehr begrenzten Erfolg gehabt: das Wort Erfolg in dem Sinn verstanden, daß eine größere Zahl von Arbeitslosen etwa Beschäftigung gefunden hätte. Die vielfach geäußerte Befürchtung freilich, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit auch ohne Lohnausgleich die einzelnen Betriebe erheblich zusätzlich belasten werde, ist nicht eingetroffen. Wenn sich die Betriebsleiter einmal der Mühe unterzögen mit sehr spitzem Bleistift nachzurechnen, wie sich bei einer verkürzten Arbeitszeit und dementsprechender Mehreinstellung von Arbeitern die Betriebskosten gestalten, kämen sie zum selben Ergebnis.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit mit Lohnausgleich wäre bei den Mehrheitsverhältnissen im Reichstag zurzeit nicht durchzubringen. Schon deshalb brauche ich die Frage nicht zu berühren, ob die Wirtschaft heute einen solchen Lohnausgleich tragen kann. Ich brauche auch nicht die Frage zu erörtern, ob eine Verkürzung der Arbeitszeit bis auf ein solches Maß ohne Lohnausgleich möglich ist, daß das Gros der heutigen Arbeitslosen wieder Beschäftigung fände. Denn das eine steht zweifellos fest: Nach durchgeführtem Lohnabbau sänke das Lohnniveau für breite Schichten so tief, daß in zahlreichen Fällen die Sätze der Wohlfahrtsunterstützung noch unterschritten werden würden. Daher ist bei den Erörterungen in der Öffentlichkeit auch nur von einer Arbeitszeitverkürzung die Rede gewesen, die für die noch Beschäftigten eben erträglich wäre. Dabei ist aber auch der Gedanke erörtert worden, ob die bei der Beschäftigung von Arbeitslosen durch Verkürzung der Arbeitszeit ersparten Unterstützungssummen zum Lohnausgleich verwendet werden können. Die Auswirkungen eines solchen Lohnausgleichs hat man wohl kaum rechnerisch zu erfassen versucht, doch hat man sich ganz übertriebene Erwartungen über die Wirkungen eines solchen Lohnausgleichs gemacht. Dieser Frage will ich im nachstehenden mein Augenmerk zuwenden, und dazu ist eine Übersicht über die Entwicklung des Arbeitsmarkts erforderlich.

Die Statistik der Reichsanstalt gibt für die letzten Jahre folgende Zahlen von unterstützten Arbeitslosen an (Jahresdurchschnitt):

Jahr	Arbeitslosenversicherung respektive Arbeitslosenfürsorge	Krisenfürsorge
1924	727 990	—
1925	367 834	—
1926	1 682 399	—
1927	875 384	176 525
1928	890 051	139 634
1929	1 275 184	175 953
1930	1 769 451	388 608

In den einzelnen Monaten des Jahres 1930 waren die Zahlen (Monatsende):

Monat	Arbeitslosenversicherung respektive Arbeitslosenfürsorge	Krisenfürsorge	Verfügbare Arbeitsuchende
Januar	2 232 169	250 029	3 394 401
Februar	2 378 521	277 220	3 529 171
März	2 058 380	293 712	3 200 645
April	1 763 107	317 961	2 956 521
Mai	1 550 901	338 339	2 801 637
Juni	1 468 883	365 779	2 802 505
Juli	1 497 521	403 439	2 927 623
August	1 506 965	440 846	3 045 700
September	1 492 766	472 582	3 179 383
Oktober	1 561 961	510 511	3 436 200
November	1 787 862	566 188	3 886 792
Dezember	1 946 910	603 319	4 432 709
15. Januar 1931	2 396 000	733 650	4 765 000

Bei der Schaffung der Arbeitslosenversicherung hat man mit 700 000 durchschnittlich zu unterstützenden Arbeitslosen gerechnet. Man glaubte die Unterstützung mit 3% der in der deutschen Wirtschaft gezahlten Lohnsumme leisten zu können; dementsprechend wurden die Beiträge auf 3% festgesetzt. Es stellte sich bald heraus, daß mit diesem Beitrag etwa 800 000 Arbeitslose unterstützt werden können. Da die Anzahl der zu unterstützenden Arbeitslosen aber über 800 000 hinaus stieg, war die Reichsanstalt mit ihrer Beitragseinnahme nicht mehr imstande ihren Verpflichtungen zu genügen. Ohne Reichszuschüsse wäre sie sehr bald am Ende ihrer Kraft gewesen. In den beiden letzten Jahren betragen die Reichszuschüsse viele 100 Millionen Mark. Naturgemäß, denn die Anzahl der zu unterstützenden Arbeitslosen stieg, wie das vorhin gegebene Zahlenbild zeigt, auf zirka 1,275 Millionen im Jahr 1929 und auf zirka 1,769 Millionen im Jahr 1930. Nach schweren Kämpfen ist es schließlich möglich gewesen die Beiträge vom 1. Januar 1930 ab auf 3,5% zu erhöhen. Ob man bei dem Widerstand gegen die Beitragserhöhung einen Druck zur Minderung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung ausüben wollte, sei hier nicht erörtert. Im Lauf des Jahres 1930 sind dann die Beiträge noch weiter, und zwar erst auf 4,5% und dann auf 6,5%, erhöht worden.

Zu Beginn des Jahres 1930 konnte damit gerechnet werden, daß 1% Beitrag der Reichsanstalt 280 Millionen Mark Jahreseinnahme bringen werde. Mit dieser Summe kann man für die Gegenwart nicht mehr rechnen. Die größere Arbeitslosigkeit und die niedrigeren Löhne und Gehälter haben einen erheblichen Ausfall gebracht. Die Reichsanstalt dürfte heute bei 6,5% Beiträgen

mit einer monatlichen Einnahme von 140 Millionen Mark rechnen, das sind also jährlich 1680 Millionen Mark. Demnach ergibt 1% Beitrag pro Jahr die Summe von 258,46 Millionen Mark. Diese Darlegungen zeigen schon, daß, wenn es durch die Verkürzung der Arbeitszeit gelänge die Anzahl der Arbeitslosen auf den Stand der Jahre 1927 und 1928 zurückzudrängen, die Reichsanstalt doch ohne 3,5% Beitrag nicht auskommen könnte. Es blieben also rein rechnerisch und immer unter der Annahme einer Minderung der Arbeitslosenzahl auf die der Jahre 1927 und 1928 höchstens 3% des Lohns zum Ausgleich für die bei einer Verkürzung der Arbeitszeit um $\frac{1}{6}$, also auf 40 Stunden in der Woche, entstehenden Lohnausfälle.

Nun wird wohl niemand die Hoffnung hegen durch Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden in der Woche die heute vorhandene Anzahl der Arbeitslosen auf den Stand der vorhin erwähnten Jahre herabdrücken zu können. Wenn wir damit rechnen, daß im Durchschnitt des laufenden Jahres nur 2 Millionen Arbeitslose zu unterstützen sein werden, wird die Reichsanstalt 1920 Millionen Mark brauchen. Da die Einnahmen nur auf 1680 Millionen geschätzt werden können, hätte man schon ein Defizit von 240 Millionen Mark. Die Errechnung des Bedarfs der Reichsanstalt auf 1920 Millionen Mark ergibt sich aus der Tatsache, daß die Ausgaben pro Kopf der Unterstützten monatlich durchschnittlich 80 Mark betragen. Das sind jährlich 960 Mark. Für 2 Millionen ergibt das die Summe von 1920 Millionen Mark. Von den 80 Mark, die im Monatsdurchschnitt auf den einzelnen unterstützten Arbeitslosen entfallen, kommen auf die Unterstützung 66 Mark, auf die Krankenversicherung der Erwerbslosen 6, auf Arbeitslosenvermittlung, Berufsberatung, Verwaltung 6, auf Sonstiges (Wertschaffendes) 2, zusammen also 80 Mark.

Wie viele Arbeitslose würden nun bei einer Verkürzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden in Arbeit gebracht werden können? Bei der Prüfung dieser Frage ist in Betracht zu ziehen, daß eine solche Verkürzung nicht generell für alle Berufe möglich erscheint. Land- und Forstwirtschaft sowie Haus- und Kleingewerbe fielen für eine solche Verkürzung wahrscheinlich aus. Mit Rücksicht darauf darf man wohl nur rechnen, daß zirka 700 000 heute unterstützten Arbeitslosen Arbeit gegeben werden könnte. Theoretisch mindert sich also der Bedarf der Reichsanstalt, auf das Jahr gerechnet, um $\frac{7}{20}$. Die Rechnung läßt aber außer acht, daß eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit sich frühestens vom 1. Mai 1931 ab auswirken könnte, also die Arbeitslosenunterstützung für die 700 000 Mann nur für 8 Monate gespart würde. Es träte also nur eine Ersparnis um $\frac{7}{30}$ der Gesamtausgabe von 1920 Millionen Mark ein. Das wären 448 Millionen Mark. Doch ist auch diese Zahl noch zu hoch, weil die Ersparnis der Reichsanstalt sich kaum auf Arbeitslosenvermittlung, Berufsberatung, Verwaltung und Sonstiges wird erstrecken können sondern lediglich auf die direkten Unterstützungsbeträge und die Krankenversicherungsbeiträge, die die Reichsanstalt für die Arbeitslosen zu tragen hat. Diese beiden letztgenannten Ausgaben umfassen $\frac{9}{10}$ des auf den Kopf des Arbeitslosen errechneten Gesamtaufwands. Es bleiben also statt 448 Millionen Mark Ersparnis nur 403,2 Millionen. Davon ist freilich auch noch das vorhin errechnete Defizit von 240 Millionen Mark abzuziehen. Alles in allem ständen also zum Lohnausgleich nur 163,2 Millionen Mark zur Verfügung. Das wären 0,6314% der Lohnsumme. Entweder könnte man um so viel die Beiträge senken, also von 6,5 auf rund 5,9%, oder den Lohn um 0,6314% erhöhen.

Das ist also bei der heutigen finanziellen Lage der Reichsanstalt das rein rechnerische Ergebnis einer Prüfung, welcher Betrag für Lohnausgleich zur Verfügung steht. Das Ergebnis baut sich gewiß auf einer sehr unsichern Grundlage auf, aber eine andere Grundlage fehlt eben. Unsicher ist die Zahl der im Durchschnitt des laufenden Jahres zu Unterstützten, und unsicher die Zahl der durch die Arbeitszeitverkürzung zu schaffenden Plätze. In einem ändern sich noch die eben angegebenen Zahlen. Denn es scheint doch ein Lohnausgleich wohl nur für solche Arbeiter gerechtfertigt zu sein, die tatsächlich durch Verkürzung der Arbeitszeit einen Lohnausfall erleiden. Wie viele das sein werden, läßt sich nicht feststellen. Jede Schätzung tappt hier völlig im Dunkeln. Fest steht lediglich, daß nicht alle Arbeitenden davon betroffen sein werden, da Ausnahmen gemacht werden müssen. Ich will einmal unterstellen, daß 75, 60 und 50 % der heute Vollarbeitenden in Zukunft verkürzt arbeiten werden, und daß nur für sie der Lohnausgleich in Frage kommt. Ich gehe weiter auch von der Annahme aus, daß man sämtlichen Kurzarbeitenden den Lohnausgleich zuteil werden lassen müsse, einerlei, ob sie erst auf Grund eines zu schaffenden Gesetzes oder schon früher durch Kurzarbeit nicht über 40 Stunden arbeiten. Dann würde die Lohnausgleichsquote sich auf eine geringere Zahl von Arbeitenden verteilen und statt, bei einer generellen Verteilung auf alle Arbeitenden, 0,6314 % bei 75 % Kurzarbeitenden 0,842 %, bei 60 % Kurzarbeitenden 1,052 %, bei 50 % Kurzarbeitenden 1,263 % betragen. Die Hoffnung durch die ersparte Arbeitslosenunterstützung einen wesentlichen Lohnausgleich erzielen zu können schrumpft also auf ein ganz Geringes zusammen. Im günstigsten Fall betrüge der Lohnausgleich 1 % oder etwas mehr, wahrscheinlich aber nur den Bruchteil von 1 %. Nun kann man die vorstehende Schätzung, als von einer zu hohen Zahl der zu unterstützten Arbeitslosen ausgehend, anfechten. Selbst wenn man diese Zahl um 250 000 niedriger ansetzen will, ändert sich das Gesamtbild doch nicht, denn es sind ja für 700 000 Arbeitslose ersparte Unterstützungen in Rechnung gestellt. Nur der kleinere Teil der Arbeitslosen wird von der Arbeitslosenversicherung unterstützt, ein anderer Teil von der Krisenfürsorge, ein weiterer von der Wohlfahrtspflege; ein letzter Teil ist ganz auf sich selbst gestellt. Je nach dem Anteil dieser Gruppen an der Zahl der in Arbeit Kommenden mindert sich die ersparte Unterstützung. Daß dieser Anteil recht groß ist, ist aus sozialen Gründen erwünscht.

Mit dieser Erörterung ist aber die Frage des Lohnausgleichs noch nicht erledigt. Auch die technische Durchführung dürfte eine große Rolle spielen. *Wie soll der Lohnausgleich erfolgen? Wer soll ihn erfolgen lassen?* Daß die Reichsanstalt unmöglich dem einzelnen Arbeiter den Lohnanteil zukommen lassen kann, bedarf keiner eingehenden Erörterung. Bei dem geringen Betrag, der für den einzelnen zur Verfügung steht, und bei der Millionenzahl der Anspruchsberechtigten stünde das in gar keinem Verhältnis zu dem erforderlich werdenden Verwaltungsapparat, den ungeheuren Kosten und der unendlichen, auch die Betriebe wieder belastenden Schreiarbeit. Man wird also den Ausgleich über den Arbeitgeber gehen lassen müssen. Etwa durch Überweisung an diesen? Auch das erfordert unendliche Abrechnungen. Darum ist auch dieser Weg versperrt. Welch anderer Weg aber bleibt?

Der einfachste ist der einer entsprechenden Kürzung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge. Das Beschreiten dieses Wegs brächte bei der unsichern Finanzlage der Reichsanstalt ein ganz außerordentliches Risiko mit sich.

Ich kann es also nicht befürworten. Wenn ich diesen Weg betrachte, so deshalb, weil nur auf ihm der nach den ersparten Unterstützungen mögliche Ausgleich denkbar ist. Nicht nur die finanzielle Unsicherheit der Arbeitslosenversicherung spricht gegen eine allgemeine Kürzung der Beiträge, auch die Tatsache, daß sie auch solchen Betrieben zugute käme, die keine Mehrereinstellungen vornähmen. Aber diese gerade zu bewirken wäre ja der Zweck der Verkürzung der Arbeitszeit. Wohl ließe es sich vertreten Betriebe, die durch eine ihr nun entsprechende Mehrereinstellung eine Entlastung der Arbeitslosenversicherung bewirken, in diesem Ausmaß weniger zu deren Kosten heranzuziehen. Dann würde ein Ausfall für die Reichsanstalt nur im Ausmaß ihrer Entlastung eintreten und für sie ohne Schaden sein. Die diesen Betrieben und ihren Arbeitern zuteil werdende Entlastung könnte dann durch niedrigere Arbeitslosenbeiträge erfolgen. Das wäre verwaltungstechnisch leicht durchführbar. Der Arbeitgeber hat schon heute der zuständigen Krankenkasse monatlich Nachweis der Beschäftigten nach Person und Verdienst zu erbringen, die Krankenkasse könnte also eine Mehrbeschäftigung gegenüber dem Stichtag leicht feststellen. Die der Krankenkasse erwachsende Mehrarbeit wäre nicht erheblich, jedenfalls gering gegenüber jedem andern Verfahren. Freilich stiege durch eine solche Regelung der Reallohn des Arbeiters nur zur Hälfte des eben errechneten Satzes, aber da der mögliche Lohnausgleich doch nur Bruchteile eines Prozents beträgt, müßte das in Kauf genommen werden. Es wäre auch falsch den Betrieben nicht einen, wenn auch geringen Ansporn für die Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern zu geben.

Nun ist es denkbar, daß ein Betrieb, der bereits zur Mehrbeschäftigung kam, wieder zu Entlassungen von Arbeitnehmern schreiten müßte, und dann die Voraussetzungen zur Beitragsermäßigung wieder fortfielen. Das wäre gewiß sehr unangenehm, doch sehe ich keine Möglichkeit dem vorzubeugen. Eine nur ganz vorübergehende Mehrbeschäftigung soll ja auch noch kein Anrecht auf Beitragsermäßigung geben. Daß nicht nach dem Sinken der Zahl der Beschäftigten unter eine der 3 für die Ermäßigung in Betracht kommenden Beschäftigungszahlen noch die Beitragssenkung in Anspruch genommen wird, könnte durch eine unter Strafe zu stellende Verpflichtung des Arbeitgebers zur Anmeldung zu verhindern versucht werden.

Das Ergebnis ist also: Ein Lohnausgleich durch Inanspruchnahme ersparter Arbeitslosenunterstützungen für verkürzt ohne Lohnausgleich Arbeitende ist finanziell von ganz geringer Bedeutung. Er ist nur durch Beitragssenkung für die zur Mehrbeschäftigung übergehenden Betriebe zu verwirklichen.

NIKO IMNAISCHWILI · IN UND UM GEORGIEN

IN diesem Februar vollenden sich 10 Jahre seit der Eroberung Georgiens durch die Truppen des bolschewistischen Rußlands. Den 25. Februar, den Tag der Einnahme von Tiflis, feiert Moskau als den Tag seines Sieges über die kleine Republik. Den selben Tag begeht das für seine Freiheit kämpfende Georgien mit Trauerfeiern. Aus diesem Anlaß soll im folgenden, nachdem an dieser Stelle die Grundtatsachen der Georgischen Frage bereits einmal ausführlich dargelegt worden sind¹⁾, über das gegenwärtige Stadium des georgischen

1) Siehe *Imnaischwili* Die Georgische Frage, in den Sozialistischen Monatsheften 1929 II Seite 592 und folgende.

Freiheitskampfs, über die jüngsten Ereignisse in und um Georgien berichtet werden. Die Tatsache, daß das kleine georgische Volk sich nicht mit bolschewistischer Gewaltherrschaft aussöhnt und den schweren Kampf um die Freiheit unentwegt fortsetzt, ist beinahe weltbekannt geworden. Terrorakte der Tscheka, schwere Blutausbrüche im unterdrückten Land, die von Tausenden georgischer Freiheitskämpfer überfüllten Gefängnisse und Konzentrationslager Georgiens und Rußlands, Sibiriens und der Solowjetzkijinseln, die ständige sprunghafte Steigerung der Zahl der georgischen Flüchtlinge und Emigranten mit allen mit ihr verbundenen Drangsalen und Verzweiflungsakten (so der Selbstmord Nikolos Tschcheidses im Juni 1926, die Tschewzenfälschungsaffäre der georgischen und deutschen Rechtsradikalen, der Meuchelmord an Noe Ramischwili im Dezember 1930 usw.), zahlreiche politische und diplomatische Konflikte, Unstimmigkeiten zwischen der sogenannten Sowjetregierung und Frankreich wegen der Aufrechterhaltung der georgischen Gesandtschaft in Paris, der Konflikt mit Polen wegen der Unterstützung der georgischen Unabhängigkeitsfeier in Warschau 1929 und anderes, die fast ständige Beschäftigung der Sozialistischen Internationale, der Internationalen Liga für Menschenrechte usw. mit der georgischen Tragödie: all das legt Zeugnis dafür ab, wie akut die Georgische Frage ist.

Die ungeheuren Opfer, die der allgemeine Aufstand vom August-September 1924 gekostet hat, mußten die Führer der georgischen Freiheitsbewegung in ihrer weitem Taktik zu größerer Schonung der Kräfte mahnen. In der Tat sind ihre Bemühungen darauf gerichtet das Volk von unbesonnenen und aussichtslosen Ausbrüchen abzuhalten. Trotzdem führen das entsetzensvolle Terrorregiment und die endlosen bolschewistischen Provokationen nebst der unerträglichen wirtschaftlichen Not zu spontanen Teilaufständen in verschiedenen Teilen des Landes, die wohl aus verschiedenen Anlässen ausbrechen, aber stets nationale Färbung gewinnen.

So brach in Adscharien, dem mohammedanischen Gebiet Georgiens um die Stadt Batum herum, im Frühjahr 1929 ein allgemeiner Aufstand aus. Die unmittelbaren Ursachen waren die religiösen Verfolgungen, die erdrückende Steuerlast und die Taten der Träger der bolschewistischen "Musterverwaltung". Die georgischen Abteilungen der Roten Armee, die gegen die Aufständischen losgelassen wurden, weigerten sich auf diese zu schießen und bezeugten damit ihre Solidarität und nationale Zusammengehörigkeit mit den mohammedanischen Landsleuten. Die Bolschewisten mußten die russischen Truppenteile in Bewegung setzen, um den Aufstand zu ersticken. Mehrere hundert Adscharen und ebenso viele Rotarmisten sind gefallen. Weitere Hunderte der Einheimischen flüchteten nach der benachbarten Türkei. Immerhin sah sich die bolschewistische Regierung gezwungen die antireligiösen Exzesse wenigstens zeitweise zu mildern und viele verbrecherische Beamte als "rechte Abweichler" zu erklären und abzusetzen. Auch die unheilvolle Politik der sogenannten Zwangskollektivisierungen hat bei den besonderen Bedingungen Georgiens und des übrigen Transkaukasiens scharfen Widerstand hervorgerufen, der im Frühling 1930 in blutige Bauernaufstände ausmündete. Einen sehr ernsten Charakter trugen sie in Aserbeidschan und Armenien, wo mehrere Tausend Menschen gefallen sind, aber auch in Georgien, wo zahlreiche blutige Zusammenstöße stattfanden. Das besonders kennzeichnende Merkmal dieser Aufstände bestand darin, daß die

Aufständischen verschiedener kaukasischer Nationalitäten, unter denen durch die traditionelle Politik der russischen Gewalthaber ein starker Antagonismus gezüchtet worden war, jetzt Hand in Hand gegen die selben Gewalthaber kämpften. Der Vorsitzende der transkaukasischen bolschewistischen Regierung Schalwa Eliawa beklagte diesen Umstand in seinem bolschewistischen Jargon folgendermaßen: »Ein Mullah [türkischer Pfarrer] hat die armenischen Banditen und ein armenischer Pfarrer die türkischen [aserbeidschanischen] Banditen geführt.« Das andere kennzeichnende Merkmal dieser Aufstände, besonders für Georgien, bestand darin, daß, nachdem das Land von den politisch aktiveren männlichen Elementen beinahe entleert ist (Massenerschießungen, Deportation, Einkerkung, Flucht usw.), die Frauen eine immer aktivere Rolle spielten. So berichtete der damalige Sekretär der Kommunistischen Partei Georgiens Lewan Ghoghoberidse auf dem Parteikongreß in Tiflis: »Die Bauernfrauen haben fast überall die antikollektivistischen und manchmal auch antisowjetistischen Erhebungen äußerlich geführt. Den Aufstand in Kachetien leitete eine Frau, die noch dazu auf dem Schimmel saß, der wahrscheinlich ein Symbol des Weißen Georgs [das alte Heiligtum und das nationale Wappen Georgiens] war.« Gewiß wurden diese Aufstände durch die erdrückende Übermacht der russischen Truppen unterdrückt. Aber bestimmte Reste der Aufständischentrupps setzen ihre Existenz und ihre Kämpfe in den Höhen des Kaukasus fast ununterbrochen fort².

Die Führung des Freiheitskampfes liegt im Land selbst in den Händen der politischen Parteien, die dort trotz allem Terror ihre illegalen Organisationen aufrechterhalten. Die kraftvollste dieser Parteien bleibt weiterhin die Sozialdemokratie, die heute noch die Mehrheit des georgischen Volks hinter sich hat; weshalb die Bolschewisten jede Volksabstimmung konsequent ablehnen. Ihre eigentliche offizielle Führung befindet sich bekanntlich im Ausland. Das ist die im Exil in Paris lebende nationale Regierung Georgiens, unter der Leitung Noe Dschordanias. Diese Regierung war in Georgien rein sozialdemokratisch. Im Exil wird sie von allen Parteien unterstützt, die in der Georgischen Nationalversammlung vertreten waren, weshalb sie jetzt auch durch einen Vertreter des demokratischen Flügels der Nationaldemokratischen Partei ergänzt ist. Die Auslandsvertretungen aller dieser sozialistisch-demokratischen Parteien geben gemeinsam die Monatsschrift Das Unabhängige Georgien heraus, während jede für sich ihr Parteiblatt hat. Alle diese Blätter werden in Georgien geheim verbreitet.

Die georgische nationale Regierung wurde einst von den gesamten europäischen Mächten de jure anerkannt, wird es heute nur noch von Frankreich. Trotz den reichlichen Versprechungen und den raffinierten Bestechungsversuchen der bolschewistischen Diplomatie betrachtet die französische Demokratie die brutale Gewalttat der Moskauer Tyrannen gegen die kleine Volksrepublik bis heute noch nicht als rechtsgültig. Noch entschiedener stehen naturgemäß die georgischen politischen Parteien hinter ihrer Regierung im Exil. Namentlich jeder (illegale) Parteitag der georgischen Sozialdemokratie erneuert das Vertrauensvotum für sie.

Nur unter den völlig einflußlosen georgischen Rechtsradikalen finden sich hie und da einige Personen, die sich zur Führung einer "selbständigen"

2) Siehe dazu auch von Müller Pulverfaß Transkaukasien, in der Vossischen Zeitung vom 22. Oktober 1930.

nationalen Politik für berufen halten und die nationale Disziplin gegenüber der sozialdemokratisch geleiteten nationalen Regierung nicht gern anerkennen wollen. Einige politische Parvenus dieser Art hat die deutsche Öffentlichkeit im vergangenen Jahr im Tschernowzenfälschungsprozeß kennen gelernt, in dem 2 georgische und mehrere deutsche Rechtsradikale vor einem Berliner Gericht standen. Die probolschewistische "große Presse" hat aus diesem Prozeß eine welterschütternde Sensation gemacht. Sie sah schon die "weltpolitischen Komplotte" gegen "Sowjetrußland" aufmarschieren und war eifrig dabei die ganze georgische Freiheitsbewegung zu verdammen. Indessen dürften für jeden gewissenhaften Beobachter, der sich in georgisch-russischen Verhältnissen einigermaßen orientieren kann, folgende, auch gerichtsnotorisch feststehende Tatsachen klar sein:

1. Die in die Affäre verwickelten Georgier: einer der ehemaligen rechtesten nationaldemokratischen Abgeordneten (insgesamt besaßen die Nationaldemokraten 9 Sitze in der Nationalversammlung, während die übrigen 121 Sitze den Parteien des demokratischen Sozialismus gehörten) Schalwa Karumidse und sein junger Helfershelfer Wassil Sadathieraschwili sowie auch ihre politischen Gesinnungsgenossen haben mit der wirklichen und verantwortlichen Führung der georgischen Freiheitsbewegung nicht das geringste zu tun, stehen zu ihr vielmehr seit Jahren im schärfsten Gegensatz. Diese Führung (unter Dschordania) hat die Handlungen der Angeklagten einmütig mit aller Entschiedenheit verurteilt. Selbst die rechte nationaldemokratische Emigrantengruppe, die sich in Paris um die Zeitschrift Samschoblo schart, will schon seit dem Jahr 1924 nichts mit ihnen gemein gehabt haben.

2. Den Angeklagten ist es nicht gelungen irgendeine Unterstützung seitens der politischen oder wirtschaftlichen Kreise der Großmächte (auch seitens des vielgenannten Ölmagnaten Henry Deterding nicht) zu erlangen. Deshalb trat auch der ursprüngliche Interventionsgedanke, den insbesondere der General Max Hoffmann vertreten zu haben scheint, in den Hintergrund. Deshalb wandten sich die Angeklagten eben zur Fälschung. Die einzigen auswärtigen "Verbündeten" der georgischen Angeklagten waren einige deutsche Rechtsradikale, die auch auf der Anklagebank reichlich vertreten waren, und die jedenfalls sicher viel mehr an die Stärkung rechtsradikaler Bewegungen in Deutschland als an Georgien gedacht hatten.

Trotz der ungeheuerlichen Tragödie, in der es steht, lehnt das georgische Volk in seiner übergroßen Mehrheit verwerfliche Kampfmethoden entschieden ab. Treu seinen ritterlichen Überlieferungen und seinen demokratisch-sozialistischen Idealen kämpft es für seine gerechte Sache nur mit lauterem Mitteln und gemäß den demokratischen Grundsätzen des modernen Völkerrechts. An diesem Tatbestand kann kein Lügengewebe der Bolschewisten und ihrer verschiedenartigen Helfershelfer rütteln.

Wie sehr den Bolschewisten die Georgische Frage an der Kehle sitzt, sieht man auch aus der Tatsache, daß sie ihre größten "Kanonen" womöglich gegen die georgische Freiheitsbewegung loslassen möchten. Der Dichter Henri Barbusse (dessen während des Kriegs geschriebenes Buch *Le feu*, das erste Kriegsbuch überhaupt, eine weltgeschichtliche Tat war, die ihm nie vergessen werden darf), der nach dem Krieg von den Bolschewisten eingefangen wurde und nun in ihrem Dienst arbeitet, verfaßte zur Verherrlichung ihrer Herrschaft in Georgien ein Buch, unter dem Titel *Voici c'est ce qu'on a*

fait de la Géorgie. Der georgische Sozialist Dawith Scharaschidse antwortete ihm in einem Buch Henri Barbusse, les sovjets et la Géorgie, dem Karl Kautsky ein ausführliches Vorwort vorausschickte. Scharaschidse weist an der Hand umfangreicher Materialien aus den bolschewistischen Quellen selbst die trostlose Unwissenheit des Dichters nach. Barbusse hat darauf nicht reagiert. Er scheint auch die unglückseligen Väter des deutschen "Kommunismus", Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Franz Mehring, nicht sehr zu achten (wenn er sie überhaupt kennt). Im Namen dieser 3 und der ganzen damaligen Gruppe Internationale sprach Mehring noch in einem Brief vom 29. April 1917 (über die Stockholmer Konferenz), der in den Spartacusbriefen abgedruckt ist, dem georgischen Sozialdemokraten Tschcheidse, der zu jener Zeit an der Spitze der Russischen Revolution stand, seine grenzenlose Bewunderung und vollkommene Solidarität aus, ob seiner und seiner Genossen heldenmütiger revolutionärer und antimilitaristischer Tätigkeit während des Kriegs und vor dem Krieg. Barbusse aber behauptet ganz unbefangen, dieser Tschcheidse wie alle seine russischen und georgischen Genossen seien schon während des Kriegs wie vor diesem und auch während der Revolution ausgesprochene Reaktionäre und Kriegshetzer gewesen. Die Frage, was in solchem Fall Mehring, Luxemburg und Liebknecht gewesen sein müßten, scheint ihn nicht zu tangieren. Schon weil er aller Wahrscheinlichkeit nach die Spartacusbriefe nicht kennt. Indem wir die beiden genannten Bücher: das von Barbusse wie auch das von Scharaschidse, dem Leser zum Studium und Urteil empfehlen, möchten wir hier bloß die Worte anführen, die ein anderer proletarischer Dichter, Panait Istrati, Barbusse wegen seines Buchs über Georgien ins Gesicht schleudern mußte: »Arme Welt, arme Kunst, armes Menschengewissen, wie armselig und verächtlich seid ihr! Ein kleiner Knochen für den Bauch, ein Körnchen Eitelkeit für euer ausgetrocknetes Herz genügt, um euch überglücklich zu machen, euch einzuschläfern, blind und taub zu machen, euch all das ungeheure Leid vergessen zu lassen, das die Tyrannen auf der Erde anrichten, denen ihr Knechtesdienste leistet.«³ Die "Kanonen" des europäischen "Kommunismus", die die georgische Freiheitsbewegung moralisch erledigen wollen, erledigen bloß ihren eigenen Namen. Es ist sicher kein Zufall, daß die Empörung des gewissenhaften und wahrhaft revolutionären Dichters (der leider bis heute noch nicht von bolschewistischen Vorstellungen frei ist) gegen das bolschewistische Regime ihren Höhepunkt gerade in Georgien erreichte, wo auch der bolschewistische Terror seine Höhe hat. Gerade hier konnte er das bolschewistische Gewaltregiment, »die schlimmste aller Schreckensherrschaften«, in seiner ganzen Nacktheit und allseitig studieren.

Die Kämpfe in Georgien dauern fort. 10 Jahre russisch-bolschewistischer Herrschaft haben dem georgischen Volk nur ungeheure Blutbäder und Elend, immer schroffer werdende nationale und politische Versklavung gebracht. Ungefähr 7000 Menschen sind in dieser Zeitspanne hingerichtet worden, und zwar meistens die ausgewählten führenden Elemente des kleinen (zirka 2,7 Millionen zählenden) Volks. 7000 siechen in Gefängnissen, Tschekakellern und Konzentrationslagern des weiten Rußlands dahin. Weitere Tausende sind im Exil und in der Emigration, noch andere in die Illegalität gedrängt. Immer noch gehen in den Folterkammern der Tscheka alte und junge georgische Freiheitskämpfer zugrunde, immer wieder kommen dort Fälle von

³ Siehe Istrati Auf falscher Bahn /München 1930/ Seite 168.

Geisteserkrankungen und Selbstmorden vor. Aber kein Terror, keine Gewalttaten, keine 10 Jahre lange monopolisierte bolschewistische Propaganda, kein noch so toller Lügen- und Verleumdungsfeldzug haben den Freiheitswillen des georgischen Volks zu brechen, seine Treue gegenüber seinen demokratisch-sozialistischen Idealen zu erschüttern vermocht. Bis heute noch ist es den Bolschewisten nicht gelungen einen irgendwie erheblichen Teil des georgischen Volks an sich zu ziehen. Noch auf der vorletzten Plenarsitzung des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der Kommunistischen Partei Georgiens, Ende September 1930, mußte der oben zitierte Parteiführer Ghoghoberidse erklären: »Ich behaupte, daß wir in keinem einzigen Dorf, in keinem einzigen Rayon eine irgendwie ansehnliche organisierte Gruppe der armen Bauern besitzen.« Zugleich drückte er die Meinung zahlreicher auf dem Land arbeitender Bolschewisten in folgenden Worten aus: »In Georgien sind nicht allein die "Kulaki" [die in Georgien recht landarm sind], sondern auch die armen Bauern menschewistisch verseucht. Und wenn wir nun die Gruppen von armen Bauern organisieren, so organisieren wir eigentlich die Menschewisten.« Man sieht: Der massakrierte und tausendmal für begraben erklärte georgische Menschewismus lebt im georgischen Volk nebst seiner Freiheitsidee immer noch viel kraftvoller als der mittels der fremden Bajonette herrschende Bolschewismus. Die bolschewistische Presse beklagt sich über die immer gewaltiger aufsteigenden »chauvinistischen Wellen«, die selbst in die Reihen der Kommunistischen Partei eindringen. Auch der letzte Moskauer Parteitag und sein Herrgott Stalin-Dschugaschwili, dieser entartete Georgier, den Lenin selbst in einem Brief an das Zentralkomitee als den »schlimmsten russischen Chauvinisten« und den »imperialistischen Polizeimann« bezeichnet hatte, konstatierten das allgemeine Ansteigen sowohl des großrussischen wie auch des lokalen Nationalismus. Diese Klagen wiederholen sich fortwährend. Trotz dem erstickenden Terrorregime vermögen die Völker der sogenannten Sowjetunion die von ihnen errungene formale Kulturautonomie auszunutzen; trotz allem entwickeln sie ihre nationalen Kulturen und führen immer erbitterter werdende nationale Kämpfe. Insbesondere gilt dies zunächst für Georgien und das übrige Transkaukasien. Die Befriedung dieses naturreichen Gebiets, die Befreiung seiner Völker, wird auch seine wirtschaftliche Erschließung zum ersprießlichen Nutzen dieser Völker selbst wie der gesamten europäischen Wirtschaft erheblich fördern.

Schließlich verdient das Schicksal Georgiens, besonders in der gegenwärtigen Zeitperiode, insofern die Aufmerksamkeit der europäischen Öffentlichkeit, als es eine Mahnung und eine ernste Lehre für sie ist. An dem Einzelbeispiel der georgischen Tragödie entlarvt sich der ganze Bolschewismus, sein reaktionäres Wesen am klarsten: weil hier der Bolschewismus mit der vorwärtstreibenden Kraft des Zeitalters, mit dem Sozialismus insbesondere, zusammengestoßen ist, dessen systematische politische und physische Ausrottung er mit barbarischster Rücksichtslosigkeit betreibt; weil er alle Fortschritte des sozialdemokratischen Staatswesens zunichte gemacht und es aus blühender Entwicklung in dunkle Vergangenheit zurückgestürzt hat. Die Aufklärung der breiteren Volksschichten über das Martyrium des kleinen Georgiens dürfte vielleicht die falschen Vorstellungen vom Bolschewismus zerstreuen, die Deutschland überfluten.



WALTHER PAHL · RAUM FÜR DEN SOZIALISTISCHEN VORTRUPP



OR 2 Jahren wurde hier zu zeigen versucht, daß die jungsozialistische Organisation, so wie sie nach der Auseinandersetzung im Jahr 1925 Gestalt gewann, den Anspruch verwirkt hat im Namen der jungen Generation der sozialistischen Bewegung zu sprechen¹. Mittlerweile hat sich in Berlin das Verhältnis von Partei und Jungsozialistischer Vereinigung so zugespitzt, daß man unter Billigung des Parteivorstands zu einer Auflösung dieser Vereinigung schreiten mußte. Den weitesten Kreisen in der Partei ist es inzwischen sichtbar geworden, daß von der Jungsozialistischen Vereinigung keine Aktivierung der jungen Generation für die sozialistische Bewegung zu erwarten ist.

Ob der Anlaß zur Auflösung jener Vereinigung genügte, mag zweifelhaft sein. Die Untersuchung dieser Frage ist unwichtig. In jedem Fall: Mit dem Verbot ist nichts erreicht. Gewiß stellen die Jungsozialisten keine zahlenmäßig so große Gruppe dar, daß ihr Fehlen im Parteigefüge eine Lücke aufrisse, die eine empfindliche Störung der Parteiarbeit bedeuten könnte. In Berlin handelt es sich um eine Gruppe von höchstens 500 jungen Genossen. Es ist ja das auch ein deutliches Zeichen für die geringe Lebenskraft dieser Organisation, daß die Anzahl ihrer Mitglieder im Reich seit Jahren nicht wesentlich gewachsen ist. Die Auflösung muß aber heute zum Anlaß genommen werden die Lücke, die im Parteigefüge dadurch gähnt, daß die Jungsozialistische Vereinigung die Auffangorganisation für die Gesinnungsgenossen des 3. Lebensjahrzehnts nicht zu werden vermochte, positiv auszufüllen. Es wäre außerordentlich verhängnisvoll für die Zukunft der Partei, wenn man der Auffassung wäre (hier und da bekennt man sich offen zu ihr), daß eine selbständige Auffanggruppe für die 20- bis 30jährigen Menschen überflüssig wäre, und die der Arbeiterjugend Entwachsenden gleich in der allgemeinen Parteiarbeit angesetzt werden müßten. Die Berechtigung einer solchen Auffassung wäre nicht absolut in Zweifel zu ziehen, wenn heute wirklich die Arbeiterjugend den größten Teil der arbeitenden Jugend für die Aufgaben innerhalb der Partei vorbereiten würde. Leider hat aber aus Gründen, denen hier nicht nachgespürt werden soll, auch die Arbeiterjugend nur einen geringen Teil der Jugend zu erfassen vermocht. $\frac{1}{4}$ bis 1% der Jugendlichen im Alter von 14 bis 20 Jahren gehören der Sozialistischen Arbeiterjugend an (50- bis 60 000). Würde man den in der Arbeiterjugend in Frage kommenden Organisationsbereich auf die proletarische Jugend begrenzen, so dürfte der prozentuale Anteil nicht wesentlich größer sein. Wie gering schließlich die jugendliche Basis der Sozialdemokratischen Partei ist, geht daraus hervor, daß die Sozialistische Arbeiterjugend nur 5 bis 6% der Parteimitgliederzahl umfaßt. Der größte Teil der jugendlichen Arbeiter steht heute also außerhalb der Sozialdemokratie und ihrer Jugendorganisationen. Nichts wäre gefährlicher als sich diese Tatsache zu verheimlichen. Schon aus diesem Grund bleibt es notwendig für die großen Massen der 20- bis 30jährigen Menschen, die im Gefüge unseres Volkskörpers heute auch zahlenmäßig eine große Rolle spielen, eine eigne Auffanggruppe zu haben. Das um so mehr, als feststehen dürfte, daß die Nationalsozialisti-

¹) Siehe Pahl Der Jungsozialismus und die junge Generation, in den Sozialistischen Monatsheften 1928 II Seite 855 und folgende.

sche Deutsche Arbeiterpartei ihren ungeheuren Aufschwung, und die Kommunistische Partei ihren Zuwachs vom 14. September 1930 gerade auch diesen Altersschichten zwischen 20 und 30 Jahren verdankt. Rein formal war der Weg richtig, der mit der Schaffung der Jungsozialistischen Vereinigung begangen wurde. Nur daß diese Vereinigung die Funktion einer Auffanggruppe für die Jugend dieser Altersklassen nicht zu erfüllen vermocht hat.

Die selbständige Erfassung des Lebensalters von 20 bis 30 Jahren ist also einmal deswegen notwendig, weil die arbeitende Jugend bis zum 20. Jahr heute nur zum geringen Teil von der Arbeiterjugend erfaßt wird, die bewußt den jungen Menschen zur allgemeinen Parteiarbeit erzieht. Der größte Teil aber der arbeitenden Jugend dieses Alters befindet sich entweder in gegnerischen Jugendorganisationen oder (wohl hauptsächlich) in Organisationen, die das in diesem Alter und in unserer Zeit so außerordentlich lebendige Bedürfnis nach sportlicher Betätigung zu befriedigen versprechen. In der Arbeiterjugend scheinen sich hauptsächlich die jugendlichen Söhne und Töchter der schon in der Partei fest wurzelnden Genossen zu sammeln. (Die Klage, daß zahlreiche Parteigenossen ihre Kinder nicht in die Arbeiterjugend schicken, bleibt trotzdem durchaus berechtigt.) Häufig fällt hier schon eine selbständige Entscheidung für den Sozialismus weg. Man wächst eben von Haus aus traditionsgemäß in die Bewegung hinein. Die Zehntausende aber, die sich vorerst in anderen Organisationen und Bünden betätigen, müssen den Weg zur Partei durch eigne geistige Entscheidung finden. Diese Jugend bedarf noch einer geistigen Vorbereitungszeit für die sozialistischen Aufgaben innerhalb der Partei. In dem Parteigefüge muß ihr deshalb ein eigener Raum gegeben werden, damit der Aktivitätsdrang dieser Jugend voll ausgewertet werden kann. In der allgemeinen Parteiorganisation ist das zum größten Teil heute unmöglich. Es wäre übrigens auch verhängnisvoll für den Apparat, der für den großen politischen Kampf geschaffen ist, wenn er sich jugendlicher Aktivität bewußt überließe. Auf der andern Seite wäre dieser Jugend kein Dienst erwiesen, wenn man sie in der Hoffnung "heran" ließe, das sie sich bald "abschleifen" würde. Eine Formung der jugendlichen Aktivität wird damit nicht erreicht. Diese Formung ist nur auf dem Weg der Selbsterziehung im Kreis der Alters- und Generationengenossen möglich. Die einzelnen, die da gleich in der allgemeinen Parteiarbeit angesetzt werden, verlieren sich häufig bald in die "Altklugheit" eines unechten Verantwortungsbewußtseins. Der Aktivitätsdrang vermag sich in der allgemeinen Parteiarbeit nicht organisch auszulösen, er wird gebrochen und schlägt in höchst beunruhigender Weise in eine unerschütterliche Selbstgewißheit um. Man soll dem Aktivitätsdrang der Jugend weder mißtrauisch begegnen noch ihn zu früh in verantwortlicher Parteiarbeit zur Auslösung zu bringen versuchen. Man soll ihn freudig bejahen und ihm eignen Raum zur Ausreifung geben.



Es handelt sich hier, und damit kommen wir zu einem entscheidenden Punkt unserer Betrachtung, um eine junge Generation nicht im Sinn einer bestimmten Altersschicht sondern einer bestimmten Haltung und Gesinnung. Eine junge Generation in dieser Zeitalter hat die Aufgabe die Konsequenzen aus jener Wandlung zu ziehen, die die Sozialdemokratie seit dem Krieg erlebt hat. Diese veränderte Situation besteht in ihrem Kern darin, daß die Verwirklichung des Sozialismus heute nicht mehr wie vor dem Krieg in der Periode der

Sammlung und der Vorbereitung eine Frage des Zeitpunkts ist, an dem der große Umbruch plötzlich beginnt, sondern eine Frage des akuten Kampfs, des täglichen Einsatzes, der konkreten Einzelaufgabe geworden ist. Der sozialistische Feldzugsplan zerfällt heute in eine Fülle von Einzelmaßnahmen ganz konkreter Zielsetzung, in eine Vielfalt von einzelnen Reformen. Dieser Einsicht versperren sich heute noch vielfach die Jungsozialisten, die in Wahrheit mit ihrer Zentralforderung: der »marxistischen Revision des Bewußtseins«, die sie in einer offiziellen Anzeige ihrer Monatschrift erheben, einen reaktionären Kampf gegen Windmühlen führen. Die Revision des marxistischen Bewußtseins ist heute die weit dringlichere Aufgabe. Damit wird keine "Überwindung des Marxismus" gefordert sondern eine Anpassung des Bewußtseins an die neue Wirklichkeit, die methodisch nur auf dem Weg gefunden werden kann, den Marx in seiner Geschichtsauffassung gewiesen hat. Die Kluft zwischen Theorie und Praxis der Sozialdemokratie kann heute von keinem mehr übersehen werden. Sie ist da. Die neue Praxis, die in der Inangriffnahme konkreter Einzelaufgaben besteht, hat die Köpfe aber noch nicht genügend revolutioniert. Es herrscht in ihnen noch oft eine Ideologie, die (gänzlich unmarxistisch) in illusionärer Prinzipienbesessenheit gegen die neuen Realitäten ankämpft. Die Theorie wird ihre Aufgabe der Praxis Wege zu weisen nur dann wieder übernehmen können, wenn sie immer wieder von neuem bemüht ist sich aus einer direkten (wenn auch kritischen) Beziehung zu der neuen Wirklichkeit zu rechtfertigen. Die »neue Vision des Sozialismus«, von der Otto Bauer sprach, wird nur geschichtsbildende Kraft gewinnen können, wenn die Theorie nicht im luftleeren Raum verharret sondern ihre Aufgabe wieder darin erkennt das Handeln in der Welt der Wirklichkeit strategischer Planung zu unterwerfen.

»Der Marxismus des 20. Jahrhunderts«, sagt Karl Renner mit Recht, »ist erst zu schreiben. Wer sich dieser Erkenntnis versagt, ist nicht Marxist, ist schon gar nicht Revolutionär, er ist ein geistiger Reaktionär.«² Gegen die neuen Realitäten unserer Tage den "Marxismus" des 19. Jahrhunderts ins Feld zu führen ist reaktionär. Gewiß, die veränderte Situation hat andererseits die Gefahr des "Opportunismus" akut gemacht. Große Teile der herrschenden sozialistischen Generation haben sich in eine allzu nachgiebige Anpassung an die sich stetig wandelnden Realitäten des Tages verloren. Deshalb versagt sich auch ihnen weithin das bedingungslose Vertrauen der Massen. Es ist noch nicht gelungen den Ort der Einzelaufgaben in der Gesamtbewegung sichtbar zu machen, die neue Praxis strategischer Planung zu unterwerfen. So notwendig auch der Verzicht auf illusionären Wunderglauben heute ist, den Gesamtbezug der Einzelaktionen auf ein konkretisiertes Endziel herzustellen bleibt heute unsere Aufgabe. Revolutionäres Denken und praktisches Handeln zu vereinen, sozialistischen Radikalismus mit positiver Verantwortung für Staat und Nation zu verbinden: das ist die Aufgabe der jungen Generation innerhalb der sozialistischen Bewegung.

In unserer Partei wächst die Erkenntnis, daß das eine Aufgabe ist, die notwendig heute und hier vollzogen werden muß, und daß diese Aufgabe nur von einer jungen Generation gelöst werden kann. Solche Lösung ist für die Wachstumskraft der sozialistischen Bewegung von entscheidender Bedeutung. Die Partei dient der Zukunft, wenn sie ihrem jungen Vortrupp diese Arbeit erleichtert. Sie kann das tun, indem sie ihm Raum zur Betätigung gibt.

2) Siehe Renner Auf dem Wege zur großen Erneuerung, in der Gesellschaft 1928 II Seite 293 und folgende.



DER Kampf gegen den Nationalsozialismus verlangt heute den Einsatz aller Kräfte. Mit einer quantitativen Verstärkung der Aktivität ist es aber nicht getan. Das Ergebnis vom 14. September 1930 zwingt uns auch neue Formen der Aktivität zu suchen, neue Wege der sozialistischen Aktion zu gehen. Jener 14. September hat uns schmerzlich bewußt gemacht, daß wir in hohem Maß eine Partei sind, deren Fundamente nicht auf einer breitem Basis jüngerer Generation stehen, was für eine Partei wie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die mit der Zukunft im Bund steht, von lebenswichtiger Notwendigkeit ist. Auf der andern Seite hat uns jener Tag gezeigt, daß die Jugend auch des Bürgertums fast auf der ganzen Linie von einer tiefgreifenden sozialen Unruhe erfaßt ist, die sie den bürgerlichen Parteien innerlich fremd gegenüberstehen läßt. Ihr soziales Bewußtsein stellt vorläufig nur eine allgemeine Grundhaltung dar und entbehrt noch gänzlich einer inhaltlichen Bestimmtheit. Es fehlt dieser Jugend noch der Blick für die wirklichen Ursachen ihrer Lage. Die Unbestimmtheit, die bewußte Unklarheit des nationalsozialistischen Programms mußte diese Jugend deshalb besonders anziehen, weil hier die neue Ordnung noch durchaus "freibleibend" erstrebt wird. Wir müssen jetzt die große Aufgabe sehen, die uns gestellt ist: die anti-kapitalistische Gesinnung dieser Jugend zu sozialistischer zu verdichten.

Am 14. September 1930 ist mit dem Zusammenbruch der bürgerlichen Einheitsfront auch offenbar geworden, daß die bürgerliche Jugend weder soziologisch noch ideologisch eine Einheit darstellt. Sie ist zum überwiegenden Teil nicht "bürgerlich" im Sinn eines Gegenspielers gegen das Proletariat. Sie ist unempfindlich geworden für die Verherrlichung und soziale Legitimierung des Eigentums, des Geldes, der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Ihre materiell vollkommen unsichere Situation hat sie zum Feind der Plutokratie gemacht, noch nicht zum Feind des Kapitalismus als System. Die Sozialdemokratische Partei muß ihr den Blick für die Ursachen ihrer Lage schärfen. Der Vorstoß ins Lager der proletarischen Jugend muß heute mit allen Kräften unternommen werden. Indes, hier genügt keine quantitative Steigerung der Werbung um die Jugend. Hier ist zuerst eine qualitativ neue Kampfmethodik notwendig. Verstärkte Aufklärung über Sinn und Bedeutung des Marxismus kann keineswegs genügen diese in Bewegung geratenden Massen der bürgerlichen Jugend aus der antimarxistischen Kampffront herauszulösen. Das Paradoxe der gegenwärtigen Lage besteht ja darin, daß die Schichten der bürgerlichen Jugend sich in ihrem sozialen Erwachen gerade in einen Kampf gegen diejenigen aufputschen lassen, die eigentlich ihre Bundesgenossen sein sollten. Der Kapitalismus versteht es sehr geschickt diese ihm keineswegs zugetanen Schichten für seinen Kampf gegen den Marxismus zu benutzen. Die Entschleierung dieser Zusammenhänge ist notwendig, genügt aber nicht und bestärkt diese Kreise offenbar nur in ihrer "antimarxistischen" Orientierung. Wer sich, wie Ernst Fraenkel in einem Aufsatz der Sozialistischen Bildung, auf die Formel beschränkt: »Dem Kampf gegen den Marxismus werden wir ein "Nun erst recht Marxismus!" entgegensetzen haben«, übersieht, daß der "Antimarxismus" nicht bloß ein ideologischer Versuch der proletarisierten Mittelschichten ist sich über ihre wirkliche soziologische Lage hinwegzutäuschen. Hinter dem Antimarxismus verbirgt sich auch, insbesondere in der oppositionellen Jugend,

ein zum Teil sehr berechtigter Widerstand gegen einen Scheinmarxismus, der in ideologischer Selbstgewißheit sich gegen die Anerkennung neuer Wirklichkeiten wehrt. Wenn solcher "Marxismus" bei den Antimarxisten mit allen Schrecken eines nebelhaften Wahnggebilds behaftet ist, so handelt es sich hier nicht nur um bewußte Verwirrung, die von dem großkapitalistischen Feind der Arbeiterklasse unter den Mittelschichten angerichtet wird, hier liegt auch eigne Schuld vor: Viele Genossen, die die gewandelte Ökonomie unserer Tage nicht zu erkennen vermögen, vertreten noch eine Spielart des Marxismus, die die realen Wirklichkeiten von Nation, Volk und Staat verneint und in Wahrheit ein Utopismus ist. Den Gestaltwandel des Marxismus innerhalb der sozialistischen Bewegung sichtbar zu machen ist Aufgabe der jungen Generation. Die sogenannten Jungsozialisten haben vor dieser Aufgabe bisher versagt. Andererseits kann nach Lage der Dinge aber auch von der Partei als solcher ihre Lösung nicht erwartet werden. Im Interesse der Stabilität und Festigkeit der Partei war es vielleicht einmal notwendig, daß sich der Parteikörper dem Angriff der Jugend verschloß. Diese Festigung droht heute in einer Überalterung zu erstarren. Die Gefahr unfruchtbarer und verfrühter Aktionen zu vermeiden war Aufgabe der Vorkriegssozialdemokratie. Solange diese Gefahr im Aufbau der Bewegung bestand, mag es notwendig gewesen sein jugendlichen Aufwallungen keinen Raum zu geben. Die Immunität gegen einen Angriff der Jugend, die die Bewegung mit groß gemacht haben mag, droht sich aber heute vernichtend gegen die Bewegung zu kehren. Diese Gefahr ist heute akut.

Ihr kann nur begegnet werden, wenn die Partei sich auf der ganzen Linie dem jungen Generationswillen aufschließt. Das kann, wie oben schon gezeigt wurde, nicht geschehen, wenn man nun ein wenig mehr als bisher die Jungen "an die Posten heran läßt". Damit wird meist das Gegenteil dessen erreicht, was gewollt war. Die Energieen der Jugend finden im "Apparat" keine Auslösung und verhärten sich. Der Sozialdemokratischen Partei und der jungen Generation ist damit am besten gedient, daß dem Vortrupp selbständige Bewegungsfreiheit innerhalb der Partei gewährt wird.



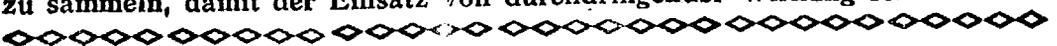
M 2. Dezember 1930 ersuchte der Parteiausschuß den Parteivorstand eine Reorganisation der jungsozialistischen Bewegung vorzubereiten, die den berechtigten Aktivitätsdrang der Jugend in einer der Gesamtbewegung nützlichen Weise ausnutzt und die innere Geschlossenheit und Schlagkraft der Partei steigert. Die Reorganisation muß in der Richtung vorgenommen werden, daß die bisherigen Mittel und Organisationsformen zur Werbung, Schulung und Aktivierung der Jugend grundlegend überprüft werden. Es muß eine Reorganisation an Haupt und Gliedern sein. Retuschen von oben her werden nichts helfen. Die Jungsozialistische Vereinigung in ihrer bisherigen Gestalt hat vor ihrer Generationsaufgabe versagt. Die Partei muß erkennen, daß eine junge sozialistische Generation bereit steht in die Bresche zu springen. Die ganze Haltung dieser Gruppe bietet die Gewähr dafür, daß sie sich nicht zu einer Partei innerhalb der Partei auswächst, wie das vielfach für die Jungsozialistische Vereinigung gilt. Wir denken nicht an eine neue Organisation. Wir denken an eine lockere Gruppierung des Vortrupps im Rahmen des Parteigefüges. Wir denken nicht an neue Diskutierklubs sondern an Arbeitsgruppen, die sich gemeinsam konkrete Aufgaben stellen.

Durch die Formationen unseres jungen Vortrups muß der Strom lebendigen Wachstums ungehindert fließen können. Es kann sich also nicht um die Gründung einer neuen Organisation, es kann sich nur um eine Bewegung handeln, um einen organisatorisch lockern Bund, dessen Festigkeit sich auf die Kameradschaft der in ihm gesammelten Menschen gründen muß. Unser junger Vortrupp *ist* in Bewegung. Es handelt sich nun heute darum ihm den Raum zu geben, der ihm gebührt. Unsere Partei ist die politische Form einer Bewegung. Das Parteigefüge droht zu einem, wenn auch tadellos funktionierenden Apparat zu erstarren, wenn in ihn von unten her nicht ständig neue Bewegung einströmt. Der Vortrupp wird also in neuem Sinn eine Schule für Funktionäre sein müssen, die nicht bloß Kassierer oder Routiniers herangebildet sondern politisch aktive Menschen.

Eine der wesentlichsten Aufgaben unseres Vortrups besteht heute darin die neuen Möglichkeiten zu erforschen, die für die Lösung der innerparteilichen Aufgaben gegeben sind. Ich verweise nur auf das Beispiel der Landagitation, die auf eine gänzlich andere Basis gestellt werden muß. Hier wird der Vortrupp zu zeigen haben, welchen Einsatz er zu bieten vermag. Die Hauptaufgabe aber wird darin bestehen die noch außenstehende Jugend des 3. Lebensjahrzehnts für die sozialistische Bewegung zu erfassen. Ob die große Offensive unter der Parole "Wo bleibt der 2. Mann?" auch innerhalb der Jugend zur Eroberung neuen Geländes führen wird, hängt wesentlich von den Methoden ab, die dabei angewendet werden. Die Offensive wird in der Form eines Kampfs um den nationalsozialistisch Beeinflussten zu führen sein, soll der Erfolg von Dauer sein. In dem System bürokratischer Parteiorganisation kann der ganze Mensch nicht erfaßt werden. Wenn wir um ihn werben wollen, müssen wir uns auch in sein Gefühlsleben versenken, das gewiß auch eine Realität darstellt. Aufgabe des Vortrups muß es sein jedem einzelnen eine Aufgabe, eine Betätigungsmöglichkeit zu geben, und sei sie auch noch so gering, damit er sich seines Werts für das Ganze bewußt wird.

Darüber hinaus: Unser Kampf wird um so eher zum Ziel führen, wenn die Mißstände beseitigt werden, gegen die der berechtigte Teil des Wollens der Jugend sich wendet. Nichts wäre in der gegenwärtigen Lage gefährlicher als ein »Legitimus«, der sich gegen die Notwendigkeit tiefgreifender Reformen versperrt, wie Ludwig Oppenheimer in der Zeitschrift Student und Hochschule betont. Die Diktaturforderung der Rechtsopposition hat insbesondere in ihrer jüngern Generation keinen antidemokratischen Ausgangspunkt. Man opponiert vielmehr gegen ein System der Formaldemokratie, das der Interessentenpolitik organisierter Machtgruppen Tür und Tor öffnet und dadurch weder eine starke Staatsführung noch eine wirklich demokratische Selbst- und Mitregierung des Volkes ermöglicht. Hier hat auch die junge Generation der sozialistischen Bewegung keinen Anlaß sich auf die Defensive zu beschränken, sie wird mit allem Nachdruck eine positive Opposition gegen solche Formaldemokratie zu unterstützen haben.

In dem Vortrupp muß, für alle sichtbar, ein Sozialismus Gestalt gewinnen, der Wirklichkeitssinn mit radikaler Gesinnungshaltung vereint. Die Bereitschaft der Partei der Jugend Raum zu geben ist, wenn wir recht sehen, im Wachsen. Das genügt noch nicht. Jetzt gilt es die Kräfte dieses Vortrups zu sammeln, damit der Einsatz von durchdringender Wirkung sein kann.



GEORG WOLFF · DAS QUALITÄTSPROBLEM IN DER BEVÖLKERUNGSPOLITIK



IN erster Linie ist die Bestanderhaltung der Bevölkerung ein Quantitätsproblem; darüber wurde an dieser Stelle an Hand jüngern Zahlenmaterials kritisch berichtet¹. Nicht weniger wichtig, aber auch nicht weniger problematisch ist die Erhaltung oder, wenn möglich, die Verbesserung der erblichen Beschaffenheit der Bevölkerung. Das ist ein Qualitätsproblem der Bevölkerungslehre und hängt mit vielen Grundfragen der Biologie und Vererbungslehre innig zusammen, insbesondere mit der Frage nach der Vererbung erworbener Eigenschaften, die heute von der Mehrzahl der Vererbungsforscher auf Grund des biologischen Experiments abgelehnt wird, eine so einfache Beantwortung erkenntnistheoretisch aber kaum verträgt, da sonst die Konstanz der Arten a priori gegeben ist. An Stelle der Vererbung erworbener Eigenschaften, deren Annahme auf Lamarck zurückgeht, trat in der Vererbungsforschung seit Darwin das Ausleseprinzip, das insbesondere von seinem Vetter Francis Galton dann in den Mittelpunkt der menschlichen Erbforschung gerückt wurde. Damit wurde Galton der Begründer der menschlichen Eugenik, die auch die Grundlagen einer biologisch orientierten Gesellschaftslehre im Sinn Herbert Spencers und Friedrich Wilhelm Schallmayers bilden sollte. Die wichtigste Erweiterung erfuhr die Vererbungswissenschaft um die Wende des 19. Jahrhunderts aber durch die Wiederentdeckung der Mendelschen Vererbungsregeln, die, von dem Augustinerpater und Botaniker Gregor Mendel zwar schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts veröffentlicht, an Pflanzenhybriden die zahlenmäßigen Gesetzmäßigkeiten bei der Kreuzung verschiedenfarbiger Pflanzenrassen darlegten und dadurch für die exakte Begründung der Vererbungswissenschaft von grundlegender Bedeutung wurden. Der Versuch war damit gelungen wenigstens im Pflanzen- und Tierexperiment biologische Versuchsreihen einer quantitativ-statistischen Behandlung zugänglich zu machen. Daß der Übertragung dieser Gesetze auf den Menschen größte Schwierigkeiten entgegenstehen, bedarf keiner Erörterung.

Die prinzipiellen Ergebnisse der Vererbungsforschung sind für die soziale Hygiene aber dadurch von größter Bedeutung geworden, daß damit die Frage, inwiefern Schwächlinge aus ererbter Minderwertigkeit noch Gegenstand der sozialen Fürsorge sein und sogar mit Mitteln der Gesellschaft für die Fortpflanzung erhalten werden dürfen, von neuem in den Mittelpunkt einer sehr hitzigen Auseinandersetzung gerückt ist. Sie entbehrt nicht eines rassenpolitischen Beigeschmacks. Nach der statistischen Seite wurden diese Problemstellungen wiederum in England ausgewertet, insbesondere von dem ehemaligen Mathematiker Karl Pearson, der später als Nachfolger Galtons auf den Lehrstuhl der Eugenik in London berufen wurde. Die Korrelationsstatistik wurde von ihm und seinen zahlreichen Schülern zu diesem Zweck in mannigfacher Weise ausgebaut und hielt ihren siegreichen Einzug bald auch auf anderen Gebieten der biologischen und ökonomischen Statistik. Es kann aber nicht geleugnet werden, daß damit trotz den großen Verdiensten der Englischen Schule um die quantitative Auswertung biologischer Untersuchungsreihen das Problem der Entartung durch Galton und namentlich

¹ Siehe *Wolff* Kritische Bemerkungen zum europäischen Bevölkerungsproblem, in den Sozialistischen Monatsheften, 1929 II Seite 1021 und folgende.

durch Pearson zu stark in den Mittelpunkt gesellschaftsbiologischer Allgemeinbetrachtungen gerückt wurde. Insbesondere hat die Übersteigerung des natürlichen Auslesegedankens zu ganz bizarren Schlußfolgerungen geführt: Etwa, wenn auch eine hohe Säuglingssterblichkeit, eine hohe Typhus- und Tuberkulosesterblichkeit nur als Anzeichen ererbter biologischer Minderwertigkeit der Rasse, nicht als sozial bedingte Schäden der Umwelt gewertet, und daher ihre Bekämpfung mit den Mitteln der Hygiene einer Rassenverschlechterung gleich erachtet werden. Die Überlebenden sind nach diesem Prinzip unter allen Umständen die rassetüchtigeren Elemente, auch wenn sie ihr Leben nur der Tatsache verdanken, daß sie etwa von einem Unglücksfall oder einer verheerenden Wasserinfektion verschont wurden.

Ein solches Laisser-aller in der Behandlung der öffentlichen Gesundheitspflege kann sich heute kein staatliches Gemeinwesen mehr gestatten, ganz abgesehen davon, daß seine Anwendung in der Praxis elementaren Grundsätzen der Ethik, der biblischen Nächstenliebe ebenso wie jedem andern Sittengesetz, widerspricht. Auf diese Auswüchse der englischen Rassenhygiene haben unter anderen schon frühzeitig Sidney und Beatrice Webb in ihrem inhaltreichen Buch über das Problem der Armut hingewiesen, obschon auch die Webbs nicht eigentlich Fürsorge und Versicherung als Lebensschutz sondern Erziehung des einzelnen zur Selbstverantwortung und des Staats zur Bereitstellung öffentlicher Arbeit zwecks Überwindung krisenhafter Arbeitslosigkeit und der dadurch meist hervorgerufenen Armut und Krankheit erstreben. Es darf gewiß nicht in der Krankheitsgenese der soziale Faktor als die einzige Ursache hingestellt werden, es darf aber erst recht nicht der Einfluß der sozialen Momente auf die Volksgesundheit negiert werden. Die Fanatiker der Eugenik sind aber noch einseitiger als die Fanatiker des sozialen Gedankens. Überschätzen diese vielleicht die wirtschaftlichen Mittel der Staatsgewalt, so scheuen jene in ihrem Streben nach "Rassenverbesserung" auch den biologischen Eingriff in die persönliche Freiheit durch gewaltsame Sterilisierung nicht. Ihre Axiome basieren vielfach auf rassenpolitischen Wertungen, die sich nicht mehr im Rahmen wissenschaftlicher Auseinandersetzungen bewegen. Es ist bekannt genug, daß gerade in Deutschland derartige Auseinandersetzungen in der Nachkriegszeit und besonders jetzt vielfache Mißverständnisse und politische Entartungen gefördert haben.

Das Ziel einer praktischen Eugenik des Menschen, das heißt eines "Wohlgeboreneins", muß es hingegen sein nach Möglichkeit ohne jede Rassenvoreingenommenheit solche Individuen vom Erbgang auszuschließen, die krankhafte Erbanlagen besitzen und durch deren Fortpflanzung die Erbmasse der Bevölkerung zu verschlechtern drohen. Dieses Ziel wird heute von den Eheberatungsstellen praktisch verfolgt, die damit den Zweigen der sozialhygienischen Umfeldfürsorge in konsequenter Ergänzung angegliedert sind. Mit Recht betont daher Alfred Grotjahn in seiner Definition der Sozialhygiene, daß die Maßnahmen zu einer Verallgemeinerung hygienischer Kultur sich auf die Gesamtheit der lebenden Bevölkerung und deren Nachkommen zu erstrecken haben. Gerade dadurch ergeben sich die nahen Beziehungen der Sozialhygiene zur Vererbungslehre und Eugenik. Dies um so mehr als durch die Erfolge der Hygiene und die Bestrebungen der heutigen Fürsorgebewegung zweifellos eine große Zahl von Menschen mehr als früher dem fortpflanzungsfähigen Alter zugeführt wird. Darüber unterrichtet am besten ein

Blick in die Absterbeordnung der letzten Sterbetafeln. Nach der Absterbeordnung im Durchschnitt der Jahre 1924 bis 1926 vollendeten von 100 000 Lebendgeborenen des männlichen Geschlechts 81 429 das 25. Lebensjahr, 1910 bis 1911 nur 72 130 und im Jahrzehnt von 1871 bis 1880 nur 56 892. Ganz ähnlich beim weiblichen Geschlecht. Von 100 000 Lebendgeborenen vollenden nach der Absterbeordnung 1924 bis 1926 84 275, 1910 bis 1911 nur 75 043 und 1871 bis 1880 nur 60 174 das 25. Lebensjahr. Fast 25 000 Menschen mehr von je 100 000 Geborenen erreichen demnach heute dieses Alter als vor 50 Jahren, lediglich durch Verringerung der Sterblichkeit.

Um nun eine dysgenische Wirkung der Hygiene und damit eine Verschlechterung des Erbguts der durchschnittlichen Bevölkerung zu verhindern, soll die Eugenik als qualitative Bevölkerungslehre die quantitativen Ergebnisse der Hygiene ergänzen, die sich in der Verlängerung des Lebens am deutlichsten ausweisen. Freilich ist diese "Veredlung des Menschen" durch Auslese der guten und Ausscheidung der minderwertigen Elemente von der Fortpflanzung nicht so einfach wie ähnliche Bestrebungen beim Nutztier oder bei der Nutzpflanze, die menschlicher Gewalt unterliegen und nach einer bestimmten Richtung gezüchtet werden können. Die Gesetze der menschlichen Vererbung sind daher viel komplizierter und vor allem problematischer als die Vererbungsregeln, die sich aus der Kreuzung bei Pflanzen und Tieren ziemlich exakt nach einem bestimmten Merkmal verfolgen lassen. Denn es kann nicht das Ziel der menschlichen Eugenik sein die Höherzüchtung des Menschen auf Fleisch oder Fett oder Milch oder eine bestimmte Farbe der Haare oder Augen zu bewirken. Die "Veredlung des Geistes" ist erst recht ein heikles Problem, da unsere Einsicht in die Produkte der menschlichen Vererbung beschränkt, eine Schematisierung daher noch weniger am Platz ist. So ist es bekannt genug, daß psychopathische Anlagen bei hervorragenden Persönlichkeiten aus allen Gebieten der Politik, Kunst und Wissenschaft eine charakteristische Rolle gespielt haben. Ihre völlige Beseitigung kann daher schwerlich das Ziel menschlicher Zuchtwahl sein oder ihr Ersatz durch die Norm des niemals vom Weg abweichenden Durchschnittsmenschen, dessen Definition selbst keineswegs eindeutig ist. Wir dürfen daher nicht zu viel vom künstlichen Eingriff des Menschen in das Walten der Natur erwarten.

Einige Hinweise ergeben sich freilich schon jetzt, wo die praktische Anwendung der Eugenik Erfolg verspricht, ohne dem Einzelinteresse zu schaden oder besondere Härten für das Individuum im Interesse der Gesellschaft damit zu verbinden. Der in der Gesundheitsfürsorge stehende Arzt, dem die Beobachtung und gesundheitliche Beurteilung einer Gesamtheit bestimmter Bevölkerungsjahrgänge obliegt, nicht nur eine Zahl ausgewählter Kranker wie dem eigentlichen Heilarzt und Kliniker, sieht nicht selten, daß von einer einzigen Familie sämtliche Kinder die Hilfsschule besuchen, also krankhafte Keimanlagen in intellektueller und damit verbunden oft auch in charakterologischer Hinsicht besitzen. Hier könnte gewiß die praktische Eugenik ansetzen, um die menschliche Gesellschaft vor der weiteren Vermehrung dieser Elemente zu schützen. Wenn 2 oder 3 Abkömmlinge des selben Elternpaars die gleiche Minderwertigkeit aufweisen, kann man den Wahrscheinlichkeits-schluß ziehen, daß auch weitere Produkte nicht anders ausfallen werden. In solchen Fällen ist daher die Forderung gerechtfertigt den oft ungehemmten Fortpflanzungstrieb der Erzeuger zu beschränken. Ich kenne aus meinem

frühern Wirkungskreis als Schulanzt eine Reihe solcher Familien, die immer wieder Hilfsschulkandidaten liefern, und habe es stets bedauert, daß die Gesetzgebung keine praktischen Handhaben im Interesse der Gesellschaft liefert, um die hemmungslose Vermehrung dieser untauglichen Elemente zu verhindern, etwa durch künstlichen Abort aus eugenischen Gründen. Natürlich müßte solche Maßnahme der öffentlichen Kontrolle unterzogen werden. Die Eheberatung kann durch systematische Durchmusterung des in den Hilfsschulen angehäuften Materials produktive Arbeit leisten; denn deren Angehörige belasten in stärkster Weise das wirtschaftliche und biologische Gut haben des Staats. Diese nur in geringen Graden Schwachsinnigen sind meist auch moralisch labil und erliegen den Einflüssen ihrer Umgebung leicht. Damit bilden sie das Reservoir der späteren Fürsorgezöglinge und asozialen Elemente. Sie sind für das biologische Erbgut sogar in höherem Maß schädlich als die Schwerschwachsinnigen und Idioten, die meist in Anstalten untergebracht und dadurch der weiteren Fortpflanzung entzogen sind.

Im Vergleich zur Zahl dieser Belastungen, für deren Träger schon heute ein umfangreiches und kostspieliges Sonderschulwesen in Vorklassen, Hilfsschulen, Sammelklassen existiert, und sich daher auch eine zuverlässige Personalaufnahme ermöglicht, spielen andere Krankheiten, deren Erbgang durch die Forschung exakt geklärt ist, zahlenmäßig nur eine untergeordnete Rolle. So kann auch die Disposition zur Tuberkulose nicht scharf von den verursachenden Umweltseinflüssen abgetrennt werden, sie unterliegt daher einer erbbiologischen Beeinflussung bei dem gegenwärtigen Stand der Forschung noch kaum. Eine solche ist auch deshalb nicht akut, weil der Rückgang der Tuberkulosesterblichkeit in allen Kulturstaaten durch die Verminderung der Umweltschäden, insbesondere durch die Hebung der Arbeiterklasse und die damit auch im Proletariat hervortretende Verringerung der Kinderzahlen in den letzten Jahrzehnten evident geworden ist, nachdem die Hunger- und Notjahre des Kriegs eine Verschlechterung der Umweltsbedingungen, insbesondere der Ernährung, und damit vorübergehend eine gewaltige Erhöhung der Tuberkulosesterblichkeit gezeitigt hatten. Dieser Anstieg der Tuberkulosesterblichkeit war daher in hohem Maß ein Beweis für den Einfluß der äußeren Verhältnisse auf den Epidemieverlauf der Tuberkulose. Die Beseitigung der Umweltschäden wird also auch das Erlöschen dieser Unkulturseuche herbeiführen, ohne daß die immer problematischen Ergebnisse der menschlichen Erblichkeitslehre hier unterstützend zu Rat gezogen sind.

Man wird sich bei einigem Nachdenken der Problematik aller eugenischen Ergebnisse stets bewußt bleiben müssen. Wird doch das höchste Gut des menschlichen Individuums; das Selbstbestimmungsrecht, nur in ganz seltenen Fällen einem so schweren Eingriff im Interesse der Gesellschaft geopfert werden können, wie es die starre Durchführung der Vererbungslehren verlangt. Dies um so weniger, als die Lehren der Wissenschaft vom Erbgang des Menschen niemals eine so exakte Vorhersage wie in der Pflanzenzucht und auch noch in der Tierzucht ergeben können. Hier kann man in der Tat von einer exakten Erblichkeitslehre sprechen, wie es die Erbforscher heute mit Vorliebe tun, was auch W. Johannsen im Titel seines bekannten Lehrbuchs zum Ausdruck bringt², das wegen seiner mustergültigen und doch einfachen Behandlung der Variations- und Korrelationsstatistik allen empfohlen sei, die sich eingehender mit der Verarbeitung statistischer Reihen beschäftigen.

2) Siehe *Johannsen Elemente der exakten Erblichkeitslehre* /Jena 1926/.

Damit darf abschließend gesagt werden, daß in methodologischer Hinsicht wie in der Problemstellung selbst die Ergebnisse der Erblichkeitslehre und des Bevölkerungswesens überhaupt in naher Beziehung zur Sozialbiologie und Sozialhygiene stehen. Die Lehren von der Quantität und Qualität der Bevölkerung sind einer methodisch-wissenschaftlichen Behandlung nur durch das Mittel der Statistik fähig. Bei der Bevölkerungslehre, die auf den statistischen Grundlagen der Geburten und Sterbefälle aufgebaut ist und aus ihrer gesetzmäßigen Entwicklung Werden und Vergehen der Bevölkerung zu bestimmen sucht, deshalb seit je für den Volkswirt und Politiker eine wichtige Grundlage bildet, ergibt sich das von selbst. Aber auch bei der den Biologen noch mehr angehenden qualitativen Bevölkerungslehre, wie man die Eugenik auch nennt³, ist die statistische Methode in Übertragung der Vererbungsregeln auf die menschliche Population die Methode der Wahl geworden, wenn auch das biologische Experiment und die beobachtende Erfahrung für die Klärung des Erbgangs im einzelnen zunächst unerlässlich sind. Wer in der Praxis Sozialhygiene und Gesundheitsfürsorge treibt und sich in der Anwendung praktischer Fürsorgemaßnahmen von den umfassenderen Gesichtspunkten ihrer wissenschaftlichen Problematik leiten läßt, die für die Begründung sozialpolitischer Gesetze unerlässlich sind, wird nicht umhin können sich mit den Fragen des Bevölkerungswesens auseinanderzusetzen⁴.

ERNST UNTERMANN · NEUE LIEDER FÜR DIE MUSE



WARUM, o Muse, werden die Sänger zu brillanten Lügner, wenn sie ihre epische Leier schlagen und die Großtaten der Welt-eroberer besingen? Und warum blicken diese Helden nie weit genug voraus, um sich klar zu machen, ob sie zu Ende führen können, was sie anfangen? So, es ist das Gesetz? Keine Romantik ohne Dummheiten? Das bezweifle ich. Die Wahrheit könnte ich singen: Dann wäre ich ebenso dumm wie die anderen? So, nun dann, beim Bart Charlie Chaplins, sing doch auch gelegentlich über Narren wie unser-ens. Auf jeden Fall: Nehmen wir einmal die "Heiligen", die das Tal des Großen Salzsees in Utah bevölkern wollten, um dort ein Mormonenreich zu gründen. Wo ist dieses Reich heute, nur einige 80 Jahre nach seiner Gründung? Was ist jetzt noch übrig geblieben von den heiligen Fundamenten, auf denen die Mormonen eine neue Rasse gottähnlicher Menschen aufbauen wollten? Komm nach Utah, o Muse, und sieh dich um, und dann sing ein Epos darüber, wenn es dich inspiriert.

Glaubten die Führer der Mormonen wirklich die bewohnbaren Striche Utahs bevölkern zu können, ehe ihnen die nachdrängenden christlichen "Heiden" das Land streitig machen konnten? Ihre eigne Chronik sagt: Ja, das glaubten sie. Hätten sie es nicht geglaubt, welchen Sinn hätte ihr Versuch gehabt? Sie behaupteten sogar die Zusicherung direkt von Gott zu haben. Aus ihren eignen Aufzeichnungen lernt man, daß ihr großes Hauptthema zwischen Gebeten und Chorälen sich mit der Fortpflanzung ihrer Sekte im Wettlauf

3) Siehe zum Beispiel *Elster* Sozialbiologie, Bevölkerungswissenschaft und Gesellschaftshygiene /Berlin 1923/.

4) Auf die weiteren wissenschaftlichen Grundlagen der Sozialhygiene bin ich in meiner Schrift *Die theoretischen Voraussetzungen der Sozialen Hygiene*, im 1. Band der *Ergebnisse der Sozialen Hygiene und Gesundheitsfürsorge* /Leipzig 1929/ näher eingegangen.

gegen die "Gentiles" beschäftigte. Freud war damals noch nicht bekannt, und das ist schade. Wie der unter den Mormonen hätte studieren können, welchen Einfluß die reichliche Befriedigung des Geschlechtstriebes auf die Religion, die Politik und das Geschäft ausübt! Da gab es keine Träume aus unterdrückten Liebestrieben. Im Wachen oder Schlafen litten die alten Mormonen nicht an solchen Schwierigkeiten. Wenn sie um ihre Lagerfeuer herum saßen, die lange Büchse fertig über die Knie gelegt, debattierten sie eifrig, wie lange es dauern würde, bis sie 5 Millionen Kinder in die Welt setzen und diesen Teil Amerikas so dicht bevölkern könnten, daß sich kein Gentile dazwischen quetschen könnte. Und wenn sie mit zufriedenen Schmunzeln die steilen und engen Schluchten der Wasatch- und Uintagebirge betrachteten, die sich fast von selbst als die Thermopylen des Westens empfahlen, mag Brigham Young vergnügt ausgerufen haben: Freunde, wenn 300 Griechen die ganze persische Armee aufhalten konnten, so können wir hier mit Leichtigkeit alle Gentiles in den Vereinigten Staaten zusammenhauen. Das wurde mit Hallelujas und Amens bekräftigt. Und dann zu Bett.

So sahen die Gründer der Stadt Salt Lake in die Zukunft, als sie in das mexicanische Territorium eindrangten und im Juli 1847 die amerikanische Flagge über Ensign Point hißten. Das ganze mexicanische Land zwischen den Rocky Mountains und dem Stillen Ozean war fast unbewohnt, mit Ausnahme der kleinen Strecken, die von den amerikanischen Generalen Zachary Taylor, Winfield Scott und John Fremont besetzt waren. Pferde und Ochsen besorgten den Transport. Das Tal des Großen Salzsees schien den Mormonen für Generationen hinaus Sicherheit und ungestörte Einsamkeit zu versprechen, um die Abenteuer der Kinder Israel in der Wüste zu wiederholen. Sie brauchten nur einige unbedeutende Dinge zu ignorieren, wie die Bedeutung des technischen Fortschritts in den Oststaaten und Europa, die Vorbereitungen zum Kampf zwischen Sklavenhaltern und Kapitalisten, die Wirkungen der industriellen Entwicklung auf die Politik der Bundesregierung. Für die Patriarchen der Mormonen waren solche Dinge bedeutungslos. Wenn auch einzelne unter ihnen als gebildet gelten wollten, nahmen sie keine Notiz von den Meinungen anderer Leute, die sich bemühten in historischer Weise vorauszublicken. Am wenigsten kümmerten sie sich um die Ideen von "Ausländern", denn das waren Geschöpfe niederer Gattung im Vergleich mit amerikanischen Bürgern. Karl Marx und Friedrich Engels fingen im November 1847 an ihr Kommunistisches Manifest zu schreiben. Aber wer in Amerika wollte wohl auf die Delirien solcher "Atheisten" und "Freilieber" hören, die voraussagten, daß Dampfer und Eisenbahnen mit Siebenmeilenstiefeln des Kapitalismus über die Pferde- und Kuhwirtschaft triumphieren würden, und daß ein amerikanischer Bürgerkrieg die Wege für ein vereinigttes Imperium der Wallstraße über Nordamerika ebnen würde? Aber wie sich diese "Atheisten" vermehrten! Heute gibt es in der Welt einige 30 Millionen Sozialisten, die die Hände nach dem Reich des Kapitalismus ausstrecken. Die Mormonen dagegen beanspruchen nur etwa 700 000 Heilige in der ganzen Welt, und diese leben, wie es geht, in der Wüste dieser von Gentiles beherrschten Erde. Denn wie alle anderen Sekten werden die Mormonen durch weiter nichts zusammen gehalten als durch die Spinnewebe einer snobischen Idee: daß ihr eigenes Verhältnis zu Gott auf sublimeren Säulen steht als das irgendeiner andern Sekte.

Die Mormonenpatriarchen, die nach mosaischen Ideen eine Nation gründen wollten und im Alten Testament umherirrten, lernten nicht einmal aus dem großen Buch, was kleinen Nationen passiert, die sich quer über die Heerstraße derjenigen stellen, die die Methoden des sozialen Wachstums bestimmen. Aus Salomos Fall hätten sie erfahren können, daß die Vielweiberei keine gepflasterte Straße nach einem großen Geburtenzuwachs ist, auch wenn man 1000 Frauen und die selbstlose Hilfe der Gardekapitäne hat. Und nur eine leichte Beschäftigung mit einfacher Mathematik hätte ihnen klar machen können, daß die normalen Geburten unter 10 Millionen Gentiles der Oststaaten unmöglich von der aufgepeitschten Kindererzeugung einiger Tausend Heiligen in der Wüste überholt werden konnten, namentlich wenn die Unheiligen im Besitz der Regierungen waren und mit allen Kräften der technischen Wissenschaft nach Westen drängen konnten, während die Mormonen ein mageres und unsicheres Dasein mit primitiven Geräten und Methoden fristeten. Nein, Leute, die sich einbilden direkt von Gott auserlesen zu sein, um mehr Kinder als alle anderen Menschen zu erzeugen, sind keine Denker oder epischen Heroen. Sie beachten keine biologischen oder ökonomischen Ideen, wie die Rate der Kindersterblichkeit bei hart bedrängten polygamen Menschen oder die Wirkung eines schnellen Anwachsens von Siedlern auf eine langsame Vermehrung von Nahrung. Gott wird sich ihrer annehmen. Hat er nicht die Möwen geschickt, damit sie die Heuschrecken im Salzseetal aufessen sollten? War das nicht ein Wunder? Hallelujah. Wo würden Seemöwen sonst mitten in der Wüste herkommen? Nur Mut! Der Gott, der die bewaffneten Horden des Pharao im Roten Meer ertränkte, wird auch die Millionen der Unheiligen aus Utah fernhalten. Amen.

Die alten Juden hätten geglaubt, daß Gott ihnen die Heuschrecken gesandt hatte. Es hätte getrocknete und geröstete Heuschrecken für alle gegeben, und die 12 Stämme hätten Eiserne Rationen davon für Monate mitgeschleppt. Die Mormonen sahen zu, wie die Möwen die Heuschrecken verschlangen, und bildeten sich ein, der Teufel der Unheiligen wäre auf diese Weise übers Ohr gehauen worden. Es war eine sehr naive Art eine Nation zu gründen, sogar für Leute, die sich einbilden konnten, Gott hätte sie für einen großen Zweck auserlesen, um mit vielen Frauen wie der Sand am Meer zu wachsen. Man mag wohl geistig wie ein Kind werden müssen, um in das Reich Gottes zu gelangen, aber man kann nicht Hänsel und Gretel spielen, wenn man aus der rauhen Wildnis eine Heimat herausrodern muß. Die Führer der Mormonen fanden es bald heraus, und es muß sehr unangenehm gewesen sein, als ihr Kindertraum von der grausamen Wirklichkeit zerstört wurde. Sie konnten nicht genug Kinder erzeugen oder die bewohnbaren Striche Utahs anfüllen, ehe die unheiligen Siedler in ihr Reich eindringen. Sie konnten nie ein exklusives Monopol über Utah ausdehnen. Die hartherzige amerikanische Bundesregierung ernannte nach Brigham Youngs Tod unheilige Gouverneure für das Utahterritorium. Und als die mormonischen Heerscharen Gottes mit bewaffnetem Widerstand drohten, bewiesen ihnen die rauhen Truppen Onkel Sams, daß Friedrich II recht hatte mit seiner Meinung über Gottes Beistand für die stärksten Bataillone. Nur 22 Jahre nach der Gründung der Stadt Salt Lake schnaubte das eiserne Roß der Union-Pacific-Bahn durch das Mormonenreich und zerrieb unter den Rädern den glückseligen Traum von einer stillen Abgeschlossenheit. Mit der Bahn kamen frische Horden Unheiliger, die den Anspruch erhoben sich nach Belieben

niederzulassen. Und wie intolerant diese unheiligen Republikaner und Demokraten waren, die durch den Bürgerkrieg verbittert waren, laut die Unabhängigkeitserklärung und die Liste der Bürgerrechte aus der Bundesverfassung deklamierten, aber im selben Atem alles im Namen der großen Demokratie beherrschen wollten! Die kaltblütige Bundesregierung hatte keine Aktien aus der Bank von Joseph Smith oder Brigham Young, wodurch ihr Anspruch auf das göttliche Wesen der Vielweiberei bekräftigt wurde. Die Politiker in Washington behaupteten mindestens ebenso gut wie die Mormonen mit Gottes Absichten vertraut zu sein. Die Republikaner und Demokraten hatten nie gehört, daß Gott mit der Devise der Vielweiberei in die Wahlkampagne zog. Freilich bestimmte der 1. Artikel der Bundesverfassung, daß der Kongreß kein Gesetz über die Gründung einer Religion oder ihre freie Ausübung erlassen sollte. Dennoch nahm der Kongreß das Edwardsgesetz an, das im Jahr 1882 die Joseph Smith and Brigham Young öffentlich als Lügner brandmarkte, indem es den göttlichen Charakter der Vielweiberei bestritt und diese als Mißbrauch des Wesens der Religion bezeichnete. Es verweigerte den Mormonen das Wahlrecht, wenn sie Vielweiberei trieben. Und nachdem einige Hundert Heilige etliche Monate oder Jahre hinter eisernen Gittern verbracht hatten, ohne das geringste Zeichen von Gottes Intervention, machte die Washingtoner Regierung ihren Anspruch geltend, daß sie besser wüßte als die Mormonen, was Gott wollte. Es muß für die Leiter der Mormonen entsetzlich erniedrigend gewesen sein, aber sie mußten öffentlich die Vielweiberei abschwören. Privatim mochten sie wohl fortfahren die Göttlichkeit der Vielweiberei zu behaupten und so viel wie möglich das Edwardsgesetz zu umgehen. Aber sie wurden nicht als vollberechtigter Staat der Union anerkannt, bis sie den in Washington gemachten Gesetzen Reverenz erwiesen. Als Utah endlich im Jahr 1896 in die Union aufgenommen wurde, florierte die Vielweiberei unter Mormonen nur noch als heimlicher Privatsport. Und so ist es heute. Dank dem Kapitalismus befinden sich die meisten Mormonen heute in der selben Lage wie die Majorität der Unheiligen, die kaum eine Gattin unterhalten können, weil das Geld zu knapp ist. Und wenn dieser oder jener Mormone neben seiner legalen Frau noch 1 oder 2 Liebchen hat, so ist das keine Spezialität der Mormonen. Das ist mindestens ebenso, wenn nicht mehr, unter Unheiligen Sitte. Und es war so schon lange, ehe der Engel Israfel oder sonst wer dem John Smith die heiligen Mormonentafeln im Jahr 1827 überreichte. Niemand braucht mir zu glauben. Lest nur die Biographien unserer Präsidenten von George Washington bis Woodrow Wilson und Warren Gamaliel Harding. Geht in die Scheidungsgerichte oder lest die Romane unserer besten Schriftsteller. Meinetwegen lest die Zehn Gebote oder die Bibel, wenn ihr noch ein Exemplar finden könnt, das nicht von den Rotarians oder anderen Besserwissern redigiert worden ist, die Gottes Wort korrigieren.

Nach der Tragikomödie des lächerlichen Ausgangs der mormonischen Romantik kam der Hobel des Maschinenregimes und glättete die Mormonen in die Mittelmäßigkeit des Main-Street-Lebens hinein. Das ursprüngliche Programm der Mormonen verhinderte ihre Spaltung in Arme und Reiche ebenso wenig wie bei anderen Sekten. Sozialisten machen zuweilen ironische Bemerkungen über die Behandlung, die der Zimmermann aus Nazareth anträte, wenn er die Geldwechsler aus der Wallstraße treiben oder seine Bergpredigt auf der Treppe des Bundesschatzamts halten wollte. Genau so

würde es ihm ergehen, wenn er Brigham Young und den Senator Smoot zusammen auf dem Tempelplatze in Salt Lake anträfe und einige Bemerkungen fallen ließe über getünchte Gräber, Lilien mit arbeitslosen Gewohnheiten, Güter ohne Mottenfraß, oder die Aussicht reicher Mormonen durch das Himmelstor zu kriechen wie ein Kamel durchs Nadelöhr. Statt primitiver Vorschriften über soziale Gleichheit, Demokratie, Kooperation und Gemeinwohl beten die Mormonen heute das Goldene Kalb an. Zwar haben sie es nicht im Tempelhof aufgestellt, aber es ist sichtbar in ihren Großbanken und Großindustriellen. Ein Kapitalist mormonischen Glaubens trägt seinen Akzent natürlich auf der selben Stelle wie ein Kapitalist irgendwelcher Sekte. Die Gemeininteressen mormonischer Kapitalisten, kleiner Geschäftsleute, Bauern und Arbeiter gehen nicht weiter als bis zu dem Punkt, wo der Profit aufhört. Mormonische Kapitalisten sind mit unheiligen gegen ihre eignen Glaubensgenossen verschworen. Die große Mormonenhierarchie steht im Bund mit der Wallstraße, wie jede andere. Manche Mormonen behaupten, so etwas wäre nicht passiert, wenn man sie in Ruhe ihrer Einsamkeit überlassen hätte. Dieses Alibi ist faul. Der Mormonismus trug von Anbeginn die Keime seiner Zerrüttung in sich. Gleich im ersten Stadium spalteten sie sich in 2 Teile; der eine folgte der Smithfamilie, der andere der Youngfamilie. Beide Teile, heute noch neben einander, merkten nie, daß sie in der Tat unbewußt die Riesenarbeit unternommen hatten den amerikanischen Kapitalismus aufzuhalten. Das kann nicht durch Spielen mit Vielweiberei oder theologisches Herumtüfteln vollbracht werden. Dazu gehören eine weltumfassende Organisation und ein scharfer Wirklichkeitssinn. So etwas lag weit außerhalb ihres Denkens. Der Anprall des kapitalistischen Angriffs fand sie ganz unvorbereitet, obschon sie selbst schon den Grund dafür geschaffen hatten. Nur wenige Jahre nach ihrer Ankunft am Salzsee waren die Standesunterschiede schon sehr ausgeprägt bei ihnen. Hätte man sie ungestört gelassen, sie wären von selbst dahin gelangt, wo der Stoß von außen sie hinwarf. Seit John Lee im Jahr 1877 erschossen wurde, weil er die Einwanderer auf dem Durchzug nach Californien auf der Bergwiese des Virginflusses im südöstlichen Utah niedergemacht hatte, »auf Brigham Youngs Befehl«, wie er bis zuletzt behauptete, war es ganz klar, daß auch Heilige sehr unheilige Dinge tun können. Log Lee, wie der Historiker Bancroft denkt, so bleibt immerhin die Tatsache, daß er den Allerheiligsten seiner Sekte des Mordes beschuldigte. Es gibt aber noch heute alte Pioniere in Utah, die steif und fest behaupten, sie hätten die Maultiere der Erschlagenen bei Brigham Youngs Sägemühle Lasten ziehen sehen. Und wenn ich Youngs "Löwenhaus" betrachte, in dem er seine vielen Frauen unterbrachte, und damit die elenden Block- und Lehmhütten vergleiche, in denen die meisten Mormonen mit ihrer ganzen Familie leben mußten, wundere ich mich, warum manche Mormonen heute so viel Aufhebens von ihrem primitiven Utopismus machen. Es geht die Legende um, daß die Mormonen sich ihrer armen Mitglieder noch besser annehmen als die Juden. In einem primitiven Gemeinwesen gibt es keine Armen. Fällt diese Gemeinde auseinander, so gelten ihre Regeln nicht mehr. Es sollte dennoch für einige Hunderttausend Mormonen leicht sein ihre Armen zu unterstützen, da ihre Kirche steinreich ist. Überall drängt sich in Utah der Ruf nach Barmherzigkeit und Almosen auf. Es gibt viele darbende Arme unter den Mormonen, sogar im Schatten des Großen Tempels. Manche leben von der Armenkasse, die von Steuerzahlern

aller Sekten unterhalten wird. Die Gesetze mormonischer Legislatoren nehmen nicht mehr Rücksicht auf ihre Armen als die anderer Politiker. Wie die anderen Sekten so versprechen auch die Mormonen ihren Armen den Himmel nach dem Tod und lassen sie ruhig auf Erden im Elend sterben. Die Banken der Mormonen stehen unter dem Befehl John Pierpont Morgans. Sie bedrücken ihre Glaubensgenossen mit Hypotheken, Zinsen und Profiten. Die allgemeine Lage der Arbeiter und Kleinbauern im Staat Utah schreit zum Himmel vor Vernachlässigung, Verrat und Ausbeutung. Die meisten Einwohner Utahs leben von der Hand in den Mund. Die Bauern, Schaf- und Rinderzüchter, Zuckerrüben- und Obstleute arbeiten ohne Beistand gegen einen überfüllten Markt und sinken immer tiefer in Schulden. Die Politik der Federal-Reserve-Banken, die die Ableitung von Kapital aus der Industrie in die Spekulation verhindern sollten, aber eher unterstützten, zieht die Schnur strammer um den geschwollenen Hals der Schuldner, besonders seit dem großen Krach in der Wallstraße. Regelmäßig um die Zeit der Schafschur fallen die Wollpreise in höchst mysteriöser Weise. Die Banken, die unter dem Farm Relief Act den Bauern Kredit erleichtern sollen, halten unter der Diktatur der Wallstraße lieber den Kredit zurück, besonders wenn die Bauern ihre Produkte für eine Weile halten möchten, um das Steigen der Preise abzuwarten. Viele Bauern sind trotz ihren 160 oder 320 Ackern Land finanziell so schlecht gestellt, daß sie kaum die Steuern bezahlen können. Versuchen sie in den ländlichen Kaufläden ihre Erzeugnisse gegen Waren einzutauschen, so weist man sie entweder ab, oder man bietet ihnen so wenig, daß ihre eignen Kosten nicht gedeckt werden, selbst wenn die Farm von gebrochenen alten Männern und unmündigen Knaben bearbeitet wurde. Die Regierung rät den Bauern die Weizenproduktion zu verringern und dafür Bohnen zu pflanzen. Dann gibt es zu viel Bohnen, und der Bauer sitzt in der selben Klemme. Die lokalen "Farmbureaus", die den Bauern zur Kooperation erziehen sollen, spielen das selbe Räuberspiel mit ihm. Hier ein Beispiel: Eine der ältesten Ansiedlerinnen in der Gegend brachte im Schlitten 4 Dutzend Hühner nach der 12 englische Meilen entfernten Ortschaft des Farmbureaus. Dieses schickte die Hühner nach Salt Lake und behauptete nur 7,50 Dollars dafür erhalten zu haben. Das Bureau rechnete der alten Frau 5 Dollars für Spesen an, so daß sie nur 2,50 Dollars für 4 Dutzend erwachsene Hennen bekam, deren Futter allein 50 Cents pro Henne gekostet hatte, ohne Zeit und Arbeit zu rechnen. Die alte Frau ist hoch amüsiert, wenn sie des Abends die brillanten Prosperitätsreden der Kapitalisten im Radio hört, das ihr ein Freund zu Weihnachten geschenkt hat. Der Präsident Herbert Hoover predigt, die Leute sollen nur Vertrauen haben, und betont, daß ein jeder in diesem Land die selben Chancen hat. Nun ja, wir können schließlich alle Mitglieder des Vertrauensvereins werden.

Zum Jahresschluß drucken die Zeitungen die Millionenzahlen der Industrien im Staat ab, als könnten die armen Leute sich daran schadlos halten. Dabei sind Tausende im Staat arbeitslos und futtern sich bei Verwandten durch, die auch nur einen Monat vom Armenhaus entfernt sind. Sie müssen warten, bis sich die führenden Mitbürger klar sind, was nun zu tun sei. Diese Prominenten und ihre Politiker warten jeder auf den andern, ehe sie ihr Geld in Umlauf setzen, nur um den Arbeitslosen zu helfen. Der demokratische Gouverneur von Utah, der kein Mormone ist, rät den Leuten durchs Radio: »Kauft nur im Staat, denn was Utah macht, macht Utah.« Die nächsten Num-

tekturschilderern wie Siegfried Giedion, Bruno Taut und Le Corbusier, und in den oft sehr anziehenden Kurzgeschichten unserer Zeitschriften, von denen Karl Schefflers Kunst und Künstler und Paul Westheims Kunstblatt in Geist und Dialektik mit einander wetteifern: mit entgegengesetzten Vorzeichen. Aber es gibt auch sonst noch hier und da Gelegenheiten zum Rühmen von Kunstbüchern, die den echten Vorzug der Aktualität besitzen. Muß man an die den Lesern hier in ihrem Wesen bekannten Arbeiten Adolf Behnes erinnern? Indes, wenn man heute Bilderbücher mit Vorteil lesen soll, verlangt man als Mindestgabe, daß sie zu uns Gegenwärtigen mit Eindringlichkeit sprechen, und daß sie uns etwas zu sagen haben, was uns angeht. Es können sogar in Ausnahmefällen Bücher über alte Kunst sein: Die müssen sich aber schon recht anstrengen, um das Verschollene als Nochlebendiges plausibel hinzustellen, wie es zum Beispiel Wilhelm Pinder, Wilhelm Hausenstein oder Wilhelm Worringer verstehen. Die Autoren, die moderne Kunst behandeln, haben es von vornherein schon deshalb leichter, weil uns Lebende die Kunst der letzten 3 Generationen weit weit mehr angeht als die alte (weshalb immer wieder, trotz all seinen Eskapaden, Meier-Graefes dicke Wälzer eine Bezauberung ausüben, der man so schwer widerstehen kann).

Da hat jetzt Paul Westheim in einem Band, den er Helden und Abenteurer nennt, 45 Essays über große »Abenteurer der Kunst«, von Breughel bis Otto Dix, gesammelt, und es geht durch alle wie ein roter Faden das, was wahrhaft an Kunst und an Künstlern heute interessiert: das Soziologische, das Revolutionäre, das Kämpferische, kurz und gut: die Umwertung alter Werte, vorgenommen auf dem nachdenklichsten Weg, dem der malerischen Spiegelung der Welt. Zunächst glaubt man, es werden uns interessante Heldengedichte von dem Leben jener Großen vorgetragen. Aber Westheim macht es sich nicht so leicht; es wäre das ja auch nur eine zeitgemäße Variation der guten alten Anekdotenjagd des gottlob ganz veralteten Richard Muther. Sondern er packt uns wirklich bei unserm Interesse am Wesentlichen, an der Ausdrucksform. 45mal wandelt sich das Panorama, und es tritt das Bild des Zeitalters, der Vergangenheit, der unmittelbarsten Gegenwart vor uns, gespiegelt in der persönlichen Form eines zeitbestimmenden Künstlers. Nur das wirklich Wesenhafte tritt im Glanz der dialektischen Jupiterlampe Westheims hervor; alles Anekdotische, alles bloß Kunsthistorische und Abgeleitete fällt unter den Tisch. Die Bilder der Großen erstehen, so wie wir sie zu sehen wünschen, von Anno 1600 oder von 1930, aber immer als leben- und ideenzeugende Schöpfer einer wahrhaftigen und darum wertvollen Welt.

Ganz anderer Art scheint ein Buch Ludwig Justis, das Von Corinth bis Klee betitelt ist. Der Verfasser gibt da nämlich eine Einführung in die (größtenteils von ihm selbst zusammengebrachten) Schätze des Kronprinzenpalais in Berlin. Und doch ist das Buch von der gleichen erfreulichen Aktualität. Justi war in seinem zwischen historischer Darstellung und Katalogaufzählung vermittelnden Buch freilich an die eherne Tatsache des Museumsbestands gebunden. Aber wie lebensvoll hat er die Entwicklung vom französischen Impressionismus bis zum Surrealismus Paul Klees in die Reihung der vorhandenen Kunstwerke gebunden, wie geschickt und geistreich hat er es verstanden das Überragende und Bestimmende der Führernaturen durch historische Einleitungen und betonte Erörterung der wichtigen Bilder herauszuschälen! Das Buch wird manchem Künstler, der sich hier offenbar zurück-

gesetzt sieht, keine reine Freude bereiten, gewiß. Aber gerade diese hier bewiesene Zivilcourage wollen wir dem auf so sturumwehstem Posten konsequent fortwirkenden Mann hoch anrechnen. Justi hat mit diesem vortrefflichen Buch bewiesen, was ihm von links wie von rechts her mit oft gehässiger Erbitterung abgestritten wird: seine Eignung zum Leiter der größten und verantwortungsvollsten Galerie der modernen Kunst in Deutschland. Es gibt Museen bei uns, die, weniger gehemmt von Kommissionen und publizistischer Kontrolle, rascher zugreifen können und darum einen noch fortschrittlichern Eindruck machen. Ich erinnere an Hannover, an Essen, an Mannheim. Als maßgebende Zentrale der modernen deutschen Sammlungen ist die Berliner Nationalgalerie unter Justis Leitung ohne Zweifel führend.

Das beweisen auch ihre jüngsten Erwerbungen: die 5 wunderbaren Gemälde Vincent van Goghs, die zu gleicher Zeit mit dieser Rechenschaftsablegung ins Kronprinzenpalais eingezogen sind. Eins davon ist entliehen, die anderen wesentlichen sind von der Galerie erworben: mit Hilfe einer fast märchenhaft glücklichen Konstellation von Stiftungen und Finderstück Justis. Bisher fehlte van Gogh dort gänzlich. Mit einem Schlag sind 4 Bilder da, aus jedem seiner letzten 4 Schaffensjahre. Gemälde, die seine Entwicklung und sein tiefstes Wesen gleichmäßig stark repräsentieren: ein Pariser Stadtbild, eine Zypressenallee aus Arles, ein Mäher aus Saint-Remy und das wahrscheinlich letzte Gartenbild vor seinem Tod, aus Auvers. Sie wirken wie ein Symbol für die Steigerung in der Kunst van Goghs und für die zähe und mit Geduld erfolgreiche Sammeltätigkeit Justis. Diese Bilder, leidenschaftliche Bekenntnisse eines großen Künstlers und am Leben Leidenden, können niemals veralten. Sie gehen uns alle an, als Dokumente heutigen Seelenzustands gegenüber der Natur und als Offenbarung eines der größten Menschen unserer Zeit.

ARNO NADEL · DIE GEISTER DER TOTEN WERDEN EUCH EINST BENEIDEN



NICHT das Tier,
Nicht das Leben des Tieres
Ist vorbildlich für Menschen,
Die wahrhaft Menschen sind.

Nicht das Leben des ruhigen Bürgers,
Der gierig ißt und schläft,
Ist vorbildlich für Menschen,
Die wahrhaft Menschen sind.

Freilich schufen die Bürger Großes.
O, Arbeiter der Welt,
Was werdet ihr noch Großes schaffen!
Die Geister der Toten werden euch einst beneiden.

Nehmt auf in euer reines Herz
Die neue Welt,
Die freie, vollkommene Welt,
Und ringt für sie das heilige, weise Ringen.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Außenpolitik / Walther Maas

Europakonferenz

Die Europakommission des Völkerbunds trat am 16. Januar zur ersten Sachberatung zusammen. Der frühere holländische Finanzminister Hendrikus Collijn berichtete über die Wirtschaftsarbeit des Völkerbunds seit 1925. Sie habe ihren Höhepunkt in der Weltwirtschaftskonferenz von 1927 gehabt, aber seitdem sei es mit der internationalen Zusammenarbeit rapide bergab gegangen. »Wir kommen nicht im geringsten vorwärts, wir gehen immer weiter zurück.« Der Zollkrieg aller gegen alle in Europa müsse sich auf die allgemeine Lage Europas ganz entsetzlich auswirken. Collijn schloß mit den Worten: »Meine Herren, Sie haben sich selbst die Aufgabe gesetzt die Völker Europas einander näherzubringen und eine engere Zusammenarbeit zwischen ihnen herzustellen. Müssen Sie da nicht in erster Linie dafür sorgen, daß die Völker sich nicht allmählich mehr von einander entfernen? Der drohende Zollkrieg wird für Ihr Ziel das ernsteste Hindernis sein. Dagegen wäre eine Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen eine unerläßliche Vorbedingung für die Ziele dieser Kommission. Aber ich wiederhole: Es ist die allerhöchste Zeit.« Stundenlang Geschäftsbordungsdebatten spielten sich ab, ob man Rußland und die Türkei einladen sollte. Besonders betätigte sich hierbei der Vertreter Italiens. Um seine Hartnäckigkeit zu unterstreichen, bediente sich Dino Grandi, obwohl er glänzend französisch spricht, immer des Italienischen. Deutschland setzte sich ebenfalls für die baldige Einladung zumindest zu den Wirtschaftsverhandlungen ein. Arthur Henderson verlangte, daß sämtliche Staaten, auch außerhalb Europas, eingeladen würden. So würde aus der Europakommission eine Weltkommission. Daß diese nicht vorankommt, ist bewiesen. Die gewünschte Teilnahme außereuropäischer Staaten würde somit die Einigung Europas erschweren. Die beschlossene Einladung an Rußland, Island und die Türkei erfolgte am 25. Januar. Der deutsche Außenminister Julius Curtius sprach über die wirtschaftlichen Beziehungen in Europa, zeigte die besonderen Schwierigkeiten Deutschlands (Agrarprobleme, Reparationszahlungen) auf und erklärte sich für weitgehende Zusammenarbeit, bestritt im Prinzip auch

nicht das System europäischer Präferenzzölle. Die Europakommission wählte 3 Komitees von je 11 Mitgliedern, alle unter dem Vorsitz Briands. Das 1. Komitee soll wahrscheinlich dafür sorgen, daß die 3. Europakonferenz im Mai besser vorbereitet wird als die 2. Das 2. Komitee soll sich mit allen Fragen befassen, die das Getreideproblem der osteuropäischen Länder betreffen, einschließlich der Zolltariffragen, aber unter Ausschluß des Agrarkredits, für den ein 3. Komitee geschaffen wurde. Alle waren sich einig, daß produktiv gearbeitet werden müsse. Da aber in einer überreizten politischen Atmosphäre nicht gearbeitet werden kann, suchte man zur Entgiftung und zur Beruhigung der Öffentlichen Meinung beizutragen, indem in der Schlußsitzung am 21. Januar einstimmig auf Antrag Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens folgendes Friedensmanifest angenommen wurde: »Wir haben in diesen letzten Tagen unter einander die Probleme geprüft und erörtert, die sich unseren Regierungen stellen, und haben als eines der Hindernisse zum wirtschaftlichen Wiederaufbau deutlich den Mangel an Vertrauen in die Zukunft erkannt, der auf die Besorgnis hinsichtlich der politischen Lage zurückzuführen ist. Diese Besorgnis ist noch durch gewisse Gerüchte gesteigert worden, die von unverantwortlichen Kreisen über die Möglichkeit eines internationalen Krieges verbreitet werden. Wir erkennen an, daß zurzeit in Europa politische Schwierigkeiten bestehen, und daß sie noch vermehrt werden durch den Mangel an Stabilität und das wirtschaftliche Unbehagen, die sich aus der allgemeinen Krise ergeben. Wir können zur Verbesserung der Lage nichts Besseres tun als den Zweifel über die Solidität des Friedens in Europa nicht weiter bestehen zu lassen. In unserer Eigenschaft als Minister der Auswärtigen Angelegenheiten oder als verantwortliche Vertreter der europäischen Staaten legen wir Wert darauf zu erklären, daß wir mehr als jemals fest entschlossen sind uns der Organe des Völkerbunds zu bedienen, um jeden Appell an die Gewalt künftig auszuschließen.«

Völkerbund Am 19. Januar wurde die Ratstagung unter dem Vorsitz Arthur Hendersons, der auf Deutschlands Wunsch mit Julius Curtius getauscht hatte, eröffnet. Von den 35 Punkten der Tagesordnung wurden

dank einer neuen, bessern Geschäftsordnung 14 in den ersten 2 Stunden erledigt. Es handelte sich um die russischen, armenischen, türkischen Flüchtlinge, internationale Hygienefragen, Bekämpfung des Rauschgift-handels (siehe die Rundschau Hygiene, in diesem Band Seite 189), Kodifizierung gewisser internationaler Rechtsprobleme, die 4. Internationale Verkehrskonferenz, Personalfragen, Kalenderreform. In der Memel- und der Tanganyikafrage wurde zwar verhandelt, aber die Sachen selbst wurden nicht vorwärtsgebracht, Lange wurde über die Abrüstungsfrage debattiert. Curtius erklärte, Deutschland lehne den Konventionsentwurf als ungenügend und einseitig ab, Briand erwiderte, er sei immerhin ein Fortschritt. Nach Verhandlungen hinter den Kulissen wurde als Datum des Beginns der Abrüstungskonferenz der 2. Februar 1932 festgesetzt, als Ort Genf, während der Präsident noch nicht bestimmt wurde. Besondere Aufmerksamkeit erweckte aber die deutsch-polnische Kontroverse. Beide Außenminister, Julius Curtius und August Zaleski, arbeiteten geschickt, Curtius kam es nicht darauf an Polens "Niederlage" zu erreichen sondern der Minderheit zu helfen. Das ist gelungen. Zaleski bestritt erst gar nicht, daß die §§ 75 und 83 der Oberschlesienkonvention verletzt worden seien. Es handelte sich also nur um die Form der Beilegung des Konflikts. Die Tonart des deutschen Außenministers in Genf wich beträchtlich von der seiner Herbst- und Winterreden ab. Und das war gut so. Sonst wäre es Zaleski gelungen den Ball zurückzuwerfen und Deutschland in die Rolle des Friedensstörers hineinzumanövrieren, welche in Genf besonders unangenehme Stellung jetzt Polen zufiel; daher der entschiedene Ton der Empfehlung des Rats. Europa ist keineswegs Deutschland mehr gewogen als Polen, aber es zieht die Politik Brüning der Politik Pilsudski vor; über den Beratungen lag der Schatten von Brest Litowsk. Polen soll nun bis Mai beweisen, daß es eine Änderung des Systems Grazyński vorgenommen hat. Daß Zaleski im polnischen Parlament die in Genf übernommenen Verpflichtungen bagatellierte, entspricht der (auch in Deutschland nicht unbekannt) Methode innen- und außenpolitisch verschiedene Terminologien zu verwenden. An Stelle der ausscheidenden Staaten Canada, Cuba und Finnland wurden für 3 Jahre Guatemala mit 43, Norwegen mit 38 und Irland mit 36 Stimmen in den Rat gewählt, während diesmal Portugal mit 30 Stimmen ausfiel.

Neutralität Im Zusammenhang mit der Abrüstungsdebatte gewinnt auch das Neutralitätsprinzip im Sinn der schweizerischen oder der frühern belgischen Neutralität an Aktualität. Hermann Gottschalk schlägt in einer Schrift Deutschland neutral, der Weg zur Freiheit /Dachau, Kanalverlag/ die freiwillige Neutralitätserklärung Deutschlands vor. In Versailles sei Deutschland zwangsweise neutralisiert worden, dieser Schlinge könne es nur entgehen, wenn es sich jetzt freiwillig für neutral erkläre. Die »Freiheit« des Untertitels bedeutet eine innere Befreiung vom Geist der Machtpolitik. Hierfür tritt der Verfasser vom religiös-pazifistischen Standpunkt ein. Mehr in die Tagespolitik führt uns die dänische Antwort auf die Briandsche Initiative. Die dänische Regierung schrieb, daß sie dem Gedanken einer engeren Zusammenarbeit und einer auch politischen Organisation der europäischen Staaten sympathisch gegenüberstehe. Prinzipielle Bedenken aber äußert sie gegenüber dem Vorschlag die einzelnen Staaten Europas auch zu militärischen Garanten eines Vertragssystems zu machen, das militärische Sanktionen vorsieht. Dänemark habe als erstes Land Europas durch die letzten Wahlen den Willen kundgetan sein Heer und seine Flotte so weit abzurüsten, daß sie lediglich noch als Instrument der Landesverteidigung, als "Neutralitätswaffe", in Aktion treten könnten. Verpflichtungen, die eine militärische Hilfeleistung außerhalb des Landes mit sich zögen, könne Dänemark daher auf keinen Fall eingehen. Die Schweizerischen Monatshefte für Politik und Kultur führten im Juni 1930 aus, die Neutralität der Schweiz, die durch ihren Beitritt zum Völkerbund zu einer Neutralisation geworden wäre, verhindere den Anschluß der Schweiz an das Briandsche Europa. Die Briandsche Lösung bedeute Verewigung der Unnatur des Nachkriegseuropas. Die Schweiz könne höchstens mitarbeiten, um den Artikel 19 der Völkerbundsakte zur Durchführung zu bringen. Die Argumentation der Zeitschrift versteht man besser, wenn man ihre im allgemeinen anti-französische Haltung kennt, die sie zwar nicht offiziell bekundet, die sich aber deutlich in ihrer Begünstigung der (Frankreich und Deutschland einander entfremdenden) sogenannten autonomistischen Bewegung im Elsaß zeigt. Eine Schrift des gegenwärtigen Reichsjustizministers Johannes Victor Bredt behandelt die belgische Neutralität und den

Schlieffenschen Feldzugsplan /Berlin, Georg Stilke/. Der Schlieffensche Plan sah einen Durchmarsch durch ganz Belgien vor, während man angenommen hatte, die deutsche Armee würde nur durch Südbelgien (Maaslinie) marschieren. In diesem Fall hätte es mit der Neutralität Belgiens so gelegen, wie es der französische General Brialmont darlegt: Die Macht, die am frühesten einrückt, ist der Brecher der Neutralität, die einige Stunden später einmarschierende Macht aber deren Schützer und der Verbündete Belgiens. Bei dem Durchmarsch durch ganz Belgien und bei dem »Angriff auf Lüttich wurde Deutschland genötigt das Odium des Neutralitätsbruchs auf sich zu nehmen«. Man kann nach den eingehenden juristischen Darlegungen des Verfassers, der Professor der Rechte an der Universität Marburg ist, weder von einer Notwehr noch von einem Notstand sprechen, der Deutschland zuzubilligen war. Bredt beruft sich auch nur auf den Begriff der Zwangslage, in der Deutschland war, und er schließt sein an vielen interessanten Einzelheiten und Streiflichtern reiches Buch mit den Worten: »Die Frage ist nur, ob es überhaupt so weit kommen mußte, daß Deutschland seine einzige Rettung in einem militärischen Feldzugsplan [dem des Grafen Schlieffen, nach dem man durch Belgien marschieren mußte, um die französischen Festungen zu vermeiden] sah. Was Deutschland nottat, war gar kein militärisches Cannae-Tannenbergs, das den Feind zur Ergebung zwang, sondern ein diplomatisches Brzeziny, das unser Volk aus der politischen Umklammerung befreite.«

Rüstungen

An die Spitze sei der *Annuaire Militaire des Völkerbunds* für 1930 gestellt. Diese 6. Ausgabe beschreibt auf 979 Seiten die Rüstungen aller Staaten der Erde zu Land, zur See und in der Luft. Bei jedem Staat werden die Größe, Einwohnerzahl, Länge der Land- und Seegrenzen, Länge der Eisenbahnen, Organisation, Zusammensetzung von Armee und Marine, Rekrutierungssystem, Effektivbestände, Kriegsmaterial, Budgetziffern gegeben. Viele dieser Angaben sind außerdem durch Diagramme versinnbildlicht. Während man Brasilien 20 Seiten widmet, braucht man für England 65 und für das British Empire weitere 150. Frankreich beansprucht 67 Seiten, Rußland 27 usw. Der 2. Teil des Buchs stellt auf 75 Seiten eine Wirtschaftsstatistik dar, nämlich aller zum Krieg dienlichen Ma-

terialien: Kohle, Braunkohle, Petroleum, Eisen, Kupfer, Blei, Zink, Zinn, Aluminium, Nickel, Phosphate, Nitrate, Sulfate, Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Mais, Reis, Kartoffeln, Rinder, Schafe, Pferde, Schweine, Ziegen, Baumwolle, Flachs, Wolle, Kautschuk. Und das ist nach Produktion, aber auch nach Handel, Import und Export für die wichtigsten Länder angegeben. Ein Anhang stellt alle Bestimmungen über limitation des armements zusammen, also Verträge und Abkommen über entmilitarisierte Zonen, Reduktionen stehender Truppen und Flotten. So ist hier der Text des Washingtoner Seeabrüstungspakts von 1922 veröffentlicht, während wir im Supplement den Text des Londoner Flottenpakts vom 22. April 1930 finden. Ein Anhang stellt das Wichtigste noch einmal graphisch dar, gibt Tabellen und eine sehr ausführliche Bibliographie.

Über England legt Elsa Fiedler eine wertvolle Studie vor: Die englischen Rüstungsausgaben seit dem Weltkriege (in den Beiträgen zur Finanzkunde, herausgegeben von Bruno Moll und Felix Boesler /Leipzig, Akademische Verlagsgesellschaft/). Schon vor dem Krieg erschienen keineswegs alle die Wehrmacht betreffenden Ausgaben in den Heeresetats. Es geschah dies meist aus innenpolitischen Gründen. Heute erfordert der offizielle "Pazifismus" aller Regierenden eine weitere Verschleierung. So ist es gar nicht so einfach die Rüstungsausgaben Großbritanniens zusammenzustellen. Die Verfasserin hat mit unendlicher Geduld eine große Zahl von Einzelangaben verschiedener englischer Parlamentsdrucksachen ausgewertet und uns so ein Bild über die Größe der Rüstungsausgaben Englands von 1920 bis 1928 gegeben. 1920 bis 1923 fallen sie: Liquidation des Kriegs; seitdem bleiben sie ungefähr gleich: die Ausgaben für das Heer sinken, die für die Flotte steigen etwas, die für die Luftflotte stark an. Durch Vergleiche mit anderen Posten des englischen Budgets wird das Bild noch plastischer herausgearbeitet. Der Vergleich mit den Rüstungszahlen der Vereinigten Staaten und Frankreichs zeigt aufs neue die Schwierigkeit solcher Unternehmungen, wie sie ja auch das Statistische Reichsamt in seiner großen Arbeit Die Staatsausgaben von Großbritannien, Frankreich, Belgien und Italien betont. Die im Anhang gegebenen Zahlen über die Heereskosten in Indien sind jetzt von besonderer Aktualität. Dagegen sind für die Jahre 1929 und 1930 beachtlicher die Zahlen, die die Genfer Zeitschrift Pax am 24. Juli 1930 veröf-

fentlichte. Die konservative englische Regierung wollte 1929 bauen: 3 Kreuzer, 3 Zerstörer, 5 Unterseeboote, die Labourregierung aber baute 2 Kreuzer, 10 Zerstörer, 5 Unterseeboote, und das Programm für 1930 war: 3 Kreuzer, 9 Zerstörer, 3 Unterseeboote.

Vorkriegs-politik

Es vermehrt sich die Bülowliteratur. Als Wichtigstes sind wohl die Denkwürdigkeiten des Fürsten Bernhard von Bülow zu bezeichnen, die im Berliner Verlag Ullstein in 4 Bänden erscheinen. Auf dieses Werk ist sehr gewartet worden, und die Vorveröffentlichung in der Vossischen Zeitung erweckte schon großes Interesse, Interesse am Menschen, am Schriftsteller, am Staatsmann. Wer auf den letzten Punkt den größten Akzent legt, wird enttäuscht werden. Viele Fragen der auswärtigen Politik sind ja schon durch die große Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes aufgeklärt worden. Anderes stand in Bülows Deutscher Politik von 1916. Was aber da nicht gesagt wurde, ist auch hier meist nicht ausgesprochen. Enthüllungen enthält das Buch somit wenig, und auch da ist die Frage, wieweit Bülow hier die Wahrheit schreibt. Aber es ist ein Genuß es zu lesen, vielleicht gerade, weil es dauernd vom Thema abweicht.

Auch die Zeiteinteilung wird keineswegs eingehalten. Viele Betrachtungen über den Weltkrieg enthält auch schon der 1. Band, der die Zeit von Bülows Staatssekretariat 1897 bis zur Marokkokrise umfaßt. Angriffe auf Bethmann Hollweg finden sich in jedem Kapitel. Bülow war der Meinung, wäre er 1914 Kanzler gewesen, hätte man den Krieg vermieden, aber vom Tag seines Rücktritts an hätte man alles falsch gemacht; das ist die Meinung aller Pensionierten, seien sie nun hohe Staatsbeamte oder Weichensteller. Wie war denn die Situation? Der "neue Kurs" bestand in der deutschen "Weltpolitik". Diese aber hatte 2 Seiten, die im Schlagwort Bagdadbahn zusammengefaßt und die Flottenbaupolitik. Jene brachte uns in Gegensatz zu Rußland, diese in den zu England. Für die Leitung des Deutschen Reichs erwuchs die Aufgabe zu verhindern, daß England und Rußland sich gegen Deutschland vereinigten. Bülow hat diese Möglichkeit lange Zeit für ein Hirngespinnst gehalten. Daher seine Winkelzüge. Holstein hatte die Theorie von den 2 Eisen im Feuer. Die Politik, die man trieb; indem man beide verärgerte, indem man

die Möglichkeiten mit Frankreich zu Abmachungen zu kommen durch Säbelrasseln, Algeciras, Panthersprung und dergleichen vernichtete, hatte unter Bülow die gefährliche Saat aufkommen lassen, die in der Bosnischen Krise sich zeigte und schließlich Bethmann Hollweg, als er die Erbschaft übernahm, straucheln ließ. Sicher war unsere Diplomatie 1914 unfähig, aber schon vorher war unsere Lage so gefährlich, daß nur ein Bülow das deutsche Volk durch seine geistreich überlegene Sprache, mittels flink hingeworfener Redebilder rosige Hoffnungen erweckend und düstere Bedenken schwinden lassend, einlullen konnte. Dies tritt auch in seinen Memoiren zutage. Aber noch etwas anderes ist zu bemerken. Bülow baute die Flotte auf Wunsch seines kaiserlichen Herrn. Mit diesem Auftrag war er zur Macht gekommen. Er bildete sich ein, es gälte durch eine gewisse Zeitspanne friedlich hindurchzukommen, dann sei die Flotte so groß, daß England uns nicht mehr angreifen könne. Dieser Zustand sollte etwa 1905 erreicht sein. Aber es fehlte die Haupteigentnis: daß eine solche Politik nur bei einer Annäherung an Frankreich mit dem Ziel der Konzentration des Kontinents überhaupt möglich sei. Statt dessen war da der Kaiser, der Reden haltende Kaiser. Liest man Bülows Buch, so stellt sich die Tätigkeit des deutschen Kanzlers in der Weise dar, daß er die Welt über die letzte Rede des Kaisers beruhigen mußte und sie schon wieder auf die nächste noch schlimmere schonend vorbereitete. Daß er dabei überzeugter Monarchist geblieben sein will, ist für uns Spätere unverständlich. Die Kritik an dem Kaiser, die seine Memoiren durchzieht, nimmt sich im Mund Bülows, eines der größten Lobredner in guten Tagen, unschön genug aus. Was der Kaiser verdarb, was Bülow ihm hingehen ließ, das Volk mußte es dann ausbaden, und das Volk merkte gar nichts. Der Mensch Bülow erscheint im 1. Band als weltgewandter Kavalier mit einer für deutsche Staatsmänner ungewöhnlichen Allgemeinbildung und von so großem persönlichen Charme, daß er auch Gegner für sich einzunehmen wußte. Der 2. Band, der bis zu Bülows Abschied geht, enthält mehr politische Dokumente als der 1. Hier finden wir das faksimilierte Original des Vertrags von Björkö, jenes Vertrags, durch den der Kaiser den Zaren bei der Stange halten wollte; hier ist vor allem das Protokoll jener Kabinettsitzung vom 3. Juni 1909, in der Bülow zum letztenmal den Versuch macht

durch Verständigung mit den Marinepolitikern über eine Verlangsamung des Flottenbaus eine Unterlage zu Verhandlungen mit England zu schaffen. Natürlich vergeblich. So schließt sich der Kreis. Wie harmlos erscheint alles in Bülow's Darstellung: die Nötigung Frankreichs Delcassé zu entlassen, die Bosnische Krise von 1908. Einzig und allein Nicolson hat England und Rußland zusammengeführt, nicht etwa die deutsche Politik. Je näher dem Weltkrieg, um so nervöser die Akteure. Einer der nervösesten aber ist Wilhelm II, der immer wieder Reden hält, die das Pathologische hart streifen. Die Affäre des Daily-Telegraph-Interviews wird ausführlich behandelt. Man mag zu Bülow stehen, wie man will, ergreifend ist die Darstellung seiner Entlassung durch den Monarchen, der ihm so viel verdankte. Wilhelm drückte sich über die Entlassung später so aus: »Ich habe das Luder fortgejagt.« Es gibt noch so viele laudatores temporis acti: Sie sollen die Denkwürdigkeiten lesen, und sie werden ein Grauen vor dem Bild des wilhelminischen Deutschlands bekommen, trotz der äußerst zarten Pinselführung Bülow's für die Oberen Zehntausend.

Das aus den Denkwürdigkeiten erstehende Bild wird noch durch einen Bericht 'Sigmund Münz' (von der Wiener Neuen Freien Presse) ergänzt: Fürst Bülow, der Staatsmann und Mensch /Berlin, Verlag für Kulturpolitik/. Der Verfasser kam häufig mit Bülow zusammen, verlebte mehrere Wochen mit ihm auf dem Semmering 1897, in Norderney 1904, in Baden-Baden 1905. Er hat gut beobachtet und schildert manchen intimen Zug. Viele Urteile über Bülow aus mancherlei Mund erfahren wir; so auch von Graf Monts, der in Bülow's Erinnerungen als ein falscher Freund auftritt.

Eins der wichtigsten Probleme der Bülow'schen Zeit war das Verhältnis zu England. Willy Becker legt darüber ein gutes, wenn auch etwas einseitiges Buch vor: Fürst Bülow und England 1897 bis 1909 /Greifswald, L. Bamberg/. Es ist vor Bülow's Denkwürdigkeiten erschienen. 3 Abschnitte kann man unterscheiden. 1897 bis 1901: Deutschland fängt mit der "Weltpolitik" an, hat anfangs große Erfolge. 1901 bis 1905: Der Anlauf stockt, die feindlichen Hindernisse werden stärker. 1905 bis 1909: Es entsteht eine Verbindung der Gegner, das Reich ist isoliert, seine Weltgeltung sinkt. 1897 ist Deutschlands Lage günstig, aber nur wegen der Zwangslage Englands (Buren-

krieg, Faschoda und anderes). Daher erwirbt Deutschland Kiautschou, findet Verständnis für die Bagdadbahn, erhält Samoa, schließt mit England den Vertrag über die portugiesischen Kolonien. 1901 ging England zur Gegenseite über. Bülow's Optimismus war Leichtsinn, als er auch jetzt noch Bagdadbahn, Flotte und Kolonialpolitik gleichzeitig betrieb. Er suchte Rußland nach dem Osten abzulenken. Hier zeigte sich seine Überschätzung Rußlands. Im Russisch-Japanischen Krieg, auf den der Kaiser den Zaren immer wieder hingewiesen hatte, siegte nicht Rußland, sondern Japan. Und so kam Rußland nach Europa zurück, verband sich mit England. 1908 war bereits die Isolierung Deutschlands fertig. Bülow wies die letzten englischen Bündnisversuche zurück. Daß es bei der Bosnischen Krise nicht zum Krieg kam, lag nicht an Bülow's diplomatischem Geschick sondern an der Unfertigkeit Rußlands. Schon damals aber gab man Österreich eine Blankovollmacht, 1914 wiederholte sich dies, wir kennen den Erfolg. Viel von diesen Ausführungen findet eine Stütze in dem Buch Harold Nicolson's Biographie seines Vaters (Die Verschönerung der Diplomaten /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/). Sir Arthur Nicolson gilt in Deutschland als der Vertreter der Einkreisungspolitik. Dieses Buch, das sein Sohn über ihn herausgibt, darf daher auf erhebliches Interesse hoffen. Nun hat gewiß Nicolson die englisch-russische Entente zustande gebracht, während seiner Botschafterzeit in Petersburg 1906 bis 1910. Aber es war das Doppelspiel der deutschen Politik, das Rußland an die Seite Englands, seines natürlichen Gegners in Asien, brachte. Sehr lebenskräftig war diese Entente nie, nur deutsche Unklugheit hauchte ihr immer wieder neuen Odem ein. Das Buch enthält noch andere wertvolle Berichte, so über die Algeciras-Konferenz, auf der Nicolson eine Hauptrolle spielte, über die englisch-russischen Spannungen in Persien, wo er 1885 bis 1888 war. 1910 wurde er Staatssekretär des Foreign Office. Als solcher erlebte er die Agadirkrise, die Balkankrise, den Ausbruch des Weltkriegs. Über die 12 kritischen Tage stehen in dem Buch diese Sätze: »Die größte Verantwortung fällt auf Serbien, Rußland und Österreich. Aber auch England und Deutschland ließen es an Voraussicht und Entschlossenheit mangeln. Hingegen kann während dieser 12 Tage Frankreich fast kein Vorwurf gemacht werden.«

Aufmerksam gemacht sei noch auf die Memoiren des frühern amerikanischen Botschafters in Paris: Souvenirs de Myron T. Herrick, recueillis par le colonel T. Bentley Mott, son attaché militaire /Paris, Plon/. Wir erfahren allerlei Interessantes über das Wirtschaftsleben Clevelands in den achtziger und neunziger Jahren, wo Herrick Rechtsanwalt, Bankier, Gouverneur von Ohio war, über die Innenpolitik der Vereinigten Staaten. 1912 wurde er Botschafter in Paris, 1914 hatte er wegen des Wahlsiegs Wilsons schon seinen Abschied eingereicht, blieb aber wegen des Ausbruchs des Krieges noch in Paris. Poincaré, der dem Buch ein Vorwort schrieb, betont, welchen moralischen Wert Herricks Dableiben für Frankreich hatte. Im November 1914 ging er in die Staaten zurück. Seine Hilfstätigkeit für Verwundete und Flüchtlinge in Frankreich wird genau geschildert, jedoch nicht seine Arbeit für den Eintritt Amerikas in den Krieg. 1921 schickte ihn Harding wieder nach Paris, wo er bis zu seinem Tod 1929 blieb. Als die Beziehungen zwischen Paris und Washington wegen der Schuldenfrage gespannter wurden, erschien auf einmal, »vom Himmel gesandt, aus dem Himmel gefallen«, der Ozeanflieger Charles Lindbergh in Paris, und Herrick verstand es dies diplomatisch auszunutzen. Interessant ist die Darstellung Poincarés und Briands im 34. Kapitel.

Totenliste Am 23. Juni 1930 starb in Giverny der frühere italienische Minister *Eugenio Chiesa*, der seit 1926 als erbitterter Gegner des Fascismus ins Exil nach Frankreich gehen mußte. Er hatte im Weltkrieg als einfacher Soldat im französischen Heer mitgekämpft, wurde dann aber als Minister für den Luftdienst nach Italien zurückberufen.

Am 18. Oktober starb *Anton Graf Monts*, 78 Jahre alt. Lange war er preußischer Gesandter in München, 1902 bis 1909 Botschafter in Rom. Dort machte er sich im Gegensatz zu Bülow keinerlei Illusionen über die Haltung Italiens zum Dreibund. Bülow greift ihn in seinen Denkwürdigkeiten stark an.

Am 18. Dezember starb in Sankt Blasien, wo er vergeblich Heilung von einem Lungenleiden suchte, der deutsche Gesandte in Warschau *Ulrich Rauscher*, erst 46 Jahre alt. Ihm gelang der Abschluß des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens wie des deutsch-polnischen Handelsvertrags, die beide wenigstens eine

Grundlage für weitere Verständigungen zwischen beiden Ländern legen. Rauscher hatte die Rechte studiert, widmete sich aber bald literarischer und journalistischer Tätigkeit, schrieb einen Roman, Übersetzungen aus der französischen Literatur. Durch den Krieg wurde er Pazifist. Nachdem er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei geworden war, veranlaßte ihn Ebert 1920 sich der diplomatischen Karriere zuzuwenden. Er ging zunächst als Gesandter nach Georgien, bis zu dessen Eroberung durch die russischen Bolschewisten. Seit 1922 war er dann als Gesandter in Warschau tätig; hier erwarb er sich durch seine persönliche Liebenswürdigkeit auch die Sympathieen der Polen.

Kurze Chronik In den *Internationalen Gerichtshof* wurde an Stelle des zurücktretenden amerikanischen Richters Hughes mit 30 von 47 abgegebenen Stimmen der frühere amerikanische Staatssekretär Frank Billings Kellogg gewählt. ◊ Am 24. November 1930 wurden zwischen *Litauen und Lettland* ein Handelsvertrag, ein Schiedsvertrag sowie 3 Abkommen über Erleichterungen des Grenzverkehrs abgeschlossen. ◊ In einer Neujahr gemeinsam unterzeichneten Erklärung verurteilten die Polnische und die Deutsche Sektion der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit aufs schärfste jede Politik, die die friedlichen Beziehungen zwischen *Deutschland und Polen* bedroht und die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Länder verhindert. Sie fordern strengste Maßnahmen gegen Hetzpropaganda und Anstiftung sowie Duldung von Gewalttätigkeiten. ◊ Bei dem Vormarsch Italiens in der Richtung des Tschadsees haben die italienischen Truppen am 24. Januar 1931 die *Oase Kufra*, den letzten Stützpunkt der aufständischen Senussis der Zyrenaika, erreicht. Wirtschaftliche Bedeutung hat dies wohl kaum, da die Oase zwar eine wichtige Karawanenstation darstellt, aber in der Wüste nicht viel zu holen ist. Strategisch ist ihr Wert größer, und man kann sie vor allem als Kompensationsobjekt in der Diskussion mit Frankreich benutzen. ◊ Zum russischen Botschafter in Berlin wurde *Leo Chintschuk* ernannt. Er war früher Präsident der Genossenschaften, dann der Handelskammern in Moskau, Handelsvertreter in London und schließlich Vizevolkskommissar für den Handel. Er ist 62 Jahre alt, gilt als 100prozentiger

Stalinist. ◊ Zum deutschen Gesandten in Warschau wurde *Otto von Moltke* ernannt. Er ist 47 Jahre alt. 1922 bis 1924 war er Mitglied der gemischten deutsch-polnischen Kommission für Oberschlesien, 1924 bis 1928 Botschaftsrat in Angora, seitdem in der Ostabteilung des Auswärtigen Amts. Hoffen wir, daß er ein guter Nachfolger Ulrich Rauschers, der zur Unzeit starb, werden wird. ◊ Der bisherige Staatssekretär im polnischen Außenministerium *Alfred Wysocki* wurde polnischer Gesandter in Berlin. Er war früher in der Wiener Verwaltung Hofrat, später polnischer Gesandter in Stockholm. ◊ Als Nachfolger Harukasu Nagaokas wurde der frühere Botschafter in der Türkei *Torikizhi Obata* japanischer Botschafter in Berlin.

Literatur Der 2. Band der Memoiren des englischen Botschafters in Berlin von 1920 bis 1926 *Edgar Vincent Viscount d'Abernon* (Ein Botschafter der Zeitwende /Leipzig, Paul List/; über den 1. Band siehe diese Rundschau, 1929 I Seite 233) führt deutsch den Untertitel Ruhrbesetzung, der 3. heißt Locarno. Den Hauptinhalt stellen Tagebucheintragen dar, die durch ihre Ursprünglichkeit einen besondern Reiz haben. Fein geschliffene Charakterdarstellungen führender europäischer Staatsmänner sind den einzelnen Bänden vorgesetzt. Wir finden hier Poincaré, Asquith, Churchill, Wirth, Maltzan, Seeckt, Stinnes, Stresemann, Chamberlain, Schubert, MacDonald. Der Verfasser hatte einen weiten Horizont. Seine politischen und historischen Interessen sind bei einem Diplomaten nicht verwunderlich. Mehr fallen schon seine außerordentlichen wirtschaftlichen Kenntnisse auf, war er doch unter den wenigen, die das Wesen der deutschen Inflation schon sehr früh erkannten. Für Sport, Pferderennen, Theater, Alkoholfrage war er gleichfalls stark interessiert. Seine Darstellungsgabe ist bemerkenswert. Doch hier interessiert uns vor allem seine politische Stellungnahme. Der Verlag nennt ihn einen »Freund und großen Erzieher Deutschlands«. Tatsächlich war er lange Zeit Inhaber der ausschlaggebenden Macht. Er übte besonders auf Stresemann einen starken Einfluß aus. Der Temps brachte schon im Mai 1923 einen Artikel unter dem Titel Die Stimme seines Herrn, »womit gemeint ist, daß Englands Stimme Deutschland beherrsche. Diese Auffassung ist vollkommen falsch.« Aber an vielen Stellen zeigt sich doch

ihre Wahrheit. Curzon ersucht d'Abernon häufig gewisse Noten die deutsche Regierung ganz allein abfassen zu lassen. Also muß er doch bei anderen geholfen haben. Am Ende des Weltkriegs wandte sich England gegen Frankreich, in Europa wie im Nahen Osten. Deutsche Politiker bildeten sich ein, England sei also nun prodeutsch. England ist vor allem proenglisch. Bezeichnend ist eine Eintragung d'Abernons vom 30. September 1926. »Schubert ist von dem Thoirygespräch ebenso wenig begeistert wie ich. Er hält eine enge Verbindung der 3 westlichen Mächte für den wesentlichen Geist von Locarno. Jede Abkehr von diesem Prinzip wie die letzte Fugue à deux in die Berge ist ein Abweichen von der grundlegenden Auffassung.« England soll Schiedsrichter zwischen Deutschland und Frankreich sein, keineswegs aber sollen sich die beiden kontinentalen Mächte zu sehr nähern. Wichtig sind auch die Mitteilungen über die Verhandlungen über den deutsch-englischen Handelsvertrag. Dieser Vertrag, an dessen Zustandekommen Lord d'Abernon großen Anteil hat, ist im Wortlaut abgedruckt, wie auch alle Abkommen von Locarno.

Gewerkschaftsbewegung / Adam Hüfner

Internationale Die Anzahl der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen organisierten Arbeiter ist nach einem Interview des Generalsekretärs Johannes Sassenbach im letzten Jahr von 12 auf 13½ Millionen gestiegen. 2 neue Landesorganisationen haben sich dem Bund angeschlossen: Finnland und Ägypten. Unter dem Vorsitz Walter Citrines trat am 21. Januar in Zürich die Gemeinsame Kommission des Internationalen Gewerkschaftsbunds und der Sozialistischen Internationale zu einer 2tägigen Beratung zusammen. Es wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, daß sich die Arbeiterorganisationen in allen Ländern dem Lohndruck widersetzen, um das wirtschaftliche Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsum zu vermindern. Außerdem hielt es die Kommission für zeitgemäß den Kampf um die Fünftagewoche auf internationaler Basis aufzunehmen. Auch Fragen der Sozialpolitik wurden behandelt, und vor allem wird zur Verteidigung der überall von den Arbeitgebern angegriffenen Arbeiterversicherung aufgerufen. Auch erörterte man noch folgende Fragen: Kontrolle der Kartelle und Monopole, Schutzzollbewegung, Kreditpolitik und Reparationsfrage.

Bolschewistische Propaganda Auf dem 5. Kongreß der sogenannten Roten Gewerkschaftsinternationale, der vom 15. bis zum 30. August 1930 in Moskau tagte, wurde die Politik der konsequenten Spaltung der Gewerkschaftsbewegung zur Parole erhoben. In der Resolution, die seinerzeit gefaßt wurde, hieß es: »In allen Ländern wie Deutschland, wo eine organisatorisch gefestigte Revolutionäre Gewerkschaftsopposition besteht, sollen die Unorganisierten zum Eintritt in die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufgefordert und in ihre Reihen eingegliedert werden. Der Kongreß bestätigt die Beschlüsse der Revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands und Polens auf Streichung der Parole "Hinein in die reformistischen Gewerkschaften!", wobei der schärfste Kampf gegen alle Tendenzen auf die Einstellung der Arbeit und den freiwilligen Austritt der Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale aus den reformistischen Gewerkschaften zu führen ist. Die Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale in diesen Ländern müssen in Anbetracht der immer wieder betriebenen frechen Spaltungspraxis der reformistischen Führer und in Anbetracht des wachsenden Gegensatzes zwischen ihnen und den breiten Arbeitermassen jetzt schon konsequent, bewußt und unermüdetlich auf die Organisation und Entwicklung einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung, zwecks besserer und erfolgreicherer Vorbereitung und Führung der Klassenkämpfe des Proletariats, hinarbeiten. Diesem Kurs auf die Schaffung von oben bis unten selbständiger Organe der revolutionären Gewerkschaftsbewegung ist die ganze Arbeit zur organisatorischen Zusammenfassung der Organisierten und Unorganisierten, insbesondere in Zeiten von Streikkämpfen, zur Aktivierung und Entwicklung der Gewerkschaftsopposition und der revolutionären Betriebsräte wie auch die ganze Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften unterzuordnen, wobei es gilt zu diesem Zweck von allen organisatorischen Möglichkeiten in den Unterorganisationen der reformistischen Gewerkschaften Gebrauch zu machen.«

Dieser Beschluß bedeutete einen klaren Frontwechsel der bolschewistischen Gewerkschaftspolitik und hatte seine besondere Bedeutung für Deutschland, wo diese Umstellung in den letzten Monaten in der Gründung sogenannter revolutionärer Verbände sichtbar zum Aus-

druck kam. Solche Verbände wurden anläßlich des Berliner Metallarbeiterkampfs und des Ruhrkampfs gegründet. Über ihre zahlenmäßige Stärke sind keine zuverlässigen Angaben möglich. Fest steht jedoch, daß durch diese Neugründungen die Machtposition der Freien Gewerkschaften in keiner Weise erschüttert worden ist. Diese sind und bleiben die wirtschaftliche Vertretung der deutschen Arbeiterklasse. Immerhin drohen hier gewisse Gefahren, zumal auch gleichzeitig von den Nationalsozialisten ein Vorstoß gegen die freigewerkschaftlichen Organisationen eingeleitet wird.

Nationalsozialistische Propaganda Während bislang über die Methode und das Programm der nationalsozialistischen Gewerkschaftspolitik noch allgemeine Unklarheit herrschte, scheinen jetzt die Parolen prägnante Formen anzunehmen. In einem streng vertraulichen Rundschreiben, das von verschiedenen Kreisleitungen an die Funktionäre herausgegeben worden ist, werden ganz bestimmte Richtlinien festgelegt. Der nationalsozialistische Betriebsfunktionär hat danach die Aufgabe »den Marxismus in seinen stärksten Bollwerken, den Betrieben, zu schlagen und die Betriebe zu Hochburgen des Nationalsozialismus auszubauen«. Die politischen Mittel hierzu sind Propaganda und Organisation. Grundsätzlich soll die Betriebspropaganda keine Massenarbeit sein, sondern wohlgedachte, kluge Kleinarbeit, »Schritt für Schritt, Mann für Mann. Für die Kleinarbeit seien im wesentlichen Zeitungen zu verwenden, außerdem kleine Propagandaschriften, Bücherverleih, Umlaufmappen, Kartenverkauf für nationalsozialistische Versammlungen usw. »Jeden Monat von jedem Parteigenossen des Betriebes mindestens ein neues Mitglied und ein neuer Zeitungsbezieher!« Für Großbetriebe wird jedoch auch Massenpropaganda in Aussicht genommen. Als Mittel dieser Massenpropaganda sollen Flugblätter, Betriebszeitungen und Versammlungen dienen. »Grundsatz für die Massenpropaganda: Jeder Betriebsangehörige muß durch die Arbeit der Betriebsfunktionäre mindestens einmal im Monat etwas von dem Nationalsozialismus sehen beziehungsweise hören.« Im übrigen lautet die Parole: »Jeder Arbeiter und Angestellte kann und soll in seiner Gewerkschaft bleiben (auch der freigewerkschaftlichen). Er bleibt wirtschaftlich in den Gewerkschaften organisiert, politisch

muß er den Weg zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei finden... Das Verbleiben in den bestehenden Gewerkschaften bietet trotz der offenkundigen Mängel, mit denen sie behaftet sind, dem einzelnen Arbeiter auch wirtschaftliche Vorteile, die nicht von der Hand zu weisen sind.«

Aus diesem Rundschreiben geht hervor, daß die Nationalsozialisten in der nächsten Zeit bestrebt sind die gewerkschaftliche Propaganda in streng organisierter Form zu betreiben. Interessant ist dabei, daß sie eine Gewerkschaftspolitik nach dem bolschewistischen Muster der Betriebszellenbildung anstreben. Zweifellos handelt es sich um einen Vorstoß von grundsätzlicher Bedeutung, und für die Freien Gewerkschaften entsteht die Aufgabe alle Zersetzungstendenzen, die innerhalb ihres Apparats in der nächsten Zeit von nationalsozialistischer Seite her betrieben werden, durch rücksichtslose Ausweisung der betreffenden Elemente im Keim zu ersticken. Im übrigen darf man auch in diesem Fall auf die gründliche, jahrzehntelange gewerkschaftliche Schulung der Arbeiter vertrauen. Die nationalsozialistische Werbung, in welcher Form sie immer in Erscheinung tritt, dürfte auf den eindeutigen Widerstand stoßen, den die Arbeiterklasse Deutschlands bisher allen nationalsozialistischen Anbiederungsversuchen entgegengesetzt hat.

Ruhrkampf Selbstverständlich wird die gewerkschaftliche Arbeit durch die erhöhte Aktivität der oppositionellen Gruppen erschwert, was sich gerade im gegenwärtigen Augenblick verhängnisvoll auswirkt. Die Gewerkschaften sind durch die Wirtschaftskrise in die Defensive gedrängt worden, und nur mit allergrößten Anstrengungen ist es möglich die Erwerbslosen der letzten Jahre zu verteidigen. Das allgemeine Bild ist das eines erbitterten Kampfs auf der ganzen Linie. Aus der großen Zahl von Arbeitskämpfen ragt an Umfang und Bedeutung der Lohnkampf im Ruhrbergbau besonders hervor. Ende September 1930 wurde der im Frühjahr 1929 abgeschlossene Lohntarif von den Unternehmern gekündigt, wobei sie mit dem Verlangen einer Lohnherabsetzung um 10% hervortraten. Die eingeleiteten Schlichtungsverhandlungen endeten mit einem Schiedsspruch, der vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt wurde und den bestehenden Lohntarif auf 3 Monate bis

zum 31. Dezember verlängerte. Zu diesem Termin wurde dann der Tarif von den Unternehmern von neuem gekündigt, und wiederum versuchte man durch Schlichtungsverhandlungen zu einer Einigung zu kommen. Die Unternehmer erhöhten zunächst ihre Lohnabbauforderung auf 12%, schraubten sie aber während der Verhandlungen auf 8% zurück. Auf der andern Seite ließen die Arbeitervertreter erkennen, daß sie unter Umständen einem Schiedsspruch mit etwa 3 bis 4% Lohnabbau ihre Zustimmung nicht versagen würden. Trotz dieser Bereitschaft mußten die Schlichtungsverhandlungen ohne Ergebnis abgebrochen werden. Daraufhin wurde die gesamte Belegschaft zum 15. Januar 1931 gekündigt, jedoch die Einschränkung gemacht, »daß sich jeder einzelne seinen Arbeitsplatz erhalten kann, wenn er sich bereit erklärt zu den verkürzten Löhnen weiterzuarbeiten«. Diese Maßnahme brachte eine außerordentliche Verschärfung der Situation. Die "Kommunisten" versuchten jetzt den Gewerkschaften in den Rücken zu fallen, indem sie einen wilden Streik propagierten, der jedoch nur von kurzer Dauer war und bereits nach 2 Tagen zusammenbrach. An eine Reglung des Konflikts auf dem normalen Schlichtungsweg war nicht mehr zu denken. Für die Reichsregierung bestand unter diesen Umständen eine letzte Chance das Unheil einer Aussperrung zu verhüten in der Wiedereinführung des Stichtentscheids. Dies ist mit der am 9. Januar auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung ergangenen Notverordnung geschehen. Die Regierung bestellte den Landesschlichter Max Brahn zum Sonderschlichter, der den Essener Bürgermeister Franz Bracht und den Landesarbeitsamtspräsidenten Hermann Link /Hannover/ als unparteiische Beisitzer ernannt hat. Diese 3 Unparteiischen fällten dann am 10. Januar einstimmig einen Schiedsspruch, der sämtliche Löhne seit dem 1. Januar um 6% ermäßigt. Der neue Tarif gilt bis zum 30. Juni. Außerdem wurde in dem Schiedsspruch bestimmt, daß die am 15. Januar ausgesprochenen Kündigungen als zurückgenommen gelten. Mit der am 12. Januar ausgesprochenen Verbindlichkeitserklärung dieses Schiedsspruchs wurde der Konflikt rechtlich beendet. Daß die sozialen Spannungen im Ruhrbergbau sich durch den für die Arbeiterschaft sehr ungünstigen Schiedsspruch eher verschlimmert als vermindert haben, braucht man nicht besonders hervorzuheben.

England

Das neue *Gewerkschaftsgesetz*, dessen Entwurf von der Regierung dem Parlament unterbreitet worden war, ist in 1. Lesung vom Unterhaus angenommen worden. Das Gesetz beabsichtigt eine Wiedergutmachung des Unrechts, das die Gewerkschaften im Anschluß an den mißglückten Generalstreik im Jahr 1926 durch das Antigewerkschaftsgesetz der Regierung Baldwin (siehe diese Rundschau, 1927 I Seite 381 und folgende) erfahren hatten. Die Neureglung erstreckt sich insbesondere auf folgende 4 Punkte:

1. Sympathiestreiks zur Unterstützung eines gewerkschaftlichen (nicht eines politischen) Kampfs sind nicht mehr ungesetzlich und verpflichten daher die Gewerkschaften nicht zu Schadensersatz.
2. Der Begriff der Nötigung im Zusammenhang mit Streikhandlungen wird neu gefaßt; Streikdrohungen, Streikposten stehen, friedliche Einwirkung auf Streikende usw. sind nicht mehr verboten.
3. Den Gewerkschaften ist es wieder erlaubt von allen ihren Mitgliedern, mit Ausnahme derjenigen, die schriftlich dagegen Einspruch erheben, einen Beitrag für politische Zwecke [das heißt für die Arbeiterpartei] einzuziehen. (Das konservative Gesetz hatte diese Bestimmung umgedreht: Nur von denjenigen Gewerkschaftsmitgliedern durfte der politische Beitrag eingezogen werden, die sich dazu ausdrücklich bereit erklärten. In der Praxis bedeutete das eine schwere Beeinträchtigung der Arbeiterpartei.)
4. Staatsbeamtenorganisationen dürfen wieder dem Gewerkschaftsverband angehören, und Gemeinden dürfen von ihren Angestellten verlangen, daß sie gewerkschaftlich organisiert sind.

Das Gesetz, das den Wünschen der gesamten Arbeiterbewegung entspricht, ist der Gegenstand eines lebhaften innenpolitischen Kampfs, dessen Ausgang heute noch ungewiß ist.

Inzwischen werden *Arbeitskämpfe* geführt. Zu Beginn dieses Jahres brach im Waliser Kohlenbergbau ein Streik aus. Das Abkommen, das den Konflikt beendigte, sieht vor, daß die Arbeit zu den Lohnsätzen wiederaufgenommen wird, die im November 1930 galten. Die Arbeitszeit unter Tage beträgt $7\frac{1}{2}$ Stunden an jedem Wochentag. Das Abkommen läuft nach spätestens 3 Jahren ab. Ein Großkampf wird zurzeit in der englischen Textilindustrie ausgefochten. Die Baumwollfabrikanten von Lancashire haben 220 000 Arbeiter ausgesperrt, und da bei der Stilllegung der Baumwoll-

fabriken auch die Spinnereien erliegen, werden von der Aussperrung insgesamt rund 500 000 Arbeiter betroffen. Die Verhandlungen, die einige Zeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geführt worden sind, wurden abgebrochen, so daß eine Beilegung des Konflikts nur noch von einem Eingreifen der Regierung zu erwarten ist.

Kundgebungen Am 21. Januar rief der *Allgemeine Deutsche Beamtenbund* seine Verbände zu einer Kundgebung zusammen, in deren Mittelpunkt ein Referat Alfred Braunthals über die Ursachen der Krise stand. Es wurde eine Resolution angenommen, in der unter anderm die Verkürzung der Arbeitszeit und die Beseitigung der Preisbindungen gefordert wurden. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund wendet sich gegen den gleichmäßigen Abbau der Preise und der Löhne und Gehälter und vertritt die Auffassung, daß es im Interesse der Absatzsteigerung der Wirtschaft mehr als je darauf ankomme die Kaufkraft der breiten Massen aufrechtzuerhalten und zu stärken. Er sieht einen Widerspruch zwischen dieser Aufgabe und der auf den Abbau der Löhne und Gehälter gerichteten Politik der Reichsregierung. Gleichzeitig wendet er sich gegen die gegenseitige Absperrungspolitik auf handelspolitischem Gebiet, und er fordert eine Revision der Reparationsverpflichtungen Deutschlands, wobei hervorgehoben wird, daß dieses Ziel nur auf dem Weg friedlicher Verständigung mit den anderen Staaten erreicht werden kann. Wenn der Allgemeine Deutsche Beamtenbund von der Beseitigung der Preisbindung spricht, so zielt diese mißverständliche Formulierung offenbar nur auf gewaltsame Herabsetzung überhöhter Preise, die als Auswüchse der kapitalistischen Monopolwirtschaft die Volkswirtschaft heute schwer belasten.

Auch der *Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften* nahm zu Beginn dieses Jahres zur gegenwärtigen Wirtschaftslage eingehend Stellung. Dabei wurden folgende Forderungen aufgestellt: Vermeidung jeder weitem Beunruhigung des Wirtschaftslebens, Entlastung der Wirtschaft durch Vereinfachung des behördlichen Apparats und Inangriffnahme der Reichsreform, Ausschaltung der Doppelverdiener, Neureglung der Reparationen, beschleunigte und planmäßige Weiterführung des Preisabbaus, Senkung der Zinssätze und

Bankprovisionen. Endlich verlangt der Gesamtverband »Zurückdrängung ungesunder Aufblähung des deutschen Schulwesens auf ein den Notwendigkeiten eines aufstrebenden Volkslebens entsprechendes Maß«. Der Sinn dieser letzten Forderung bleibt unverständlich.

Eigenpublikationen Das Handbuch der öffentlichen Wirtschaft, herausgegeben vom Vorstand des Gesamtverbands der Arbeitnehmer der Öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, bearbeitet von Walther Pahl und Kurt Mendelsohn, enthält die überhaupt erste bisher veröffentlichte Darstellung der gesamten öffentlichen Wirtschaft Deutschlands. Alle Zweige der Wirtschaftstätigkeit in Reich, Ländern und Gemeinden werden dargestellt, und die Probleme der wirtschaftlichen Betätigung der Öffentlichen Hand in gründlicher Weise untersucht. Besonders eingehend sind die Probleme der Wirtschaftlichkeit der Elektrizitäts-, Gas- und Verkehrswirtschaft behandelt. Das Buch ist als Standardwerk der öffentlichen Wirtschaft anzusprechen und stellt ein bedeutendes Dokument gewerkschaftlicher Forschungsarbeit dar.

Totenliste Am 3. Januar starb in Hamburg *Albert Ihle*, 61 Jahre alt. Er spielte in der Hamburger Gewerkschaftsbewegung eine führende Rolle und leitete dort als Bezirksleiter die Geschicke der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Auch gehörte er seit 1919 der Hamburger Bürgerschaft an. Am 15. Januar erlag in Berlin, noch nicht 61 Jahre alt, *Franz Kotzke* einer Herzschwäche, die ihn kurz zuvor befallen hatte. Er war von 1920 bis 1930 Mitglied des Reichstags, hat im übrigen sein Leben hindurch für seine Organisation, die der Textilarbeiter, gewirkt. Er brachte es freilich, wie die Gewerkschaftszeitung schrieb, »nur« zum Gauleiter des Textilarbeiterverbandes für Brandenburg, aber in seinem Reich war er ganz der Mann des Vertrauens seiner Kameraden, denn er »war Berliner und verstand zu den »Berlinern« des Stadtgebietes wie der weitem Umgebung in der ihnen vertrauten Sprache zu reden«.

Kurze Chronik Im November 1930 beschloß der faschistische Ministerrat in *Italien* eine allgemeine Lohnsenkung von 12% für die Bediensteten der öffentlichen Verwaltung. Kurz darauf wurde ein Abkommen

unterzeichnet, das für die Arbeiter des ganzen Landes erhebliche Lohnreduzierungen von 8, 10, 12% und darüber vorsieht. Besonders schwer werden die Landarbeiter von der Lohnsenkung betroffen. ◊ Das Bundesschiedsgericht von Melbourne ordnete eine Herabsetzung aller Arbeitslöhne in *Australien* um 10% an. Die Maßnahme wird mit der dringenden Notwendigkeit der Sanierung der australischen Wirtschaft begründet. Der Ministerpräsident wies auf die Lage Australiens hin und erklärte, das Land hätte noch niemals eine so kritische Periode durchgemacht. ◊ Am 2. Januar 1931 konnte die Gewerkschaftszentrale *Hollands* ihr 25jähriges Jubiläum feiern. Während der 25 Jahre ihres Bestehens ist die Anzahl der angeschlossenen Mitglieder von 18 000 auf 300 000 angewachsen. ◊ Der *Bund Sächsischer Staatsbeamter* erklärte am 18. Januar auf einem außerordentlichen Verbandstag seinen Austritt aus dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund. 40 stimmberechtigte Funktionäre verließen daraufhin die Versammlung, um die notwendigen Gegenmaßnahmen gegen diesen Beschluß zu unternehmen.

Literatur Die Internationale der Arbeit; Geschichte und Ausblick nennt sich die deutsche Ausgabe von *Lewis Lorwins* Labor and Internationalism /Berlin, Institute of Economics/. Das Buch gibt eine eingehende und gründliche Darstellung der internationalen Zusammenschlüsse von den Anfängen bis zur jüngsten Vergangenheit. Eine sehr verdienstvolle Arbeit, da eine ähnliche übersichtliche Zusammenfassung des umfangreichen Materials nicht existiert. ◊ *Textiland und Textilleute* heißt eine Schrift *Nikolaus Benckisers*, die »Eindrücke von einer Reise durch Lancashire und Yorkshire« wiedergibt /Frankfurt, Verlag der Frankfurter Zeitung/. Auf einer Informationsreise für die Frankfurter Zeitung besuchte der Londoner Korrespondent der Handelsredaktion im November 1930 die englischen Textilreviere. Er berichtete über seine Eindrücke in einer Reihe von Artikeln, die mit geringen Änderungen in diesem Sonderdruck zusammengefaßt sind. Er schildert in anschaulicher und lebendiger Darstellung Land und Leute der englischen Textilindustrie und geht dabei auch auf die wirtschaftlichen Probleme, insbesondere auf die Probleme der Produktion, des Absatzes, der Handelspolitik ein. Ein interessantes Büchlein.

Geistige Bewegung / Herbert Kühnert

David † Eduard David war einer der ersten jener wenigen deutschen Akademiker, in denen das Gefühl für die besondere soziale Verpflichtung des Intellektuellen so stark ist, daß sie bereit sind in ihrem Lebensplan jeder Zeit diesem Gefühl alle ängstliche Rücksicht auf äußere bürgerliche Stellung unterzuordnen. Aber auch als David 1894 wegen seines Eintretens für die Sozialdemokratische Partei aus dem hessischen Staatsdienst entlassen worden war, um nun als Schriftsteller und Politiker für den Sozialismus zu wirken, bewährte er jenes geistige Verantwortungsgefühl, das den Führer vom Demagogen unterscheidet. Dies kam vor allem in der Art zum Ausdruck, wie er innerhalb der Sozialdemokratischen Partei im Bund mit Gleichgesinnten dem Prinzip der Kritik an den überlieferten Formen der sozialistischen Denkweise Anerkennung zu verschaffen verstanden hat. Welche Folgerungen ergeben sich für die sozialistische Theorie und Praxis, wenn dieses Prinzip auf die besonderen Probleme der Kopfarbeit gegenüber der Handarbeit, der Landwirtschaft gegenüber der Industrie, des Staats gegenüber dem Sozialismus angewandt wird? Das waren Fragestellungen, die David als Schriftsteller und Politiker zu wichtigen Untersuchungen und Folgerungen führten, und man darf rückblickend feststellen, daß diese Folgerungen die sozialistische Theorie und Praxis vor geistiger Erstarrung und Verödung bewahren halfen. So ergibt sich für die Gegenwart eine besondere Verpflichtung gegenüber dem Lebenswerk dieses charaktervollen Führers: dem sozialistischen Gedanken auch weiter in solchem Geist zu dienen.

Europaarbeit »Es kann bei meinem Nachbar nicht regnen, ohne daß nicht auch ich Gefahr laufe nasse Füße zu bekommen.« Diese Worte stehen als Motto einem Buch voran, das Edouard Herriot im August 1930 vollendete und unter dem Titel Europe erscheinen ließ (Paris, Les Editions Rieder/). Seine Thesen sind: Die Einigung Europas kann nur als Bestandteil des Völkerbunds und als Fortschritt in seiner Entwicklung erreicht werden. Der Völkerbundspakt sieht vor, daß innerhalb eines Kontinents regionale Vereinbarungen geschlossen werden können; um so weniger kann er Vereinbarungen verbieten, die einen ganzen Kontinent umfassen. Ein Vereinigtes Europa (En-

tente Européenne) muß ebenso dem internationalen wie dem nationalen Rahmen Rechnung tragen. Der Zutritt zu ihm muß allen europäischen Staaten offenstehen. Die Vereinigung ergibt sich zwingend aus den Gesetzen der wirtschaftlichen Entwicklung, aus der industriellen Konzentration und aus der Notwendigkeit den europäischen Markt zu verteidigen. Alle angeschlossenen Staaten müssen in der Vereinigung nach dem Prinzip völliger Gleichstellung vertreten sein. Die Vereinigung muß Geschmeidigkeit, Klugheit und Geduld bewähren. Sie soll die Beseitigung der Zollschränken als Ziel, nicht als den Anfang einer wirtschaftlichen Einigung Europas betrachten. Erst durch europäische Organisation des Kredits wird sie Festigkeit erhalten. Ihre Dauer muß auf einem System der Schiedsgerichtsbarkeit, der Sicherheit und der Abrüstung begründet werden.

Die Begründung dieser Thesen bildet den Hauptinhalt des Buchs. Herriot verwahrt sich entschieden gegen die Unterstellung, es beruhe auf dem heimlichen Wunsch seinem Land eine dauernde politische Hegemonie zu sichern. Mit Recht weist er darauf, daß das gleichzeitig agrarische und industrielle, durch überseeische Besitzungen vervollständigte Frankreich auf Grund seiner geographischen Lage, seiner wirtschaftlichen Struktur, seines stabilen politischen Systems einer der wenigen modernen Großstaaten ist, die sich selbst genügen können. Er meint, die französischen Staatsmänner könnten sich unmöglich auf einen politischen Plan festlegen, wenn ihm der nationale Egoismus, jener »Begriff des europäischen Gleichgewichts, dem wir so viel Unglück verdanken«, zugrunde läge. »Man möge es uns glauben oder nicht«, ruft er am Schluß aus, »die Bemühungen unserer Republik sind von dem Willen geleitet die Grundsätze der Französischen Revolution, das heißt der Demokratie, zu achten, und von der Hoffnung, daß man es endlich erleben möchte, wie Europa in Freiheit und Gleichheit friedlich zusammenarbeitet.«

Den Ausgangspunkt der Darlegungen Herriots bildet die Schilderung der weltpolitischen Lage, wie sie der Weltkrieg hinterlassen hat. Besonders scharf wird dabei die neue beherrschende Stellung der Vereinigten Staaten von Amerika herausgearbeitet. Auf der andern Seite werden die Möglichkeiten geschildert, über die ein »rationalisiertes und diszipliniertes« Europa verfügen würde, wenn es aus sich heraus noch rechtzeitig die Kraft fände sich auf seine gemeinsamen

Interessen, Wirkungsmöglichkeiten und Überlieferungen zu besinnen und zu den Formen fortzuschreiten, zu denen große Denker und Staatsmänner der Vergangenheit und neuere politische Erfahrungen (Skandinavische Verwaltungsgemeinschaft, Kleine Entente, Panamerikanische Union) die Wege gezeigt haben. Eine Schwäche dieses Europabuchs liegt in denjenigen Teilen, die sich mit den verschiedenen Reaktionen der englischen Publizistik und Politik auf die französische Europapolitik der letzten Jahre befassen. Man möchte wünschen, daß diese Reaktionen vom Verfasser, mehr als es geschehen ist, als symptomatische Auswirkungen der traditionellen britischen Welt- und Europapolitik charakterisiert worden wären. Aber es ist schließlich nicht so wichtig, daß im Rahmen der Darstellung einer konstruktiven Politik auch diejenigen Faktoren, die dieser Politik notwendig Hemmungen bereiten müssen, eingehend geschildert werden. Wichtiger ist, ob sie erkannt und in ihrer Realität so abgeschätzt werden, daß das konstruktive Bemühen nicht schließlich mit Enttäuschung enden muß. Dagegen muß es bei deutschen Lesern geradezu Bewunderung erwecken, mit welchem vollendeten Takt der französische Autor in einem zunächst für französische Leser bestimmten Buch alle diejenigen Unterlassungssünden übergeht, die die deutsche Politik fast immer dann begangen hat, wenn es sich darum gehandelt hätte gemeinsam mit Frankreich diejenigen Wege einzuschlagen, die im Interesse Deutschlands wie Europas lagen. Auch hier fragt man sich unwillkürlich, ob die weitgehende Anglophilie, von der weite Kreise Deutschlands trotz geschichtlicher Bildung und jüngster leidvoller Kriegs- und Nachkriegserfahrung beherrscht sind, von dem französischen Politiker als diejenige Realität erkannt ist, mit der gewürdigt wird, als die sie sich in den letzten Jahren leider immer und immer wieder erwiesen hat. Man möchte wünschen, daß sich die qualifizierte französische Publizistik doch von Zeit zu Zeit, mehr als es bisher geschehen ist, mit der von den Sozialistischen Monatsheften seit Jahren vertretenen Konzeption eines ausschließlich auf kontinentaler Grundlage zu bildenden Europas grundsätzlich auseinandersetzen möchte. Eine solche Auseinandersetzung käme wahrscheinlich nicht nur einer gründlicheren Fundierung der neuen Europaidee zugute sondern auch einer bessern Herausarbeitung der politischen Methode, die zu ihrer Verwirklichung führt.

Abgesehen von diesen kritischen Anmerkungen muß man Herriots Europabuch als eine wesentliche Leistung der heutigen politischen Publizistik Frankreichs registrieren. Es wäre eine dankbare Aufgabe der deutschen Öffentlichkeit einmal zu zeigen, über welche beneidenswerte Fülle solcher politischer Autoren das heutige Frankreich verfügt, die in sich die Erfahrung des maßgebenden Politikers mit wissenschaftlicher, philosophischer und literarischer Bildung vereinigen. Das Großartige an dieser politischen Literatur ist außerdem ihre innere Einheitlichkeit in der nationalen, europäischen und humanitären Haltung bei aller Verschiedenheit, die die ausgeprägte politische Individualität von selbst mit sich bringt. Man liest Bücher wie Herriots Europabuch nicht nur wegen der Qualität ihres Gehalts sondern auch wegen der Qualität ihrer schönen Form. Man hört Aristide Briands improvisierte Reden nicht nur wegen dessen, was sie ausdrücken, sondern auch wegen der vollendeten rhetorischen Kunst, die in dem Wie beschlossen liegt. Es führt eine gerade Linie von Joseph Caillaux' 1922 veröffentlichtem Buch *Où va la France? Où va l'Europe?* /Paris, Editions de la Sirène/ zu Édouard Herriots Europe. Dazwischen liegen alle die bedeutenden Bücher, Abhandlungen, Reden und Taten von Louis Loucheur (*Le problème de la coopération économique internationale*, in der *Revue Mondiale*), Yves Le Trocquer (*Union Douanière Européenne*, in den *Publications de la Conciliation Internationale*), Francis Delaisi (*Les deux Europas* /Paris, Payot & Cie./), Jean Luchaire (*Vers les Etats Fédérés d'Europe*, in den *Cahiers Bleus*), Gaston Riou (*S'unir ou mourir und Europe ma patrie* /Paris, Librairie Georges Valois/, dieses auch deutsch, unter dem Titel *Europa mein Vaterland* /Straßburg, Heitz & Cie./), Bertrand de Jouvenel (*Vers les Etats Unis de l'Europe* /Paris, Librairie Valois/), Pierre Mendès France (*La Banque Internationale* /Paris, Librairie Valois/), Georges Dahriman (*Pour les Etats Confédérés d'Europe* /Paris, Ed. Arago/), Jacques Lambert (*Les Etats Unis d'Europe et l'exemple américain* /Paris, Librairie Pédone/), Aristide Briand (Rede in Genf vom 5. September 1929 und sein Memorandum vom 1. Mai 1930): fast alles Beispiele für Persönlichkeiten, bei denen die politische Idee und ihr publizistischer oder rhetorischer Ausdruck in ständiger fruchtbarer Wechselwirkung mit der politischen Praxis stehen. Vergleicht man diese Art der Produktion mit der ent-

sprechenden politischen Literatur Deutschlands, so findet man hier meist Memoirenwerke, rückwärtsblickende Schilderungen von Kindheit, Werdegang, beobachtende Teilnahme an zeitgenössischen Ereignissen, sehr selten dagegen Werke konstruktiver Politik.

Unter den französischen Zeitschriften, die sich ganz besonders der Pflege intellektueller Beziehungen Frankreichs zum Ausland und der Vertretung des europäischen Gedankens im Sinn des Briand'schen Europamemorandums widmen, ist die in Paris erscheinende, von E. Vandervlugt herausgegebene Monatsschrift *Le Monde Nouveau* mit an erster Stelle zu nennen. Sie ist das Organ der Fédération des Comités de Coopération Européenne und denkt sich die wirtschaftliche Zusammenfassung Europas auf der Grundlage des durch den Krieg geschaffenen Status quo. Nach einem im September veröffentlichten Aufsatz Joseph Barthélemy's über die Aufnahme des Briandmemorandums in Europa wird die Stellung Englands also charakterisiert: »Der Plan ist sehr klar: Es gibt eine große internationale Organisation, nämlich Panamerika, und Kontinentaleuropa hat in ihr nichts zu suchen. Es gibt eine weitere große Organisation, das Britische Weltreich, Panengland, und Kontinentaleuropa hat in ihr ebenfalls nichts zu suchen. Aber Panamerika und Panengland sollen dank dem Völkerbund in den Angelegenheiten Europas mitsprechen dürfen.« Wie man sieht, berührt sich die grundsätzliche Stellung der Zeitschrift zur Europafrage stark mit der von den Sozialistischen Monatsheften vertretenen kontinentaleuropäischen These. Der Inhalt der Hefte zeigt ernstes Bemühen Deutschland zu verstehen und dieses Verständnis französischen Lesern zu vermitteln. Bemerkenswert nach dieser Richtung hin ist ein über mehrere Hefte laufender Aufsatz Georges Wagners über das Problem der deutschen Kolonien. Auch hier würde die Darstellung der aktuellen europäischen Probleme gewinnen, wenn die englische Welt- und Europapolitik nicht nur in ihrer Auswirkung auf das unmittelbare Interesse Frankreichs sondern auch auf dasjenige Deutschlands und des gesamten Kontinents fortlaufend kritisch beleuchtet würde.

Deutsches Volk In der ausländischen Literatur über Deutschland findet man immer wieder die Schwierigkeit betont, die der fremde Beobachter hat, wenn es gilt das deutsche Volk zu verstehen und seine Eigenart zu

beschreiben. Solchem Bemühen wird künftig ein von Eugen Diesel unter dem Titel *Die deutsche Wandlung, das Bild eines Volkes / Stuttgart, J. G. Cotta Nachfolger/* veröffentlichtes Buch erfolgreich entgegenkommen. Im Vorwort erklärt der Verfasser mit seinem Buch eine Art von Geophilosophie des deutschen Landes und Volks geben zu wollen, und man muß feststellen, daß ihm die Lösung der Aufgabe, die diese Bezeichnung in sich schließt, glänzend gelungen ist. Sichere Beherrschung der in den europäischen Zusammenhang eingebetteten deutschen Kulturgeschichte, sicheres Gefühl für landschaftliches Kolorit, Fähigkeit aus größerer räumlicher Perspektive die nationalkulturelle Eigenart zu sehen, zu schildern, abzugrenzen, das Typische und Charakteristische in Landschaft, Siedlung, Stammestum, Lebensstil, Bildung, mit Gefühl für Wert und Unwert, Beharrung und Wandlung, ohne Anlehnung an gelehrte Literatur, volkstümlich, aber doch treffsicher und geistreich zu beschreiben: das sind die großen und seltenen Vorzüge, aus denen sich der Gesamtwert dieses Buchs zusammensetzt.

Nach Diesel muß man das deutsche Volk vor allem als ein Volk ohne Schema begreifen. So wie Deutschland schon als räumliches Gebilde keine Klarheit, keine Entschiedenheit, keinen eindeutigen Charakter, keinen Mittelpunkt hat, so fehlt ihm auch ein Mittelpunkt der bewegenden Kräfte. Von jeher ist es ein Gefüge aus tausend Gegensätzen gewesen. Heute handelt es sich für Deutschland um die Aufgabe in einem Augenblick ein Volk zu werden, in dem sich die ganze Welt wandelt. »Die Volkwerdung der Mitte Europas wurde gleichsam für den Augenblick aufgespart, in welchem sich seine Einheit nur zugleich in einem neuentstehenden europäischen Sinne bilden kann.« Deutschland »hat die Aufgabe aus menschlicher und europäischer Gesinnung heraus den Bann zu lösen, der Europa lähmt.« Wer ein zutreffendes Bild seines Landes im Herzen trägt und danach seine Arbeit, sein Denken, seine Politik gestaltet, der pflückt den ersten Zweig vom Baum der Vaterlandsliebe. »Völker, die zuerst so zu handeln und zu denken verstehen, die zuerst ihre Kinder in diesem Sinn erziehen und außer dem Bilde ihres Volkes das Europas, der anderen Völker, des Planeten vor Auge und Gemüt ausbreiten, sie werden die wahren Sieger der Zukunft werden.« Es bildet sich ein neuer deutscher Typus, der ein wirres altes Deutschland preisgibt, um ein neues zu gewinnen, und mit

Nietzsche dem Ziel einer »Synthese der europäischen Vergangenheit in höchsten geistigen Typen« zustrebt. Dieser Typus ist es, in dem das deutsche Volk allein ein dauerndes, festes, menschliches Gepräge gewinnen kann, und der allein befähigt sein wird das deutsche Volk zu der Form emporzuführen, in der eine Nation das Höchste leistet, was zu leisten ihr auf dem ihr zugewiesenen Platz überhaupt beschieden sein kann.

Totenliste Am 8. Oktober 1930 starb, 71 Jahre alt, in Prag *Alfred Korn*, der Herausgeber der *Bohemia*. Er gehörte zu den hervorragendsten deutschen Journalisten der Tschechoslowakei. Er war Mitglied des Reichsvollzugsausschusses der Deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft. Seine Freunde verehrten in ihm einen jederzeit hilfsbereiten Menschen. In Leipzig starb im Dezember der Redakteur der Zeitschrift *Das Deutsche Buch* und Leiter der Auslandsabteilung des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler *August von Löwis of Menar*, im Alter von 49 Jahren. Er hat sich vor allem auf dem Gebiet der Märchen- und Sagenforschung einen Namen gemacht, veröffentlichte verschiedene Studien auf diesem Gebiet und übersetzte 1914 für die *Diederichssche Sammlung der Märchen der Weltliteratur die Russischen Volksmärchen*, wozu er, der in Riga geboren war, besondere Eignung mitbrachte. Anfang Januar 1931 starb in New York, im Alter von 83 Jahren, der Philanthrop *Nathan Straus*, der schon in jungen Jahren aus Deutschland nach Amerika ausgewandert war und dort als Teilhaber großer Warenhäuser zu Reichtum gelangte, den er meist zu humanitären Zwecken verwandte. Er ließ pasteurisierte Milch, Brot und andere Lebensmittel an die Armen verteilen, baute Obdachlosenasyile und Tuberkuloseheilstätten, besonders für Kinder, gründete Speiseanstalten für Arbeitslose. Auch in Jerusalem hat er, ein Förderer des Zionismus, Heilstätten und Wohlfahrtsinstitute gegründet. Am 7. Februar starb in Berlin *John Edelheim*, nach schwerer Krankheit. Sein Name verdiente in der sozialistischen Öffentlichkeit bekannt zu sein, denn er ist mit der geistigen Bewegung des Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie aufs engste verknüpft. Edelheim hatte in Bern studiert und mit einer ebenso guten wie materialreichen Arbeit Beiträge zur Geschichte der Sozialpädagogik mit besonderer Würdigung des französischen Revolutionszeitalters pro-

moviert. Dort lernte er Chajm Schitlowsky kennen, mit dem zusammen er 1900 den Akademischen Verlag für soziale Wissenschaften gründete. Dieser Verlag wurde noch im selben Jahr nach Berlin verlegt, und hier wurde er das publizistische Zentrum derjenigen Kräfte, die den marxistischen Sozialismus von innen her erneuern und zu produktiver Aktivität vorstoßen wollten. Seine erste wesentliche Publikation war Eduard Bernsteins Buch *Zur Geschichte und Theorie des Sozialismus*. In rascher Folge kamen dann weitere Arbeiten dieser Richtung heraus (daneben auch ein Werk des Außenseiters Alfred Nossig mit dem Titel *Revision des Sozialismus*, von dem sich der Name Revisionismus überhaupt erst herschreibt; bisher hatte man nur vom Bernsteinianismus gesprochen). Ein Werk Nowikows *Die Föderation Europas* kennzeichnete die Richtung zum europäischen Zusammenschluß. Dieser Verlag hat in der kurzen Zeit seines Bestehens eine erstaunlich große Zahl inhaltreicher Schriften herausgebracht: politischer, sozialer, aber auch rein geistiger und volksbildnerischer Art. Die besten deutschen und manche ausländischen Autoren der Jahrhundertwende arbeiteten an ihm mit. Er hat außerdem das Verdienst die berühmten Historischen Briefe Peter Lawrows, dieses Dokument des russischen sozialistischen Geistes, deutsch herausgebracht zu haben. Dem Edelheimschen Verlag war auch der Verlag der Sozialistischen Monatshefte angegliedert, und er blieb es, bis nach der Hetze des Münchener Parteitags von 1902 gegen die Sozialistischen Monatshefte der Verlag selbst sein Ende fand (und diese Zeitschrift, gerade weil sie wegen ihres »blühenden Lebens« (Vollmar) verfolgt worden war, nun von Leo Arons durch jährliche Zuwendungen in ihrer Existenz sichergestellt wurde). Der Edelheimsche Verlag, der so tapfer 2½ Jahre hindurch gewirkt, aber immer nur an das Ideelle, nie an das Geschäftliche gedacht hatte, mußte seine Tätigkeit einstellen. Aber was in jenen 2½ Jahren geschehen war, wirkte nun geistig weiter. Und daher hat die sozialistische, aber auch die allgemein geistige Bewegung Deutschlands allen Anlaß John Edelheims zu gedenken, der, persönlich von lauterm Wollen, ein anständiger Charakter und sympathischer Mensch, für die Entwicklung des Geistes in Deutschland mehr getan hat als mancher, der es verstand das strahlende Licht der Öffentlichkeit auf sich zu lenken.

Kurze Chronik Das Nobelkomitee hat den *Friedenspreis* für 1930 dem schwedischen Erzbischof Nathan Söderblom, den für 1929 dem frühern amerikanischen Staatssekretär Frank Billings Kellogg zuerkannt. Söderblom ist, außer durch bedeutende religionsgeschichtliche Werke, besonders im Zusammenhang mit pazifistischen Einheitsbestrebungen innerhalb des Protestantismus, der christlichen und außerchristlichen Kirchen- und Religionsgemeinschaften hervorgetreten. Kelloggs Name ist der Welt durch den sogenannten Kriegsächtungspakt bekannt geworden, der hier von Karl Mayr in dem Artikel Europa und die pazifistische Machtpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika (1928 I Seite 479 und folgende) kritisch gewürdigt wurde. ◊ Der Papst gab zu Anfang Januar eine Enzyklika über die *christliche Ehe* aus. Sie betont den göttlichen Charakter der Ehe, ihren Charakter als Sakrament, Schule der Treue und Quelle der Nachkommenschaft und wendet sich gegen Abirrungen, die in erlaubten oder gesetzlich zugelassenen Geburtsunterbindungen, altem und neuem Malthusianismus, der Kameradschafts-ehe und der physiologischen, wirtschaftlichen und sozialen Emanzipation der Frau erblickt werden. ◊ Das Appellationsgericht in Brüssel hat dem amerikanischen Architekten Warren, der an der nach seinen Plänen wiederaufgebauten *Löwener Universitätsbibliothek* die Inschrift »Furore teutonico diruta« angebracht zu sehen wünschte, unrecht gegeben und ihn mit seiner Klage gegen die Leitung der Bibliothek abgewiesen. ◊ Der Preußische Philologenverband hat sich beim Kultusministerium gegen Veränderungen in der bisherigen *Schuljahrs-einteilung* ausgesprochen. Man hatte nämlich vorgeschlagen das Schuljahr um Mitte Juli zu beenden; daran sollten sich lange Spätsommerferien anschließen. Dagegen wünscht der Verband die Festlegung des Schuljahrschlusses auf Ende März, also unabhängig vom Osterfest. ◊ Die Gesamtzahl der reichsdeutschen Studierenden an *deutschen Hochschulen* hat sich vom Sommersemester 1929 zum Sommersemester 1930 um 8132 auf 129 081 erhöht. Die der ausländischen Studierenden ist vom Sommersemester 1928 zum Sommersemester 1930 von 6541 auf 7009 gestiegen. Bei den Reichsdeutschen ist das Verhältnis der Studenten zu den Studentinnen 5 : 1, bei den Ausländern 4 : 1. Unter den männlichen reichsdeutschen Studierenden widmen sich nicht weniger als 18 % dem Schulfach.

◊ Der Senat der Universität Jena hat die vorgeschlagene Angliederung des Weimarer *Nietzscheearchivs* an die Universität Jena abgelehnt, da die Leitung des Archivs keine Gewähr für einwandfreie wissenschaftliche Bearbeitung des dort ruhenden Manuskriptmaterials biete.

Literatur Eine sehr verdienstliche Einführung in Heinrich Heines Leben und Werk ist Heinrich Wernekes, nun in 2. Auflage vorliegendes *Heinelesebuch* /Kehl, H. Werneke/. Gerade heute zeigt sich die große europäische Bedeutung Heines, der im deutschen Volk immer noch zu wenig als Bahnbrecher für einen neuen europäischen Geist gewertet wird, in neuem Licht. Seine Tagebuchblätter, Reisebilder, Charakteristiken, Zeitstudien und Zeitglossen sind nicht nur in formaler Hinsicht vollendet sondern auch inhaltlich, und es ist geradezu grotesk, daß Heine von jeher in Frankreich richtiger als deutscher und europäischer Geist von hoher repräsentativer Qualität eingeschätzt worden ist als in Deutschland selbst. An der Wiedergutmachung dieses Unrechts mit Leidenschaft zu arbeiten ist eine Ehrenpflicht des geistigen Deutschlands von heute und morgen. ◊ Zu den in der deutschen Gegenwart seltenen Publizisten von Rang zählt *Alfred Polgar*. Der Band Bei dieser Gelegenheit /Berlin, Ernst Rowohlt/, den Polgar jetzt früheren Sammlungen von kleinen Aufsätzen über Beobachtetes und Gedachtes hat folgen lassen, gehört zu den Büchern, die den Leser nicht nur anregen sondern auch bilden, mag man dabei nun mehr an intellektuelle, an künstlerische oder an humane Bildung denken. Polgar besitzt die Gabe nicht nur über das geistige Leben der Gegenwart sondern auch über ihre alltäglichsten Dinge geistvoll und formvollendet zu schreiben. Er ist nicht nur Kritiker und Reporter sondern auch Gestalter und Bildner. Das zeigt sich am klarsten da, wo es überhaupt nichts Außerliches mehr zu berichten gibt, sondern nur noch Erdachtes. Wer etwa nach der Lektüre eines von Polgar verfaßten Berichts über einen Theaterabend, einen Kongreß, eine Radiostunde, eine Grüne Woche, eine Automobilausstellung, zufällig in irgendeiner Tageszeitung auf einen Bericht über ähnliches stoßen sollte, kann gar nicht anders als die Zeitung traurig aus der Hand legen und darüber nachdenken, ob und in welcher Zeit es jemals möglich sein wird, daß führende deutsche Zeitungen ein solches Niveau erreichen wie diese eleganten Glossen zu dem klei-

nen und großen Geschehen in unserer Zeit. Wer übrigens meinen sollte, der Typus Polgar sei repräsentativ für ein lediglich ästhetisch bestimmtes Literaturtum unserer Zeit, übersieht die eigentlich bewegende Kraft seiner Kunst. Man lese etwa die Glosse Benehmen Sie Sich anständig! Hier hat es mit den Scherzen über Lottes Liebe zu den Löwen oder Liliths 5 junge Liebhaber aufgehört, und wir sind mitten im wirksamsten und entscheidenden Kulturkampf um ein neues Menschen- und Lebensrecht. Hier gibt es keinen Unterschied mehr zwischen dem, was über und was unter dem Strich gedacht und geschrieben wird, hier wird die Bühne des Lebens mit dem gleichen Maßstab gemessen wie das Leben auf der Bühne. Dies aber ist die Art von Literatur, die Deutschland heute und morgen benötigt. Und darum kann man Polgars Glossen auch dann, wenn sie von Chaplin oder Grete Wiesenthal handeln, nicht lesen, ohne nicht auch gleichzeitig immer an ein neues Deutschland, ein neues Europa und ein neues Menschentum zu denken. ◊ In einer Schrift Durch Geist zur Macht /Leipzig, Europa-Verlag/ bemüht sich *Aristoteles Poulimenos* um den Nachweis, daß nicht nur im persönlichen Lebenskampf sondern auch im Kampf der Völker das Wesen allen Erfolgs auf die geistige und seelische Qualität der menschlichen Persönlichkeit zurückgehe. Obwohl seine Analyse politischer Machtkämpfe und moderner technischer Machtentfaltung in vieler Hinsicht treffend ist, bleibt das Ergebnis doch unzulänglich, weil die Machtausübung, und sei sie noch so intellektuell begründet, niemals an und für sich einer sittlichen Forderung gleichgesetzt werden kann. Das neue Europa, das dem Verfasser vorschwebt, allein auf solcher Grundlage aufbauen zu wollen, erscheint doch bedenklich. Nicht auf eine neue politische Magie kommt es an sondern auf eine neue politische Ethik. Der Verfasser aber ist einer Art von individualistischem Machtkultus verfallen und meint offenbar ein neues Evangelium gefunden zu haben, während er nur gezeigt hat, daß hinter der modernen Machtentfaltung auch bedeutende Qualitäten des Geistes, des Willens und der Seele zu stehen pflegen. Gewiß mag selbst ein solcher Nachweis heute von einer gewissen Notwendigkeit sein. Die entscheidende Frage aber lautet doch immer: Macht wozu? Und diese Frage wird vom Verfasser eigentlich nur im Sinn einer ohnehin viel zu weit verbreiteten Machtvergötterung beantwortet.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Christian Herrmann

Rehmke † Am 23. Dezember 1930 starb in Marburg Johannes Rehmke. Er wurde 1848 in Elmsborn geboren, studierte Philosophie und Theologie und unterrichtete dann an der Kantonsschule in Sankt Gallen. 1884 habilitierte er sich in Berlin, und im folgenden Jahr kam er als außerordentlicher Professor nach Greifswald, wo er 3 Jahre später Ordinarius wurde. Als er 1921 emeritiert wurde, zog er sich nach Marburg zurück.

Rehmke hat sich in der Geschichte der Philosophie einen ehrenvollen Platz errungen: durch die Schöpfung der Grundwissenschaft. Sie ist die Wissenschaft vom »Gegebenen überhaupt«, eine begriffliche Zergliederung der allgemeinsten Tatbestände der Bewußtseinsinhalte; dieses Wort aber ohne psychologische Bedeutung genommen und auch ohne erkenntnistheoretische. Denn in der Fragestellung nach der Beschaffenheit des Gegebenen überhaupt wird auch der Unterschied zwischen Subjekt und Objekt, der für die Erkenntnistheorie grundlegend ist, noch nicht gemacht. Die Grundwissenschaft steht nach dieser Aufgabenbestimmung der Gegenstandstheorie und der Phänomenologie nahe; auch die Methode der Bedeutungsanalyse ist ihr mit diesen beiden Disziplinen gemeinsam. Ihr Aufbau zeigt dann allerdings, daß doch zwischen diesen 3 Disziplinen große Verschiedenheiten bestehen, und daß die Grundwissenschaft durch ihre Auffassung von dem Wissen als einem »beziehungslosen Haben« ein Problemgebiet ganz eigener Art bearbeitet, was dann freilich durch den Schöpfer sehr verengt worden ist. Wenn man früher Rehmke immer als einen Vertreter der Immanenzphilosophie auffaßte, so war das ein völliges Mißverstehen, das wohl heute verschwunden ist. Was dem Denken Rehmkes im Rahmen der heutigen Philosophie, die von einem außerordentlichen Reichtum verschiedenartigster Orientierungen ist, einen besondern Reiz verleiht, ist die eigenartige, trockne, spröde und herbe Kantigkeit, die sie schon durch diesen, gewissermaßen ästhetischen Eindruck von allen ähnlichen Systemen unserer Zeit unterscheidet und einem Menschentum geistigen Ausdruck verleiht, das bisher in der Geschichte der Philosophie so deutlich noch nie zur Objektivierung gebracht worden ist. Und da dies wohl das Kriterium für den Wert

eines philosophischen Systems ist, nämlich, wie eine Seite des Menschlichen hier ihre Objektivierung erfährt, kann man auch der Grundwissenschaft und ihrem Schöpfer die große Bedeutung nicht absprechen, die ihr heute schon von vielen zugeschrieben wird.

Forschungsweg Die Entwicklung der Philosophie hat sich in den letzten Jahrzehnten in den verschiedensten Ländern und nicht zum geringsten in Deutschland in einem immer schnellern Tempo und in einer Weise vollzogen, daß eine schon schwer übersehbare Mannigfaltigkeit und Buntheit der Standpunkte herrscht. Kaum eine andere Zeit der Philosophiegeschichte hat eine so große Zahl verschiedener Philosophenpersönlichkeiten hervorgebracht, und in kaum einer andern Zeit standen neben einander so viele Methoden des Philosophierens. Man könnte sich an dieser Fülle freuen, wie es eine Epoche wie die Renaissance etwa über das reiche Blühen der Künste konnte. Aber in der Philosophie ist es etwas anderes. Sie will Erkenntnis sein, in Begriffen sich entfalten, und als Denken muß sie vor allem klar und deutlich sein. Angesichts unseres philosophischen "Betriebs" kann der Argwohn aufsteigen, ob es mit der Grundforderung aller begrifflichen Erkenntnis wirklich zum besten stehe. Ist der Verdacht erst einmal wach geworden, und sieht man sich die philosophische Produktion auf ihren Gehalt und ihre methodische Reinheit und Strenge an, so wird man etwas bedenklich gestimmt, und man wundert sich dann nicht mehr, daß in den letzten Jahren entschiedene Warnungen ertönten. Ein sehr ernsthaftes Buch, das recht nachdenklich macht, legt eben *Hans Driesch* vor: *Philosophische Forschungswege* /Leipzig, Emmanuel Reinicke/. Der Leipziger Philosoph geht in diesem Buch von einigen grundlegenden Erwägungen aus, die schon gegen vieles unserer heutigen Produktion in der Philosophie kritisch stimmen. Die Philosophie solle nicht den Wissenschaften nachhinken sondern von sich aus alle Sachprobleme behandeln und mögliche Lösungen entwickeln; die Wissenschaften hätten dann über diese Lösungsmöglichkeiten sachlich zu entscheiden. Der Anfang alles Philosophierens müsse das schlichte Erleben sein, das dann stufenweise immer mehr geklärt wird. Die Grundforderung für die »Möglichkeitserwägung« bildet dann das Postulat der Vollständigkeit

der Lösungen. Keine neue Tatsache dürfe außerhalb der aufgestellten Lösungsmöglichkeiten fallen. Die Methode, wie die Möglichkeitserwägung anzustellen sei, ist zunächst einmal die volle Hingabe an den Gegenstand, aus welcher Grundforderung alle methodischen Einzelforderungen abgeleitet werden können, also 1. Fragen, »was man meint«, 2. das Zergliedern (das logisch für einfach Gehaltene kann zusammengesetzt sein), 3. die Erwägung, in welchen Beziehungen der Gegenstand zu anderen stehe usw. Nach diesen mehr vorbereitenden methodischen Bemerkungen wirft nun Driesch die zentrale Frage nach der Herkunft der Wesenseinsichten und damit der Möglichkeitseinsichten auf. Die Untersuchung führt ihn zu dem Problem, das die Phänomenologie stellt. Ein nicht einfaches Problem, denn es sind 3 ganz verschiedene Auffassungen von Phänomenologie vorhanden: eine, die rein beschreibende Psychologie ist, eine andere, die das Wesen von Bedeutungen erfaßt, endlich eine, die eigentlich nur Festlegung von Definitionen ist. Von tieferer philosophischer Bedeutung ist nach Driesch nur die 2. der phänomenologischen Arbeitsweisen, die aber die Bedeutungen immer nur an empirisch Daseiendem und nicht apriorisch erfaßt. Es ist daher ein grotesker Mißbrauch der Methode, wenn sie apriorisch Möglichkeiten erfassen will, denn hier gibt es kein Halten; man endet schließlich bei der Phänomenologie der Engel. Überhaupt, Driesch warnt mit Recht vor der Verwechslung von möglich und wirklich. In diesem Zusammenhang kommen dann erleuchtende Betrachtungen über falsche Behandlung der »Seinssphären«, des Du- und des Leib-Seele-Problems, die immer wieder zeigen, daß nur das Wesen von Urbedeutungen und ihren Zusammenhängen erschaut werden kann, also: Ordnung, Beziehung, dieses, solches, weil, ganz, neben, damals und ähnliches. Dieses ist »vorgegeben«, aber niemals Spezifisches an der wirklichen Welt. Was sich aus der Mißachtung dieses Unterschieds für bedenkliche Gedankengänge einstellen, zeigt Driesch an den metaphysischen Bemühungen der Phänomenologen, die sich überall auf leicht nachweisbaren Äquivalenzen aufbauen, weil sie den cartesianischen Unterschied zwischen cogitatio und extensio aufheben und das "ist" in der Prädikation für einen Realbestand halten. Es fehlt eben, worauf Driesch mit Nachdruck hinweist, in aller Phänomenologie eine Zergliederung des Be-

griffs des empirischen Naturgegenstands. Daher kommt es denn, daß so vieles in der phänomenologischen Literatur, das mit dem Anspruch Erkenntnis zu sein auftritt, nichts weiter als Bekenntnis des jeweiligen Verfassers ist.

Diese Kritik an der Phänomenologie ist zu dem Zweck unternommen, um den allein wertvollen Ansatzpunkt für Möglichkeitsbetrachtungen zu gewinnen. Daneben will Driesch aber auch an einem bedeutenden Beispiel aus der zeitgenössischen Philosophie zeigen, wie sehr die Grundforderung, unter der philosophisches Denken steht, mißachtet wird. Er gibt noch andere Beispiele für das methodische Ungenügen vieler heute weitverbreiteter Richtungen. Es ist keine Frage, daß Driesch mit seiner Kritik im wesentlichen recht hat. Aber sie wird nicht viel Erfolg haben, das ist das Niederdrückende. Wenn man die Darlegungen Driesch' liest, so verstärkt sich fast von Seite zu Seite der Eindruck: Hier redet der Vertreter einer hohen philosophischen Kultur, von der man immer weniger wissen will. Die Gedankenbildungen, denen das Interesse der Gegenwart gehört, lieben das Halbdunkel.

Totenliste

Am 27. Oktober 1930 erschloß sich, zusammen mit seiner Gattin, in seinem Landhaus in Bayrisch Gmain der Mathematiker *Max von Pidoll*, der vor seiner Berufung an die Universität Innsbruck stand und bis dahin als Privatgelehrter gearbeitet hatte. Er ist 43 Jahre alt geworden. Krankheit soll die Ursache des Selbstmords gewesen sein.

In Paris starb Ende Oktober der frühere Rektor der Sorbonne, der Mathematiker *Paul Appell*, im Alter von 75 Jahren. Seine Arbeiten waren vor allem den Problemen der Höheren Mathematik gewidmet. Appell war Elsässer, hatte für Frankreich optiert, war Mitglied der Französischen Akademie der Wissenschaften und Offizier der Ehrenlegion.

Mitte November starb in Erlangen, wo er lange als Ordinarius der Philosophie gewirkt hatte, *Paul Hensel*, im Alter von 71 Jahren. Er gehörte zu den eigenartigsten Persönlichkeiten unter den zeitgenössischen Philosophen. Er wirkte als Fortbildner der Kantischen Lehre, als Anhänger der sogenannten Südwestdeutschen Schule Windelband-Rickerts. In ihm verbanden sich noch einmal Romantik und Aufklärung. Er war ein Nachkomme Moses Mendelssohns. Sein Großvater war der Maler Wilhelm Hensel,

der Freund E. Th. A. Hoffmanns. Von diesen Männern her lebten Eindrücke in seinem Blut. Von seinen Arbeiten seien folgende genannt: *Ethisches Wissen und ethisches Handeln* /1889/, *Carlyle* /1900/, *Hauptprobleme der Ethik* /1903/, *Rousseau* /1907/. In einem von Ernst Hoffmann und Heinrich Rickert zu Hensels 70. Geburtstag herausgegebenen Band *Kleine Schriften* ist eine Fülle anregender Gedanken zu den verschiedensten Themen niedergelegt. Paul Hensel hat auch als Lehrer Außerordentliches durch den Reichtum und die Originalität seiner Persönlichkeit gewirkt.

Ende November starb in Greifswald, im Alter von 58 Jahren, *Sophus Hochfeld*, ein Verkünder der Rehmkeschen Grundwissenschaft und Ehrenvorsitzender der Johannes-Rehmke-Gesellschaft. Er gab in mehreren Arbeiten eine Darstellung der Rehmkeschen Philosophie. Außerdem hat er ein umfangreiches Deutsches Wörterbuch herausgegeben.

Kurze Chronik Im Januar hielt an der Berliner Universität der Mathematiker Kurt Hensel, der

Bruder des jetzt verstorbenen Philosophen Paul Hensel, von der Universität Marburg, mathematische Gastvorlesungen, und zwar über die *p-adischen Zahlen*, deren Theorie er selbst geschaffen hat. Hensel gehört noch zu den Schülern des Berliner "Dreigestirns" Karl Weierstraß, Leopold Kronecker, Ernst Kummer. ◊ Den seit 1923 verwaisten Lehrstuhl Ernst Troeltsch' an der Universität Berlin übernimmt *Nicolai Hartmann*, bisher Ordinarius der Philosophie in Köln. Hartmann war früher Paul Natorps Nachfolger in Marburg und gehörte nunmehr seit 5 Jahren dem Lehrkörper der Universität Köln an. Seine zahlreichen Veröffentlichungen erstrecken sich auf die Gebiete der Erkenntnistheorie, Ethik und Ontologie. ◊ Der Privatdozent *Erich Hochstetter* wurde außerordentlicher Professor in der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin. Hochstetter hatte sich 1927 mit Studien über den Scholastiker Wilhelm von Occam habilitiert. In der großen Leibnizausgabe der Berliner Akademie gab er den philosophischen Briefwechsel heraus. ◊ Ordinarius der Philosophie in Münster, als Nachfolger Max Ettlengers, wurde *Peter Wust* aus Köln. ◊ Auf den Lehrstuhl für Höhere Mathematik am Züricher Polytechnikum wurde der Berliner Privatdozent *Heinz Hopf*, als Nachfolger Hermann Weyls, berufen.

Literatur

Das neue Buch *Werner Gents Die Raum-Zeit-Philosophie des 19. Jahrhunderts* /Bonn, Friedrich Cohen/ ist die Fortsetzung seines Werks über die Geschichte des Raum-Zeit-Problems von den ältesten Zeiten bis Leibniz und Wolff, das 1926 erschien (siehe diese Rundschau, 1927 I Seite 487). Mit diesen beiden Bänden haben wir eine Geschichte eines der wichtigsten philosophischen Probleme, wie wir sie noch nicht hatten. Mit unendlicher Gelehrsamkeit ist alles zusammengetragen, was hierher gehört; äußerst mühselige Detailuntersuchungen, die aber hier sehr nötig sind, wurden nicht gescheut. Der 2. Band beginnt mit dem jungen Kant und reicht bis in die unmittelbare Gegenwart; Bernhard Riemann, Albert Einstein und Hermann Weyl werden gerade so eingehend und verständnisvoll behandelt wie die verschiedenen Philosophenschulen und Einzeltäter wie Oswald Spengler. Der systematische Gewinn der ganzen Untersuchung, über deren philosophiegeschichtliche Bedeutung nicht leicht ein Wort zu viel gesagt werden kann, ist die Einsicht, daß das Raum-Zeit-Problem überhaupt nicht von einem einzigen, und sei es noch so umfassenden, Standpunkt aus gelöst werden kann, sondern daß die Totalität der philosophischen Idee hier in einem bestimmten Problem uns entgegentritt. ◊ Wagner und Nietzsche, ihr Kampf gegen das 19. Jahrhundert, nennt *Kurt Hildebrandt* sein Buch /Breslau, Ferdinand Hirt/. In 3 Teile gliedert sich die Untersuchung: Wagners Kampf gegen sein Zeitalter, Wagner und Nietzsche im Bunde, Nietzsche im Kampf gegen Wagner und das 19. Jahrhundert. Die Darstellung verläuft im allgemeinen biographisch, aber sie ist immer prinzipiell gemeint. Der Verfasser ist ein Vertreter des Georgekreises, was vielen Partien des Buchs eine besondere Bedeutung gibt. Es liegt nahe an das Nietzschebuch des ebenfalls dem Georgekreis angehörenden Ernst Bertram zu denken. Während bei Bertram aber die Gestalt Nietzsches zum Symbol für den Gegensatz zum 19. Jahrhundert gemacht wird, und eigentlich nur die gegensätzliche Haltung Nietzsches zu seiner Zeit deutlich wird, zeigt sich in dem Buch Hildebrandts Nietzsche in seiner mannigfachen positiven und negativen Stellung zu seiner Zeit, und der Kampf gegen seine Umwelt ist bei Nietzsche vielfach ein Kampf, der sich in ihm selbst vollzieht. ◊ Von *Georg Foerster* liegt eine kleine kulturphilosophische Untersuchung unter dem

Titel *Machtwille und Maschinenwelt* vor /Potsdam, Alfred Protte/. Es wird sehr anschaulich gezeigt, wie zu Anfang des 19. Jahrhunderts ein neuer Menschentypus aufkommt, für den die Maschine symbolischer Ausdruck ist. Kants transzendentaler Idealismus erscheint dem Verfasser für die geistige Gestaltung des 19. Jahrhunderts folgenreicher als Goethe, der »zeitloser« sei. Die Autonomie der Vernunft Kants steigere sich bis zu Nietzsches Willen zur Macht. In der Welt der Technik und Wirtschaft gebe es die Charaktere, die »dem Ethos der heraufkommenden autonomen Menschenwirklichkeit« entsprechen. Die geschichtlichen Zusammenhänge, in die der Verfasser den Menschentypus der Maschinenwelt stellt, sind richtig gesehen.

Exakte Naturwissenschaften / Wladimir Lasarew

Goldstein † Am 25. Dezember 1930 starb in Berlin Eugen Goldstein. Seinen 80. Geburtstag hatten die Naturforscher erst vor kurzem bei der Tagung in Königsberg durch besondere Festvorträge gefeiert. Es ist wohl allgemein bekannt, daß Eugen Goldstein, ein Schüler Hermann Helmholtz', 1886 die Kanalstrahlen entdeckt hat. Er berichtete darüber in einer klassisch gewordenen Abhandlung, betitelt Über eine noch nicht untersuchte Strahlungsform an der Kathode induzierter Entladungen. Er war dann mehrere Jahre Physiker an der Berliner Sternwarte. Seit 1898 arbeitete er in seinem Privatlaboratorium.

Es dürfte angebracht sein im Anschluß an diese biographischen Daten über einige neuere Anwendungen der Kanalstrahlen zu berichten, die die Tragweite der Entdeckung Eugen Goldsteins eindringlich klarlegen. Kanalstrahlen sind bekanntlich eine Korpuskularstrahlung, bestehend aus ionisierten und neutralen Atomen und Molekülen, die sich mit hohen Geschwindigkeiten bewegen. Man hat in ihnen ein sehr wichtiges experimentelles Hilfsmittel, das bereits zu mancher schönen Erkenntnis in Physik und Chemie geführt hat. So gelang es bei der Kanalstrahlenforschung, um nur einige zu erwähnen, die Existenz unbeständiger Zwischenprodukte, zum Beispiel der 3atomigen Wasserstoffmolekel, nachzuweisen und eine Trennung chemisch gleichwertiger Elemente verschiedener Atomgewichts (Isotope) vorzunehmen. Die Kanalstrahlenanalyse (Massenspektrographie) ergab sichere Anhaltspunkte für die heutigen Vorstellungen

gen über den wahren Sinn des periodischen Systems und den Aufbau der Elemente. Der Massenspektrograph scheint zum genauesten Instrument für die Atomgewichtsbestimmung zu werden. Auch zum Verständnis der Lichtemission hat die Kanalstrahlenforschung viel beigetragen. Schon Goldstein hatte die schönen Lichterscheinungen studiert, die beim Durchgang der Kanalstrahlen durch Gase auftreten. Die Färbung der Kanalstrahlen erwies sich entsprechend dem Füllgas der Entladungsröhre verschieden, und die spektroskopische Untersuchung ergab die charakteristischen Spektren dieser Gase. Johannes Stark wies im Jahr 1905 nach, daß das von Kanalstrahlen ausgesandte Licht den Dopplereffekt zeigt. Durch diese Versuche war bewiesen worden, daß die Atome Zentren der Lichtemission sind. Die Aufspaltung der Spektrallinien im elektrischen Feld, der Starkeffekt, wurde erst durch Verwendung der Kanalstrahlen als Lichtquelle 1913 ermöglicht. Auf ein Problem von großer physikalischer Bedeutung, das sich ebenfalls wohl am besten mit Hilfe von Kanalstrahlen lösen läßt, wies 1926 Albert Einstein hin: auf die Frage nach der Natur des elementaren Strahlungsakts. Als Grundlage sollten gewisse von Einstein vorgeschlagene Interferenzversuche mit Kanalstrahlen als Lichtquelle dienen. Es müßte sich dabei entscheiden lassen können, ob die Lichtemission ein momentaner Vorgang ist oder eine gewisse endliche Zeit erfordert. Sichere Ergebnisse lieferten Kanalstrahlen bei der Erforschung von elementaren Stoßprozessen, die sich beim Zusammenstoß von elementaren Teilchen abwickeln. Die Erscheinungen beim Durchgang der Kanalstrahlen durch Gase von meßbarem Druck, das heißt nicht im Hochvakuum, sind recht verwickelt. Die korpuskularen Träger der Ladungen erleiden auf ihrem Weg durch das Versuchsgas Wechselwirkungen mit dessen Molekülen respektive Atomen. Diese Wechselwirkungen bestehen in Energie- und Ladungsübertragung. (Als erster hatte diese Umladungserscheinungen Wilhelm Wien untersucht (siehe diese Rundschau, 1929 I Seite 441).) Eine ernste Beachtung verdienen schließlich Versuche, die zum Ziel haben Protonen- und α -Strahlen durch Verwendung von Höchstspannungen herzustellen. Man ist bereits imstande an Vakuumröhren Spannungen von einigen Millionen Volt zu erzeugen. Das geschieht entweder mit Hochspannungstransformatoren von riesigen Di-

mensionen (der Arbeitsraum hat dabei eine Höhe von 15 Meter) oder, neuerdings, mit sehr langen unterteilten Cooldgeröntgenröhren. Der stetige Übergang der Kanalstrahlen zu den Strahlen des radioaktiven Zerfalls ist somit nur noch eine Frage der Zeit, und eine Atomzertrümmerung mit hoher Ausbeute erscheint daher prinzipiell gesichert.

Protonen

Nach den neueren Anschauungen bestehen die Atomkerne aus Protonen und Elektronen, also aus 2 Arten von Teilchen, die sich durch ihre Masse und das Vorzeichen der Elementarladung von einander unterscheiden. Das führt zu einer dualistischen Theorie der Materie und enttäuscht die Erwartungen aller, die einen einheitlichen Aufbau der Materie begrüßt hätten. Zwar häufen sich immer mehr Anzeichen dafür, daß dieser alte Traum der Philosophen der Wirklichkeit nicht entspricht, und doch ist eine Betrachtung bedeutungsvoll, die in neuester Zeit P. A. M. Dirac angestellt hat, und die im Prinzip ermöglicht Protonen und Elektronen als verschiedene Manifestationen der gleichen Partikelart aufzufassen. Den Ausgangspunkt der Überlegung Diracs bildet die relativistische Energiegleichung für ein geladenes Teilchen. In dieser tritt die kinetische Energie W quadratisch auf, und es erfüllen die Gleichung daher sowohl positive wie auch negative Werte für W ; dementsprechend soll es Raumzeitlinien auch mit negativer kinetischer Energie geben. Nach der klassischen Theorie wäre das sinnlos; denn W mußte sich danach kontinuierlich verändern und konnte nicht kleiner werden als das (positive) Produkt aus der Ruhemasse und dem Quadrat der Lichtgeschwindigkeit (Ruheenergie). Nach der Quantentheorie dagegen sind unstetige Änderungen (Sprünge) einer dynamischen Größe erlaubt; die Berechnung zeigt, daß W sicherlich Übergänge von positiven zu negativen Werten macht, und wir werden vor die Notwendigkeit gestellt für Zustände negativer Energie eine physikalische Deutung zu suchen. Eine wellenmechanische Betrachtung lehrt, daß sich im elektromagnetischen Feld ein Elektron mit negativer Energie so bewegt wie ein positiv geladenes Teilchen mit gleich großer positiver Energie. Man ist zunächst versucht zu sagen, diese Elektronen mit negativer Energie seien eben Protonen. Dies ist aber deshalb nicht möglich, weil Protonen gewiß eine negative Energie nicht haben können. Der

Zusammenhang zwischen Elektronen von negativer Energie und Protonen läßt sich, nach Dirac, angeben, wenn man bedenkt, daß Elektronen dem Pauli-Prinzip gehorchen, wonach in einem definierten Quantenzustand nicht mehr als 1 Elektron ständig verweilen kann. Nun ist bei endlicher Energie in einem gegebenen Volumen nur eine endliche Anzahl Quantenzustände möglich, also auch nur eine endliche Zahl von Elektronen. Angenommen, die Zahl der Elektronen mit negativer Energie hätte bereits ihren (endlichen) Höchstwert erreicht, es blieben aber noch einige Stellen negativer Energie frei. Diese "Höhlungen" könnten zum Verschwinden gebracht werden, wenn zu ihrer Ausfüllung noch weitere Elektronen von negativer Energie, also negative Energiebeträge, vorhanden wären. Daraus folgt, daß den Höhlungen selbst eine positive Energie zugeschrieben werden muß. Eine Höhlung bewegt sich nun in einem elektromagnetischen Feld so wie das Elektron von negativer Energie, das sie ausfüllen würde, und ein solches führt, wie wir vorhin gesehen haben, eine Bewegung aus wie ein gewöhnliches, positiv geladenes Teilchen von positiver Energie. Es liegt daher nahe eine derartige Höhlung, die nur eine Abweichung von der Gleichmäßigkeit der Elektronenverteilung ist, als Proton anzusehen. Abgesehen von manchen Schwierigkeiten, auf die diese Theorie stößt, läßt auch sie die Massenverschiedenheit des Protons und des Elektrons um den Faktor 1840 unerklärt.

Struktur- forschung

In einem im Journal de Physique veröffentlichten Artikel berichten *Jean Thibaud* und *Jean Jacques Trillat* über

Streuung von Röntgenstrahlen in Flüssigkeiten. Es wurde angestrebt ein möglichst fehlerfreies Verfahren zur Untersuchung der Struktur von Flüssigkeiten mittels Röntgenstrahlen aufzufinden. Es war schon vorher bekannt, daß, wenn man eine kleine Menge einer Flüssigkeit in den Strahlengang eines einfarbigen Röntgenstrahlenbündels bringt, man auf einer dahinter aufgestellten photographischen Platte einen oder mehrere Schwärzungsringe erhält. Eine Deutung dieser Aufnahmen ist noch nicht restlos gelungen; es läßt sich aber mit einiger Sicherheit behaupten, daß der intensivste Ring durch Streuung an den Molekülen zustande kommt. Aus theoretischen Erwägungen richteten nun Thibaud und Trillat die Untersuchung der Oberflächenstruktur hauptsächlich auf orga-

nische Verbindungen mit langer Kohlenstoffkette, wie man sie in den aliphatischen Reihen (Fettsäuren, Alkohole, Kohlenwasserstoffe, Triglyzeride usw.) antrifft. Sie bedienten sich dabei einer von ihnen ersonnenen geistreichen Reflexionsmethode des aufsitzenden Tropfens, die im Prinzip dem Drehkristallverfahren analog ist. Die flüssige oder geschmolzene Substanz wird auf ein kleines Tischchen gebracht, wobei der so erhaltene Tropfen eine mehr oder minder stark gekrümmte Oberfläche aufweist, je nach der Oberflächenspannung. Man bringt diesen Tropfen in den Strahlengang des durch einen Spalt ausgeblendeten Röntgenstrahlenbündels. Infolge der Krümmung der Oberfläche des Tropfens hat man nun von selbst, ohne den Apparat drehen zu müssen, eine Reihe von Einfallswinkeln. Die Untersuchungen haben gezeigt, daß die Oberfläche eines erstarrten Tropfens einer Fettsäure oder eines Triglyzerids aus Schichten zusammengesetzt ist, die einander parallel sind. Man hat verfolgen können, wie sich die molekulare Orientierung mit fortschreitendem Eindringen in die feste Substanz ändert, und zwar wird sie mit wachsender Entfernung von der freien Oberfläche immer unvollkommener, um schließlich in völlige Unordnung überzugehen. Auch die Oberflächenstruktur reiner Flüssigkeiten läßt sich beschreiben: Die einzelnen Moleküle sind senkrecht zur Trennungsfläche Flüssigkeit-Luft angeordnet und außerdem (ziemlich unvollkommen) in parallelen Schichten von einander getrennt; sie pendeln von oben nach unten und führen gleichzeitig Schwingungen aus, die diese Orientierung immer mehr verwischen, je weiter man in das Innere der Flüssigkeit eindringt. Allmählich geht diese Verteilung durch die Wärmebewegung verloren, um im Innern des Tropfens endgültig aufzuhören. Die Oberfläche einer Flüssigkeit, Sitz der Oberflächenspannung und anderer wichtiger Eigenschaften, nimmt also auch strukturmäßig eine ausgezeichnete Stellung ein.

Gemeinver- ständliche Schriften

Karl Darrows elementare Einführung in die *Wellenmechanik*, übersetzt und ergänzt von Eugen Rabinowitsch, mit einem Vorwort von Erwin Schrödinger versehen /Leipzig, S. Hirzel/, hat alle Vorzüge der englischen Art wissenschaftliche Dinge darzustellen. Das etwa 100 Seiten umfassende Büchlein macht den Leser an elementar gewählten Beispielen zunächst mit den für die Wellenmecha-

nik so wichtigen Begriffen wie Eigenwert und Eigenfunktion vertraut. Darauf folgt, im wesentlichen, eine Wiedergabe der Überlegungen Louis de Broglies und Erwin Schrödingers. Die von dem Übersetzer hinzugefügten Kapitel bringen eine Anwendung der Wellenmechanik auf Mehrkörperprobleme (Atome mit mehreren Elektronen, Deutung der Wasserstoffmolekel, Pauliregel). Im Grundsätzlichen ist diese eigenartige Einführung zuverlässig, wenn auch im einzelnen knapp; sie ist also unbedingt zu begrüßen.

Totenliste Mitte August 1930 starb in Wien der Mineraloge *Cornelio Doelter*, fast 80 Jahre alt. Er stand kurz vor dem Abschluß seines Handbuchs der Mineralchemie, an dem er seit 1912 arbeitete.

In Weilheim in Oberbayern starb Mitte November der ehemalige ordentliche Professor der Technischen Chemie an der Technischen Hochschule Berlin *Hermann Reisenegger*, im Alter von 69 Jahren. Er war ein Schüler Emil Fischers und 31 Jahre lang in den Farbwerken Meister, Lucius & Brüning in Höchst am Main praktisch tätig. 1915 ging er als Ordinarius für Technische Chemie nach Berlin.

In Wörishofen starb Ende Dezember der Mineraloge und Petrograph *Ernst Anton Wülfing*, kurz nach Vollendung seines 70. Lebensjahrs. Er hat nach einander an der Universität Tübingen, an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim, an der Technischen Hochschule Danzig, an den Universitäten Kiel und Heidelberg gelehrt und sich vor allem durch seine exakten Meßmethoden und Apparatkonstruktionen in der Mineralogie einen Namen gemacht.

Kurze Chronik In Amerika wurde eine *Kristalluhr* konstruiert, deren Wirkungsweise auf den piezoelektrischen Eigenschaften von Kristallen beruht, und die zur Kontrolle der Sternzeit verwendet wird. \diamond Der Direktor der Staatlichen Forschungsstelle für langfristige Wettervoraussage in Frankfurt *Franz Baur* wurde dort Honorarprofessor in der Naturwissenschaftlichen Fakultät. Er hat die Wetter- und Sonnenwarte in Sankt Blasien gegründet und jahrelang selbst geleitet. \diamond An der Universität Erlangen habilitierten sich *Alfred Rische* für Chemie und *Hans Kroepelin* für Physikalische Chemie; an der Universität Freiburg *Wolfgang Seith* für Physikalische Chemie, *Rudolf Signer* für Chemie.

Literatur

»Man findet noch heute bei vielen Physikern mehr eine Art Glauben an die Richtigkeit der neuen Prinzipien denn ein klares Verständnis«, sagt *Werner Heisenberg* im Vorwort seines Buchs *Die physikalischen Prinzipien der Quantentheorie* /Leipzig, S. Hirzel/. Er will uns mit der Niederschrift seiner in Chicago gehaltenen Vorlesungen eben zu diesem Verständnis verhelfen, und wohl wenige sind in dem Maß dazu berufen wie der Entdecker der Unbestimmtheitsrelationen. Das Buch behandelt die Grundlagen der neuern Quantentheorie, Unbestimmtheitsrelationen, statistische Deutung der Quantentheorie und bringt in kurzer Zusammenfassung auch den zugehörigen mathematischen Apparat. Ein klares und nicht im geringsten langweiliges Buch. \diamond *Werner Bloch* übertrug *P. A. M. Diracs* Prinzipien der Quantenmechanik /Leipzig, S. Hirzel/; ein ausgezeichnetes Lehrbuch der modernen quantenmechanischen Transformationstheorie, an der Dirac sehr wesentlich mitgearbeitet hat. Die mathematische Sprache dieser Theorie weicht von der üblichen ab; daher wird vom Leser zunächst eine gewisse Ausdauer bei der Erlernung dieser neuen symbolischen Darstellungsweise erwartet. Aber die Mühe lohnt sich, denn Dirac zwingt zum Mit- und Nachdenken. Tiefgreifende Probleme der modernen Physik werden erörtert: Wahrscheinlichkeitsbetrachtungen, Dualismus der Elektrizität, Verschiedenheit der Masse von Protonen und Elektronen. »Dennoch ist und bleibt die Mathematik nur ein Werkzeug, und man muß lernen sich die physikalischen Begriffe und Gedanken auch ohne Bezugnahme auf ihre mathematische Form klar vor Augen zu stellen.« Ein geschulter Leser wird aus dem Buch Nutzen und Freude schöpfen. \diamond Die Monographie *Jean Jacques Trillats* *Les applications des rayons X* /Paris, Les Presses Universitaires de France/ führt den Untertitel *Physique-chimie-metallurgie* und gibt, nach einer allgemeinhinphysikalischen Einleitung, eine wertvolle Zusammenstellung der auf diesen Gebieten wichtigen oder interessanten Anwendungsmöglichkeiten der Röntgenstrahlen. Einiges aus dem Inhalt: Strahlenerzeugung, Schutzmaßnahmen, Röntgenspektrographie, Anwendung auf Metallforschung, Mineralogie, Kolloidchemie, organische Substanzen, Kunstseidenzellulose, Kautschuk, Flüssigkeiten. Die Anordnung des Stoffs ist übersichtlich, die Sprache mustergültig.

Religionswissenschaft / Theodor Siegfried

Christologie Der derzeitige Rektor der Universität Berlin Adolf Deißmann und der Bischof S. K. A. Bell von Chichester gaben zugleich in deutscher und englischer Ausgabe ein Sammelwerk *Christologische Studien* heraus, an dem 12 deutsche und englische Theologen beteiligt sind. Das Werk *Mysterium Christi* erschien deutsch im Furcheverlag in Berlin. Aus den Arbeiten seien einige herausgegriffen. Der Tübinger Neutestamentler *Gerhard Kittel* behandelt das Thema *Der historische Jesus*. Kittel betont in einer für die Gegenwart besonders dringlichen Weise, wie das spezifische Interesse am geschichtlichen Faktum durch die neutestamentliche Literatur hindurchgeht. Eindeutig wird es abgewiesen »sturmfreie« Bezirke des historisch Erkannten festzuhalten. »Alles ist aufgelockert, nirgends ist ein schlechthin fester Punkt.« Dennoch bekennt sich der Verfasser zu der Formel: »Der historische Jesus — der Christus des Glaubens.« »Nur der Glaube vermag die Arbeit der historischen Methode an diesem Punkte zu deuten und zu Ende zu führen.« Man fragt sich, ob der Verfasser mit dieser Bestimmung nicht schon zertrennt, was er selber gerade nicht »auseinanderreißen« will sondern für »untrennbar« hält. In dem Zitat erscheint der Glaube gar zu leicht als eine höhere Schicht über der "profanen" wissenschaftlichen Betrachtung. Statt dessen bestände die andere Möglichkeit, daß eo ipso alle Wirklichkeit gläubig oder ungläubig angesehen wird. Das bedeutet natürlich alles andere als eine besondere "pneumatische" Methode. Nur jenes vom Verfasser angedeutete Stufenschema ist anzuzweifeln. Auch an der gläubig angeschauten Wirklichkeit Christi bleibt die historische Einzelheit zweideutig. Nur dies kann der Glaube meinen: im Gefäß dieser unbestreitbar und unaufheblich zweideutigen und problematischen Wirklichkeit die Eindeutigkeit des göttlichen Anspruchs zu vernehmen. Diese Kritik betrifft mehr die Form als den Sinn der Ausführungen des Verfassers. Denn den Satz, »daß der Christus des Glaubens nicht existiert, Schall und Rauch ist ohne die Tatsächlichkeit des historischen Jesus«, möchte man nach Maßgabe der sonstigen Ausführungen des Verfassers unterschreiben, vorbehaltlich also des oben über die Relativität aller historischen Erkenntnis Gesagten, und das hieße speziell in dem genannten

Satz: ohne die Tatsächlichkeit des immer zweideutigen Historischen, das nur je nach Maßgabe der wissenschaftlichen Methode fixiert werden kann und sich uns als »historischer Jesus« darstellt. Der Marburger Systematiker *Heinrich Frick* geht über die zumeist an der Historie orientierte Fragestellung der Verfasser zu einem metaphysischen Problem über, der »verborgenen Herrlichkeit Christi und ihrer künftigen Enthüllung«. Zwar möchte er von seiner Anschauung das Epitheton *Metaphysik* fernhalten. Er glaubt dies durch einen neuen Zeitbegriff bewerkstelligen zu können. Nicht um ein verborgenes Jenseits sondern um eine verborgene Zukunft soll es sich handeln. Aber der Verfasser kann nicht umhin von einer »Kondeszendenz des Vaters in den gegenwärtigen Aon hinein« zu reden. Was erst hineinkommt, muß doch wohl von jenseits herkommen. Auch Fricks Ausführungen machen nicht einsichtig, inwiefern man das Wort *Gott* nennen kann, ohne etwas *Metaphysisches* zu bezeichnen, es sei denn, daß er nur eine zeitindifferente *Metaphysik* im Auge hat, was aber nicht im Begriff der *Metaphysik* liegt. Dieser Gefahr durch antithetische Formulierung die eigne Sache zu gefährden scheint *Frick* nicht ganz entgangen. Wenn die Enthüllung der Herrlichkeit Christi in eine Verwandlung von Himmel und Erde gerückt wird, so dürfte das ja in eminentestem Maß $\muετὰ τὰ φυσικά$ sein. So handelte es sich nur um einen Wortstreit, wenn nicht jene Abweisung der *Metaphysik* geradezu einer unkritischen *Metaphysik* die Bahn eröffnete. Das Prinzip einer unumkehrbaren, einmaligen Sinnhaftigkeit des zeitlichen Geschehens fordert das nicht. Vielmehr könnten a) begrenzte Geschichtsabläufe ihre Erfüllung finden, ohne daß der Weltbestand je aufhört, und es könnte b) ein unendlicher Verlauf durchaus vor dem Göttlichen als geschlossene Sinn-einheit dastehen, wie schon Augustin mit seiner Kritik sah: *infinitam Dei scientiam posse comprehendere*. Die Grenze der Anschauung des Verfassers zeigt sich in seinen ethischen Konsequenzen: Alles Handeln soll nach ihm »Verkündigung«, nicht »Schaffen« sein. *Frick* kann sich hier auf einen breiten Strom der Gegenwartstheologie von *Karl Barth* bis *Paul Tillich* berufen. Es sei daher die Gelegenheit benutzt an dieser Stelle zu dieser Gesamtströmung Stellung zu nehmen. So eindrücklich die genannte These gegenüber einem *Enthusiasmus* ist, der jetzt und hier das Reich Gottes ver-

wirklichen will, so anfechtbar ist sie aus der Voraussetzung Fricks selbst. Wenn es sich um die *eine* Wirklichkeit handelt, in der wir handelnd leben, dann müßte es doch auch einfach auf den konkreten schlichten Dienst ankommen, den wir leisten. Heute wird er gar zu gern symbolisch verflüchtigt. Frick tut das, indem er alleiniges Gewicht der von uns nicht zu machenden Zukunft zuspricht. Dabei entwertet er aber "pietistisch" sowohl die Geschichte wie den an anderer Stelle von ihm betonten Entscheidungscharakter des Jetzt. Ohne hinzutretende Metaphysik der Zeit ist der Zeitbegriff allzu leicht ein Wachs, das so und so geknetet werden kann. Die Zeit ist längst ein theologisches Modewort geworden. Also wird es hier der geschärften Analyse bedürfen. Charakteristisch für Frick ist das scharfe Abrücken von der Tendenz der dialektischen Theologie den christlichen Zukunftsgedanken in die Gegenwartsentscheidung aufzulösen, dankenswert, daß das theologische Problem der Zeit von ihm neu gestellt wird.

Kirchliche Neu- Der Tübinger Religions-
bildungen historiker Jakob Wilhelm Hauer ist Herausgeber der Zeitschrift *Kommende Gemeinde* /Leipzig, C. L. Hirschfeld/. Deren letztes Oktoberheft ist der Frage der Kirche gewidmet: Die religiöse Krise der Gegenwart und die Kirche. Es handelt sich zum Teil um Referate, die in dem die Zeitschrift tragenden Kreis auf einer Tagung gehalten wurden. Charakteristisch ist die offene und ernste Auseinandersetzung zwischen den gegensätzlichen Auffassungen. Hauer hat an die Kirche die Frage gerichtet, ob sie es tragen könne, wenn Christus nur als ein Heilsweg unter anderen, Jesus nur als ein Heilbringer neben anderen anerkannt wird. Konrad Hoffmann antwortet mit einem Referat über die Notwendigkeit der Kirche: Bekenntnis darf und wird nimmer Gesetz sein; die organisierte Kirche ist nur Werkzeug der »unsichtbaren« Kirche des Dienstes im Leben. Das Gepräge geformter Frömmigkeit soll nicht verwischt, aber die Erkenntnis des letzten Gemeinsamen in aller echten, das heißt erlebten und gelebten Frömmigkeit aufgesucht werden. Für Herrmann Schafft ist der Sinn der Kirche Hinweis zu sein für die göttliche Wirklichkeit: »Wir brauchen einen Ort, an dem wir solche letzte Wahrheit, die uns begnadet und eint, vernehmen und hören.« Das umfangreiche Heft ist ein

tief verantwortliches und ergreifendes Dokument für das Suchen und Ringen einer jungen Generation, die sich von den kirchlichen Fesseln unter allen Umständen lösen will und gerade darum nach der Kirche sucht, die Freiheit und Glauben eint. Für die Zeit des Suchens ist die Sehnsucht nach einer unorganisierten, jeglichen Zwang zurückweisenden Gemeinschaft charakteristisch, und es gilt dieses Hinausstreben über die organisierte Kirche in seinem ganzen Ernst zu verstehen. Auf der andern Seite findet sich nirgends ein leichtherziges Lossagen von der Kirche. Am kritischsten hat Hauer selbst die Frage gestellt, ohne daß eine Antwort gefunden wäre. Sie kann auch schwer von einem einzelnen endgültig gegeben werden. Aber die Bahn zur Auseinandersetzung muß freigehalten werden. Vor zirka 100 Jahren stellte sich Schleiermacher auf den Standpunkt die rationalistischen Theologen zu fragen, obzwar ihre Theologie unhaltbar sei. Heute genügt die praktische Lösung nicht. Es muß zu einer Klärung kommen, wie die evangelische Kirche ihr Christusbekenntnis versteht und verstehen muß.

Alle 10 Jahre tritt eine Bischofskonferenz der Church of England zusammen; die Lambethkonferenz. Ihre Verhandlungen von 1930 waren nach 3 Richtungen wichtig. Zugestanden wurde die Bildung einer selbständigen südindischen christlichen Kirche, in der die indischen Glieder der Church of England aufgehen. Damit wurde für den Missionsboden Indiens eine kirchliche Neubildung eröffnet. Also die Church of India ist nicht mehr Glied der Church of England. Dann wurde gegenüber den Presbyterianern Englands die Unaufgebbarkeit des Episkopats betont; sie ist, wie der Vorsitzende des Genfer Sozialen Ausschusses der Stockholmbewegung Adolf Keller es bezeichnet, zum Glaubensartikel geworden. Schließlich wurden offizielle Verhandlungen mit der griechisch orthodoxen Kirche zwecks einer Einigung begonnen. Kritische Berichte über die Lambethkonferenz, auch von ihrem Leiter, dem Erzbischof von York, finden sich in der *Review of the Churches* /London, Eyre & Spottiswood/.

Veranstaltungen Vom 30. August bis zum 3. September 1930 tagte in Salzburg der *Katholische Akademikerverband*. Christus im Berufsleben des modernen Menschen war das Thema der Tagung, die der Abt von Maria Laach, Ildefons von Herwegen, eröffnete.

Vom 30. August bis zum 5. September tagte in Cherbres der *Ökumenische Rat für Praktisches Christentum*, der sogenannte Fortsetzungsausschuß der Stockholmer Weltkirchenkonferenz.

Am 17. September trat in Stuttgart der *Gustav-Adolf-Verein* zusammen, der sich seit dem Krieg zur größten Hilfsorganisation der evangelischen Auslandsdeutschen entwickelt hat. Er vereinigte bei der Eröffnungskundgebung der Tagung zirka 15 000 Teilnehmer. Themen der Besprechung waren die Propagandaarbeit des Vereins, die Lage des Protestantismus in Osteuropa und das reichsdeutsche Auslandsschulwesen.

Im Oktober tagte in Breslau der 3. *Deutsche Theologentag*, der sich zur speziellen Aufgabe gestellt hatte den Begriff Wort Gottes in Vorträgen der bedeutendsten Theologen zu klären. Rudolf Bultmann sprach über den Begriff des Wortes Gottes im Neuen Testament; er stellte dem alttestamentlichen Sprachgebrauch den griechischen Logosbegriff gegenüber, der vor allem Verstehen und Einsicht fordert. Hans Schmidt /Halle/ entwickelte in seinem Vortrag über das Wort Gottes im Alten Testament die geschichtliche Entwicklung des Begriffs. Über inneres und äußeres Wort in der reformatorischen Theologie sprach der Gießener Lutherforscher Heinrich Bornkamm, über evangelischen Glauben und das Wort Gottes Georg Wobbermin. Am letzten Sitzungstag wurden besonders die ökumenische Bewegung und ihre Aufgaben behandelt. Dazu sprach Arthur Titius; er sieht in der ökumenischen Bewegung, die eine Zusammenfassung der verschiedensten Völker und Konfessionen darstellt, einen neuen Weg zur Völkerverständigung und -verbindung. Den Schlußvortrag hielt Julius Richter; er sprach über den heutigen Kampf des Wortes Gottes um seine Weltgeltung.

In Padua soll zur Siebenhundertjahrfeier des Heiligen Antonius eine *Internationale Ausstellung Christlicher Kunst* veranstaltet werden. Sie wird Malerei, Skulptur, Graphik, Architektur und angewandte Kunst umfassen.

Totenliste

In Berlin starb Anfang August *Eduard Baneth*, der Orientalist an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums, im Alter von 75 Jahren. Baneth stammt aus Ungarn, war ursprünglich Rabbiner. Seine Hauptwerke behandeln Bibelforschung und textkritische Studien mittelalterlicher Theologie.

Mitte August starb in Berlin *Johannes Schneider*, im Alter von 73 Jahren. Sein besonderes Verdienst ist die Inaugurierung der kirchlichen Statistik. Fast 60 Bände des Schneiderschen Kirchlichen Jahrbuchs liegen heute vor. Schneider hat sich mit seiner neuen Disziplin je länger je mehr zur Anerkennung gebracht. Seit 1923 gab er auch noch laufend Kirchenstatistische Ergebnisse der Gegenwart heraus. Neben apologetischen Arbeiten interessiert die Schrift Bekenntniskirche oder Zweckverband? /1917/. Im September starb der langjährige ehemalige Professor der Theologie in Tübingen *Julius von Grill*, über 90 Jahre alt. Er lehrte in der Tübinger Evangelischtheologischen Fakultät von 1888 bis 1912. Er war besonders Kenner des Indischen, Persischen und Chinesischen. Zahlreiche Werke aus diesen Sprachen übersetzte er ins Deutsche.

Anfang Oktober starb in München der Jesuitenpater *Bernhard Dühr*, ein geborener Kölner, im Alter von 78 Jahren. Unter seinen zahlreichen Werken sind die bekanntesten die Geschichte der Jesuiten in den Ländern deutscher Zunge und die Jesuitenfabeln.

Ende Oktober starb in Wien der frühere Professor des Bibelstudiums des Alten und Neuen Testaments, der orientalischen Sprachen und der biblischen Altertumskunde an der Universität Innsbruck *Leopold Fonck*, im Alter von 65 Jahren. Er war zuletzt Leiter des Päpstlichen Bibelinstituts in Rom. Er beschäftigte sich besonders mit der Leben-Jesu-Forschung.

Mitte November starb in Tübingen der Kirchen- und Dogmenhistoriker der Evangelischtheologischen Fakultät *Gustav Anrich*, fast 63 Jahre alt. Er untersuchte den Einfluß des antiken Mysterienwesens auf das Christentum /1894/.

Kurze Chronik Das bischöfliche Generalvikariat in Mainz hat den katholischen Geistlichen der Diözese mitgeteilt, daß *Katholizismus und Hitlerpartei* unvereinbar seien, und daß daher Katholiken, die dieser Partei zugehörten, nicht zu den Sakramenten zugelassen werden könnten. In der Begründung heißt es unter anderm, daß die vom Nationalsozialismus propagierte Überschätzung der germanischen Rasse und Geringschätzung anderer Rassen unchristlich und darum auch unkatholisch sei. Das christliche Sittengesetz sei allgemein; es gelte für alle Rassen und Völker. ◊ Eine für die mohammedanische Religion wichtige Entdeckung

machte der syrische Pater Bulos Sbah in Ohmes. Es ist ein angeblich von dem Bischof Juhanna von Bosra, einem der Inspiratoren Mohammeds, herrührendes Dokument, das aus dem Jahr 647 stammt und von der *Geburt des Islams* handelt. ◊ Ende Oktober kehrte S. A. Mercer, der in Toronto /Canada/ über semitische Sprachen und Ägyptologie liest, von einer Forschungsreise aus Abessinien zurück, wo er nach *alten Bibelmanuskripten* forschte. Er will dort ein Bibelmanuskript entdeckt haben, das 200 Jahre älter ist als die bekannte Version, und daraufhin eine neue veränderte Ausgabe des Alten Testaments vorbereiten. Zunächst soll das Buch des Predigers Salomo in neuer Fassung von ihm veröffentlicht werden. ◊ Ein Exemplar jener *geheimen katholischen Bibeln*, die nicht in die Hände von Laien kommen sollten, fand man vor einigen Monaten in Kaiama. Sie soll aus dem Besitz Johannes Messenius' stammen, der in Kaiamaborg von Adolf II 20 Jahre hindurch eingekerkert war. Die Bibel ist im Jahr 1562 gedruckt und wurde im Stockholmer Reichsarchiv untersucht. Es fehlen nur 4 bis 5 Seiten aus der Mitte des Buchs. ◊ Das *Bedforder Stundenbuch*, ein Gebetbuch aus dem Anfang des 15. Jahrhunderts, war von Pierpont Morgan für 30 000 Pfund erworben worden; er hatte jedoch dem Britischen Museum den Rückkauf des berühmten Werks innerhalb eines Jahres zum gleichen Preis anheimgestellt. Nachdem die englischen Blätter Aufrufe zur Beschaffung der noch fehlenden Summen veröffentlicht hatten, ist der Rückkauf des wertvollen Dokuments gesichert, seine Verschleppung nach Amerika verhindert. ◊ Das Gebäude der ersten *Hochschule des Vatikans*, der Gregorianischen Universität, wurde Anfang November 1930 eingeweiht. Diese Universität ist nach modernen Prinzipien aufgebaut. ◊ In *Dorpat* wurde ein Lehrstuhl für Jüdische Wissenschaft geschaffen. ◊ Der Hallenser Systematiker *Georg Wehrung* wurde als Nachfolger Friedrich Traubs nach Tübingen berufen; er ist Mitherausgeber der Zeitschrift für Systematische Theologie. ◊ An der Frankfurter Universität wurde *Martin Buber*, der einen Lehrauftrag für jüdische Religionslehre und jüdische Ethik ausübt, zum Honorarprofessor ernannt. ◊ Den Lehrstuhl für Missionswissenschaft, der durch die Emeritierung Julius Richters frei wurde, übernimmt *Johannes Witte*, bisher außerordentlicher Professor an der Theologischen Fakultät

der Universität Berlin. ◊ Der Professor am Collegium Angelicum in Rom, *Alexander Horvath*, wurde zum Ordinarius der Theologie an der Universität Freiburg in der Schweiz berufen. ◊ Es *habilitierten* sich an der Universität Berlin Walther Künneth mit einer Antrittsvorlesung über das Wunder als apologetisch-theologisches Problem, an der Universität Freiburg Johannes Vincke für Kirchliche Rechtsgeschichte und Friedrich Stehmüller für Mittelalterliche Dogmengeschichte, an der Universität Salzburg Virgil Redlich für Geistesgeschichte mit einer Arbeit über Tegernsee und die deutsche Geistesgeschichte im 15. Jahrhundert; der Marburger Privatdozent für Kirchengeschichte Hans von Camphausen wurde Privatdozent an der Universität Göttingen.

Literatur

Die englischen Bekenntnisse im Kampf um die Aufhebung von Sklavenhandel und Sklaverei ist das Thema einer durch ausgearbeitetes Quellenstudium fundierten Arbeit *Adolf Lotz'*, betitelt Sklaverei, Staatskirche und Freikirche /Leipzig, Bernhard Tauchnitz/. Der Verfasser gibt eine eingehende Schilderung der englischen Antisklavereibewegung und kommt zu dem Resultat, daß die Bewegung insbesondere von den (nicht staatskirchlichen) Dissenters getragen wurde, die selber um ihre religiöse Freiheit und Gleichberechtigung rangen. Insbesondere tritt die Rolle der Quäker hervor. Nach außen hin offenbarte sich nur das Prinzip der Humanität, dem die staatskirchlich-konservative Gegenseite es absprach Recht und Gesetz bestimmen zu sollen. ◊ In der Religionswissenschaftlichen Bibliothek, begründet von W. Streitberg /Heidelberg, Carl Winter/, erschien in Lieferungen ein umfangreiches und viel debattiertes Werk Robert Eislers *Ἰησοῦς βασιλεὺς οὐ βασιλεύας*. Der Verfasser will die »messianische Unabhängigkeitsbewegung vom Auftreten Johannes des Täufers bis zum Untergang Jakobs des Gerechten« schildern. Er stützt sich dabei insbesondere auf eine slawische Josephusübersetzung, die authentisches Material über Jesus enthalten soll. Die Position Eislers ist stark umstritten; man vergleiche dazu die Arbeit des Pariser Neutestamentlers Maurice Goguel *Jésus et le messianisme politique*, in der *Revue Historique* 1929, sowie die Abhandlung Werner Georg Kümmels *Neue Bahnen in der Erforschung des Urchristentums*, in der *Christlichen Welt* 1930.

Hygiene / Lisbeth Berndt

Heilpädagogik Das in der Schriftenreihe

Natura /Stuttgart, Orient-
Okzident-Verlag/ veröffentlichte

Buch Das seelenpflegebedürftige Kind, herausgegeben von der Medizinischen Sektion der Freien Hochschule für Geisteswissenschaften am Goetheanum Dornach, gestattet auch dem nichtanthroposophisch Orientierten einen Einblick in die Art und Methodik der Heilpädagogik, wie sie von Rudolf Steiner begründet worden ist. »Dies geschah«, schreibt Ita Wegmann in ihrem Vorwort, »nachdem sich in der medizinischen und pädagogischen Tätigkeit die Notwendigkeit zeigte eine systematische Grundlage für eine solche Arbeit zu schaffen, in der Arzt und Pädagoge sich zusammenfinden konnten, um kranken und in der Entwicklung zurückgebliebenen Kindern genügend helfen zu können.«

Die ersten Versuche dieser Art wurden in dem Klinisch-Therapeutischen Institut in Dornach und seinem Kinderheim in Arlesheim bei Basel gemacht. Die Erfolge waren so gut, und das Bedürfnis nach dieser Art der Heilpädagogik war so groß, daß im Verlauf der letzten 7 Jahre neben dem Institut in der Schweiz 7 derartige Heime in Deutschland, 1 in England entstanden, und daß auch jetzt in Holland und Finnland Bestrebungen gleicher Art im Gang sind. Die Institute sind in der Sozialen Hilfe für Seelenpflegebedürftige Kinder zusammengeschlossen, sie unterstehen alle der Oberleitung Wegmanns, der Leiterin der Medizinischen Sektion am Goetheanum. Es werden dort kranke (natürlich nicht infektiös kranke) und in der körperlichen und seelischen Entwicklung zurückgebliebene Kinder in Pflege und ärztliche Behandlung genommen, sie werden von Ärzten, Heilpädagogen und dem notwendigen Pflegepersonal betreut. Für den anthroposophischen Arzt versteht es sich, wie Eberhard Schickler ausführt, von selbst, »daß die Krankheit in irgendeiner Weise ihre Beziehung hat zu dem Menschen, der sie durchmacht, und, wohl oder übel, sie überwinden muß«. »Und so ist es nicht merkwürdig, daß den Kindern ihre eignen Krankheiten zukommen«, daß sie in Verbindung stehen mit den Elementarkräften der Seele, den Temperamenten, daß das cholerische, das sanguinische, das phlegmatische, das melancholische Kind verschiedenartig disponiert ist für verschiedene Krankheiten und dementsprechend in ungleicher Art

von ihnen gepackt und nachwirkend beeinflusst wird: »So wie der Masernkranke sozusagen körperlich das Bild eines Melancholikers ist, der das Licht und die Nahrung verweigert und sich ganz von der Umgebung zurückzieht, so haben wir auch beim Scharlachkranken ein stark physiognomisches Krankheitsbild vor uns... Das entspricht dem Bild des Cholerikers. Das macht auch diese Erkrankung so gefährlich, weil alle formenden Kräfte direkt auf die Organe greifen. Daher rührt die Gefahr der Abszesse, der entzündlichen Nebenkrankungen an den Ohren, den Nieren usw., die bei keiner Krankheit so gefährlich sind wie beim Scharlach. Aber auch hier handelt es sich um das Herausführen aus der Krankheit; und auch hier liegen die Beobachtungen so, daß vorher widerspenstige, eigensinnige Kinder in der Rekonvaleszenz wie umgewandelt sind und Verständnis entwickeln, also gerade von der Temperamenteigentümlichkeit des Cholerischen geheilt erscheinen.« Auch konstitutionelle Entwicklungsstörungen werden in den Kreis der anthroposophischen Menschenlehre eingeordnet. Wenn Störungen in den von ihr unterschiedenen 4 Wesensgliedern eintreten: dem physischen Leib, dem Bildkräfte- oder Ätherleib, dem Empfindungs- oder astralischen Leib und der Ichorganisation, kommt es zu Entwicklungshemmungen im normalen Lebensablauf des Kindes. So hat man, nach Wegmann, »wenn die Bildkräfte über die Zeit hinaus als Wachstumskräfte im Kopfe wirksam bleiben, denjenigen Krankheitszustand, den man als Hydrokephalie oder Wasserkopf bezeichnet. Auch kann natürlich der Fall eintreten, daß die Wachstumskräfte im Kopfe zu schwach sind oder zu frühzeitig sich zurückziehen, dann können wir in den verschiedensten Graden dasjenige beobachten, was im extremen Fall die Mikrokephalie oder Kleinköpfigkeit ist; der Kopf verhärtet sich zu früh.«

Die konstitutionell kranken Kinder, die Erbgeschädigten, leben in den oben genannten Heimen zusammen mit den Milieugeschädigten, »Kinder, die wohl einen gesunden Organismus in die Erdenwelt mitbringen, in denen aber seelische Schäden durch die Umgebung, in der sie aufgewachsen sind, hervorgerufen worden sind. Es sind Kinder, die aus Unkenntnis oder Unverständnis für die herrschende Moralitätsordnung Dinge begehen oder begangen haben, die dieser herrschenden Ordnung widersprechen. Solche Ereignisse können aber nicht als

Unmoralitäten angesehen werden sondern müssen amoralisch gewertet werden. Die Kinder wissen im wahrsten Sinne des Wortes nicht, was sie tun.« So Franz Löffler in seinem Aufsatz Einiges über die künstlerische Betätigung bei seelenpflegebedürftigen Kindern. Alle diese Kinder leben in den Heimen in Gruppen zusammen, und die Erfahrung lehrt, nach W. L. Beck (Heilpädagogische Gruppenerziehung), »daß gerade eine solche Gruppe, in welcher Rowdies und Debile, Epileptiker und Haltlose, Kinder mit moral insanity und Schizophrenie zusammen erzogen werden, die besten Resultate ergibt«. Sicherlich spielt dabei eine ausschlaggebende Rolle die Harmonie des Milieus, in dem die Kinder leben. Pfleger und Erzieher sind nicht zufällig zusammengelassen sondern unterstehen einer Gleichartigkeit der Lebensauffassung, sind von der gleichen Idee erfüllt und dem gleichen seelisch Sicheinsetzen für die übernommene Aufgabe. Sie schaffen für die ihnen anvertrauten Kinder durch unmerkliches Beispielgeben eine Atmosphäre des Befreitwerdenskönnens und Befreitwerdens, als Grundlage für eine seelische Gesundung. Dadurch werden Triebkräfte freigemacht, die dann wiederum zur Überwindung physischer Hemmungen dienen können.

Innerhalb der Gruppenerziehung nehmen als Methoden der Heilpädagogik die künstlerischen Betätigungen einen großen Raum ein. Medikamentöse Darreichungen werden, wo sie notwendig sind, der anthroposophischen Heilmethode entsprechend gegeben. Malen, Modellieren, Schnitzen sind diagnostische und therapeutische Hilfsmittel, dann vor allem besonders die Musik mit ihrem Erleben in Harmonie, Rhythmus und Melodie, denn »beide, Mensch und Musik, urständen ja im Kosmos, und Tonmächte haben der-einst wirksam am Bau des ganzen physischen Organismus mitgeholfen«. So argumentiert Walter Hoffmann in einer Arbeit, die ein Beispiel für die heilpädagogische Verwendung von Leier und Glockenspiel gibt. Als ein ganz neuer Faktor ist von Rudolf Steiner in die Heilpädagogik die Heileurhythmie eingeführt worden, ein dem kranken Organismus angepaßter Zweig der eurhythmischen Bewegungskunst. Durch Bewegungen, deren Gesetzmäßigkeit dem menschlichen Organismus selber und besonders dem Sprach- und Lautsystem abgelautet ist, soll ein Heilmittel geschaffen werden, das in die Lebensfunktionen des Organismus heilend eingreift.

Für den nicht anthroposophischen Arzt ist es nicht leicht sich in die Gedankengänge der Heilpädagogik hineinzusetzen, und es ist schwer sich von ihrer Notwendigkeit und Heilkraft überzeugen zu lassen, weil rationelles Denken hierzu allein nicht ausreicht. Wegmann sagt in ihrem Vorwort, daß das, was bisher an Besserung und Heilung erreicht worden ist, das Vertrauen gegeben hat den eingeschlagenen Weg mit aller Intensität und mit allem Ernst weiter fortzusetzen. Das Bestreben einen wirklichen sozialen Organismus aufzubauen, den »Ausgestoßenen der Menschheit dennoch ein menschliches Zusammenleben zu ermöglichen und Heilung und Erziehung und sie dadurch doch wieder der Menschengesellschaft zuzuführen«, wie Werner Pache (Die seelische Entwicklung des Kindes und seine Behütung vor krankmachenden Einflüssen) darlegt, ist es vielleicht am allermeisten, das dem begonnenen Werk seine sittliche Bedeutung gibt und auf die Heilpädagogik und ihre Erfolge aufhorchen läßt.

Brotfrage Das Brotgesetz vom 17. Juli 1930 bestimmt in seinem § 1: Unter Verwendung von Mahlerzeugnissen des Roggens darf nur Brot hergestellt werden, das enthält: 1. mindestens 97% Roggenmehl, das höchstens zu 60% ausgemahlen ist, oder 2. mindestens 97% Mahlerzeugnisse des Roggens, die, abgesehen von den Reinigungsverlusten, zu 100% ausgemahlen oder geschrotet sind, oder 3. mindestens 80% Roggenmehl, das höchstens zu 60% ausgemahlen ist, und höchstens 17% Weizenmehl oder Roggenschrot, wobei die Bestandteile aus Mahlerzeugnissen des Roggens und des Weizens zusammen mindestens 97% betragen müssen. Zusätze von Wasser, Hefe und Salz bleiben hierbei unberücksichtigt. Im § 3: Abgesehen von Gebäck bis zum Gewicht von 250 Gramm darf Brot der in § 1 Nummer 3 genannten Art gewerbsmäßig nur angeboten, feilgehalten, verkauft oder sonst in den Verkehr gebracht werden, wenn es in ungeteiltem Zustand als Mischbrot für den Käufer leicht erkennbar gekennzeichnet ist. Im § 8: Es ist verboten Roggen, der durch Eosin oder in sonstiger Weise als ausschließlich zur Viehfütterung bestimmt gekennzeichnet ist, oder Mahlerzeugnisse solchen Roggens zu anderen Zwecken als zur Viehfütterung zu verwenden oder in den Verkehr zu bringen. Die Bestimmungen dieses Gesetzes, dessen Geltungsdauer bis

zum 30. September 1932 befristet ist, dienen dazu den Roggenkonsum in Deutschland zu heben. Die Ausmahlungsgrenze ist in § 1 Absatz 1 und Absatz 3 von 70% auf 60% herabgesetzt worden, dem reinen Roggenbrot darf nicht mehr, wie bisher erlaubt, Weizenmehl zugesetzt werden; ein Mischbrot muß künftighin deutlich als solches gekennzeichnet sein und darf die beiden Mehlsorten nur im vorgeschriebenen Verhältnis enthalten.

Von den beiden Getreidearten, die als Brotbildner in Betracht kommen, wird Weizen zurzeit in einer jährlichen Weltmenge von ungefähr 130 Millionen Tonnen, Roggen in einer Menge von etwa 43,4 Millionen Tonnen geerntet; siehe Rubner Deutschlands Volksernährung, in der Sammlung Die Volksernährung /Berlin, Julius Springer/. Von diesen 43,4 Millionen Tonnen Roggen entfallen auf Europa 41,8 Millionen Tonnen, und hier wiederum sind die Hauptroggenproduktionsländer Rußland, Polen und Deutschland. In Deutschland wurden in den Jahren 1925 bis 1928 durchschnittlich jährlich 7,3 Millionen Tonnen Roggen geerntet und nur 3,3 Millionen Tonnen Weizen; siehe dazu Scheunert Der Vitamingehalt der deutschen Nahrungsmittel, in der oben genannten Sammlung. Die Verbrauchsmengen dagegen weisen ein ganz anderes Verhältnis auf. Die von dem Institut für Müllerei der Wanderausstellung Technik im Heim zur Verfügung gestellten Angaben ergeben, wie die Zeitschrift Die Volksernährung /Berlin, Rothgießer & Diesing/ am 20. Mai 1929 feststellte, folgendes Bild: Der Deutsche verbraucht wöchentlich 1030 Gramm Weizenmehl; das sind nach Abzug des Mehls für Haus- und Küchenzwecke 990 Gramm Weizenbrot. Es stehen ihm aber aus eigener Ernte wöchentlich nur 595 Gramm Weizenmehl zur Verfügung; das sind nach Abzug des Mehls für Haus- und Küchenzwecke 430 Gramm Weizenbrot. Es werden verbraucht täglich 150 Gramm Weizenbrot, es stehen aber täglich nur 60 Gramm Weizenbrot zur Verfügung. Der Deutsche verbraucht wöchentlich 1105 Gramm Roggenmehl, das sind 1470 Gramm Roggenbrot. Es werden also täglich 210 Gramm Roggenbrot verbraucht. Es stehen aber aus eigener Ernte zur Verfügung wöchentlich 1360 Gramm Roggenmehl, das sind 1810 Gramm Roggenbrot, also täglich 260 Gramm Roggenbrot.

Mengenmäßig spielt das Getreide auch heute noch in Deutschland die größte Rolle in der Ernährung des Menschen, es bestreitet etwa 40% des notwendigen

Gesamtnahrungsbedarfs, während zum Beispiel die Kartoffel etwa 12% liefert; den größten Anteil daran wiederum hat das Brot in seinen beiden Formen als Weizen- und Roggenbrot.

Von den körperaufbauenden Substanzen sind die Salze, auch Kalzium und Natrium, nur in geringen Mengen in beiden Getreidearten enthalten. Auch der Vitamingehalt des Brots spielt in der menschlichen Ernährung keine ausschlaggebende Rolle. Einen deutlichen Unterschied weisen Roggen und Weizen in ihrem Gehalt an Proteinen auf: Das Roggenkorn ist eiweißärmer und zellmembranreicher, außerdem steht auch das Eiweiß des Roggens in seiner Ausnutzbarkeit hinter dem des Weizens zurück. Die Eiweißmenge, die in Deutschland durchschnittlich täglich pro Kopf der Bevölkerung verbraucht wird, wird von Max Rubner, bei Zugrundelegung eines Durchschnittskörpergewichts von 45 Kilogramm, mit 87 Gramm berechnet. Eine tägliche Eiweißzufuhr von etwa 80 Gramm und etwas darüber wird im allgemeinen als optimalen Bedingungen entsprechend angesehen. Wie sich die Brotsorten, die einen Teil der Eiweißversorgung des Menschen decken, in ihrem Gehalt an Proteinen verhalten, ist in vielen schwierigen und langdauernden Versuchen untersucht worden. Roggenbrot ist eiweißärmer als Weizenbrot, das steht fest. Aber selbst wenn außerdem noch in Betracht gezogen wird, daß im Weizenbrot durchschnittlich etwa 83%, im Roggenbrot etwa nur 63% der Eiweißstoffe als verdaulich angenommen werden (siehe Scheunert Unser täglich Brot, in der Medizinischen Welt vom 19. Oktober 1929), steht doch nicht entfernt zu befürchten, daß durch einen erhöhten Gebrauch an Roggenmehl Störungen im Eiweißgleichgewicht des Organismus auftreten werden. Bei der heute in Deutschland allgemein üblichen gemischten Ernährungsform kann, selbst bei ärmlichster Ernährungsweise, ein durch erhöhten Roggenkonsum entstehendes Eiweißminus mit Leichtigkeit ausgeglichen werden: entweder durch andere eiweißhaltige Nahrungsmittel (Milch, Käse, Fleisch) oder durch eine entsprechend größere Menge von Roggenbrot, das billiger ist als Weizenbrot. Im übrigen darf man aber, wie Scheunert mit Recht betont, nicht nur das Eiweiß sondern das Brot als Ganzes betrachten, »so sind bei Weizenbrot etwa 80 bis 98%, bei Roggenbrot etwa 78 bis 95% vom Körper verwertbar. Das Roggenbrot ist also dann nur etwa

2 bis 3% schlechter gestellt. Das ist ein nur sehr geringer Unterschied, so daß man das Roggenbrot keineswegs als stark unterlegen bezeichnen kann.»

Die Ernährungsphysiologie sieht darum im Rahmen der üblichen gemischten Ernährungsform in einem erhöhten Konsum an Roggenmehl und Roggenbrot keine Gefahr einer unterwertigen Ernährung. »Alles in allem also«, sagt K. Thomas in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift vom 25. April 1930, »vom ärztlichen Standpunkt aus ist gegen eine umfangreichere Verwendung von Roggenmehl nichts einzuwenden.«

Totenliste Am 19. September 1930 starb der Utrechter Physiologe *Hendrik Zwaardemaker*, im Alter von 73 Jahren. Er war einer der bedeutendsten Forscher auf seinem Gebiet. Mit am bekanntesten ist sein Werk über die Physiologie des Geruchs. Er war in diesem Jahr für den Nobelpreis vorgeschlagen worden.

Am 22. September starb, 66 Jahre alt, in Budapest der Hygieniker und Bakteriologe *Bernhard Vas*, der sich große Verdienste um die Hebung des Gesundheitswesens in Ungarn erworben hat.

Am 28. Oktober starb an den Folgen einer Wundinfektion, die er sich bei einer Operation zugezogen hatte, in Köln, im Alter von 54 Jahren, *Paul Frangenheim*, Ordinarius für Chirurgie an der Universität Köln und Direktor des Augustahospitals. Er wurde plötzlich aus einer reichen praktischen und wissenschaftlichen Tätigkeit herausgerissen. Von seinen Beiträgen zur Knochenchirurgie sind mit die wichtigsten diejenigen über die angeborenen Systemerkrankungen des Skeletts und über die Krankheiten des Knochensystems im Kindesalter. Außerdem veröffentlichte er Arbeiten über die Krankheiten der Brustdrüse, über bösartige Geschwülste der Extremitäten, über Trauma und Geschwulstbildung und, mit Ernst Wehner, über die Chirurgie der Niere, des Nierenbeckens und des Harnleiters.

Am 5. November starb der frühere Professor der Hygiene an der Universität Utrecht *Christian Eykman*, im Alter von 71 Jahren. Er wurde besonders bekannt als Entdecker des Erregers der Beri-Beri-Krankheit. Im vorigen Jahr erhielt er zusammen mit Frederick Gowland Hopkins den Nobelpreis (siehe diese Rundschau, 1930 I Seite 185).

In Heidelberg starb am 19. November, 64 Jahre alt, *Werner Kümmel*, seit 1902

Direktor der Universitätsklinik für Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten. Das von ihm und seinem Lehrer Johannes von Mikulicz herausgegebene Lehrbuch der Krankheiten der Mundhöhle wird sehr viel benutzt und ist bereits in mehreren Auflagen erschienen.

Am 21. November starb in Wien der emeritierte Ordinarius der Augenheilkunde *Ernst Fuchs*, im Alter von 78 Jahren. Bekannt ist sein Buch über die Verhütung der Blindheit. Sein Lehrbuch der Augenheilkunde ist weit verbreitet.

In Stockholm starb am 4. Dezember, im Alter von 83 Jahren, *Salomon Eberhard Henschen*, der lange Jahre als Professor für Innere Medizin und Direktor der Medizinischen Klinik und Poliklinik an der Universität Upsala gewirkt hatte. Er war ein bedeutender und international anerkannter Nervenarzt.

Am 28. Dezember starb, in seinem 61. Lebensjahr, *Carl Hirsch*, der seit dem Jahr 1919 als Internist an der Bonner Universität wirkte. Von seinen zahlreichen Arbeiten sind mit die bekanntesten die über das Blut, über die Infektionskrankheiten und seine Beiträge zur Bewertung der Nierenkrankheiten.

Kurze Chronik Der medizinische Nobelpreis des Jahres 1930 wurde Karl Landsteiner verliehen. Landsteiner ist einer der bedeutendsten Forscher auf dem Gebiet der Immunitätslehre, der diese entscheidend und grundlegend beeinflusst hat. Seine Hauptarbeiten betreffen die Spermolyse und Hämolyse, die Syphilisspirochäte, das Wesen der Antigen-Antikörper-Reaktion. Am bekanntesten ist Landsteiner durch die Entdeckung der Blutgruppen geworden, die er schon vor 30 Jahren noch in seiner Assistentenzeit in Wien gemacht hat. Die Methode der Blutgruppenbestimmung, die sogenannte Landsteinersche Reaktion, hat allergrößte Bedeutung erlangt in der Forensischen Medizin, zum Beispiel bei der Vaterschaftsbestimmung, und in der Praktischen Medizin bei der Anwendung der Bluttransfusion. Landsteiner, der aus Wien stammt, folgte 1921 einem Ruf an das Rockefellerinstitut in New York. Den Nobelpreis für Chemie erhielt Hans Fischer aus München. Ihm gelang als erstem die synthetische Darstellung des Blutfarbstoffs Haemin. Die Auswirkung dieser Entdeckung auf die Medizin ist noch nicht abzusehen. ◊ In der Deutsch-Französischen Gesellschaft in Berlin hatten am 15. Januar 2 auf

den Gebieten der Sozialmedizin und der Berufsfragen führende Ärzte das Wort. Fernand Decourt sprach über die Tuberkulosebekämpfung in Frankreich, die ihren Ausgang von den von Albert Calmette vor etwa 25 Jahren in Lille gegründeten Fürsorgestellen nahm; weiter berichtete er über die Methoden der Bekämpfung des Krebses, der Geschlechtskrankheiten, der Säuglingssterblichkeit und vor allem ausführlich über die französische Sozialversicherung (siehe diese Rundschau, 1930 III Seite 1042). Gustav Ritter gab einen Überblick über die historische Entwicklung der deutschen Gesundheitsgesetzgebung in Reich und Ländern. ◊ Auf der 62. Tagung des Völkerbundsrats, die am 19. Januar begann, beschloß man eine Regierungskonferenz für die Einschränkung der Fabrikation von Rauschgiften auf den 27. Mai einzuberufen, die auf Grund der langjährigen Vorarbeiten durch die Opiumkommission des Völkerbunds eine praktisch wirksame Einschränkung in der Herstellung der Rauschgifte und eine Verteilung von Fabrikationskontingenten auf die einzelnen Länder herbeiführen soll. ◊ Es habilitierten sich in Tübingen K. A. Bock für Innere Medizin; in Leipzig Herbert Schönfeld für Kinderheilkunde; in Hamburg Kurt Sonnenschein für Tropenhygiene und Bakteriologie und Werner Borchardt für Tropenhygiene und Tropenphysiologie; in Wien Lorenz Böhler für Chirurgie; in Budapest Arpad Herczeg für Geschichte der medizinischen Wissenschaft mit besonderem Hinblick auf die neue Zeit.

Literatur

In einem Beiheft zum Archiv für Schiffs- und Tropenhygiene, Pathologie und Therapie exotischer Krankheiten /Leipzig, Johann Ambrosius Barth/ wird von 2 Autoren die Verbreitung und Behandlung der Tuberkulose in überseeischen Ländern besprochen. Da in den meisten süd- und ostasiatischen Ländern genaue statistische Angaben entweder gänzlich fehlen oder nur sehr unvollkommen vorhanden sind, beschränkt sich Ernst Roesle hier bei der Behandlung seines Themas, der Verbreitung der Tuberkulose, nur auf »Stichproben«, aus denen keine genauen Schlußfolgerungen gezogen werden können. Die beste Todesursachenstatistik seit dem Jahr 1899 besitzt Japan. Aus ihr ersieht man, daß die Tuberkulose in Japan zum erstenmal nach dem Weltkrieg eine sinkende Tendenz hat, »welche Erscheinung zwar

zeitlich mit dem Erlaß des Gesetzes zur Bekämpfung der Tuberkulose zusammenfällt, jedoch wohl kaum als eine Wirkung dieses Gesetzes angesehen werden kann, denn die gleiche Erscheinung hat sich nach dem Weltkrieg auch in anderen Ländern ergeben, wenn auch ihre Intensität je nach der vorausgegangenen Selektionswirkung eine verschiedene ist«. Bei der Besprechung der südamerikanischen Verhältnisse kann sich Roesle auf eine ausführlichere Literatur und Statistik besonders einer Reihe größerer und kleinerer Städte stützen. Er gibt auch einen kurzen Bericht über die historische Entwicklung der generellen Mortalität und der Mortalität an Tuberkulose in einigen großen Städten Südamerikas und eine Übersicht über die Topographie der Tuberkulosemortalität. »Man findet in Südamerika auch in der Gegenwart noch eine hohe Tuberkulosemortalität, und zwar sowohl in den am höchsten gelegenen Städten, wie La Paz (3629 Meter) und Bogotá (2630 Meter) als auch in Hafenstädten wie Valparaiso und Bahia.« Die interessanten Ausführungen Roesles berühren viele Probleme, die auch für europäische Verhältnisse von Bedeutung sind; sie werden wertvoll unterstützt durch graphische Darstellungen. ◊ Im 2. Teil des Buchs spricht Alfred Wolff-Eisner über die Behandlung der Tuberkulose in überseeischen Ländern. Auf Grund seiner 20jährigen experimentellen Forschungen ist er zu der Überzeugung gekommen, daß bei der Bekämpfung der Tuberkulose diejenigen therapeutischen Maßnahmen als besonders aussichtsreich zu gelten haben, die den Immunitätszustand günstig beeinflussen und gestalten. In langjähriger Arbeit hat er zu diesem Zweck eine Methode ausgearbeitet, deren grundsätzlich Neues »die Durchführung der spezifischen Behandlung, von der Haut durch die Haut und auf die Haut beschränkt, und die Durchführung einer spezifischen Behandlung durch ebensoviel Monate als man sie bisher durch Wochen hindurch angewandt hat« ist. Seiner Überzeugung nach ist diese Behandlungsweise der Tuberkulose für überseeische Länder die Methode der Wahl, da sie, neben vielen anderen Vorzügen, den Vorteil der Einfachheit der Durchführung selbst unter primitivsten Verhältnissen hat. »Es wird sehr interessant sein«, sagt er, »mit den Methoden des Statistikers in einiger Zeit festzustellen, wie sich eine generelle Durchführung der Methode auf die Verbreitung der Tuberkulose auswirkt.«

KUNST

Musik / Herbert Trantow

Opernsituation Es geht nicht immer wieder in Bausch und Bogen von einer Opernkrise unserer Zeit zu reden, ohne sich über die Voraussetzungen dieser Erscheinung immer neue Rechenschaft zu geben; man muß sich endlich bemühen die Ursachen der nicht wegzuleugnenden schwierigen Situation des Operntheaters in ihren verschiedenen Auswirkungen zu trennen. Daß es unserer wirtschaftlichen Lage äußerst schwer fällt so kostspielige Zuschußinstitute, wie sie unsere Opernhäuser darstellen (und immer dargestellt haben), zu unterhalten, ist die eine Ursache der immer wieder auftauchenden Diskussionen über den Sinn des Operntheaters in unserer Zeit. Die Tatsache, daß es ein Opernpublikum im Sinn der Vorkriegszeit, für, das ein Opernbesuch eine Art feierlicher Handlung darstellte, nicht mehr gibt, ein neues Publikum aber noch nicht vorhanden ist, ist die andere Ursache, daß die Opernhäuser halbe Vorstellungen "ausverschwenken", um überhaupt jemanden im Theater sitzen zu haben. Daß es gerade den Besten unter der neuen Komponistengeneration keine Freude macht für ein Snob- oder Zufallspublikum zu arbeiten, ist die Ursache einer Produktionskrise, die ihren bedenklichen Ausdruck im Ruf nach einer "Volksoper" findet. Bedenklich deshalb, weil dieser Ruf von allen Lagern ausgestoßen wird; das Bürgertum meint damit, daß das Publikum, das heute die Opernhäuser besucht, von neuen Werken nur Amüsement im bürgerlichen Sinn erwartet; das Proletariat meint in den Manifesten seiner ideologischen Vorkämpfer Dinge, die in der Linie Brecht-Weill-Eisler liegen, also Werke, die das Volk im sozialistischen Sinn angehen. Der ernsthaft strebende Komponist steht verzweifelt zwischen diesen Lagern. Daraus erklärt sich die Tatsache, daß man in der jungen Komponistengeneration, soweit sie sich für das Problem der Oper interessiert, alle Orientierungen findet; die unbedenkliche Amüsieroper, die Oper, die glaubt in märchenhafter Unzeitlichkeit den Stein der Weisen gefunden zu haben, die klassizistische, auf dem alten Bildungsideal des Bürgertums beruhende Literaturoper, die proletarische Kampfansage gegen dieses Bürgertum: alles ist vertreten. In dieser Rundschau wird naturgemäß nur über Dinge zu referieren sein, die eine ganz bestimmte Haltung im Sinn

zeitbewußten Kulturgewissens aufweisen. Man wird sich bemühen müssen den Blickpunkt von der Tatsache zu lösen, daß jeder schöpferische Mensch das Recht hat gehört zu werden, man wird den Begriff des Schöpferturns unter den größern Begriff des aktiven Kulturwillens stellen müssen, eines Willens, der alles Nurästhetentum, in einer Zeit der schwersten Anspannung aller geistigen Kräfte, als am Ende unschöpferische Privatangelegenheit ablehnen muß. Man wird versuchen an der Hand der musikalischen Produktion Zusammenhänge zu zeigen zwischen einer Musikerschicht, die, mit allen Kräften in der Gegenwart stehend, versucht aus dieser heraus zu schaffen, einer Schicht, die mit ihrem Werk noch in den ersten beiden Jahrzehnten dieses Jahrhunderts wurzelt und demzufolge den schärfsten Gegensatz zu diesem zeitbewußten Musiker bildet, und einer Musikergeneration, die sich ihre Stellung noch erobern muß.

Eine Etappe in der neuern Operngeschichte bedeutete das hier schon erwähnte Ereignis: Der Intendant des Wiesbadener Staatstheaters bestellte bei Hugo Herrmann eine Oper, und er verpflichtete sich das Werk aufzuführen und gab dem Komponisten finanziell die Möglichkeit in Ruhe die Arbeit zu vollenden. Man bedenke, daß die Komposition einer abendfüllenden Oper die Arbeit von mindestens 2 Jahren darstellt, wobei berücksichtigt ist, daß der Komponist nicht Brotarbeit nebenbei leisten muß, sonst dauert es noch länger. Für Autoren, die einen Namen haben oder über die nötigen finanziellen Mittel verfügen, ist die Komposition einer Oper kein Risiko, da sie nicht schwer eine Bühne finden, die sich zur Aufführung bereiterklärt, und da für sie ein Mißerfolg, dank ihrer finanziellen Unabhängigkeit, noch keine wirtschaftliche Katastrophe bedeutet. Für den jungen Autor, der sich meistens schwer mit den unmöglichsten Nebenbeschäftigungen sein Brot verdienen muß, ist die Inangriffnahme einer solch großen Arbeit, wie sie eine Opernkomposition darstellt, dagegen ein sehr großes Risiko. Die Schwierigkeit beginnt bereits beim Textbuch. Der Fall, daß ein Komponist die gleichzeitige Begabung hat sein eigener Textdichter zu sein, ist äußerst selten; er ist, wenn er weder Namen noch Geld hat sich das Libretto eines bekannten Librettisten zu kaufen, auf die Texte angewiesen, die ihm seine zufälligen literarischen Bekanntschaften schreiben, und

die dann auch entsprechend sind. (Es gibt eine ganze Menge musikalisch ausgezeichneter Opern, die kein Mensch aufgeführt, weil das Textbuch zu unmöglich ist.) Ist schließlich die Oper fertig und ein Werk geworden, das weder eine Sensation zu werden verspricht noch so harmlos ist, daß die Aufführung von jeder Bühne ruhig gewagt werden kann, dann beginnt für den Autor die Jagd nach der Uraufführungsmöglichkeit. Daß die Verleger heute sehr vorsichtig geworden sind, kann niemanden bei der schwierigen wirtschaftlichen Situation verwundern. Es ist bekannt, daß mancher Verlag sich von der Schlappe eines an modernen Autoren erlittenen Verlustes nur durch intensive Herausgabe von immer neuen Klassikerausgaben erholen konnte, daher kann ein Verlag erst dann ein Interesse an einem so großen Werk, wie es eine abendfüllende Oper darstellt, haben, wenn mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen ist, daß der zu erleidende finanzielle Verlust in erträglichen Grenzen bleibt. (Das in einer Oper investierte Kapital errechnet sich aus den Kosten für Partitur, Klavierauszug, Stimmen, Reklame.) Findet der Komponist nun keinen Verlag, aber immerhin eine Bühne, die sein Werk aufzuführen will, so muß er sich noch glücklich preisen, wenn das Theater die Kosten für das Aufführungsmaterial übernimmt, sonst bleibt ihm, wenn er sein Werk aufgeführt sehen will, nichts weiter übrig als selber die Kosten zu übernehmen, das heißt also sich in Schulden zu stürzen und vielleicht nach der 4. Aufführung seine Oper abgesetzt und sein Notenmaterial schön säuberlich im heimischen Notenschrank vermodern zu sehen. Es ist klar, daß der Opernauftrag, den Intendant Paul Bekker dem bis dahin noch unbekanntem Hugo Herrmann gab, für die junge Musikergeneration von prinzipieller Wichtigkeit werden konnte. Opernaufträge waren in den Zeiten, da die Oper eine repräsentative Angelegenheit darstellte, die Regel; bestanden doch meistens zwischen Fürsten und Musikern Dienstverhältnisse, nach denen dieser alle Arbeit für den Brotherrn leistete, zum Gebrauch und zur Belustigung. Daneben gab es dann die Möglichkeit für eine bestimmte Bühne zu arbeiten, vor allem da, wo der Komponist zugleich 1. Kapellmeister des Theaters war, für das er die Oper schrieb. Erst Richard Wagner stellte sich auf den Standpunkt des "freischaffenden" Künstlers, die Schwierigkeiten

seine Arbeiten dann zur Aufführung zu bringen sind bekannt. In den letzten Jahrzehnten vor dem Krieg spielte, besonders in Deutschland, das wirtschaftliche Problem bei diesen Fragen noch keine so große Rolle, man war noch in der Lage finanziell etwas zu riskieren. Nach dem Krieg änderte sich das mit einem Schlag: Auf eine Inflation, auch in musikalischen Dingen, folgte eine grausame Ernüchterung, und in den letzten 4 Jahren hat sich die Lage des Musikers durch den immer schärferen wirtschaftlichen Druck (Abbau aller Orchester, Abbau der Oper an Provinzbühnen, ganz gewaltiges Zurückgehen der Privatmusikschülerzahl) zum Katastrophalen gewandelt.

Der Gedanke Bekkers einem jungen Musiker die Schwierigkeiten, die ihn bei einer "frei" vorgenommenen Opernkomposition erwartet hätten, aus dem Weg zu räumen, der Oper dadurch vielleicht einen neuen Auftrieb zu geben und andere Theater zur Nacheiferung anzu-spornen ist auf das entschiedenste zu begrüßen. Es ist gar kein Zweifel, daß durch die Vergabung von solchen Aufträgen die Opernproduktion neu ange-regt werden könnte; daraus würden sowohl das Operntheater als auch die Komponisten nur Vorteil ziehen können.

Oper Es fragt sich nun, unter welchen Gesichtspunkten eine solche Komposition heute zu schreiben ist. Und hier liegt die Fehlerquelle für das bedauerliche Fiasko dieses Auftrags.

Der Komponist *Hugo Herrmann* schrieb seine Oper nach *Lion Feuchtwangers* Schauspiel *Vasantasena*. Es ist ein Libretto, das uns mit das Fremdeste ist, was wir uns vorstellen können: die harmlos, naiv erzählte Liebesgeschichte des indischen Kaufmanns *Tscharudatta* und der *Bajadere Vasantasena*, die sich nach mancherlei Zwischenfällen doch noch "kriegen". Ganz nett gemacht, in ein sprachliches Gewand gekleidet, das im Schauspiel vielleicht reizvoll wirkt. Aber was interessiert uns das? Immerhin wäre das noch kein entscheidender Einwand gegen eine Oper; in dieser Kunstform, als der unnaturalistischsten, der am meisten an die Phantasie des Zuhörers appellierenden, vergessen wir gern über dem Reiz oder der Schlagkraft der Musik das mögliche Bühnengeschehen. Leider hat sich *Herrmann* dem Textbuch gegenüber nicht entscheidend durchsetzen können; seine Musik

ist genau so "indisch", so europafremd. Ein paar Motive kommen in Variationen immer wieder vor, ohne in ihrer Eindringlichkeit gesteigert zu werden, ein paar schöne, aber in der musikalischen Haltung ziemlich unpersönliche Chöre, ein paar Orchesterzwischenpiele bleiben in der Erinnerung, man bewundert, ohne zu überschätzen, da schließlich selbstverständlich, den musikalischen Satz und bleibt kühl vor der allzu großen Glätte und Gewandtheit des Ganzen. Stilistisch bedauert man, daß zu diesem zarten textlichen Vorwurf zwar eine uns indisch vorkommende Musik geschrieben, diese Musik aber in ein überladenes Orchester gekleidet wurde, das die ganze Zartheit der romantischen Liebesgeschichte erdrückt. Man bedauert, daß hier wieder einmal übersehen wurde, daß die erste Bedingung für die Wirksamkeit eines Opernwerks Eindeutigkeit der dramatischen Handlung und der zugehörigen Musik ist, daß ein Werk, das sich bewußt seiner Zeit entgegenstellt, entweder innerlich ganz tief fundiert und demgemäß aus einem unentrinnbaren Zwang heraus geschaffen sein (das letzte, in seiner ganzen Einseitigkeit immer wieder ergreifende Beispiel dafür ist Hans Pfitzners *Palestrina*) oder über die eigene Zeit hinaus ganz neue Wege weisen muß. Der Versuch eine gänzlich unzeitgemäße, sich in indisches Kolorit flüchtende Romantik, ein längst überwundenes Schauspieloperntheater auf dem Umweg einer literarischen Kunstgewerblichkeit zu neuem Leben erwecken zu wollen war zum Scheitern verurteilt. Trotzdem, man muß Bekker für seinen mutigen Versuch eines Opernauftrags danken, man weiß jetzt immerhin, daß Herrmann für seine weitere Arbeit Beachtung verdient, da sein erster Opernversuch so viele gute Dinge zeigt. Das Werk erschien bei Bote & Bock, diesem Verlag, der sich neuerdings sehr für das Schaffen der jungen Generation zu interessieren scheint. Niemand wird von dem nun 70jährigen *Emil Nikolaus von Reznicek* ein Werk erwarten, das zu den uns bewegenden Problemen Stellung nimmt. So ist denn auch Poul Knudsens Textbuch zu seinem Einakter *Spiel oder Ernst?* (Wien, Universaledition) eine liebenswürdige leichte Angelegenheit ohne Bedeutung, eine Eifersuchtsgeschichte im Theatermilieu, zu der Reznicek eine äußerst gekonnte abgewogene Musik schrieb. Da die Autoren weiter nichts als ein kultiviertes Theater machen wollten, wird

die Absicht des kleinen Werks in vollendeter Weise erreicht; namentlich wenn es so schlagkräftig gegeben wird wie in der von Leo Blech einstudierten und geleiteten Aufführung in der Berliner Staatsoper Unter den Linden.

Ähnliches schwebte wohl auch *Mark Lothar* und seinem Librettisten Hugo Königsgarten in seiner komischen Oper *Lord Spleen* vor (Berlin, Adolph Fürstner). Bedenklich stimmt nur, daß diese jungen Autoren auf dem Amüsierstandpunkt stehen. Kennen sie wirklich keine andere Möglichkeit als im Humor ins Grotteske zu verfallen? Spürt keiner unter den jungen Autoren, die sich um das (äußerst wichtige) Problem der neuen komischen Oper bemühen, daß der wahre Humor, die wirkliche Komik nie auf dem Weg der grotesken Übertreibung sondern nur auf dem Hintergrund einer echten Menschlichkeit zu finden ist? Die neue komische Oper wird in dem Augenblick geboren werden, in dem einer ein Werk schreibt, ohne jede Spekulation auf Amüsement oder Erfolg, nur aus einer Gesinnung heraus, die in den Schwächen der Menschen unserer Zeit das ewig Menschliche spürt und das gestaltet; es geht nicht mit Jazzaufguß und (vermeintlichem) Tempo.

Chormusik Einer, dessen Schaffen zum Größten gehört, was ein Musiker in der Musik des letzten Jahrhunderts zu sagen hatte, *Arnold Schönberg*, schreibt zu gleicher Zeit mit einem Musiker der jüngeren Generation, auf dessen Arbeiten man ernsthaft aufmerksam zu werden beginnt, für Männerchor. Es ist ungerrecht diese beiden zu vergleichen, doch drängt sich einem beim Durchlesen der beiden Partituren ein Vergleich wie von selbst auf: Es sieht so aus, als ob sich hier nicht nur 2 Generationen gegenüberstehen (fast könnte man an Musiken aus 2 verschiedenen Welten glauben), als ob keine Brücke von dem einen zum andern führt, und doch leben sie in der selben Zeit, sind Menschen des selben Kulturkreises. Schönberg schreibt 6 Stücke für Männerchor Opus 35 (Berlin, Ed. Bote & Bock/ nach eignen Texten (Worten, die mit zum Schönsten gehören, was im neuen Gesang vertont wurde), Erkenntnisse einer Weisheit, wie sie nur ein Meister wie Schönberg nach diesen langen Jahren der Antefindung, des größten Unverständnisses in solcher Reife finden konnte, dabei von einer Frische und Vitalität, daß man immer

wieder: bewundernd vor dieser Schöpferkraft steht, die nicht zu erlahmen sondern im Alter immer jünger zu werden scheint. Und auch die Musik, die er zu diesen Worten findet, ist ein Schönberg, der immer klarer in Diktion und Aufbau wird, der im Landsknechtslied eine Konzentration des musikalischen Ausdrucks findet, die ihm noch vor einigen Jahren fremd war. Man komme nicht mit dem Einwand, daß diese Stücke "unaufführbar" wären oder niemanden interessieren; das hat man bis jetzt bei jedem neuen Schönberg gesagt: so lange, bis sich ein Mutiger fand, der das Werk spielte, und es ergab sich dann jedesmal, daß das Stück nicht nur aufzuführen war sondern auch auf das größte Interesse stieß. Hier ist eine wirkliche Aufgabe für einen kleinen mutigen Männerchor, der etwas studieren möchte, das über dem Tagesdurchschnitt liegt, ein wirkliches Meisterwerk.

Die andere Seite: Joachim Ringelnatz, der freche, manchmal (sagen wir ruhig: sehr oft) geschmacklose Literat, ist der Dichter, den *Hugo Herrmann* vertont (Chorburlesken im Zoo für Männerchor, 6 Instrumente und Schlagzeug Opus 73 /Berlin, Ed. Bote & Bock/). So harmlos nett, wie die Texte: kleine groteske Gedanken über Tiere, ist die Musik: Tagesproduktion, über die man hinweggeht, wenn sie ihren "Zweck" erfüllt hat. Man erinnert sich, daß Herrmann für die Neue Musik Berlin 1930 ausgezeichnete Choretuden schrieb. Dann werden diese Burlesken zu einem ganz amüsanten Zwischenspiel, und man wartet auf das nächste und auf den Mann der jungen Musikergeneration, der endlich keine "Zwischenspiele" mehr zu geben hat sondern wirklich Endgültiges. Die Zeit der Zwischenspiele sollte vorbei sein.

Zeitschriften Die Leser dieser Rundschau, die sich über alle musikalischen Fragen noch besonders vom Standpunkt der jungen Generation, unter besonderer Berücksichtigung auch aller sich aus der heutigen musikalischen Situation ergebenden soziologischen Probleme laufend orientieren wollen, seien wieder nachdrücklich auf die Zeitschrift *Melos* /Mainz, Melosverlag/ hingewiesen. Der Wunsch, der in dieser Rundschau (1930 II Seite 627) ausgesprochen wurde: »daß sie bleibt, wie sie ist«, wird dauernd erfüllt. Es ist das ganz große Verdienst gerade dieser Monatsschrift stets auf der Seite der größten Aktivität

zu stehen, sich immer zu bemühen den Zusammenhang mit den großen außermusikalischen Problemen zu wahren und nie ein Blatt vor den Mund zu nehmen, wo man eine notwendige Wahrheit aussprechen zu müssen glaubt.

Zur Ergänzung sei der *Anbruch* /Wien, Universaledition/ empfohlen: verbindlicher, Kompromissen durchaus zugänglich, aber im Zusammenhang mit dem Melos deshalb aufschlußreich, weil in beiden Organen im allgemeinen die selben Probleme von 2 verschiedenen Seiten beleuchtet werden.

Die *Deutsche Tonkünstlerzeitung*, das Fachblatt des Reichsverbands Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer /Mainz, Verlagsanstalt Deutscher Tonkünstler/, sei in diesem Zusammenhang mit erwähnt: weil sie sich in ganz auffälliger Weise jetzt bemüht ihre Leserschaft, die von Natur aus jedem neuen Problem feindlich gegenübersteht (Musiker sind bekanntlich "die konservativsten Leute, wo man hat"), mit neuen Gesichtspunkten bekannt zu machen, auch gerade auf dem diesen Leserkreis angehenden Gebiet des Reproduzierens und des Unterrichts.

Totenliste Der Musikhistoriker *Friedrich Ludwig* starb Anfang Oktober 1930 in Göttingen, im Alter von 58 Jahren. Sein Spezialgebiet war die Musik des Mittelalters. Der Berliner Musikgelehrte *Heinrich Simon* starb Ende Oktober in einem Hamburger Krankenhaus, im Alter von 72 Jahren. Er schrieb ein Werk Die harmonische Reihe, beteiligte sich an der Herausgabe von Robert Schumanns Gesammelten Schriften, wurde aber am bekanntesten durch seine Sammlung berühmter "Musikkalauer".

In einem Anfall von Schwermut tötete sich am 24. Dezember in Agram, wo er die Premiere seines Balletts *Der faule Hans* dirigiert hatte, *Oskar Nedbal*, in seinem 57. Lebensjahr. Er stammte aus Böhmen, hatte bei Dvorak Komposition studiert. Er ist besonders durch seine Operette *Polenblut* bekannt geworden.

Kurze Chronik Ein neues Werk *Hanns Eislers* für Chor und Blasorchester: Die Maßnahme, Worte von Bert Brecht, wurde in Berlin aufgeführt. Eisler schrieb ferner 3 neue kurze Arbeiterchöre, die demnächst in der Universaledition in Wien erscheinen werden. ◊ Ein Konzert für Schlagzeug und Orchester schrieb *Darius Milhaud*. Sein *Christoph Columbus* wird im Früh-

jahr in Toulouse, zum erstenmal in Frankreich, gespielt. ◊ Ein neues Werk *Zoltan Kodalys* Marosszeker Tänze wurde durch Fritz Busch in Dresden erfolgreich uraufgeführt. Arturo Toscanini hat das Werk in sein Repertoire aufgenommen. ◊ Der Dresdener Komponist und Leiter des Dresdener Konservatoriums *Paul Büttner* wurde am 10. Dezember 1930 60 Jahre alt. Er schrieb unter anderem 4 Symphonieen, in denen er aber über eine epigonenhafte Brahms-Bruckner-Nachfolge nicht hinausgekommen ist. ◊ Der Komponist *Arnold Mendelssohn* wurde am 26. Dezember 75 Jahre alt. Er schrieb eine Reihe von Werken für den Konzertsaal, auch einige Opern, ohne sich doch durchsetzen zu können, da seine Musik vielleicht zu intim, zu formvollendet ist, zu wenig der Äußerlichkeit des Musikbetriebs, wie er einmal ist, standzuhalten vermag. ◊ Der norwegische Meister *Christian Sinding* wurde am 11. Januar 1931 75 Jahre alt. Er ist, besonders auf dem Gebiet der guten Hausmusik, so bekannt geworden, daß sich ein Lob seines Schaffens erübrigt. Besonders seien aber doch seine Lieder genannt, die zum Besten gehören, was nordische Musik bisher überhaupt hervorgebracht hat.

Literatur

Wer *Alfred Einsteins* Musikgeschichte kennt (die allen empfohlen sei, die sie noch nicht besitzen) wird mit Freude seine musikalische Beispielsammlung /Leipzig, B. G. Teubner/ begrüßen, diese lebendige Illustration zur Musikgeschichte. Die Kenntnis der musikalischen Produktion, die vor den Meisterwerken liegt, die heute auf dem Spielplan der öffentlichen und privaten Musikübung stehen, ist, selbst in Fachkreisen, lückenhaft, kann auch kaum verlangt werden. Eine Möglichkeit sich über die wichtigsten alten und ältesten musikalischen Formen schnell, schlagwortartig zu orientieren, war bisher kaum vorhanden. Einsteins Buch erfüllt diesen Zweck in hervorragender Weise, der Stoff wird so übersichtlich in Aufbau, Gliederung und Anschauung geboten, daß jeder nur einigermaßen musikalisch interessierte Mensch davon profitieren kann. Dabei lernt man noch, so ganz en passant, eine Reihe teilweise ganz reizender alter Musikstücke kennen, die in einem vorzüglichen, auch Nichtmusikern absolut zugänglichen Satz geboten werden. Kann man von einem Buch, das sich bescheiden eine Beispielsammlung nennt, mehr verlangen?

Vortragskunst / Felix Sössinger

Deutscher Rundfunk: Programmgestaltung Am Ende des Jahres 1930 konnte man feststellen, daß beim deutschen Rundfunk die Programmgestaltung auf vielen Gebieten Fortschritte gemacht hat. Der Rundfunk folgt den wichtigsten Ereignissen und macht die Hörer zu Teilnehmern eines Ausschnitts der Welt. Einige Sender ragen durch eine durchdachte Programmgestaltung besonders hervor, andere bleiben noch unter dem Niveau, das zunächst zur Norm werden müßte. Der Sender Berlin hat seit einigen Monaten eine musikalische Produktion vermittelt, die dem, der Musik liebt, das Radio geradezu unentbehrlich gemacht hat. Die Zyklen Bachkantaten, Brucknersymphonien, Verdi und Offenbach, die Kammermusik nach Mitternacht, die Gastspiele Igor Strawinskijs, Sergej Prokowsjews und des Tenors Alessandro Valente bereicherten das Berliner Musikleben, dessen Stagnation erschreckt. Ganz anders muß freilich das Urteil über den gesprochenen Teil des Rundfunkprogramms lauten. Der Abstand zum musikalischen Programmteil ist enorm, und es ist höchste Zeit, daß einmal gründlich darauf aufmerksam gemacht wird. Gewiß ist die Gestaltung des geistigen Programms schwieriger als die des musikalischen. Damit ist aber nur die Spannung der Aufgabe bezeichnet, nicht die Lösbarkeit in Frage gestellt. Das Ziel der Programmreform muß ein Programm sein, das ein Ganzes bildet. Gegenwärtig ist das Rundfunkprogramm in zahllosen Einzeldarbietungen zersplittert, die aus den verschiedensten Schichten kommen und sich an Zuhörer wenden, die ebenso zerrissen und unvereinbar aufgefaßt werden. Genau so, wie es ein musikalisches Gesamtprogramm gibt, muß es auch ein geistiges geben, das vom Leichtesten zum Schwersten reicht und auch als Ganzes aufgenommen werden kann. Es ist sehr zweifelhaft, ob das, was heute als populär geboten wird, auf die Hörer auch so wirkt, und ob nicht gerade die Ziellosigkeit des sogenannten leichten Programms die Hörer anodet, für die es bestimmt ist. Es ist viel zu sehr gewollt populär, gewollt den Hörern angepaßt, das heißt Hörern, die es ebensowenig gibt, wie den "Mann von der Straße", auf den sich der Durchschnittsredakteur beruft, wenn er Dinge von wirklicher Bedeutung dem Leser vorenthält. Hier muß einmal wirklich Wandel geschaffen werden. Von den bisher entwickelten Vortragstypen können einige, etwa die Elternstunde, Bü-

cherstunde, Juristische Plauderei, ohne weiteres beibehalten werden. Daneben gibt es aber eine Fülle von Vortragstypen, die von den meisten Sendern offenbar nachgeahmt werden, weil man sie für Realisierungen eines Programms hält. Überhaupt ist das Gesamtprogramm mit Dingen überlastet, die nach etwas aussehen und nichts sind.

Immer wieder überrascht es, einen wie geringen Bruchteil der geistigen Welt die Rundfunkprogramme überhaupt erfassen, und mit welcher Hartnäckigkeit sie sich an den Teil klammern, den sie nun glücklich im Lauf von 6 Jahren gefunden haben. Man vergleiche das deutsche Rundfunkprogramm mit den 35 Rundschau der Sozialistischen Monatshefte, um gewahr zu werden, wie wenige geistige Gebiete erst im Rundfunk existieren. Es läßt sich denken, daß im Rundfunk die gesamte geistige Produktion auf etwa 60 Referate aufgeteilt wird, und jeden Tag 2 Rundschau referate von 40 Minuten Dauer dem Hörer eine geistige Chronik der Zeit übermitteln, so daß jedes Gebiet des Schaffens 12mal im Jahr besprochen würde. Einen isolierten Ansatz bieten die Literarische und die Sozialpolitische Umschau des Berliner Senders. Durch die Realisierung dieses Programmvorschlages wäre es möglich große geistige Gebiete dem Rundfunk zu erschließen und Hörer an ihn zu fesseln, deren Interessen bisher wenig oder gar nicht berücksichtigt werden. Schon heute sei festgestellt, daß diejenigen, die diesem Vorschlag entgegenhalten, daß keine Zeit dafür da sei, oder daß man in einer kurzen Monatsrundschau das Gebiet doch gar nicht darstellen könne (das jetzt überhaupt nicht behandelt wird), für verantwortliche Stellungen im Rundfunk nicht geeignet sind. Gewiß wird die Annahme dieses Programmvorschlages das Rundfunkprogramm nicht durchgreifend verändern, aber es schafft eine Basis, auf der das andere, was noch zu schaffen ist, aufgebaut werden kann.

Hörkunst Der Hörer, der zum erstenmal an einem Radioapparat mit Fernempfang arbeitet, lernt schnell die notwendigen Handgriffe, aber nur allmählich gelangt er durch regelwidrigen Gebrauch des Apparats, also durch Basteln, zu neuen Erfahrungen. Der Apparat vermittelt nämlich nicht nur wie ein Telefon Laute, sondern er schafft auch selbst Kombinationen und Veränderungen, die man kennen muß, wenn man sie selbst beim Vortrag oder beim Empfang ver-

werten will. Der Vierröhrennetzempfänger Geadem der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft hat dem Bearbeiter dieser Rundschau sämtliche Sender, die überhaupt in Berlin gehört werden können, zum Teil am Tag, ausnahmslos aber am Abend, mit besonderer Klarheit gebracht, und dies, obgleich der Empfang in denkbar ungünstigster Gegend mitten in Berlin stattfand. Die Vorzüge dieses Apparats, der gewiß zu den leistungsfähigsten gehört, kommen durch den zugehörigen Lautsprecher Gealion mit besonderer Klangschönheit zur Geltung. Der metallische Quetschton der Menschenstimme im Lautsprecher ist hier vollständig überwunden, so daß wirklich Sprecher und manche Musikinstrumente, besonders Klavier, klingen, als ob sie im selben Zimmer wären. Der Apparat gestattet also durch seine selektiven Kräfte den klarsten Empfang, aber auch sehr differenzierte Mischungen, die zu neuen Experimenten zunächst theoretische Anregungen gegeben haben.

Während unter gewissen Umständen eine Überlagerung der Sender stattfindet, die schlechtweg störend wirkt, kann durch sorgfältige Abstimmung eine Gleichzeitigkeit von mehreren Empfängern entstehen, die akustisch so geordnet sind, daß die über einander gelagerten Töne sich nicht berühren, und die daher nicht zu Disakkorden führen. Heute kann man mehrere Sender mit benachbartem Wellenbereich so klar neben einander gleichzeitig hören, daß kein Ton den andern deckt, vorausgesetzt, daß nicht die Darbietungen der Stärke nach zu sehr verschieden sind. Man hört die gleichzeitigen Darbietungen mit einer eigentümlichen räumlichen Klarheit, und das regt die Frage an, ob nicht ein Musikwerk durch Aufteilung der Stimmen auf verschiedene Wellen, auf eine neue Art akustisch zerlegt, vom Ohr des Hörers synthetisch aufgenommen werden kann. So müßte kontrapunktisch komplizierte Musik auf diese Weise zu ganz neuen Hörwirkungen kommen. Unsere Fähigkeit horizontal zu hören hat seit 3 Jahrhunderten wesentlich nachgelassen, und daher entspricht die instrumentale Umbesetzung und Orchestrierung kontrapunktischer Werke einem modernen Bedürfnis diese Werke mit größerer Klangplastik zu hören. Wenn nun die Musik auf die angedeutete Weise funktisch zerlegt wird, würde ein neuer akustischer Raum geschaffen werden, der unendlich weiter ist als unser natürlicher. In diesem neuen akustischen

Raum würden die Klänge nicht mehr zusammengedrängt werden sondern physisch auseinandergelegt sein. Man könnte also kontrapunktische Musik klarer hören als bisher, vermutlich auch Dissonanzen, Vierteltöne und Geräuschballungen jeder Art. Durch Experimente wäre natürlich erst einmal zu erproben, in welchem Maß auf diese Weise das Ohr des Menschen erweiterungsfähig ist.

Arbeiterkultur und Schallplatte

Die Entwicklung der Arbeiterkultur vollzieht sich im Ringen des Proletariats um die Aneignung der technischen und formalen Eigenschaften, die der bürgerlichen Kultur von Haus aus gehören, und ist naturgemäß mit einem Widerstand gegen die mechanische Übernahme des Inhalts dieser Kultur verbunden. Wie auf allen Gebieten folgt notwendigerweise auch in der Schallplattenproduktion der, wenn man es so nennen darf, bürgerlichen Produktion, zuerst etwas mühsam, die sozialistische, bis die Notwendigkeit Neues über das Bestehende hinaus zu schaffen neue Wege sucht.

Es muß anerkannt werden, daß die von Alfred Beierle geleitete Neue Truppe in der Kulturabteilung der Artiphon Schallplatten herausgebracht hat, die für den Sozialismus wertvoll sind. Die Bedeutung des gesprochenen Worts ist hier zum erstenmal agitatorisch ausgenutzt worden. Auch die Kommunistische Partei hat in der Proletarischen Schallplattenzentrale eine eigene Schallplattenproduktion ins Leben gerufen; ideologisch entsprechen ihre Texte den von Moskau ausgegebenen Parolen.

Am Aufbau einer proletarisch-sozialistischen Schallplattenkultur wirkt auch die zum Lindströmkonzern gehörende Homocordproduktion mit. Sie hat ein Liederbuch des Arbeitersängerbunds in einer Folge von etwa 15 Schallplatten geschaffen, das eine geschlossene Übersicht über die Leistungen des Arbeiterchorgesangs vermittelt. Von klassischer Musik (Mozart, Haydn, Brahms) bis zu den Traditionsstücken und Kampfliedern der Arbeiterklasse sind alle Hauptstücke des Repertoires in Aufnahmen vertreten, die durchaus repräsentativ sind. Freilich hieße es der Arbeiterklasse einen schlechten Dienst erweisen, wenn man behaupten wollte, daß ihre Gesangskultur der der bürgerlichen Chöre bereits gleichkommt. Gerade der Gesang hängt in so hohem Maß von Körperpflege, Gesundheit und Hygiene ab, daß der Arbeiterchorgesang eben etwas anderes

sein muß als der bürgerliche. Wenn aber nun die Arbeiterchöre der Kunst nach das selbe bieten wie die bürgerlichen Chöre und sich von ihnen höchstens durch andere Texte unterscheiden, so kann natürlich die eigentliche Kulturidee des Proletariats auf diesem Gebiet am wenigsten zum Ausdruck kommen. Die besten bürgerlichen Chöre erreicht, ja übertrifft manchmal der unermüdetlich von Ernst Zander vorwärts getriebene Berliner Volkschor. Bemerkenswert freiklingt der Junge Chor, den Heinz Tiessen leitet, ebenso der Jugendchor in Eisenach. Mit der tschechischen Typographia, die Smetana singt, kann allerdings kein deutscher Arbeiterchor an heller Fröhlichkeit der Stimmen wetteifern. Die Arbeiterkultur in der Schallplattenproduktion kann zwar von diesem Chorgesang ausgehen, muß ihm aber recht bald Neues hinzufügen.

Diese sozialistische Serie wird durch eine von Ernst Busch eindringlich gesungene Homocordschallplatte ergänzt, die 2 proletarische Chansons von Hanns Eisler bringt: Lied der Bergarbeiter und Lied der Arbeitslosen. Die Musik ist im besten Sinn neu und populär und verbindet auf merkwürdig ergreifende Weise etwas Jazzhaftes mit dem Marschrhythmus einer Arbeitslosenarmee. (Die Texte enthalten freilich intellektuelle Witzeleien, die am Ohr des Arbeiters völlig vorübergehen und auch vom Komponisten nicht beachtet worden sind.) Diese Art Kunst führt über das Bisherige hinaus, zu einem neuen Anfang einer Schallplattenproduktion, die kulturell und agitatorisch die Massen für das Leiden der Menschheit empfindlich machen und für die Aufgaben eines schaffenden Sozialismus erwecken soll.

Wagnerstil

Das Verhältnis zum Werk Richard Wagners scheint nach einer längern Periode der Abkehr der Musiker und der Geistigen Europas von ihm zu einer neuen Bindung zu gelangen. Nach außen kam dies vornehmlich durch den Wiederhall zum Ausdruck, den die Darstellung Wagners durch Arturo Toscanini in Bayreuth fand. War auch der Eindruck offenbar groß, den seine neue Klanggestaltung und Beseelung den Hörern schenkte, so hieße es doch die geistige Situation verkennen, wenn man nicht feststellte, daß der neue Wagnerstil, wie jeder neue europäische Stil, an vielen Stellen gleichzeitig entstanden ist. In Berlin vor allem durch Fritz Stiedry.

Das Wesen der neuen Wagnerdarstellung ist die Versachlichung Wagners. Zurückgeführt auf eine knapp konzentrierte Beherrschtheit ist Wagners Orchester von dem Fett und Schwulst völlig freigelegt worden, in dem seine Ausdrucksfähigkeit erstickte. Das Sinnlich-Sehnsüchtige ist auf eine sublimen, aber intensive Geistigkeit bezogen und daher von allem Hysterischen befreit, das weniger in Wagners Werk lag als in seiner Interpretation (freilich oft einschließlich seiner eignen). Das Orchester hat nicht mehr die unbeherrschte, leere Gestensprache, die der Musik vom Geist der wilhelminischen Epoche aufgebürdet wurde, sondern überwältigt durch die konzise Rhythmik, in der sich die innere Anschauung ausdrückt. Als von Frankreich her Claude Debussy der ins Maßlose aufgeschwemmten deutschen Wagnerepigonik eine neue Beherrschung des Ausdrucks, eine neue Mäßigung der Mittel, eine neue Intensität der einzelnen Stimme als Muster entgegenhielt, hat er uns alle musikalisch erzogen. Wir haben dadurch auch zu Wagners Werk neue Distanz gewonnen und sind heute, unter Ignorierung aller falschen Aspirationen der Musik und des Geistigen, in der Lage uns mit diesem Werk gerade dadurch zu verbinden, daß es uns nicht mehr mit einer hohlen Monumentalität entgegentritt sondern mit einer Menschlichkeit, die uns zu einem Göttlichen führt, das hinter ihr ist und wirkt. Was einst übertriebene Bedeutung hatte: die intellektuelle Verbindung des Orchesters mit der Bühne durch das Leitmotiv, kann uns nicht mehr besonders imponieren. Wir spüren die Kräfte des Wagnerschen Werks heute im symphonischen Strom der Musik, die auch als absolutes Gebilde künstlerisch überzeugt. Wir können, unter Verzicht auf das Wort, das musikalische Werk als ein Ganzes aufnehmen, in dem die Stimmen der Sänger keine andere Funktion haben als die der Instrumente. Dann hört auch der falsche Anspruch der Personen auf uns zu behelligen, und die Halbgötter beginnen uns zu ergreifen, weil in ihnen so viele Symbole des Menschlichen auf eine einmalige Art oft geradezu oratorienhaft ausgedrückt sind.

In dieser neuen Interpretation haftet selbst dem Ring nichts mehr von dem an, was seit 2 Jahrzehnten die Jugend von Wagner wegtrieb. Durch den neuen Wagnerstil haben die Szenen, die einst als schwer erträglich galten, eine zwin-

gende Schönheit empfangen. Bühne und Orchester bilden zusammen eine fast kammermusikalisch knappe Einheit. Die Gestalt auf der Bühne ist vom Orchester gelöst und wirkt wie in einem eigenen Tonraum. Während Leo Blech im Ring das Orchester vor allem durch melodiose Behandlung bändigt, hat aber doch erst Fritz Stiedry einen neuen Wagnerstil geschaffen. Das wurde dem Hörer jetzt in den Aufführungen der beiden ersten Nibelungenteile in der Berliner Städtischen Oper klar. In dem von Stiedry geleiteten Orchester existiert das alte Wagnerpathos überhaupt nicht mehr. Gerade dadurch, daß er die Musik rein symphonisch bändigt, kommt die Wagnersche Kraft der plötzlichen Ausbrüche, die kurze (statt der frühern unendlichen) Ekstase wunderbar zum Ausdruck. Stiedry bricht partiturgetreu auf den Takt die Ausbrüche ab und steuert den Strom der Musik mit leichtester Hand weiter. Ein Meisterwerk für sich ist auch die einheitlich abgestimmte Klangfläche des Stiedryschen Orchesters. Diese Fläche hat keine Löcher, Risse, keine plötzlichen Verzerrungen und Erhebungen. Es gibt nicht mehr herausgehobene Szenen, die Musik ist enttheatralisiert, symphonisches Gebilde, der Gesamtklang ist von einer überzeugenden Männlichkeit, das Melodische wie unabsichtlich vorgetragen, der Impetus großer Akzente schlagend. So stehen wir am Anfang eines neuen Wagnerstils, der, über das Werk Richard Wagners hinaus, das Verhältnis der jungen Generation zur Oper überhaupt positiver gestalten könnte.

Sprecherziehung

Die Erziehung zum schönen und richtigen Sprechen wird in Deutschland immer dringlicher gefordert. Der Fernempfang ausländischer Sender offenbart Hunderttausenden sinnfällig den gewaltigen Unterschied zwischen der Sprechkunst besonders romanischer Länder und der unsrigen. Auch Theater und Schallplatten werden von uns nun kritischer gehört, und man muß leider feststellen, daß zunächst in der Kultur des Sprechens eher ein Verfall als ein Aufstieg zu erkennen ist. Das Gastspiel der Comédie Française hat guten Zuhörern in Berlin gezeigt, daß auch auf der Bühne jedes Wort im Mund des Schauspielers so bestimmt geformt werden muß wie von einem Sänger. Deswegen ist es zu begrüßen, daß das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in einer viel-

seitig aufgebauten Tagung in Berlin, unter dem Titel Stimme und Sprache, das Gesamtgebiet behandelt und von Taubstummenbildung und Sprachheilkunde bis zur Musikerziehung seinen Besuchern und besonders auswärtigen Gästen aus den deutschen Ländern die Fülle der Probleme verdeutlicht hat. Es wurde für germanistische Studenten obligatorische Sprecherziehung gefordert, damit das Wort der Dichtung den Schülern klanglich lebendig übermittelt wird.

Den Mangel an deutscher Sprechkultur machen leider fast alle Sender bemerkbar, und so übermitteln sie der Welt ringsum ein klanglich in guten Fällen reizloses, in sehr vielen Fällen böses Bild unserer Verhältnisse. Wiederholt werden Redner, ja sogar Ansager vor das Mikrophon gestellt, die oratorisch indiskutabel sind und oft nicht einen einzigen Satz ordentlich sprechen, geschweige denn klanglich gestalten können. Auch die Schallplattenindustrie leidet unter diesem Mangel, da sich in der gesprochenen Schallplatte ein neues großes Schaffens- und Absatzgebiet eröffnet hat, der Hörer aber die Platte nur gebrauchen kann, wenn jedes Wort womöglich noch klarer als in Natur herauskommt. Zur Beseitigung der bestehenden Mißstände und zur Heranbildung einer neuen Sprechgeneration ist dem Küchenmeisterkonzern, der Tonfilme und Schallplatten produziert, unter der Leitung Carl Clewings ein Lehr- und Forschungsinstitut für Praktische Phonetik angeschlossen worden, das die unbestechliche und erbarmungslos entlarvende Maschine benutzen wird, um Sprech- und Gesangsfehler zu erkennen, zu ergründen und zu beseitigen.

Radiosprecher Die Vortragskunst setzt, wie jede reproduzierende Kunst, eine Urproduktion voraus, aus der sie erwächst, und die sie rechtfertigt. Trotzdem gibt es in jeder reproduzierenden Kunst auch ein Schaffen, das den Reiz bietet scheinbar um seiner selbst willen da zu sein. Losgelöst von der Substanz, um derentwillen der reproduzierende Künstler Bedeutung hat, fesselt er allein durch seine seelischen und künstlerischen Mittel. Auch im Radio kann die Vortragskunst auf den Hörer wie eine selbständige Schöpfung wirken. Zu denen, die das vermögen, gehört die Ansagerin des römischen Senders. Schon ihre Ankündigung »Radio Roma-Napoli« kommt aus einer Welt berückenden Klangs. Ob sie die Abend-

nachrichten spricht, eine Novelle vorliest, einen Künstler anmeldet, stets läßt ihre Stimme, in der jeder Vokal von tiefen und hohen Tönen seidig schimmert, das, was sie spricht, auch wenn man es nicht versteht, wie eine rätselvolle Wirklichkeit ahnen. Es gibt viele Hörer, die, ohne italienisch zu können, ihr lauschen, weil jeder Laut von ihr Musik ersetzt. Alles Schöne der Welt gibt ihre Stimme als eine Bestätigung des Verlockenden wieder, das ihr Klang verheißt, und das Traurige und Erschütternde, an dem seit langem die letzten Abendmeldungen so reich sind, spricht sie mit jener unschuldigen Güte, die wirklich nichts für die Botschaft kann, die sie meldet. Wie sehr ihre Ansagekunst durch sich selbst wirkt, bestätigt Abend für Abend der letzte Satz, mit dem sie den Hörern eine gute Nacht wünscht. Sie spricht ihn wie ein Gedicht. Auch die Sender von Warschau und Mailand haben Ansagerinnen, deren Stimmen voller Charme sind. Aber der Kunst dieser anonymen Römerin kommt im europäischen Senderraum niemand gleich. Sie macht auf die natürlichste Art aus jeder Mitteilung ein Kunstwerk.

Totenliste Nur 28 Jahre alt, erlag am 7. Juli 1930 in Berlin *Fritz Kleiner*, ein Schüler *Walter Fischers*, einer schweren Krankheit. Er betreute in der Kapelle der Berliner Staatsoper mit Hingabe den Orgelpart. Zuletzt spielte er in Beethovens *Missa Solemnis* unter *Wilhelm Furtwängler* und *Otto Klemperer*.

Mitten in seiner Tätigkeit vor dem Mikrophon des Berliner Senders wurde *Julius Einödshofer* am 17. Oktober vom Tod ereilt. Er dirigierte das Nachtkonzert der Funkstunde, wurde vom Schlag getroffen, starb bald darauf. *Einödshofer* war einer der beliebtesten Revue- und Ballkapellmeister. Er gewann durch den Elan seiner Wiedergabe das Publikum stets für sich. Eine gewisse Berühmtheit erlangten seine Militärmärsche. Er ist 67 Jahre alt geworden.

In München starb in den ersten Novembertagen der Geiger *Felix Berber*, 59 Jahre alt. Als Führer des nach ihm benannten Quartetts, als Pädagoge in Leipzig, Frankfurt, Genf (dort als Nachfolger *Henri Marteau's*), München hat er sehr erfolgreich gewirkt.

Durch einen Fenstersturz aus dem Nationaltheater in Agram beendigte *Oskar Nedbal* sein Leben (siehe die Rundschau Musik, in diesem Band Seite 193). Er war vor seinem ersten großen Erfolg als

Komponist eines von Smetana und Dvorak herkommenden Balletts *Der faule Hans*, das Gustav Mahler an der Wiener Oper 1903 aufführte, ein Vortragskünstler von internationaler Geltung. Er war der Begründer und als Bratschist die stärkste Persönlichkeit des Böhmisches Streichquartetts, das um die Jahrhundertwende eine der besten Kammermusikorganisationen der Welt war. Auch als Orchesterdirigent der Böhmisches Philharmoniker, der Wiener Tonkünstler und der Wiener Volksoper war er zu rühmen.

Am 3. Februar 1931 erlag *Josef Wolfsthal*, im Alter von 31 Jahren, in Berlin der Grippe. Ein besonders schmerzlicher Verlust. Mit 18 Jahren war Wolfsthal bereits Konzertmeister des Bremer Stadttheaters, mit 24 Jahren der Berliner Staatsoper, die in diesem hervorragenden Schüler Carl Flesch' eine noble und zuverlässige künstlerische Persönlichkeit gewonnen hatte. Der klare und männliche Ton Wolfsthals zeichnete sich durch eine besondere Tragkraft aus. Wolfsthal wirkte als Solist in den Symphoniekonzerten der Staatsoper mit, warb in eigenen Konzerten als Kammermusiker für das Schaffen der Jungen und erzog an der Hochschule für Musik als Pädagoge eine neue Generation im Geist seines eignen Lehrers. Die Schallplattenproduktion übertrug ihm große Aufgaben, und besonders Beethovens Violinkonzert hat er für Grammophon überzeugend und vornehm dargestellt. In diesem Werk wird sein Geigenton, nun früh erloschen, lange fortleben. Auch den sympathischen Menschen wird sein Freundeskreis nicht vergessen.

Kurze Chronik Die *Berliner Funkstunde* zog Ende Januar in ihr neues, von Hans Poelzig wirkungsvoll erbautes Heim am Reichskanzlerplatz. Die neuen Sendesäle enthalten alle technischen Neuerungen für funkakustische Übertragungen. Eine größere Reinheit des Klangs macht sich jetzt schon bemerkbar. Das neue Haus wurde durch 3 Veranstaltungen eingeweiht, durch einen zusammengestrichenen, mißlungenen Hamlet, durch ein Orchesterkonzert unter Mitwirkung Carl Flesch', durch eine oratorienhafte Auführung der Zaubrerflöte unter Bruno Walter. ◊ Rudolf Rieth, der Sende-spielleiter des Westdeutschen Rundfunks, führte am 29. Januar im Pariser Sender mit deutschen Technikern und französischen Schauspielern das erfolg-

reiche *Hörspiel* Friedrich Wolfs *SOS Krassin rettet Italia* auf. Die französische Presse rühmte die Wirkung. ◊ Die *nationalistische Verhetzung* bedroht nun auch das Schaffen der Vortragskünstler. Oskar Nedbals Selbstmord wurde durch nationalistische Agitation bewirkt, der er während des Kriegs nicht tschechisch genug schien. Der nationalsozialistische thüringische Volksbildungsminister Wilhelm Frick hat Ernst Praetorius, den Kapellmeister des Weimarer Theaters, entlassen, weil er angeblich jüdische Künstler begünstigt hat. Jarmila Novotna wurde von der deutschen Presse heftig angegriffen, weil sie, die als Tschechin in Berlin Smetana deutsch singt, in Prag Beethoven tschechisch gesungen hat; glücklicherweise beruhigte man sich, so daß diese ungewöhnlich reizvolle Künstlerin, eine der stärksten Hoffnungen der Opernbühne, Berlin erhalten blieb. Deutsche Tonfilme wurden im September in Prag unter dem Druck der Straße zurückgestellt, aber bei der Wiederauführung im November demonstrativ beklatscht. ◊ Beim Begräbnis des französischen Dichters *P. N. Roynard* nahm der Tote im Krematorium von den Trauernden mit eignen Worten auf einer Schallplatte Abschied, die er testamentarisch besprochen hatte.

Literatur Ende September 1929 fand in Frankfurt eine Tagung des *Sozialistischen Kulturbunds* statt, die einer Aussprache über Film und Funk gewidmet war. Das im Verlag des Sozialistischen Kulturbunds in Berlin veröffentlichte Protokoll gibt im wesentlichen die 9 Hauptreferate wieder, die von Heinrich Schulz, Siegfried Nestriepke, Klaus Pringsheim, Leopold Jessner, Ernst Heilmann und anderen gehalten wurden. Referate und Diskussion sahen die Probleme nicht allein vom Standpunkt der Arbeiterbewegung an sondern gingen auf die Dinge als solche ein, wodurch allein auch ihrer besondern proletarischen Bedeutung gedient werden kann. Die Tagung hat zweifellos eine bessere Erkenntnis über diese Fragen unter den in der Arbeiterkulturbewegung wirkenden Organisationen geschaffen. Ein Referat über die kulturelle Verwertung und propagandistische Bedeutung der Schallplatte hat leider gefehlt, doch scheint die Partei allmählich alle technischen Neuerungen in den Dienst ihrer Arbeit stellen zu wollen, worin die deutschen Bolschewisten bisher viel reger gewesen sind.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Meereswärmeausnutzung Seit längerer Zeit schon erscheinen in der Tagespresse Mitteilungen von dem Projekt *Georges Claudes* die Temperaturdifferenz zwischen dem Boden- und dem Oberflächenwasser tropischer und subtropischer Meere auszunutzen. Das mitgeteilte Tatsachenmaterial war reichlich unbestimmt; doch wurden ganz phantastische Hoffnungen an das Projekt geknüpft, falls es sich realisieren ließe. Die Fachpresse hatte das Projekt bisher fast vollständig ignoriert. Erst jetzt bringen die Nachrichten des Vereins Deutscher Ingenieure eine kurze Notiz, die es gestattet sich ein zuverlässiges Bild über das Projekt zu machen. Danach ist es Claude gelungen in der Bucht von Mantanzas auf der Insel Cuba eine 2 Kilometer lange Wasserleitung in das Meer zu versenken, durch die vermittelt einer Kreiselpumpe Wasser aus 700 Meter Tiefe in die Höhe gefördert wird. Da die Oberflächentemperatur des Wassers zirka 27° beträgt, die Tiefentemperatur aber nur rund 13° , so konnte ein Wärmegefälle von 14° , bei ungünstigen Verhältnissen im Golfstrom immerhin von $10,5^{\circ}$ in einer Niederdruckwärmeanlage nutzbar gemacht werden. Bei einem sekundlichen Umlauf von 200 Liter wurde eine Nutzleistung von 12,5 respektive 22 Kilowatt erzielt, je nachdem die Temperaturdifferenz $10,5$ oder 14° betrug. Der Wirkungsgrad betrug also nur $0,16$ respektive $0,22\%$. Trotzdem ist Claude sehr optimistisch, und er hofft, wie er in der American Society of Mechanical Engineers im Oktober ausführte, den Bau eines Kraftwerks in der Nähe von Santiago für 25 000 Kilowatt erstellen zu können. (Bei Wasserkraftanlagen rechnet man 1500 bis 2000 Mark für das Kilowatt Nutzleistung.) Abenteuerlich erscheint es auch die für die geplante Leistung erforderlichen 300 Kubikmeter Wasser in der Sekunde fördern zu können. In der Technik soll man aber niemals Niemals sagen. Das Mechanical Engineering schrieb deshalb im Dezember vorsichtig: »Wenn sich angesichts dieser Tatsachen Claude und sein Mitarbeiter Boucherot entschlossen haben einen Versuch auszuführen, dessen Kosten 1 Million Dollars weit übersteigen, und wenn sie dieses Geld nicht durch Verkauf von Anteilen sondern aus eignen Mitteln genommen haben, so

sollte die Ingenieurwelt mit allzu starken Zweifeln an dem Unternehmen zurückhalten; denn gerade die Gabe eine Möglichkeit dort zu erblicken, wo jeder andere keinen Weg sieht, unterscheidet den erfolgreichen Erfinder von allen denen, die durch Rechnungen die Unmöglichkeit des Erfolgs voraussagen.«

Wünschelrute Schon im Mittelalter war die Wünschelrute bekannt. Sie ist ein gabelförmiger Ast (bevorzugt wurde Haselnuß), der, von beiden Händen mit Untergriff gefaßt, wobei der Gabelstiel nach oben und vorn zeigte, den Wünschelrutengänger befähigen sollte durch Ausschläge der Rute das Vorhandensein unterirdischer Wasserläufe und Metalladern zu erkennen. Im Zeitalter der Aufklärung wurden die angeblichen Leistungen der Wünschelrute in das Reich der Märchen verwiesen. Wirkliche Entdeckungen von Grundwasser wurden als Zufallserscheinungen angesprochen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts entstand die Wünschelrute aber von neuem, und bis in die Gegenwart hinein gibt es Wünschelrutengänger, die gut beglaubigte Leistungen besonders in den wasserarmen deutschen Kolonien Afrikas aufzuweisen hatten. Nun begannen auch ernste Wissenschaftler sich mit der Wünschelrutenfrage zu beschäftigen, wie hier schon vor 21 Jahren mitgeteilt wurde (siehe diese Rundschau, 1909 III Seite 1585 und folgende). Später war es dann vornehmlich der Physiker Leonhard Weber in Kiel, der ohne Voreingenommenheit und eher mit einer guten Dosis von Skepsis an die Untersuchung des Problems heranging. Er hat, soweit es sich um Auffindung von Wasserläufen handelte, tatsächlich auch einen Wünschelruteneffekt feststellen müssen, der aber durch zahlreiche Fehler stark verschleiert war. Eine Erklärung vermochte er freilich nicht zu geben; er vermutete aber das Vorhandensein eines elektrophysiologischen Vorgangs. Neuerdings hat nun *Walter Buth* in Weimar eine Theorie der Wünschelrute aufgestellt, die als eine Arbeitshypothese wohl akzeptiert werden kann. Buth benutzt, wie alle modernen Rutengänger, eine aus Metalldraht gebogene Wünschelrute, und er hat es, nach anfänglichen Mißerfolgen, allmählich so weit gebracht, daß er mit großer Sicherheit das Vorhandensein unterirdischer Wasserläufe feststellen vermag. Bei unterirdischen stehenden Gewässern, ebenso bei unterirdischen Metallmassen, ver-

sagte dagegen die Rute vollständig. Buth ist nun der Ansicht, daß beim Hindurchsickern von Wasser durch das Erdreich Reibungselektrizität entsteht, ebenso beim Fließen von Wasser durch Röhren. Die Elektrizität teilt sich dann dem umgebenden Erdreich und auch der darüber liegenden Luftschicht mit. An den Stellen, wo Wasser im Erdboden sickert, ist also ein anderes elektrisches Potential in der Luft vorhanden als im übrigen Luftraum. Schreitet man über einen unterirdischen Sickerwasserlauf hinweg, so durchquert man Luftraum von verschiedener elektrischer Feldstärke. Geht man rechtwinklig zum unterirdischen Wasserlauf, so hat man anfänglich in der Luft das Potential 0; das Potential nimmt zu, je mehr man sich dem Wasserlauf nähert, erreicht das Maximum über dem Wasserlauf und nimmt wieder ab, wenn man sich auf der andern Seite von dem Wasserlauf entfernt. Die mit beiden Händen gehaltene elektrisch leitende Wünschelrute dient als Auffangvorrichtung für die verschiedenen elektrischen Potentiale. Der menschliche Körper wird also beim Überschreiten eines unterirdischen Sickerwasserlaufs elektrisch aufgeladen und wieder entladen. Der Ladestrom und der Entladestrom, die durch Hände und Arme hindurchfließen, wirken auf die Nerven der Hand- und Armmuskeln und bewirken ein Zusammenziehen der Muskeln. Dadurch krampfen sich die Hände zusammen, und dieses Zusammenkrampfen der Hände bewirkt einen Ausschlag der Wünschelrute. Mit dieser Rute kann man also eine Änderung der elektrischen Feldstärke in der Luft nachweisen. Für den Wünschelrutenausschlag sind 2 Faktoren erforderlich: 1. eine elektrische Feldstärkeänderung in der Luft, 2. ein Mensch, dessen Muskelnerven auf ganz geringe Ströme reagieren. Man hat also einen elektrischen und einen physiologischen Vorgang. Die Wünschelrute selbst wirkt sowohl als Auffangvorrichtung für die elektrische Ladung wie als Anzeigevorrichtung für die Kontraktion der Handmuskeln. Da es sich nicht um einen Strom handelt, der von der Luft zur Erde fließt oder umgekehrt, sondern um statische Elektrizität, die den menschlichen Körper auflädt, konnten die Beobachtungen auch gemacht werden, wenn Isolation durch Gummihandschuhe vorhanden war, oder wenn der Beobachter mit einem Automobil, das durch die Gummiräder gut von der Erde isoliert war, über den Wasserlauf hinwegfuhr.

Als besonders bemerkenswert führt Buth noch eine Beobachtung an, die seine Hypothese durchaus bestätigt. Beim Aufsuchen eines Rohrbruchs in einer unterirdischen Wasserleitung stieß er bei.a Aufgraben einer durch die Wünschelrute markierten Stelle zunächst auf ein stromführendes elektrisches Kabel und erst später auf die Rohrbruchstelle. Das Kabel war aber ein Einleiterkabel. Systematische Versuche zeigten dann, daß bei Kabeln mit Rückleitung kein Anschlag der Wünschelrute vorhanden war sondern immer nur bei elektrisch aufgeladenen Einleiterkabeln. Und als experimentum crucis nahm er eine Aufladung des Körpers mit einer 14,4-Volt-Trockenbatterie vor, auf die die Wünschelrute deutlich reagierte. Der objektive Nachweis eines Ladestroms mit Hilfe eines Galvanometers mißlang allerdings, obwohl das Galvanometer eine Empfindlichkeit von 0,001 Milliampere hatte. Das kann aber nicht überraschen, weil ein Galvanometer für diese Art von Versuchen ein ungeeignetes Meßinstrument ist. Mit Hilfe eines Elektrometers hoher Empfindlichkeit oder durch Aufladung des Gitters einer Elektronenröhre und mit einem Milliampereometer wäre Buth wahrscheinlich zum Ziel gelangt. Denn seine Theorie hat sehr viel Wahrscheinlichkeit für sich. Aus diesem Grund wäre es aber auch sehr erwünscht, wenn man das Problem der Wünschelrute systematisch weiter untersuchte und messend verfolgte.

Österreichs Energiewirt- schaft

Das heutige Österreich vermag sich nicht selbst aus der eigenen Landwirtschaft zu ernähren, noch ist die Industrie imstande ein Äquivalent hierfür zu schaffen, nachdem seine Kohlenvorräte auf 1,5 % des alten Bestands reduziert worden sind. Kamen auf den Kopf der altösterreichischen Bevölkerung 1,6 Tonnen geförderte Kohlen im Jahr, so sind es heute nur noch 0,57 Tonnen. Trotz erhöhter Kohlenförderung müssen deshalb immer noch mehr als 60 % des Kohlenbedarfs aus dem Ausland eingeführt werden. Da wegen des Kohlenreichtums des alten Österreichs die Industrie hauptsächlich wärmeorientiert war, so traten mit der Kohlenbeschränkung sofort starke Hemmungen in der Entwicklung ein, die sich besonders auf die elektrochemischen Industrien erstreckten, sich aber auch in den Papierindustrien und anderen lebenswichtigen Industriezweigen, wie der Zuckerindustrie, empfindlich bemerkbar machten. Die in den

letzten 10 Jahren geschaffenen Neuanlagen, insbesondere der verstärkte Ausbau der vorhandenen Wasserkräfte, sind aber noch immer nicht imstande gewesen die Wirtschaftsbilanz des neuen Österreichs aktiv zu gestalten. Unter diesem Gesichtspunkt hat der großzügige Ausbau der Wasserkräfte die größte Bedeutung, wenn es ermöglicht wird neben der Deckung des Eigenbedarfs auch noch dauernd eine konstante Energiemenge nach dem Ausland zu liefern. Gerade hier sind jedoch sehr erhebliche Schwierigkeiten vorhanden. Der durchschnittliche Eigenbedarf ist leicht zu decken, es muß aber auch der Spitzenbedarf gedeckt werden, und hier hat der katastrophale Winter 1928-1929 gezeigt, daß die Wasserkräfte im entscheidenden Augenblick versagen können. Damit treten dann auch Stockungen in der Lieferung an das Ausland ein, die sich nicht ohne weiteres ausgleichen lassen. Wird dagegen Hauptwert auf gleichbleibende Auslandsbelieferung gelegt, so bleibt der eigene Spitzenbedarf ungedeckt, und es treten in den eigenen Industrien empfindliche Störungen ein. Ein wirklich wirtschaftlicher Ausbau der Wasserkräfte muß also von vornherein darauf bedacht sein sich durch ausreichende Speicheranlagen für den Spitzenbedarf zu sichern. Die Dampfkraftwerke dagegen, die bei starker Spitzenbelastung gegenwärtig noch ihren Mehrbedarf an Energie durch Wasserkraft decken, müssen sich ihrerseits dazu entschließen Dampfspeicheranlagen anzulegen, die nicht nur sie leistungsfähiger machen sondern auch gleichmäßigere Belastung der Maschinenanlagen, also wirtschaftlicheren Betrieb ermöglichen. Die Bedingungen für einen Ausbau der Wasserkräfte liegen nun in Österreich sehr günstig. Die ausbaufähigen Wasserkräfte in Neuösterreich werden auf 2,5 bis 3 Millionen Kilowatt geschätzt, von denen gegenwärtig allerdings erst 0,88 Millionen erfaßt sind (0,61 im Betrieb, 0,27 im Bau). Von den überhaupt vorhandenen Wasserkraften liegt der weitestgrößte Teil im Westen, in Tirol und in Vorarlberg, ein kleinerer im Osten. Der östliche Teil mit Wien überragt den westlichen an Einwohnerzahl (Wien allein weist $\frac{1}{3}$ der gesamten österreichischen Einwohnerschaft auf) und an industrieller Bedeutung; er hat infolgedessen auch den größern Energiebedarf, der zurzeit noch in der Hauptsache durch Wärmekraftwerke gedeckt wird. Wegen der bereits erwähnten Schwierigkeiten in der Kohlenbelieferung ist aber auch hier die Heranziehung von Wasserkraft-

ten dringend notwendig. Die ausbaufähigen Wasserkräfte Ostösterreichs, hauptsächlich der Donau und Enns, würden aber vorerst vollauf genügen, um den Inlandbedarf zu decken und Reserven für die Spitzenbelastungen zu haben. Während der Tageszeiten mit geringerer Belastung könnte die Wärme- und Wasserspeicherung erfolgen, so daß der Osten nicht auf den Energiebezug aus dem Westen angewiesen zu sein brauchte. Der Westen dagegen hat eine dünne Bevölkerung und eine verhältnismäßig wenig entwickelte Industrie, die bei weitem nicht die vorhandenen Wasserkräfte aufzunehmen vermögen. Es findet deshalb bereits jetzt ein bedeutender Energieexport vom Achenseewerk und dem Vorarlberg statt (eine Verbindung mit der Rheinisch-Westfälischen Stromschiene ist bereits vorhanden). Selbst wenn der Strombedarf für den Bahnbetrieb, im Haushalt und der Landwirtschaft in ganz Österreich eine ganz erhebliche Steigerung erfahren würde, und wenn auch noch neue Industrien als Stromabnehmer aufträten, würde die Abgabemöglichkeit von 4,8 Milliarden Kilowattstunden, wie sie bei sehr vorsichtiger Schätzung in einigen Jahrzehnten gegeben wäre, den Inlandbedarf doch gewaltig übersteigen. Tatsächlich aber werden die Tauernwerke auf Grund der vorliegenden Pläne eine Jahresleistung von 6,5 Milliarden Kilowattstunden haben, die Westtiroler Großkraftwerke werden rund 2 Milliarden liefern; dazu kommen dann weitere Projekte an der bayrisch-österreichischen Grenzstrecke, so daß sich die Leistungsmöglichkeit auf 15 bis 20 Milliarden Kilowattstunden wird bringen lassen. Hiervon kommen zur Deckung eines selbst stark gesteigerten Inlandbedarfs kaum mehr als 20% in Betracht, so daß gewaltige Elektrizitätsmengen für den Export, hauptsächlich nach Deutschland, zur Verfügung stehen. Bei einem Abgabepreis von 2 Pfennig für die Kilowattstunde bedeutete das eine Einnahme von rund 200 Millionen Mark im Jahr, die die österreichische Handelsbilanz ganz beträchtlich erhöhen würde. Für die österreichische Wirtschaft hat die Ausführung der großen Projekte schon an und für sich eine lebenswichtige Bedeutung, da für eine Zeitspanne von 10 bis 15 Jahren neue Arbeitsmöglichkeiten in beträchtlichem Umfang geschaffen werden. Nach dem 1929 geschaffenen Elektrizitätsgesetz, das dem Staat die Hoheitsrechte über die Wasserkräfte sichert, müssen die inländischen Interessen durch Beteiligung am

Aktienkapital, durch Einfluß auf die Geschäftsführung und durch Heranziehung der österreichischen Industrie für den Ausbau der Werke gewahrt werden. Das lebhafte Interesse, das Deutschland an dem Ausbau der österreichischen Wasserkräfte hat, ist bereits bei der Besprechung des großen Millerschen Elektrizitätsversorgungsprojekts hervorgehoben worden (siehe diese Rundschau, 1930 III Seite 1187 und folgende); vor allem liegt es in der durch jenen Ausbau zu ermöglichenden Schonung der deutschen Kohlensätze, die für edlere Zwecke als zur Energieerzeugung nutzbar gemacht werden können.

Totenliste In München starb Mitte Mai 1930 *Franz Kreuter*, der Erfinder des Tachometers, in seinem 89. Lebensjahr. Er hatte von 1889 bis 1916 an der Technischen Hochschule München Wasserbau, Baukonstruktion und Linienführung der Eisenbahnen gelehrt, war auch Mitherausgeber des Handbuchs der Ingenieurwissenschaft und Mitglied der Internationalen Planregulierungskommission.

Der älteste der deutschen Gastechniker, *Leonard Körting*, starb am 9. Juli in Hannover, in seinem 97. Lebensjahr. Er war 1855 bei dem Gaswerk in Hannover als Ingenieur eingetreten und hatte dessen Leitung als Nachfolger seines Vaters von 1878 bis 1908 inne.

Am 18. Juli starb in Berlin *Leo Galland*, in seinem 64. Lebensjahr. Seine Lebensarbeit galt vor allem der Ausnutzung der Wasserkräfte, wobei er sich in zahlreichen Organisationen in rastloser Arbeit betätigte. Auch literarisch ist er hervorgetreten, zuletzt noch durch seine Mitarbeit an dem zur 2. Weltkraftkonferenz in Berlin herausgegebenen Werk *Die Wasserkraftwirtschaft Deutschlands*. Vor dem Krieg schon wurde sein Name durch die Schaffung des nach ihm benannten Industriecodes bekannt.

Am 25. September starb in Landsberg an der Warthe, 81 Jahre alt, *Max Bahr*, der das älteste Mitglied der deutschen Juteindustrie und Gründer einer ihrer bedeutendsten Unternehmungen war.

Der Konstrukteur des ersten Zeppelinluftschiffs *Theodor Kober* erlag am 24. Dezember in Friedrichshafen, im Alter von 65 Jahren, einem Gehirnschlag. Für den Bau der starren Luftschiffe hatte er die statischen Berechnungen geliefert. Auf diesem Gebiet galt er unbestritten als erster Fachmann. Zuletzt leitete er die mit den Zeppelinwerken eng verbundenen Dornierwerke.

Kurze Chronik Die neuen Vorschriften des Verbands Deutscher Elektrotechniker für die Errichtung und den Betrieb von *Starkstromanlagen*, die in sicherheitstechnischer Hinsicht schon in ihren älteren Fassungen vorbildlich für die ganze Welt geworden waren, sind in dem bisherigen Umfang von den Regierungen der deutschen Länder als gültige Regeln der Wissenschaft und Technik anerkannt worden. ◊ Das neue Zeppelinluftschiff LZ 128 wird *Heliumfüllung* erhalten, nachdem sich die Vereinigten Staaten von Amerika, wo reiche Heliumquellen vorhanden sind, zur Lieferung bereit erklärt haben. Helium ist unverbrennbar, und darum sind auch Heliumluftmischungen nicht explosibel. Zur Erhöhung der Tragfähigkeit können dem Helium ohne Gefahr bis 15% Wasserstoff zugesetzt werden. ◊ In der *Tschechoslowakei* wird die Schiffbarmachung und Regulierung der Elbe, Moldau, Oder, Donau, March, Waag, Theiß, der Bau von Häfen, Talsperren und Kraftanlagen projektiert. ◊ Am 6. November 1930 wurde das 75jährige Bestehen des *Eidgenössischen Polytechnikums* in Zürich gefeiert. Diese Hochschule hat in den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts bei den von ihrer Heimat vertriebenen russischen Revolutionären, aber auch bei den deutschen Sozialdemokraten der Ausnahmegesetzära eine große und denkwürdige Rolle gespielt.

Literatur Ein Funktechnisches Arbeitsbuch ließ *Walter Möller* erscheinen (Leipzig, B. G. Teubner). Es enthält Demonstrationsversuche und praktische Übungen, die für die Hochfrequenztechnik von besonderer Wichtigkeit sind. In erster Linie ist das Buch für den Schulunterricht bestimmt, aber auch dem Radioamateur, der einen Einblick in die Phänomene der Hochfrequenztechnik gewinnen will, wird es willkommen sein. Der Verfasser setzt das Stoffgebiet der physikalischen Schullehrbücher als bekannt voraus, um es durch Experimente zu vertiefen und anschaulicher zu machen. Beim Selbststudium wird also zweckmäßig ein Leitfaden der Physik mit herangezogen werden müssen. Unter dieser Voraussetzung wird der Amateur aus dem Arbeitsbuch guten Nutzen ziehen können; denn die Darstellung der Versuche ist klar und durchsichtig, und die experimentellen Hilfsmittel dürften jedem, der sich ernsthaft damit beschäftigt, zur Verfügung stehen.

Landwirtschaft / Hans Wilbrandt

David † Bis gegen das Ende des 19. Jahrhunderts herrschte innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung die Meinung vor, daß der von Marx festgestellte industrielle Konzentrationsprozeß auch die Landwirtschaft erfassen würde. Besonders von Karl Kautsky wurden solche Anschauungen verfochten. Die theoretischen Ansichten der Partei ließen sich jedoch mit den praktischen Arbeiten in Länder- und Gemeindepolitik nicht vereinen. Dort traten die Sozialdemokraten für Bauernförderung ein. Vor allem Eduard David hat auf diesen Widerspruch hingewiesen und sich auf das energischste gegen die schematische Anwendung der für die Industrie gültigen Konzentrationslehre auf die Landwirtschaft gewandt. Vorwürfe des Verrats an der sozialistischen Sache blieben ihm infolgedessen nicht erspart. Mit Recht wies er demgegenüber in seinem berühmten, im Verlag der Sozialistischen Monatshefte 1903 veröffentlichten Buch *Sozialismus und Landwirtschaft* darauf hin, daß sich die Wirtschaftsform nicht in eine Schablone drängen lasse, und daß der wissenschaftliche Sozialismus vor allem den Tatsachenbestand richtig erfassen müsse; praktischer Sozialismus heiße daher nicht scheinfundierte wirtschaftliche Phantasiegebilde künstlich ins Leben rufen sondern die wirtschaftliche Entwicklung fördern. Gegenüber den einseitigen Verfechtern des Großbetriebs wurde David zum ausgesprochenen, vielleicht manchmal in der Hitze des Kampfs zu einseitigen Vorkämpfer des Kleinbetriebsgedankens. Er zeigte, daß ein Unterschied zwischen mechanischer industrieller und organischer landwirtschaftlicher Produktion bestehe, und daß eventuell vorhandene technische Vorteile des Großbetriebs durch psychische Vorzüge des Kleinbetriebs bei weitem ausgeglichen werden. In den Sozialistischen Monatsheften hat er vor und nach Erscheinen seines Buchs in einer Reihe von Aufsätzen seine Ansichten sehr eindrucksvoll gegenüber Angriffen verteidigt. Eine Anerkennung innerhalb der sozialdemokratischen Agrarpolitik fand David erst nach dem Krieg. Das sozialdemokratische Agrarprogramm 1927 nennt sozialdemokratische Agrarpolitik Bauernpolitik. Bis zu seinem Tod hat David dem Agrarproblem viel Mühe und Arbeit gewidmet; im Reichstag, in öffentlichen und privaten Vorträgen, im letzten Jahr auch im Beirat der neugegründeten Agrarpolitischen Zentrale beim

Partei Vorstand. Sein Tod ist daher, wie für die Gesamtbewegung, so namentlich für diejenigen, die unsere Partei der Landwirtschaft näher bringen wollen, ein schwer zu tragender Verlust. Die Arbeiten Eduard Davids werden immer ihre Bedeutung in der Geschichte der sozialdemokratischen Agrarpolitik behalten.

Agrarkrise Wenn bereits in den ersten Jahren nach Beendigung der Inflation die deutsche Landwirtschaft unter erheblichen Umstellungsschwierigkeiten zu leiden hatte und, besonders im Osten, teilweise in starke Verschuldung geriet, so ist die Situation im Jahr 1930 noch ungünstiger geworden. Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind in Deutschland und noch mehr in der Welt stark gesunken. Der Agrarindex in Deutschland, der im Jahr 1929 noch bei 130 lag (wenn man den Status von 1913 als 100 nimmt), fiel bis auf 110. In anderen Ländern sanken die Preise noch bedeutend stärker. So erreichten die Getreidepreise auf dem Weltmarkt einen Stand, der weit unter dem der letzten Vorkriegszeit liegt. Der Weizenpreis sank gegen 1925-1926 kontinuierlich von Jahr zu Jahr, auf rund 40% des damaligen Stands. Die Preise für alle anderen Getreidearten sanken ebenfalls auf weniger als die Hälfte. Unter der kostensenkenden Einwirkung der Einführung von Mährescher und Traktor in der überseeischen Landwirtschaft wurde die Produktion gesteigert, die Arbeitsleistung pro Kopf erhöht. Von der Nachfrageseite her haben sich insofern wesentliche Änderungen ergeben, als der Brotverbrauch in den meisten Kulturländern rückläufig ist, und auch für die Tierfütterung, teils infolge Verringerung des Pferdebestands teils infolge rationaler Fütterungsmethoden, weniger Getreide gebraucht wird. Da in Zukunft in einer Reihe wichtiger Länder die früher rapide Bevölkerungszunahme sich wesentlich verlangsamen wird, ja in vielen Ländern sogar eine Stagnation und schließlich Bevölkerungsrückgang zu erwarten ist, tritt die Landwirtschaft vermutlich in eine neue Epoche ein. Während in den letzten 50 Jahren vielfach, besonders in den europäischen Ländern, die Produktionssteigerung mit dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt halten konnte, dürfte in Zukunft eher die umgekehrte Entwicklung eintreten. Der bis auf Malthus zurückgehenden Befürchtung einer immer stärkern Verteuerung der Nahrungsmittel und Erschwerung der Lebenshaltung ist der letzte Boden entzogen.

Der im letzten Jahr ausgebaute Zollschutz der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugung wird den deutschen Markt der deutschen Landwirtschaft sichern. Die Auswirkung der Zölle in den innerdeutschen Preisen wird jedoch vielfach wesentlich geringer sein als dies einer primitiven Vorstellung von Zollauswirkung (Inlandspreis gleich Weltmarktpreis plus Fracht, plus Zoll) entspricht. Bereits jetzt ist diese mechanische Zollauswirkung bei vielen Erzeugnissen nicht mehr vorhanden. Der Zollschutz allein kann in unserer Epoche die landwirtschaftliche Produktion nicht stützen; dazu sind andere und tiefergreifende Maßnahmen notwendig, wie solche auch in den Sozialistischen Monatsheften gefordert wurden (siehe dazu hier auch den Artikel Kaliskis, 1930 III Seite 1199). Neben den Aktionen, die auf eine wirkliche Gesundung der Brotwirtschaft, vor allem durch Qualitätsverbesserung, hinzielen, wird man auf eine vermehrte Verwendung von Getreide für die Herstellung von Edelerzeugnissen Bedacht nehmen müssen. Eins der wichtigsten Mittel zur Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten ist die Verbrauchssteigerung an Edelerzeugnissen. Der Konsum von Fleisch und Eiern, die größtenteils aus Getreide erzeugt werden, reagiert außerordentlich stark auf Preisveränderungen. Wenn eine verstärkte Edelproduktion niedrige Fleisch- und Eierpreise nach sich zieht, ist mit Sicherheit eine nicht unerhebliche Verbrauchssteigerung zu erwarten. Schließlich wird in vielen landwirtschaftlichen Betrieben, die den Getreidebau wegen der ungünstigen Preisverhältnisse einschränken, der Grünfuterbau zur Erzeugung von Milch und Milchprodukten gesteigert werden. Die Lösung der gegenwärtigen landwirtschaftlichen Schwierigkeiten: Kostensenkung, Ausschaltung oder Umgestaltung unrentabler Betriebe, Verbrauchssteigerung, wird sich früher oder später, wenn auch unter Opfern, durchsetzen.

Branntweinwirtschaft

Nach der Kartoffelrekordernte im Herbst 1930 wurden von der Landwirtschaft gewisse Hoffnungen auf eine Entlastung des Kartoffelmarkts durch eine Erhöhung des Brennrechts gesetzt. Die Branntweinvorräte sind jedoch im letzten Jahr so stark gestiegen, daß diese Erhöhung undurchführbar wurde, das Brennrecht mußte sogar gegenüber dem Vorjahr um 30% gekürzt werden. Es werden rund 3 bis 3½% der Kartoffelernte zu Branntwein verarbeitet werden. Selbst wenn das

Brennrecht wesentlich höher festgesetzt wäre, hätte aber eine entscheidende Entlastung des Kartoffelmarkts nicht eintreten können. Während in den letzten Jahren die Aufrechterhaltung des Branntweinmonopols in ihrer gegenwärtigen Form (Zahlung relativ hoher Übernahmepreise für ein hohes Brennrecht, Verkauf der nicht als Trinkbranntwein absetzbaren Spiritmengen für technische Zwecke weit unter Einstandskosten) jährlich eine Belastung der Reichskasse von 60 bis über 80 Millionen Mark darstellte, ist im laufenden Jahr die Belastung noch nicht zu übersehen. Durch den im Sommer eingeführten Spiritusbeimischungszwang zu Motortreibstoffen ist ein Teil der bisher die Reichskasse belastenden Kosten des Spritverkaufs für technische Zwecke auf die Besitzer von Kraftfahrzeugen abgewälzt worden. Es kann daher sein, daß die Branntweinmonopolverwaltung, die auf Grund ihrer Politik der letzten Jahre bereits sehr illiquid geworden war, wieder etwas flüssiger wird.

Während der größte Teil des Branntweins in landwirtschaftlichen Brennereien des Ostens aus Kartoffeln hergestellt wird, verarbeiteten in Süddeutschland eine Anzahl von Brennereien bisher in der Hauptsache Mais. Auf Grund der Maisverteuerung nach Einführung des Maismonopols hätten diese Brennereien stillgelegt werden müssen, wenn ihnen nicht billiger Auslandsmais oder andere billige Brennrohstoffe zur Verfügung gestellt worden wären. Es wurde den Brennereien als Ersatz für Mais besonders gekennzeichnete Roggen und Kartoffelflocken aus den Beständen der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft überwiesen, und zwar nach Abrechnung aller auf diesen Kauf gewährten Vergütungen zu einem Preis von 115 Mark pro Tonne, während die Gesteungskosten der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft um 200 Mark herum liegen dürften. Während sich die Branntweinmonopolverwaltung bisher auf Zuschüsse zur Deckung der beim Absatz entstehenden Verluste beschränkte, werden nunmehr bereits bei der Rohstoffbeschaffung Zubeußen aus dem Reichssäckel gegeben. Wenn man annimmt, daß dieser Branntwein später wiederum für Treibstoffzwecke verwandt wird (Verkaufspreis 70 Mark, Wert 15 Mark pro Hektoliter), so belastet er nochmals den Treibstoffkäufer mit rund 55 Mark pro Hektoliter Branntwein. Die Gesamtzuschüsse sind pro Tonne Roggen rund doppelt so hoch wie der jetzige Marktpreis einer Tonne Roggen. Demgegenüber wäre es wesentlich billiger ge-

wesen die süddeutschen Brennereien in diesem Jahr stillzulegen und ihr Brennrecht eventuell gegen eine gewisse Entschädigung auf ostdeutsche Kartoffelbrennereien zu übertragen. Freilich fielen dann auch die Schlempe aus, die für die süd- und westdeutsche Viehwirtschaft von großer Bedeutung ist. Aber dieses Minus ließe sich in dem Betrieb wohl durch Kraftfutterzukauf ausgleichen.

Zuckerkonvention Zur Beratung der Möglichkeiten einer Verbesserung der Lage auf dem Zuckermarkt und Hebung der weit unter die Vorkriegszeit gesunkenen Preise traten im Dezember 1930 Vertreter der cubanischen und javanischen sowie auch der europäischen Zuckerindustrien in Amsterdam und Brüssel zusammen. Den Konferenzen lag ein Einschränkungsweg von dem Vertreter der amerikanisch-cubanischen Zuckerinteressenten Chadbourne vor. Die cubanischen und javanischen Vertreter einigten sich sehr schnell darauf ihre Produktion zu beschränken und einen Teil der Vorräte nicht auszuführen sondern einzulagern und erst im Lauf der nächsten 5 Jahre auf den Markt zu bringen. Den europäischen Rübenzuckerländern wurde eine Ausfuhrbeschränkung gegenüber dem Vorjahr von 15% vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wurde von den Vertretern Polens, der Tschechoslowakei, Belgiens und Ungarns angenommen; die deutsche Zuckerindustrie lehnte ihn ab, da er ihr nur die Ausfuhr von 200 000 Tonnen Zucker ermöglicht hätte, während die für Ausfuhr zur Verfügung stehenden, im Inland nicht absetzbaren Zuckermengen in diesem Jahr infolge der durch gutes Wetter und zu hohe Höchstpreisfestsetzung bewirkten Produktionssteigerung über 800 000 Tonnen betragen. Die deutschen Vertreter verließen daher die Konferenz, nachdem ihre Forderung auf sehr starke Erhöhung der deutschen Exportquote abgelehnt worden war. Im Januar 1931 wurden die Beratungen zwischen Chadbourne und der deutschen Zuckerindustrie in Berlin fortgesetzt. Sie hatten das Ergebnis, daß die deutsche Zuckerindustrie ihre Forderung weitgehend durchsetzen konnte: Während in Brüssel die Forderung einer Exportquote von 1 850 000 Tonnen insgesamt für die nächsten 5 Jahre scharf abgelehnt worden war, wurde nunmehr eine Exportquote von 1 750 000 Tonnen unter wesentlicher Erhöhung besonders der Exportquote 1930-31 (500 000 Tonnen) angenommen. Damit dürfte der Weg zum endgültigen Abschluß der Konvention

eröffnet sein. Ob das hierdurch zu erwartende Steigen der Weltmarktzuckerpreise zu einer Vermehrung der Produktion von Außenseitern und damit zur Zersprengung der Konvention führen wird, bleibt abzuwarten. Der Erfolg der neuen Abmachung dürfte von dem Maß der neuen Preissteigerungen abhängen.

Grüne Woche Vom 1. bis zum 7. Februar wurde, wie alljährlich, die Grüne Woche, verbunden mit einer großen landwirtschaftlichen Ausstellung, in Berlin abgehalten. Diese war nicht nur für den praktischen Landwirt sondern auch für jeden überhaupt am Wirtschaftsfortschritt Interessierten besonders sehenswert, weil sich auf ihr sehr deutlich die Fortschritte in der landwirtschaftlichen Produktion und im Absatz widerspiegelten. Im Gegensatz zu früheren Ausstellungen, die von der Technik des Landbaus beherrscht waren, dringt in den letzten Jahren in die landwirtschaftlichen Ausstellungen immer mehr die Problematik der Produktionsumstellung, Absatzförderung und Absatzorganisation wie auch der Agrarpolitik ein. Mit großem Geschick wurden auch dem Nichtlandwirt schwierige wirtschaftliche Zusammenhänge über Preise, Zölle, Marktregulierung, Erzeugerpreis und Verbraucherpreis durch leicht faßliche Modelle klargemacht. Über den wissenschaftlich objektiven Charakter der Darstellung wird natürlich, je nach der eignen wirtschaftspolitischen Stellungnahme, manche Meinungsverschiedenheit bestehen.

Von den während der Grünen Woche abgehaltenen Vorträgen waren ganz besonders e . ähenswert ein Referat des Bonner Betriebslehrers Theodor Brinkmann über die argentinische Landwirtschaft, die der Redner in den letzten Jahren persönlich intensiv studierte, und ein Vortrag des Musterlandwirts Alwin Schurig /Zeestow/ über Umstellungsmöglichkeiten des deutschen Getreidebaus.

Totenliste Am 29. November 1930 starb in Köln der Gründer und Vorsitzende des Landwirtschaftlichen Beirats der Rheinischen Zentrumspartei, der Landesökonomierat *Fritz Bollig*, in seinem 67. Lebensjahr. 21 Jahre hatte er dem Rheinischen Bauernverein angehört, und er hat der Sache der Landwirtschaft mit großer Hingabe gedient. Mitten in seiner Arbeit ereilte ihn der Tod: Während einer Sitzung sank er vom Schlag getroffen hin.

Am 7. Dezember starb *Clemens von Loë*, der Präsident der Vereinigung des Rheinischen Bauernvereins und Rheinischen Landbunds, Mitglied des Vorstands der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz und zahlreicher landwirtschaftlicher Spitzenverbände. Er war über 27 Jahre Führer der rheinischen Landwirtschaft, seit 1921 gehörte er auch dem Deutschen Landwirtschaftsrat an.

In London starb Ende Dezember ein landwirtschaftlicher Sachverständiger von Weltruf, der Professor *T. Wibberley*, im Alter von 50 Jahren. Er war früher einer der hervorragendsten Führer der irischen Freiheitsbewegung gewesen.

Kurze Chronik Am 14. Oktober feierte das *Internationale Landwirtschaftsinstitut* in Rom sein

25jähriges Bestehen. Zu der Feier war von deutscher Seite eine Delegation unter Führung des früheren deutschen Delegierten am Institut in Rom *Andreas Hermes* anwesend. ◊ Vom Reich und von Preußen sind für die Ostpreußenhilfe und das Ostprogramm erhebliche Mittel bereitgestellt. Neuerdings wurden von pommerschen Großgrundbesitzern Vorschläge einer allgemeinen *Entschuldung der ostdeutschen Landwirtschaft* ausgearbeitet. *Alfred Hugenberg* stellte ferner im Reichstag Anträge, die ebenfalls eine Sozialisierung des in der ostdeutschen Landwirtschaft verlorenen Kapitals darstellen; die Verluste dieser Landwirte sollen von der Gesamtheit getragen werden (siehe dazu auch den Artikel *Cohens*, in diesem Band Seite 7). ◊ Nachdem bereits für Getreidestützung in den Etat des Reichsernährungsministers eingestellte Mittel sowie Einfuhrschemensparnisse in den Dienst der *Roggenstützung* gestellt worden waren, nachdem ferner die früher gegebenen Zuschüsse beim Eosinroggenabsatz durch Ermäßigung des Gerstenzolls unter gleichzeitiger Steigerung der Abgabepreise für Eosinroggen ersetzt worden waren, genehmigte im Dezember auf Antrag des Reichsernährungsministeriums der Länderausschuß, daß von dem für landwirtschaftliche Betriebsumstellung und Absatzförderung für tierische Erzeugnisse im Etat eingesetzten 12 Millionen Mark vorläufig 7 Millionen Mark zur Stützung der Roggenpreise herangezogen werden. Damit wird konservierenden Maßnahmen gegenüber Produktions- und Absatzförderungen der Vorrang gegeben. ◊ Das durch Notverordnung im Dezember erlassene Verbot in Gastwirtschaften Wei-

zenbrot zu verkaufen wurde in Preußen dahingehend abgeändert, daß der Verkauf von *Weizenbrot neben Roggenbrot* statthaft ist. ◊ In der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule hielt am 24. November 1930 der jüngst dorthin berufene Ordinarius für Obstbau *Erwin Kemmer* seine Antrittsvorlesung über die Bedeutung des *Standorts im Obstbau* unter besonderer Berücksichtigung des Standortklimas. ◊ An der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin *habilitierte* sich für Landwirtschaftliche Marktforschung *Arthur Hanau*, bekannt durch seine Arbeiten auf dem Gebiet der Konjunkturstatistik, besonders durch seine Schweineprognose (siehe diese Rundschau, 1928 I Seite 89 und folgende); er ist der erste Privatdozent für diese junge Disziplin. An der Universität Breslau *habilitierte* sich für Landwirtschaftliche Vererbungslehre *Hans Krallinger*.

Literatur

Die in dieser Rundschau (1930 II Seite 630) bereits angezeigten, in deutscher Sprache in Warschau erscheinenden *Vierteljahrshefte der Polnischen Landwirtschaft* haben ihren 1. Band abgeschlossen und den 2. Band begonnen. Diese periodische Publikation hat für Deutschland steigende Bedeutung. Eine genaue Kenntnis des Stands und der Tendenzen der Landwirtschaft Polens wird dazu beitragen unsere Wirtschaftspolitik Polen gegenüber auf eine rein wirtschaftliche Basis zu stellen und die verhängnisvollen Auswirkungen des antieuropäischen Nationalismus auf diesem Gebiet einzudämmen. Aber auch rein agrartechnisch sind die Arbeiten dieser Vierteljahrshefte überaus instruktiv. Im 1. Heft des 2. Bandes interessiert vornehmlich der Bericht über die Agrarkonferenz in Warschau, den der Ministerialrat im Handelsministerium *Tadeusz Lychowski* gibt. Der Vizedirektor des Warschauer Wissenschaftlichen Genossenschaftsinstituts *Tadeusz Klapkowski* verbreitet sich in einer größeren Abhandlung über das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in Polen. Besonders wichtig sind die in dem Heft abgedruckten Texte neuer Gesetze und Verordnungen, endlich auch die statistischen Übersichten. Mit diesem 2. Band ist, und das dürfte die deutschen Leser vor allem angehen, ein besonderer, den aktuellen Problemen der landwirtschaftlichen Ausfuhr aus Polen gewidmeter Teil eingerichtet worden, an dem vornehmlich das Staatliche Exportinstitut mitarbeitet. Das Studium dieser Hefte ist also besonders zu empfehlen.

Werkgestaltung / Ludwig Hilberseimer

Berlin: Museumsneubau

Wie ein Überrest aus weit zurückliegender Vergangenheit steht in Berlin der neue

Museumsbau in einer vollkommen gewandelten Gegenwart. Besonders, wenn man an die Wandlungen des Bauens denkt, das sich in den letzten Jahrzehnten nicht nur in seinen Voraussetzungen geändert sondern auch die längst vorbereiteten neuen technischen Mittel erkannt und sich nutzbar gemacht hat. Falsche Repräsentation, Symbol jener Vergangenheit, steht eindrucksvoll jedem noch einmal vor Augen und deckt die unüberbrückbare Kluft selbst dem Naivsten auf. Alfred Messel, auf den dieser Entwurf für das Museum zurückgeht, war ein Baumeister, der trotz seinem Hang zum Klassizismus schon durch seine Bauaufgaben unmittelbare Verbindung mit der Zeit hatte, in der er lebte, neue Anforderungen durchaus anerkannte und zu lösen versuchte. Hätte er die Ausführung erlebt und geleitet, so würde das Bauwerk heute sicher besser seine Aufgabe erfüllen. Zwar wäre es auch dann nicht ein Museum geworden, das heutigen Anforderungen entspricht, weil sich die Ansichten über die Anordnung und Einrichtung von Museen ebenso gründlich geändert haben wie alles andere. Aber Messel stand durchaus positiv zu neuen Forderungen, deren Erfüllung auch neue Mittel verlangte. Während Ludwig Hoffmann, der Erbauer, nicht nur die neuen Forderungen sondern auch die zu ihrer Verwirklichung notwendigen neuen Mittel ablehnt. So kommt es, daß er den Entwurf Alfred Messels zwar verändert, aber in keiner Hinsicht verbessert hat.

Alles reaktionär gerichtete Bauen beruft sich heute auf Friedrich Schinkel als den großen Wahrer der Tradition. Aber Schinkel war in Wirklichkeit ein Revolutionär des Bauens, der die Tradition sofort durchbrach und wandelte, wenn sie mit der Bauaufgabe in Widerspruch stand. Vor allem war er kein Fassadenarchitekt. Für ihn war das, was hinter der Fassade lag, ebenso bedeutungsvoll wie diese selbst. Schinkel hätte bestimmt kein Bureauhaus wie Ludwig Hoffmanns Berliner Stadthaus gebaut, dessen Räumen der "schönen Fassade" wegen das zum Arbeiten notwendige Licht fehlt. Man denke nur an seine Bauakademie, die ganz untraditionelle, breit gelagerte Fenster hat. Auch in dem Museumsneubau muß im Vorraum des Deutschen

Museums im Obergeschoß Licht brennen, damit man sehen kann; unbegreiflich, aber um der Herrschaft der Achsen willen, die hier absolut ist. Nur in einem Fall, wo die Achse wirklich angebracht wäre, versagt sie. Gemeint ist das Ischtartor mit der Achsenverschiebung der darauf führenden Prozessionsstraße. Wenn man schon eine solche Rekonstruktion vornimmt, wäre hier eine achsiale Beziehung notwendig gewesen. Aber gerade hier fehlt sie: einer selbstzwecklichen beziehungslosen Achsenherrschaft wegen.

In einer Hinsicht entspricht diese Fassaden- und Achsenherrlichkeit des Bauwerks durchaus seinem Inhalt: in der Art, wie besonders die architektonischen Fragmente aufgestellt und behandelt wurden. Hier offenbart sich der selbe falsche Repräsentationsgeist. Die Lehre, die man aus den größtenteils falschen Ergänzungen der antiken Statuen im 19. Jahrhundert ziehen konnte, hat man vollkommen ignoriert, man hat unbekümmert ergänzt, ohne Rücksicht auf das, was man vor sich hatte. Ein Fragment einer alten Kultur ist aber viel unmittelbarer in seinem Eindruck als selbst die beste Ergänzung. Hier hat man überdies auf unmögliche Weise ergänzt, eine Art Architekturpanoptikum geschaffen. Es wurde hier auch zum erstenmal der Versuch gemacht nicht nur Bauteile sondern fast ganze Bauwerke wiederaufzubauen: den Pergamonaltar, das Stadttor von Milet, architektonisch keineswegs hervorragende Werke einer späten barocken Zeit; in ihrer architektonischen Qualität nicht besser als etwa dieses Museum selbst oder sogar der Berliner Dom. Vielleicht, wenn die Entwicklung so weiter geht, wird man in 1000 Jahren aus den Trümmern des einstigen Berlin Reste des Doms ausgraben und in Peking unter einer riesigen Halle als Ganzes wiederaufbauen. Eine zwar erschreckende, aber konsequente Perspektive.

Bautheorie

Wie sehr die Fragen des Bauens und Wohnens heute von allgemeinem Interesse sind, zeigen 2 Publikationen, die sich ausdrücklich nicht an Fachleute sondern an die Verbraucher wenden. Denn Wohnung, Haus und Stadt sind genau wie andere Gegenstände des täglichen Bedarfs Gebrauchsgüter, was nur durch die Tatsache verschleiert wird, daß sie in der Regel nicht wie andere Gebrauchsgüter individuelle Eigentum sind. Eine Kenntnis aller damit zusammenhängenden Fragen ist für den Verbrau-

cher von außerordentlicher Wichtigkeit, da gerade die Probleme des Wohnens und Bauens mit seiner gesamten Existenz aufs engste verknüpft sind.

Albert Sigrist beschäftigt sich in seinem Buch *Das Buch vom Bauen* /Berlin, Der Bücherkreis/ mit den finanziellen, technischen und wirtschaftlichen Fragen des Bauens sowie mit den aus dem gesellschaftlichen Bewußtsein und den sozialhygienischen Erkenntnissen hervorgehenden neuen Anforderungen des Wohnungs- und Städtebaus. Mit Recht sieht Sigrist im Bauen nicht ein Teilgebiet der Wirtschaft sondern den »Knotenpunkt der verschiedensten gesellschaftlichen Entwicklungsströme«. Die einzelnen Fragen sind daher nicht losgelöst, für sich, sondern immer im Zusammenhang mit der Gesamtwirtschaft und darüber hinaus mit den gesellschaftlichen Zuständen gesehen. »Im Bauen treffen zusammen: eine Entwicklung technischer und wirtschaftlicher Faktoren, die Entwicklung gesellschaftlicher Sitten und Gewohnheiten des Wohnens und des Alltagslebens, schließlich die Entwicklung künstlerischer Gestaltung. In alledem stecken auch noch, mehr oder weniger deutlich, politische Elemente.«

Mit der speziellen Frage der Einrichtung der Wohnung beschäftigt sich Werner Gräff in seiner Schrift *Zweckmäßiges Wohnen für jedes Einkommen* /Potsdam, Müller & Kiepenheuer/. Auf leichtverständliche und unterhaltende Art zeigt er, wie eine Wohnung nicht nur zweckentsprechend sondern auch ästhetisch befriedigend eingerichtet werden kann. Die Schrift ist »für jedes Einkommen« bestimmt. Mit Recht, denn sie demonstriert an praktischen Beispielen und Vorschlägen, daß auch mit verhältnismäßig geringen Mitteln gute Einrichtungsgegenstände zu beschaffen sind. Voraussetzung dafür ist, daß man sich über Sinn und Zweck jedes einzelnen Gegenstands und über seine Geldmittel im klaren ist. Das verlangt allerdings eine klare Abkehr von einer mißverständenen Wohnungsrepräsentation, die nicht nur in bürgerlichen sondern auch in proletarischen Kreisen heute noch gar nicht selten als das Ideal gilt. Gräff beschäftigt sich nicht nur mit den Möbeln sondern mit jedem einzelnen Gebrauchsgegenstand in der Wohnung sowie mit den Räumen selbst und gibt außer einer Anleitung sich die Einrichtung einer Wohnung zeichnerisch klarzumachen noch Skizzen für einfache Möbel, die jeder Tischler ohne weiteres herstellen kann.

Städtebau Ende November 1930 fand in Brüssel der Internationale Kongreß für Neues

Bauen statt. Mit ihm verbunden war eine Ausstellung für Rationelle Bebauungsweisen, die von allen Ländern beschickt war und einheitlich verarbeitetes Material zeigte. Gegenstand der Verhandlungen waren vor allem die Fragen des *Flachbaus* und des *Wohnhochhauses*. Beide wurden als durchaus gleichberechtigt neben einander gestellt. Walter Gropius bezeichnete zwar das mittelhohe Stockwerkhaus als eine zu überwindende Übergangsform, es wurde aber festgestellt, daß es vorläufig an Beispielen für preiswerte Wohnungen im Hochhaus fehle. Auch Richard Neutra konnte aus Amerika nur über teure Wohnungen im Hochhaus berichten. Mit dem Kongreß war auch eine Internationale Ausstellung von Schiebefenstern verbunden.

Der 13. Internationale Kongreß für Wohnungswesen und Städtebau soll vom 1. bis zum 5. Juni in Berlin tagen. Hauptgegenstände der Beratung bilden die Beseitigung *verwahrloster Wohnviertel* und das *Verkehrsproblem* in Beziehung zu Städtebau und Landesplanung.

Die Deutsche Bauausstellung 1931 wird auch eine Abteilung für Internationalen Städtebau und Wohnungswesen enthalten. 20 Staaten haben ihre Teilnahme zugesagt. Besonderes Interesse zeigt Frankreich für die Sache. Es hat eine eigne Abteilung der Stadt *Paris* angekündigt. Der Pariser Stadtrat berichtet über den Umfang der Ausstellung. Die Ausstellung Paris wird in 3 Teile gegliedert sein. Der 1. Teil gibt einen historischen Überblick über die Entwicklung von Paris von seinen Ursprüngen an. Der 2. Teil umfaßt die Periode von 1900 bis 1930. Der 3. Teil zeigt einen Zukunftsplan des werdenden Groß Paris, das jetzt zirka 6 Millionen Einwohner hat, die größte Stadt unseres Kontinents und die drittgrößte Stadt der Erde ist (siehe die Rundschau Kommunalsozialismus, 1930 I Seite 60). Straßenbau, Wasserversorgung, öffentliche Beleuchtung, städtischer Verkehr, Schulwesen, Lebensmittelversorgung und Bevölkerungsbewegung sollen durch besonderes Material veranschaulicht werden. Die Untergrundbahnanlage, die Abwasseranlagen, die Gas- und Elektrizitätsleitungen und die Telefonlinien werden hier zum erstenmal zusammenfassend dargestellt. Ein großer Stadtplan des neuen Paris wird ein besonders interessantes Objekt der Ausstellung sein.

Veranstaltungen Die neue Sammlung im Bayrischen Nationalmuseum zeigt in einer Ausstellung *Ewige Form* gewerbliche Gegenstände, vor allem Gefäße verschiedenster Völker und Zeiten.

Die aus den Beständen der Internationalen Werkbundausststellung *Film und Photo* vom Jahr 1929 zusammengestellte Wanderausstellung (siehe diese Rundschau, 1929 II Seite 1181) ist jetzt, nachdem sie in mehreren Großstädten Europas war, nach Japan gegangen, um dort in Tokio und Osaka gezeigt zu werden.

Eine *Internationale Buchkunstausstellung*, veranstaltet von der Association du Livre d'Art Français unter dem Präsidium Albert Besnards von der Französischen Akademie, findet im Pariser Petit Palais vom Mai bis zum Juli statt. Sie ist als Fortsetzung der Leipziger Ausstellung von 1927 gedacht. Mit der Zusammenstellung der deutschen Kollektion wurde der Vorsitzende des Vereins Deutscher Buchkünstler Hugo Steiner-Prag in Leipzig betraut.

Totenliste Der frühere langjährige Dozent für Geschichte des Kunstgewerbes an der Technischen Hochschule Karlsruhe *Marc Rosenberg* starb Anfang September 1930 in Baden-Baden, in seinem 80. Lebensjahr. Sein Hauptarbeitsgebiet war die Technik und Geschichte der Edelmetallkunst.

Der Berliner Architekt *Alexander Baerwald*, der vor 6 Jahren nach Palästina gegangen war, wo ihm (der schon vorher das Technikum in Haifa gebaut hatte) beim zionistischen Neuaufbau des Landes vielfache Aufgaben gestellt waren, ist nicht mehr nach Europa zurückgekehrt. Er starb am 27. Oktober in Jerusalem, im Alter von 51 Jahren.

Mitte November starb in Berlin am Herzschlag der Architekt *Hans Jessen*, im Alter von 56 Jahren. Er erbaute in Berlin das Geschäftshaus der Rheinmetallgesellschaft und die Gebäude des Wolfschen Telegraphenbureaus.

In Chemnitz starb plötzlich Ende Dezember *Paul Kranz*, in seinem 55. Lebensjahr. Er baute das Rathaus in Eberswalde, eine Kirche und Schulen in Berlin und anderen Städten. Auch beschäftigte er sich mit Neugestaltung alter Kirchen.

Kurze Chronik Der Berliner Cityausschuß beabsichtigt mit einem *Preis-ausschreiben* für die Sanierung der Berliner Innenstadt an die Öffentlichkeit zu treten. Die Unterlagen

werden unter der Leitung Martin Mächlers vorbereitet. Ausgangspunkt für die Begründung dieser Aktion ist die Tatsache einer recht umfangreichen und bedrohlichen Slumbildung, die, wie in vielen Großstädten, auch in Berlin vor sich geht. Die Slumbildung ist nicht nur eine gesundheitliche Gefahr für die Bewohner und eine Bedrohung der Bodenwerte, sie ist auch ein Hemmnis für die Weiterentwicklung des Geschäftslebens und damit auch von erheblichem Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsmarkts. Es handelt sich also um die Lösung eines sehr wichtigen städtebaulichen Problems.

◊ Der *Deutsche Werkbund* erhielt für seine Beteiligung an der Internationalen Ausstellung in Monza (siehe diese Rundschau, 1930 II Seite 843) den Großen Preis. ◊ Ein beachtenswertes Symptom des Willens zu einer neuen Schriftkultur ist die von K. Rothschild /Hamburg/ vorgenommene Neugestaltung der *hebräischen Quadratschrift*, die in einem Heft des Verlags für Schriftkunde Heintze & Blanckertz in Berlin demonstriert wird.

Literatur Mit der formalen Erscheinung der Stadt beschäftigt sich das Buch *Paul Zuckers*

Die Entwicklung des Stadtbildes, in der Sammlung *Die Baukunst*, herausgegeben von Dagobert Frey /München, Dreimaschenverlag/. Dem Buch sind zahlreiche Abbildungen und eine umfangreiche Bibliographie beigegeben. Zucker unterscheidet, wie üblich, die organisch entwickelte und die tektonisch gegründete Stadt und ist mit Brinckmann der Meinung, daß nur den tektonisch gegründeten Städten bestimmte künstlerische Formenabsichten zugrunde liegen. Er verkennt hierbei, daß tektonisch gegründete und organisch entwickelte Städte nur Typen sind, die sowohl künstlerisch gestaltet wie schematisch durchgeführt sein können. Gelände und Gebäude sind nur das Material des Städtebaus. Aus ihrer Verbindung mit einem bestimmten System entsteht noch kein Kunstwerk, sondern es kommt auch hier auf die Verwirklichung einer bestimmten Formenabsicht, Durchsetzung eines bestimmten Gestaltungswillens an. Von einer Nutzenanwendung auf den Städtebau unserer Zeit sieht Zucker bewußt ab, da die heutige Stadt anderen Bildungsgesetzen unterliegt als die Städte der Vergangenheit. Auch ihre Schönheit beruht auf anderen Elementen. Wie unmöglich historische Orientierung ist, zeigen die Versuche Camillo Sittes und Friedrich Ostendorfs.



LUDWIG QUESSEL / HOLZSCHNITT
VON OTTO CLEVÉ-KLEBERT